

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

# Stenographisches Protokoll

99. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 24. Jänner 1974

## Tagesordnung

1. Bericht des Bundeskanzlers zur Lage
2. Abkommen mit Bulgarien über die gegenseitige Gewährung der Meistbegünstigung
3. Europäisches Übereinkommen über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals

## Inhalt

### Geschäftsbehandlung

Zu Textexemplaren des Lageberichtes: Peter (S. 9707) und Präsident Dr. Maleta (S. 9708)

Unterbrechung der Sitzung (S. 9708)

### Fragestunde (54.)

Beantwortung der mündlichen Anfragen der Abgeordneten Dr. Kaufmann (1323/M), Wuganigg (1300/M), Dipl.-Ing. Hanreich (1305/M), Dr. Schwimmer (1325/M), Dr. Marga Hubinek (1327/M), Dr. Scrinzi (1306/M), Dr. Wiesinger (1326/M), Mondl (1297/M), Dr. Ermacora (1345/M), Steininger (1298/M), Marwan-Schlosser (1346/M) und Koller (1329/M) (S. 9682)

### Ausschüsse

Zuweisungen (S. 9694)

### Verhandlungen

Bericht des Bundeskanzlers zur Lage

Bericht: Bundeskanzler Dr. Kreisky (S.9695)

Debatte: Dr. Koren (S. 9708), Peter (S.9716), Sekanina (S. 9721), Minkowitsch (S. 9728), Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 9736 und S. 9749), Dr. Stix (S. 9736), Brauneis (S. 9742), Dr. Mock (S. 9744), Wille (S. 9750), Dr. Broesigke (S. 9754), Zingler (S. 9757), Graf (S. 9760), Dr. Heindl (S. 9765), Dr. Schmidt (S. 9772), DDr. König (S. 9780 und S. 9790), Bundesminister Dr. Staribacher (S. 9786), Dr. Mussil (S. 9790 und S. 9793) und Bundesminister Lanc (S. 9792)

Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (874 d. B.): Abkommen mit Bulgarien über die gegenseitige Gewährung der Meistbegünstigung (1016 d. B.)

Berichterstatter: Egg (S. 9793)

Genehmigung (S. 9794)

Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (896 d. B.): Europäisches Übereinkommen über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (1017 d. B.)

Berichterstatter: Ing. Gradinger (S. 9794)

Genehmigung (S. 9794)

## Eingebracht wurden

### Bericht

Jahresbericht und Jahresabschluß 1972/73 des ERP-Fonds, Bundesregierung (III-117) (S. 9695)

### Anträge der Abgeordneten

Stohs und Genossen betreffend die Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 (106/A)

Dr. Wiesinger, Dr. Marga Hubinek und Genossen betreffend die Novellierung des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Fonds „Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen“ (107/A)

### Anfragen der Abgeordneten

Dr. Hauser, Dr. Marga Hubinek und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit von Teilen der bezirksgerichtlichen Gerichtsbarkeit (1575/J)

Dr. Hauser, Dr. Marga Hubinek und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend gerichtliche Verständigungspflichten im Strafverfahren (1576/J)

Frodl und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend den Neubau der Landschabrücke im Zuge der B 67 (1577/J)

Peter, Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Schulbuchaktion 1974/75 (1578/J)

Dr. Marga Hubinek und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend steuerliche Begünstigungen für denkmalgeschützte Objekte (1579/J)

Schrotter, Ing. Letmaier, Burger, Neumann und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Beschleunigung des Ausbaues der Gaberl-Bundesstraße als wichtigste Verbindungsstraße zwischen der Industrieregion des oberen Murtales mit dem weststeirischen Industriegebiet bzw. der Landeshauptstadt Graz (1580/J)

Dr. Broesigke und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Kinderabsetzbetrag (1581/J)

Koller, Tödling und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend finanzielle Hilfe für finanzschwache Wohngemeinden (1582/J)

9682

Nationalrat XIII. GP — 99. Sitzung — 24. Jänner 1974

Neumann, Burger und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Aufschließung des Kohlenflözes Zangtal in der Weststeiermark (1583/J)

Hietl und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend ÖBB-Fahrplan für die Strecke Krems—Wien (1584/J)

Sandmeier, DDr. Neuner und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Umsatzsteuerpflicht von Pflegemüttern (1585/J)

Glaser, Dr. Frauscher, Helga Wieser, Steiner und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend geplante Reorganisation der Österreichischen Salinen (1586/J)

Dipl.-Ing. Hanreich, Melter, Dr. Scrinzi und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Entdiskriminierung älterer Menschen (1587/J)

Zeillinger und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Lohnsteuerhinzurechnungsbetrag für Reisende (1588/J)

Kinzl, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend die Ermöglichung der Benützung von Städte-schnellzügen mit verbilligten Karten durch Bundesheerangehörige (1589/J)

Regensburger und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Enthüllungen über die Tätigkeit des tschechischen Geheimdienstes in Österreich (1590/J)

## Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Dr. **Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

### Fragestunde

**Präsident:** Wir gelangen zur Fragestunde.

### Bundesministerium für Unterricht und Kunst

**Präsident:** Ich beginne mit der 1. Anfrage; es ist die des Herrn Abgeordneten Dr. Kaufmann (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Unterricht.

1323/M

Wie werden Sie die akuten Führungsprobleme in den Bundestheatern nach dem Entschluß von Klingenberg, nach Zürich zu gehen, auf Grund der unbefriedigenden Leitung der Wiener Staatsoper und des Entschlusses von Aurel von Milloss, seinen Vertrag als Ballettdirektor nicht zu verlängern, lösen?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter Dr. Kaufmann! Daß es eine akute Führungskrise am Burgtheater und an der Staatsoper gibt, das ist sicherlich eine sehr subjektive Auffassung. Die Verträge der genannten Direktoren laufen an der Staatsoper bis 1976 und am Burgtheater bis 1977. Burgtheater-Direktor Klingenberg hat mir mitgeteilt, daß er seinen Vertragsverpflichtungen auf alle Fälle bis 1977 nachkommen wird, sodaß die Kontinuität der Arbeit gewahrt ist. Dasselbe trifft auf die Staatsoper zu.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Kaufmann:** Herr Bundesminister! Ich glaube, man kann Sie nicht dafür verantwortlich machen, daß ein Burgtheater-Direktor etwa nach Zürich geht. Es wäre ungerecht, Ihnen das vorzuwerfen. Aber ich glaube, Sie können nicht bestreiten, daß es zurzeit wirklich eine akute Führungskrise an den Staatstheatern gibt. Welche Zeitungen immer man aufschlägt, man wird diese Bestätigung darin finden. Sie brauchen nur das Ensemble fragen, dann werden Sie das gleiche erfahren.

Sie haben seinerzeit gesagt, Herr Bundesminister, die Nachfolger von Gamsjäger und Klingenberg würden dieselben Chancen haben sich einzuarbeiten wie seinerzeit; es wären also zwei Jahre notwendig, damit sich diese beiden Herren einarbeiten können. Nun haben wir das Jahr 1974, und diese Herren sind noch immer nicht nominiert worden. Nun möchte ich Sie ganz konkret fragen: Sind Sie in der Lage, bis zum Sommer diese Herren zu nominieren oder nicht?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Sinowatz:** Herr Abgeordneter! Ich stehe nach wie vor zu der von mir geäußerten Meinung, daß die kommenden Direktoren unserer Bundestheater ebenso wie ihre Vorgänger Zeit bekommen müssen, um sich auf diese immer schwieriger werdende Aufgabe vorbereiten zu können. Das ist natürlich nicht so gemeint, daß am Kalender der Tag, an dem das geschehen muß, rot angestrichen ist. Aber in etwa ist diese Frist dafür in Aussicht gestellt und wird von mir auch eingehalten werden.

Sie können versichert sein, daß ich mit dem Ensemble ständig in Verbindung bin, auch mit

**Bundesminister Dr. Sinowatz**

dem künstlerischen Betriebsrat, natürlich auch mit den anderen Betriebsräten unserer Bundestheater.

Es gehört zu einer guten österreichischen Tradition, daß der Unterrichtsminister einen sehr großen Teil seiner Arbeitszeit den Bundestheatern widmet. Ich kenne die Vorgänge, ich kenne die Diskussionen; daher bin ich der Meinung, daß es an den Bundestheatern zwar nicht zu Krisen kommen soll, daß aber eine Ruhe an solchen Theatern auch sehr leicht, wie ich schon einmal sagte, eine Grabesruhe sein könnte. Es gehört gerade bei diesen Theatern eine geistige Auseinandersetzung, ein Ringen um die Konzepte und um die Durchführung sowie um die Frage, ob es gelungen ist, ganz einfach dazu.

**Präsident:** Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Kaufmann: Welche Kriterien werden Sie bei diesen Verhandlungen leiten?

Ich glaube, hier ist eines grundsätzlich festzustellen. Sie haben einmal erklärt: Welche personellen Veränderungen immer an unseren Staatstheatern eintreten mögen, in ihrer Existenz können sie nicht gefährdet werden. — Das mag sein. Sie sind aber sicherlich in ihrer Bedeutung für die Zukunft dabei bedroht. Das ist eine Sache, die man gewiß nicht ausschließen kann. Letzten Endes steht auch hier ein Betrag von mehr als einer halben Milliarde zur Verfügung. Es ist also sehr wichtig, wie dieser Betrag eingesetzt und verwendet wird.

Deshalb meine letzte konkrete Zusatzfrage: Welche Kriterien werden Sie bei diesen Verhandlungen und bei der Auswahl leiten?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister Dr. Sinowatz: Herr Abgeordneter! Sie kennen sehr genau den Entwurf für ein neues Bundestheatergesetz. In diesem Entwurf ist erstmalig auch vorgesehen, daß die Voraussetzungen für die künstlerischen Leiter unserer Bundestheater klar und sehr deutlich vorgeschrieben werden. Das ist die Grundlage dessen, was ich an Kriterien von einem Direktor unserer Bundestheater erwarte.

Das zweite ist, daß in einer ganz speziellen künstlerischen Situation dem Leiter eines der Häuser besondere Bedeutung zukommt. Es geht darum, daß zu gewissen Zeiten Reformen eingeleitet werden, sich bis zu einem gewissen Punkt fortentwickelt haben und es dabei sehr wesentlich ist, welche Persönlichkeit in diesem Augenblick unsere Theater leiten soll.

Ich bin der Meinung, daß man bisweilen bei uns in Wien die Probleme unserer Bundestheater und die Leistungen unserer Bundestheater, aber auch die Kritik an unseren Bundestheatern zu einseitig nur mit der Person der Direktoren verbindet. Unsere Häuser haben nicht nur Tradition. In diesen Theatern wirken Schauspieler, wirken Dirigenten, wirken Techniker, wirken Menschen, die mit ihrer ganzen Hingabe für diese Häuser tätig sind. Ich bin der Meinung, daß auch das Wirken dieser Persönlichkeiten entsprechend gewürdigt werden muß. *(Beifall bei der SPO.)*

**Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung**

**Präsident:** Anfrage 2: Herr Abgeordneter Wuganigg (SPO) an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung.

1300/M

Wann ist mit dem Einsatz des Computer-Verbundes im Raume Wien zu rechnen?

**Präsident:** Bitte, Frau Bundesminister.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha Firnberg: Herr Abgeordneter! Im Raum Wien hat sich bereits seit längerer Zeit an den Hochschulen ein gewisser Engpaß auf dem Gebiet der Elektronischen Datenverarbeitung bemerkbar gemacht. Wie Sie ja auch selbst wissen, wurde unverzüglich an die Vorbereitungsarbeiten gegangen, um systematisch eine Aufstockung der Rechenkapazität im akademischen Bereich Wien zu erreichen. Ein Expertenkomitee, das für diesen Zweck gesondert geschaffen wurde, hat sich mit dieser Frage beschäftigt und mir letzten Endes nach langen Beratungen die Empfehlung vorgelegt, einen Computer-Verbund zwischen der Universität Wien und der Technischen Hochschule Wien zu errichten, bestehend aus zwei Anlagen, eine an der Universität Wien, die andere an der Technischen Hochschule Wien, die dann mit einer Standleitung verbunden werden können.

Der Fortgang der Arbeiten ist nun so weit, daß die Anlage an der Technischen Hochschule im März dieses Jahres installiert werden wird und nach relativ kurzer Zeit als Einzelsystem einsatzfähig sein wird. Die Anlage an der Universität wird voraussichtlich im Spätherbst 1974 installiert werden und zunächst ebenfalls als Einzelsystem betrieben werden.

Parallel dazu werden die erforderlichen Datenübertragungsleitungen zwischen Universität und Technischer Hochschule errichtet werden, und ich würde als Termin, an dem

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg**

damit zu rechnen ist, daß der volle Verbundbetrieb wirksam wird, etwa das Frühjahr 1975 nennen wollen.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Wuganigg:** Frau Bundesminister! Ihre Antwort ist sehr erfreulich. Darf ich Sie nunmehr fragen: Welche Leistungsfähigkeit wird dieser Computer-Verbund im Vergleich zur derzeit vorhandenen Kapazität besitzen?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Der Computer-Verbund wird, wenn er im Vollbetrieb ist, etwa die zehnfache Kapazität haben wie derzeit der Computer, die Rechenanlage an der Universität Wien, die ihrerseits ja die größte ist, die wir derzeit im akademischen Raum haben.

**Präsident:** Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Wuganigg:** Frau Bundesminister! Inwieweit wird damit der Bedarf an EDV im Raume Wien gedeckt werden können, und wie arbeitet der Computer-Verbund? (*Abg. Graf: Ich möchte wissen, warum er das wissen will!*)

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Wenn ich auf eine Zwischenfrage antworten darf: Er will es wissen, weil er an diesen Fragen sehr interessiert ist, Herr Abgeordneter! (*Beifall bei der SPO. — Abg. Graf: Haben Sie die Anfrage bestellt?*) Nein, ich habe mir das nicht bestellt, sondern der Herr Abgeordnete Wuganigg ist an diesen Computerfragen außerordentlich interessiert und er ist auch sehr informiert; wenn ich mir gestatten darf, das zu bemerken.

Herr Abgeordneter Wuganigg! Der Rechenbedarf wird im Raum Wien mit dieser Anlage, mit diesem Verbund etwa für die nächsten drei bis fünf Jahre gedeckt sein — mit Ausnahme von speziellen EDV-Anwendungsgebieten. Die kleineren Wiener Hochschulen werden in absehbarer Zeit ebenso angeschlossen werden wie einige Institute der Akademie der Wissenschaften, und schrittweise — das ist der Plan — sollen dann auch Datenverbindungen mit dem Computer-Verbund in den einzelnen Hochschulen in den Bundesländern hergestellt werden.

Es ist allerdings nicht daran gedacht, daß nur ein zentrales Datensystem erstellt wird, sondern es werden mehrere sein. So ist der Plan heute: wahrscheinlich vier Schwerpunkte, die den Rechenbedarf regional zusammenfassen.

**Präsident:** Anfrage 3: Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich (*FPO*) an die Frau Bundesminister.

1305/M

Welche Förderungsmaßnahmen werden ergriffen, um den Export österreichischer wissenschaftlicher Bücher und Fachzeitschriften zu unterstützen?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Auf Grund des Bundesministerengesetzes kommt dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung keine Kompetenz für Förderungsmaßnahmen betreffend den Export österreichischer Waren und damit auch hinsichtlich österreichischer wissenschaftlicher Bücher und Fachzeitschriften zu. Förderungsmaßnahmen für den Export fallen auf Grund des Bundesministerengesetzes entweder in die Kompetenz des Bundesministeriums für Finanzen oder in jene des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie.

Wir haben daher im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, weil keine Kompetenzen dafür vorhanden sind, auch keine Förderungsmittel für den Export österreichischer wissenschaftlicher Bücher und Zeitschriften. Wir sind aber sehr daran interessiert, daß die österreichische wissenschaftliche Literatur in stärkerem Maße auch international bekannt wird und haben versucht, durch den Ausbau der internationalen Informationsdienste für das Bibliothekswesen unsere wissenschaftlichen Bücher und Zeitschriften bekannt zu machen, und beteiligen uns sehr intensiv an diesem Informationsaustauschsystem im internationalen Bereich.

**Präsident:** Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich:** Frau Minister! Ich entnehme Ihren Ausführungen, daß Sie grundsätzlich daran Interesse haben und es für richtig befinden, daß der Export österreichischer Fachbücher und Fachzeitschriften eine Förderung erfährt.

Ich möchte daher fragen, da ich sehr wohl weiß, daß Ihnen die Kompetenz für eine direkte Maßnahme mangelt, ob Sie mit den beiden zuständigen Ministerien von Ihrer Seite her Kontakt aufnehmen werden, um eine solche Förderung des Exports zu unterstützen, wenn wir bei diesem Ministerium in dieser Richtung vorstellig würden.

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Ich darf zu Ihrer Anfrage sagen, daß wir naturgemäß interessiert sein müssen,

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg**

mit verschiedenen Mitteln eine stärkere Förderung des Exports zu erreichen.

Wir versuchen — das darf ich vielleicht noch hinzufügen — dafür auch dadurch Sorge zu tragen, daß wir die Drucklegung internationaler wissenschaftlicher Werke im Wege der internationalen Organisationen nach Österreich verlegen, und das ist einige Male auch gelungen. Wir wären jedenfalls sehr interessiert daran, an Maßnahmen für einen stärkeren Export der wissenschaftlichen Publikationen mitzuwirken.

**Präsident:** Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich:** Frau Minister! Besteht zwischen Ihrem Ressort und dem Unterrichtsministerium dahingehend Kontakt, daß die Aktivitäten der Kulturinstitute im Ausland unter dem Gesichtspunkt der Verbreitung österreichischer Fachliteratur betreut werden?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Ich darf sicher auch mit Zustimmung des Herrn Unterrichtsministers sagen, daß diese Kontakte bestanden haben und weiterbestehen und daß wir versuchen, über die Kulturinstitute die Information über die wissenschaftlichen Werke, die Literatur in Österreich überhaupt, im internationalen Rahmen etwas bekannter zu machen.

**Bundesministerium für soziale Verwaltung**

**Präsident:** Anfrage 4: Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung.

1325/M

Welche Kriterien sind für Sie bei der Besetzung von leitenden Positionen im Sozialressort maßgeblich?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für soziale Verwaltung Vizekanzler Ing. **Häuser:** Herr Abgeordneter! Für mich sind noch immer dieselben Kriterien maßgebend, die ich dem Hohen Hause in meiner Anfragebeantwortung vom 30. November 1970 bekanntgegeben habe.

Konkret darf ich antworten: „Für die Besetzung von leitenden Positionen im Sozialministerium ist ausschließlich die Qualifikation ausschlaggebend.“ Diese Formulierung ist der gleiche Wortlaut, mit dem meine Amtsvorgängerin am 6. Februar 1968 die Anfrage des Herrn Abgeordneten Libal beantwortet hat.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Schwimmer:** Herr Bundesminister! Ich darf ganz kurz zu Ihrer Antwort bemerken: Aus der Antwort Ihrer Amtsvorgängerin haben Sie zum Beispiel nicht die Kriterien übernommen, daß auch Dienstrang, Lebensalter und die Eignung zur Menschenführung für die Besetzung von leitenden Positionen im Sozialressort maßgebend sein sollen. Insoweit ist die Berufung auf die Anfragebeantwortung Ihrer Amtsvorgängerin nicht uninteressant und sehr aufschlußreich.

Ich darf Sie nun konkret fragen, ob nicht doch auch Dienstrang, Lebensalter und Eignung zur Menschenführung bei der Besetzung von leitenden Positionen in Ihrem Ressort maßgebend sein sollen, da ich mir nicht vorstellen kann, wie in einem konkreten Fall, wo im Landesarbeitsamt Steiermark der Posten eines Hauptabteilungsleiters mit einem Beamten der Dienstklasse V besetzt wurde, obwohl der Rechnungshof die Besetzung mit einem Beamten der Dienstklasse VIII empfohlen hat, daß alle dienstranghöheren und älteren Beamten in diesem Landesarbeitsamt weniger Qualifikation aufgewiesen haben.

**Präsident:** Herr Minister.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Zu Ihrer ersten Feststellung, Herr Abgeordneter, darf ich sagen, daß auch die Frau Bundesminister Rehor damals, allerdings in einer Zusatzbeantwortung, festgestellt hat, daß die Qualifikation Vorrang hat, wobei natürlich auch die Kriterien des Dienstalters und die Beschreibung ausschlaggebend sind, aber nicht an erster Stelle stehen. So also die damalige Formulierung.

Im übrigen darf ich sagen, daß wir grundsätzlich die Auffassung vertreten, daß qualifizierte, auch rangniedrigere Beamte die Möglichkeit haben sollen, in verantwortliche Positionen aufzusteigen.

**Präsident:** Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Schwimmer:** Herr Bundesminister! Da ich Informationen habe, daß Sie beabsichtigen, diesen Beamten der Dienstklasse V im Landesarbeitsamt Steiermark zum stellvertretenden Leiter dieses Landesarbeitsamtes zu bestellen, wobei 35 ranghöhere B-Beamte und 13 ranghöhere A-Beamte übersprungen würden, möchte ich Sie konkret fragen, ob Sie der Ansicht sind, daß die Qualifikation der ranghöheren Beamten tatsächlich um so viel weniger zu bewerten ist als die des rangniedrigeren Beamten, sodaß die Übersprungung gerechtfertigt ist.

**Präsident:** Herr Minister.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Ich weiß nicht, Herr Abgeordneter, woher Sie meine Absichten kennen, denn ich habe darüber noch nicht befunden. Solange ich darüber nicht befunden habe, kann ich auch keine Entscheidung treffen. Ich werde nach gegebener Rücksprache auch mit den zuständigen Verantwortlichen jene Entscheidung treffen, die ich Ihnen meinen Grundsätzen getreu bei der ersten Beantwortung bekanntgegeben habe. *(Beitall bei der SPO.)*

#### Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz

**Präsident:** Anfrage 5: Frau Abgeordnete Dr. Marga Hubinek (*ÖVP*) an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz.

1327/M

Stehen Ihnen zur Verbesserung der Spitäler trotz Einführung einer Gesundheitssteuer neben den gesetzlich fixierten Beträgen nur die bereits in der Stabilisierungsquote des Budgetvoranschlages 1974 ausgewiesenen 400 Millionen Schilling zur Verfügung?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ingrid **Leodolter:** Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Neben den 400 Millionen aus der Stabilisierungsquote meines Budgets stehen 387 Millionen als gesetzlicher Aufwand und darüber hinaus stehen mir noch 250 Millionen für die Investitionsförderung in den öffentlichen Spitälern, in den öffentlichen und gemeinnützigen Spitälern, zur Verfügung. Ich habe somit im Jahr 1974 zum ersten Mal über 1 Milliarde Schilling zur Förderung der Spitäler in Österreich zur Verfügung.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek:** Frau Minister! Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Sendung vom 12. Jänner dieses Jahres gemeint, Ihnen stünden 400 Millionen Schilling von früher für die Spitalssanierung zur Verfügung. Da ich annehme, daß der Herr Bundeskanzler nicht irrt, frage ich Sie: Warum haben Sie die 400 Millionen Schilling vom Jahre 1973 nicht für die so dringend notwendige Sanierung der Spitäler ausgegeben?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid **Leodolter:** Wenn ich recht orientiert bin, so meint der Herr Bundeskanzler die 387 Millionen, die sich nämlich in diesem Jahr sehr erhöht haben, denn der gesetzliche Aufwand ist enorm gestiegen.

Wenn Sie das, was ich jetzt zur Verfügung habe, also ausgerechnet 1037 Millionen Schilling mit dem vergleichen, was 1972 zur Verfügung stand, so ist das fast das Fünffache.

**Präsident:** Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek:** Ich möchte wieder konkret auf die Frage zurückkommen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein so gewiegener Parlamentarier, wie dies der Herr Bundeskanzler ist, nicht die Haushaltsordnung des Bundes kennen sollte. Er hat behauptet, daß 400 Millionen Schilling vom Vorjahr zur Verfügung stehen. Wo sind diese 400 Millionen Schilling und warum wurden sie nicht ausgegeben? Wie kann man sie eigentlich in ein kommendes Haushaltsjahr hinübernehmen?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid **Leodolter:** Frau Abgeordnete! Wie ich Ihnen schon gesagt habe, ist der gesetzliche Aufwand mit 387 Millionen budgetiert. Das ist das Geld, das — es sind an die 400 Millionen Schilling — für die Betriebsabgänge in den Spitälern vorgesehen ist. Dieser Betriebsabgang betrug im Jahre 1972 noch 220 Millionen und ist im Laufe von zwei Jahren auf diesen Betrag angestiegen.

**Präsident:** Anfrage 6: Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi (*FPO*) an die Frau Bundesminister.

1306/M

Ab wann werden die mit 1. Jänner 1974 zugesagten Vorsorgeuntersuchungen tatsächlich durchgeführt werden können?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid **Leodolter:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Beginn der Vorsorgeuntersuchungen hängt vom Zeitpunkt des Abschlusses des Vertrages zwischen dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger und der Österreichischen Ärztekammer ab. Wie Sie wissen, werden diese Verhandlungen auf Grund der Bestimmungen der 29. ASVG-Novelle geführt.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi:** Frau Bundesminister! Die 29. Novelle blickt ja schon auf das Alter von gut einem Jahr zurück, vor allem werden aus diesem Titel schon seit dem Beginn des vergangenen Jahres Beiträge für diese Zwecke der Vorsorgeuntersuchung kassiert. Wie ist es vorstellbar, daß die Gesundheitsuntersuchungen nach wiederholten Ankündigungen auch von Ihrer Seite mit Jänner dieses Jahres beginnen, obwohl nicht einmal eine der wesentlichen Voraussetzungen,

**Dr. Scrinzi**

nämlich die Regelung der Leistungsabgeltung der damit befaßten Ärzte, zustande gekommen ist? Was sind die Gründe dafür, Frau Bundesminister?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid **Leodolter:** Herr Abgeordneter! Die Beiträge werden ab 1. 1. 1974 kassiert, aber die Verhandlungen zwischen der Sozialversicherung und der Ärzteschaft sind schwierig, und zwar auch deshalb, weil ja nach unserem Programm auch die Nichtversicherten in diese Verträge mit einbezogen werden sollen. Das ist ein Hauptpunkt dieser Verhandlungen. Die Honorarverhandlungen spielen, wie ich glaube, nicht einmal diese Rolle.

**Präsident:** Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi:** Ich entnehme einer Mitteilung der Österreichischen Ärztekammer an alle niedergelassenen Ärzte Österreichs, daß derzeit nicht einmal die Gewähr besteht, daß das Papier für die notwendigen Drucksorten zur Verfügung gestellt werden kann. Wie verhält es sich damit, Frau Bundesminister?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid **Leodolter:** Ich darf dazu sagen, daß ich an den Vorsorgeuntersuchungen sehr interessiert bin, daß ich mit den Vertragspartnern laufend im Gespräch bin und über die Fortschritte dieser Verhandlungen orientiert bin. Es wird mir von beiden Seiten versichert, daß die Verhandlungen fortschreiten, daß man sich wesentlich nähergekommen ist, daß man also mit einem Abschluß der Verhandlungen rechnen kann. Ich appelliere immer wieder, daß diese Verhandlungen so rasch wie möglich beendet werden mögen.

**Präsident:** 7. Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. **Wiesinger (ÖVP)** an die Frau Bundesminister.

1326/M

Welchen Beitrag werden Sie leisten, um die von der Sozialversicherung, wie die Fakten zeigen, offensichtlich nicht zu bewältigenden Probleme der Vorsorgeuntersuchungen einer Lösung zuzuführen?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid **Leodolter:** Herr Abgeordneter **Wiesinger** ist nicht da, bitte. — Ah doch, entschuldigen Sie vielmals, ich habe ihn nicht gesehen. (*Heiterkeit.* — *Abg. Ofenböck:* So leicht geht es nicht! — *Abg. Zeillinger:* Darf ich die Herrschaften be-  
kannt machen? — Erneute Heiterkeit.)

Mein Beitrag, Herr Abgeordneter **Doktor Wiesinger**, ist ein zweifacher: Wir haben erstens das Programm für die Untersuchungen erstellt. Das Programm wurde von meinem Ressort ausgearbeitet, es wurde mit den Ärzten und mit dem Hauptverband abgeprochen. Es ist also im Herbst des Vorjahres zur Verfügung gestellt worden.

Der zweite Beitrag, den wir für diese Untersuchungen geleistet haben, sind die 100 Millionen Schilling, die wir vom Gesundheitsressort für diese Untersuchungen vorgesehen haben. Diese 100 Millionen Schilling sind an verschiedene Bedingungen gebunden: erstens daß alle Bürger der entsprechenden Altersgruppen diese Untersuchung in Anspruch nehmen können, auch wenn sie nicht kassenärztlich versichert sind; zweitens daß das Untersuchungsprogramm jene Ausdehnung hat, wie wir es ausgearbeitet haben; drittens daß die Ergebnisse dokumentiert werden, denn gerade davon erwartet sich das Gesundheitsministerium neue Erkenntnisse für weitere Untersuchungen; viertens sollen, wenn neue Erkenntnisse gewonnen werden, auch diese bei den laufenden Untersuchungen berücksichtigt werden können.

**Präsident:** Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Wiesinger:** Haben Sie, Frau Bundesminister, nicht den Eindruck und das Gefühl, daß es auf Grund Ihrer mangelnden Kompetenzen für die Sozialversicherung zu der derzeitigen ganz schrecklichen Situation im Bereich der Gesundheitspolitik gekommen ist, denn Ihr tatsächlicher Einfluß auf die Vorsorgemedizin ist doch sehr gering?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid **Leodolter:** Es steht mir der ärztliche beziehungsweise der medizinische Einfluß zu, und ich glaube, daß wir gerade auf diesem Gebiet sehr weit gekommen sind, denn das ursprüngliche Programm war ein ganz anderes, als wir es heute vor uns haben. Wir haben gerade mit der Projektstudie auf diesem Gebiet sehr große Erfahrungen gemacht, und es ist uns gelungen, die Ergebnisse der Projektstudie in die Vorsorgeuntersuchungen einfließen zu lassen.

**Präsident:** Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Wiesinger:** Frau Bundesminister! Bestätigen Sie nicht den Eindruck, den alle Fachleute auf diesem Gebiet haben und den auch bereits die Öffentlichkeit hat, daß man seitens des Hauptverbandes an einer echten Kooperation mit Ihnen ja gar nicht interessiert ist und daß es gerade durch die

9688

Nationalrat XIII. GP — 99. Sitzung — 24. Jänner 1974

**Dr. Wiesinger**

Meinungsverschiedenheiten zwischen Ihnen und den Krankenkassen zu der derzeitigen Situation gekommen ist?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid **Leodolter:** Ich möchte das nicht sagen. Mir wird vom Hauptverband versichert, daß man auch diese Verhandlungen sehr ernst nimmt, und ich sehe auch, daß die Verhandlungen fortgeschritten sind. Davon konnte ich mich gerade gestern überzeugen. Es bestehen hier natürliche Probleme, die verschiedene Interessen berühren. Daher sind die Verhandlungen schwierig und werden noch eine gewisse Zeit brauchen. Aber ich bin ganz sicher, daß es zu einem baldigen Abschluß der Verhandlungen kommen wird und daß damit die Vorsorgeuntersuchungen garantiert sind.

#### Bundesministerium für Landesverteidigung

**Präsident:** Anfrage 8: Herr Abgeordneter Mondl (SPO) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung.

1297/M

Betrachtet man im Bundesministerium für Landesverteidigung das übernommene System der Bedarfsdeckung noch als zeitgemäß?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Landesverteidigung **Lütgendorf:** Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das System der Bedarfsdeckung des österreichischen Bundesheeres mit den erforderlichen Versorgungsgütern gründet sich im wesentlichen auf die Komponenten Beschaffung und Bevorratung. Hierbei hat eine zweckentsprechende Versorgungsplanung, welche eine ausreichende Versorgung des Bundesheeres auch während eines Verteidigungsfalles oder eines länger dauernden Neutralitäts- und Krisenfalles sicherstellen soll, unter anderem auch die völkerrechtliche Position Österreichs sowie die nur ungenügende eigene Rüstungsproduktion zu berücksichtigen. Ich glaube aber, daß das österreichische Bundesheer ein im wesentlichen taugliches Bedarfsdeckungssystem besitzt, das allerdings — wie dies auch in anderen Armeen immer wieder der Fall ist — je nach den sich wandelnden Gegebenheiten von Zeit zu Zeit gewissen Modifikationen unterzogen werden muß.

Hinsichtlich der Beschaffung darf ich darauf hinweisen, daß wir derzeit bemüht sind, Hand in Hand mit einer vermehrten Beschaffung von Geräten aus der heimischen Produktion die Ersatzteilversorgung zu dezentralisieren. Dadurch wird es nicht nur möglich sein, Ver-

waltungskosten im Ausmaß von etwa 30 Prozent einzusparen, sondern es wird dieses Beschaffungssystem auch zu einer vermehrten Heranziehung von kleineren Firmen führen. Darüber hinaus wird es aber vor allem möglich sein, in Hinkunft das Bedarfsdeckungsverfahren wesentlich zu beschleunigen. Gewisse Schwierigkeiten bereiten in diesem Zusammenhang lediglich die Vielfalt der verschiedenen Versorgungsgüter, die laufenden Modifizierungen durch die Industrie sowie in manchen Fällen Lieferzeitüberschreitungen.

Was die zweite Komponente der Bedarfsdeckung, die Bevorratung, betrifft, so kommt diesem Problemkreis vor allem im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt besondere Aktualität zu. Die Vorräte des Bundesheeres an Ersatzteilen und Treibstoffen reichen im Krisenfall etwa für ein halbes Jahr, die Vorräte an Spezialölen sogar für einen Zeitraum von etwa einem Jahr. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang einer Vereinbarung mit der Österreichischen Mineralölverwaltung zu, welche gewährleistet, daß die erforderlichen Treibstoffmengen in genau festgelegten Räumen des Bundesgebietes jederzeit zur Verfügung stehen.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Mondl:** Herr Bundesminister! Mir geht es in erster Linie um die Bedarfsdeckung, die, wie Sie gesagt haben, dezentralisiert durchgeführt werden soll. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wird diese Praxis schon seit einiger Zeit geübt.

Darf ich Sie fragen: Wie lange versucht man schon, auf diese Art und Weise die Bedürfnisse zu decken? Liegen schon Erfahrungswerte vor, beziehungsweise ab wann wird man mit den ersten Erfahrungswerten rechnen können?

**Präsident:** Herr Bundesminister.

Bundesminister **Lütgendorf:** Herr Abgeordneter! Wir bemühen uns ja schon seit Aufstellung des Bundesheeres, weitgehend die heimische Industrie und das heimische Gewerbe einzuschalten, vor allem wenn es sich um Verbrauchsgüter handelt und nicht um Spezialgeräte, die ja nur von einigen wenigen oder oft sogar nur von einer einzigen Firma hergestellt werden.

Wir haben durch diese neuerliche Aktion einer weiteren Dezentralisierung gute Erfahrungen gesammelt. Wir erhoffen uns dadurch, wie ich eingangs erwähnt habe, eine Beschleunigung des ganzen Verfahrens. Ich glaube, man wird einen Zeitraum von etwa einem



**Bundesminister Lütgendorf**

Jahr abwarten müssen. Also etwa Ende dieses Jahres können wir dann konkrete Erfahrungswerte mitteilen.

**Präsident:** Anfrage 9: Abgeordneter Doktor Ermacora (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

1345/M

Warum ist Vertretern des österreichischen UNO-Kontingents ein Redeverbot über den Ausrüstungs- und Verpflegungszustand der Einheit auferlegt worden?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

**Bundesminister Lütgendorf:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zunächst darf ich feststellen, daß weder von meinem Ministerium noch seitens des UN-Bataillons ein Redeverbot hinsichtlich des Ausrüstungs- und Verpflegungszustandes der Einheit erlassen wurde.

Die in der zur Verfügung stehenden Zeit geführten Erhebungen haben lediglich ergeben, daß im Zusammenhang mit Klagen von Angehörigen des Kontingentes gegenüber Vertretern von Massenmedien und anderen außenstehenden Organisationen über Mängel bei der Postzustellung im Bataillonsbefehl Nr. 4 vom 7. Jänner dieses Jahres die Soldaten an ihre disziplinäre Verantwortlichkeit erinnert wurden; ein solcher Hinweis erschien nämlich gerechtfertigt, weil derartige Vorwürfe seit einer im Einvernehmen zwischen der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung und meinem Ressort erzielten optimalen Lösung dieses Problems — nämlich des Postverkehrs — jeglicher Grundlage entbehren. Es bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung, daß die den Soldaten zustehenden Beschwerderechte hiedurch keine Beeinträchtigung erfahren.

Für Zypern wurden seinerzeit UN-Regulations erlassen, wonach Kontakte mit Massenmedien nur mit Wissen der Presse- und Informationsoffiziere aufgenommen werden dürfen beziehungsweise solche Kontakte zumindest unverzüglich im nachhinein zu melden sind. Da gleichartige Anordnungen für Ägypten bisher noch nicht bestehen, wurden entsprechende Weisungen vorläufig kontingentsintern — aber nicht nur beim österreichischen Kontingent — in Geltung gesetzt, zumal zu erwarten ist, daß generelle Weisungen des UNEF, also des ägyptischen UNO-Kommandos, in absehbarer Zeit in Kraft treten werden.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Ermacora:** Herr Bundesminister! Es ist ja bedauerlicherweise so, daß gerade Ihr Ressort die größten Schwierig-

keiten mit der Meinungsfreiheit hat: Problem Ellinger, das Problem des Obersten Dadak, andere Probleme in Ihrem Ressort, die vom Verwaltungsgerichtshof zu Ihren Lasten entschieden wurden. Und jetzt haben wir diesen Fall, den Sie nun mit mehr oder minder juristischen Argumenten rechtfertigen wollen.

Aber wenn Sie jetzt auch zugeben, daß es eine solche Vereinbarung zwischen der entsprechenden Organisation in den Vereinten Nationen und dem österreichischen Bundesheer oder der österreichischen Bundesregierung nicht gibt, so taucht doch im besonderen die Frage auf, wie Sie den § 7 über die Verschwiegenheitspflicht, der in den Allgemeinen Dienstvorschriften enthalten ist, in diesem Fall interpretieren. Es heißt dort nur: „Daher hat der Soldat über alle Angelegenheiten, deren Geheimhaltung im dienstlichen Interesse gelegen ist, gegen jedermann Stillschweigen zu bewahren.“

Wie vereinbaren Sie den Bataillonsbefehl mit dieser Regelung, wo doch deutlich wird, daß die Frage der Postzustellung ein Menschenrecht ersten Ranges, nämlich die Freiheit des Briefverkehrs, berührt? Wie vereinbaren Sie die Regelung des Bataillonsbefehls mit diesem § 7 der ADV?

**Präsident:** Herr Bundesminister.

**Bundesminister Lütgendorf:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf in Erinnerung rufen, daß das UN-Bataillon nicht dem österreichischen Armeekommando und nicht dem österreichischen Ministerium untersteht, sondern dem UN-Kommando und daß man in einem Sondereinsatz — den Einsatz der Kontingente in Ägypten kann man ja wohl nicht gerade als Ferienaktion bezeichnen — von seiten des UN-Kommandos selbstverständlich entsprechend klare Weisungen erteilt, auch in bezug auf den Verkehr mit den Massenmedien. Denn es wird unten nicht davon gesprochen: Das ist ein kanadisches, das ist ein österreichisches, das ist ein bolivianisches Bataillon!, sondern: Das ist die UN-Truppe! Und die UN haben natürlich ihre eigenen Weisungen und ihre eigenen Regulations, wo auch wir von österreichischer Seite in keiner Weise Einfluß nehmen können. Jeder Bataillons- oder Kontingentkommandant ist für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin dem General — in diesem Fall General Siilasvuo — verantwortlich und nicht dem österreichischen Bundesminister oder dem österreichischen Armeekommandanten.

**Präsident:** Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Ermacora:** Herr Bundesminister! Ich persönlich bin fest überzeugt,

9690

Nationalrat XIII. GP — 99. Sitzung — 24. Jänner 1974

**Dr. Ermacora**

daß die ADV auch innerhalb eines Bataillons Geltung haben muß, das internationalen Organisationen zur Verfügung gestellt wird. Und die Verschwiegenheitspflicht im § 7 der ADV bezieht sich sicherlich nicht auf die Frage des Verpflegungszustandes, des Postverkehrs, des Ausrüstungszustandes.

Insbesondere wenn Sie betont haben, daß dieses Bataillon nicht in einer Ferienstellung ruht, muß doch bedacht werden, daß man vorher, bevor man diesem Ansuchen der Vereinten Nationen Rechnung trägt, für die Ausrüstung dieses Bataillons so Sorge trägt, daß solche Probleme nicht auftauchen.

Ich möchte Sie noch einmal fragen: Glauben Sie nicht, daß die ADV innerhalb des Bataillons, das im Nahen Osten eingesetzt ist, vollinhaltlich Gültigkeit hat?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf:** Selbstverständlich hat die ADV volle Gültigkeit, wie überhaupt bei allen diversen Kontingenten für den inneren Dienst die jeweiligen nationalen Vorschriften maßgebend sind. Ich gebe Ihnen auch vollkommen recht, daß jeder Soldat, auch wenn er im UNO-Einsatz steht, natürlich, wenn es sich um seine persönlichen Belange handelt, das Recht hat, seine freie Meinung zu äußern — dieses wollen wir ihm auch in keiner Weise schmälern — und daß es hier auch nicht um irgendwelche in die Verschwiegenheitspflicht hineinfallenden Angelegenheiten geht, sondern um den rein menschlich-persönlichen Bereich.

**Präsident:** Anfrage 10: Herr Abgeordneter Steininger (SPO) an den Herrn Bundesminister.

1298/M

Welche Aufgabenstellung wird der in der Garnison Freistadt liegenden Einheit im Rahmen der Bundesheer-Reform zugewiesen?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In der Garnison Freistadt sind derzeit eine Panzerjägerkompanie sowie ein Aufklärungszug der 4. Panzergrenadierbrigade stationiert. Im Zusammenhang mit der schrittweisen Verwirklichung der „Heeresgliederung 1972“ ist beabsichtigt, aus diesen Truppen zwei volle Einheiten zu bilden, und zwar eine Kompanie im Rahmen der Bereitschaftstruppe und eine Kompanie im Rahmen der Landwehr. Die zuletzt genannte Einheit wird im Frieden als Rahmenausbildungskompanie geführt werden.

**Präsident:** Anfrage 11: Abgeordneter Marwan-Schlosser (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

1346/M

Welche Vorkehrungen haben Sie getroffen, um eine der Einsatzsituation entsprechende Ausrüstung und Versorgung des österreichischen Kontingents bei den UN-Truppen im Nahen Osten zu gewährleisten?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Auf Grund des Wortlautes der vorliegenden Anfrage könnte der Eindruck entstehen, die Ausrüstung und Versorgung des österreichischen Kontingentes bei den UN-Truppen entspräche nicht der Einsatzsituation. Zur Vermeidung von Fehlmeinungen erscheint es mir daher notwendig, zu betonen, daß eine derartige Vermutung unbegründet ist. Wohl aber ist es zutreffend, daß die Ausrüstung und Versorgung je nach Auftrag und zentraler Versorgungssituation der Vereinten Nationen sowie nach der jeweiligen Jahreszeit laufend modifiziert und ergänzt werden muß.

So sind etwa in diesem Monat noch folgende Maßnahmen auf diesem Gebiet vorgesehen: Ersatz von sieben Funk-Haflingern durch die stärkeren und schnelleren Funk-Pinzgauer; Ergänzung der VW-Sanitetskraftwagen durch geländegängigere SanKW — später, nach Lieferung durch die Firma, sind auch hier Pinzgauer als SanKW vorgesehen —; Ersatz der durch die UNO beigestellten 10 Landrover durch 10 Pinzgauer in der sogenannten „Kommando-Version“; darüber hinaus eine Erhöhung des derzeitigen LKW-Bestandes an Steyr-Diesel-Dreiaxsern; ferner die weitere Ausrüstung mit Wasseraufbereitungsanlagen, um das Bataillon in der Trinkwasserversorgung autark zu machen.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Marwan-Schlosser:** Herr Minister! Ich stimme Ihnen zu, wenn Sie vorhin erwähnt haben, daß dieser Einsatz keine Ferienaktion ist. Umso mehr, weil dies der Fall ist und war, wäre es Pflicht gewesen, die Truppenteile, die man nach Ägypten hinübergeworfen hat — rund 500 Mann —, so auszurüsten, daß sie sofort beim Eintreffen im Einsatzraum die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen können.

In einer Zeitung vom 22. 12. 1973 lese ich: „Die erste Zeit waren die Österreicher in Kairo in der Militärakademie untergebracht, wo sie im Freien“ — im Freien! — „schliefen und nicht einmal das Notwendigste zum Leben hatten... Es gab nur Betten für 200 Soldaten.“

**Marwan-Schlosser**

Mehr als 160 Österreicher mußten auf dem Fußboden schlafen. Mit Neid blickte unsere Brandwache des Friedens auf die UN-Kontingente von Schweden und Finnland, die alles haben und auch mit einem eigenen Flugzeug die Feldpost nach Kairo befördert erhalten.“

Ich entnehme daraus, daß die anderen Staaten ihre Truppen wohlversorgt und ausgerüstet in den Einsatz gebracht haben. Ich muß aber auf Grund dieses Artikels schließen — ich habe bisher von keiner Erwidmung erfahren außer dieser einen Fernsehsendung mit General Scharff, die für mich nicht befriedigend war —, daß wirklich nicht alles getan worden war, um unsere Truppen so auszurüsten, wie sie in Afrika eben ausgerüstet sein müssen.

Herr Minister! Ich war ein Jahr lang in Afrika im Einsatz. Wir haben damals Tropenfeldbetten gehabt, die man zu einer Rolle zusammenklappen und unter dem Arm mitnehmen konnte. Ich höre, daß man die Betten, die jetzt nach Afrika hinübergeflogen werden, zu zweit tragen muß.

Herr Minister! Es gibt im österreichischen Bundesheer sicher eine Reihe von Soldaten und Offizieren, die noch Erfahrungen über den Subtropeneinsatz, über den Einsatz in der Wüste haben. Haben Sie diese im Heimatstaat zusammengefaßt, um sie als Ausbilder einzusetzen — denn es geht ja nicht nur um die Versorgung und um die Ausrüstung, sondern es geht ja auch um die Ausbildung für den Einsatz —, damit sie auf Grund ihrer Erfahrung die Leute schulen können?

Darüber hinaus frage ich: Wie lange sind die zum Einsatz gelangenden Soldaten in Österreich zusammengefaßt, um speziell für den Einsatz in der Wüste ausgebildet zu werden?

**Präsident:** Herr Kollege! Sie haben zwar drei Fragen eingepackt, aber bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf auf die Ausgangslage zurückgehen: Das UN-Bataillon lag in Zypern in festen Unterkünften, mit einer ganz anderen Aufgabe betraut als der, die nunmehr in Ägypten zu erfüllen ist. Die Ausrüstung war daher entsprechend auf den Auftrag in Zypern abgestimmt. Innerhalb von sieben Stunden wurde die Masse dieses Bataillons auf dem Luftwege ad hoc verlegt und konnte nur jene Ausrüstungsgegenstände mitnehmen, die dort verfügbar waren.

Hier in Wien hat man sofort die Ergänzung dieser Ausrüstung zusammengestellt. Es hat vier Wochen gedauert, bis es möglich war,

die rund 60 Tonnen Nachschubgüter durch die UN von Wien nach Ismailia beziehungsweise Kairo zu transportieren. Trotz laufender Urgegnen des Ministeriums in New York beim UNO-Hauptquartier haben wir nicht die zwingend notwendige Transportkapazität erhalten. Erst als knapp vor Weihnachten dieser Big Lift durchgeführt werden konnte, hat sich die Situation wesentlich gebessert. So viel zum ersten Teil Ihrer Anfrage.

Zum zweiten Teil Ihrer Anfrage darf ich sagen, daß wir uns selbstverständlich sofort Unterlagen geben ließen, allerdings von jenen Einheiten anderer Nationen, die bereits unten im Einsatz standen oder die auf Grund ihrer früheren Tätigkeit in ähnlichen Gebieten Erfahrungen sammeln konnten.

Auch beim Ausrüstungsgerät ist es so, daß man heute schon weitgehend andere, verbesserte Gegenstände benützt, als sie seinerzeit die „Wüstenfüchse“, zu denen ja auch Sie, Herr Abgeordneter, sich stolz zählen können, verwendet haben. *(Heiterkeit.)*

Sie können versichert sein, daß wir alles tun, um unser Kontingent, was Mannesausrüstung, Unterkunftsggerät anbelangt, genauso gut auszustatten, wie es bei den anderen Kontingenten der Fall ist.

Aber ich hätte eigentlich erwartet, Herr Abgeordneter, daß Sie nicht nur immer Negatives über unser UN-Kontingent und dessen Ausrüstung sagen. Daher muß ich ergänzend feststellen, daß das österreichische Bataillon die beste Funk- und Fernschreibausrüstung von sämtlichen Kontingenten, die die UNO im Raum Ägypten eingesetzt hat, besitzt.

Ich darf auch hier zum Ausdruck bringen, daß das ad hoc zusammengestellte UNEF, das Kommando der UNO in Ägypten, gar nicht in der Lage gewesen wäre, in den ersten Wochen seinen Aufgaben nachzukommen, wenn nicht das österreichische Funkgerät beziehungsweise unser ganzes Funk- und Fernschreibsystem eingesprungen wären, um dort die wichtigsten Aufbauten und die Installation der Nachschubeinrichtungen vorzunehmen.

Ich darf Ihnen sagen, daß erst wieder vor wenigen Tagen die Aufforderung an den Bataillonskommandanten ergangen ist, uns unverzüglich bekanntzugeben, welche weiteren ergänzenden Ausrüstungsgegenstände er unten benötigt, die er selbstverständlich auch erhalten wird.

**Präsident:** Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Marwan-Schlosser:** Herr Minister! Im Rahmen einer Fragestunde ist es mir nicht möglich, das Gesamtproblem zu be-

9692

Nationalrat XIII. GP — 99. Sitzung — 24. Jänner 1974

**Marwan-Schlosser**

leuchten. Es ist mir daher auch nicht möglich, anerkennende Worte für die Soldaten zu finden, die dort wirklich ihr Bestes geben. Wir werden demnächst, anlässlich der Behandlung des UNO-Berichtes im Landesverteidigungsausschuß, Gelegenheit haben, das zu tun.

Herr Minister! Sie haben selbst zugegeben, daß Sie vier Wochen lang nicht in der Lage waren, einen Nachschubtransport nach Ägypten zu organisieren. Herr Minister! Da mögen die Russen oder die Amerikaner irgendwie befragt worden sein. Ich frage Sie, Herr Minister, aber konkret: Warum haben Sie nicht spätestens genau in der Situation, in der diese Leute eine neue zusätzliche Ausrüstung brauchten, warum haben Sie nicht spätestens innerhalb von drei bis vier Tagen befohlen, daß eine zivile Frachtmaschine zu chartern ist, die das benötigte Nachschubgut nach Ägypten bringt?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister **Lütgendorf:** Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Abgeordneter, daß Sie diese Frage stellen, weil vielfach die falsche Meinung vorherrscht, der anscheinend auch Sie unterliegen, daß unser österreichisches Bundesministerium überhaupt eine Kompetenz hinsichtlich des Transportes und des Nachschubes für Einheiten der UN hat, und nur als solche kann man das Bataillon bezeichnen. Das entsprechende Übereinkommen der Republik Österreich mit den Vereinten Nationen sieht vor, daß da die Kompetenz und die Verantwortung ausschließlich beim Hauptquartier der Vereinten Nationen liegen. Sie sind verpflichtet, den Transportraum zur Verfügung zu stellen, und nur sie können dies tun.

Wir haben selbst ungeachtet dieser reinen Kompetenzangelegenheit Versuche unternommen. Es sind leider die Austrian Airlines, die „freundliche“ Linie, die immer unser Personal befördert, auf Grund ihres Fluggerätparkes nicht in der Lage, sperrige Güter zu transportieren, konnten also diesen Transport nicht übernehmen.

Wir haben uns auch bemüht, allenfalls den Seeweg zu beschreiten, dies in der Erwartung, daß uns die Transportkosten seitens der UNO vielleicht doch refundiert werden. Diese Bemühungen haben ergeben, daß zum gegebenen Zeitpunkt kein Frachtraum verfügbar gewesen wäre, um in kürzester Zeit die Güter zu transportieren.

Es können Ihnen in der Ausschusssitzung ohne weiteres alle Fernschreiben und alle sonstigen Unterlagen vorgelegt werden, die

den Nachweis erbringen, wie sehr wir uns bemüht haben, den notwendigen Transportraum von den Vereinten Nationen zu erhalten.

**Bundesministerium für Finanzen**

**Präsident:** Anfrage 12: Herr Abgeordneter Koller (OVP) an den Herrn Bundesminister für Finanzen.

1329/M

Welche Gründe sind ausschlaggebend, daß Sie die Verwendung des gefärbten Dieselöls als Treibstoff für die Landwirtschaft ablehnen?

**Präsident:** Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Frage der besten Möglichkeiten der Treibstoffverbilligung für die Verwendung in der Landwirtschaft — und das schließt die Möglichkeit für diese Zwecke gefärbten Dieselöls ein — ist Gegenstand einer Enquete. Diese Enquete hat erstmals am 30. November vergangenen Jahres getagt. Sie waren zugegen.

Es sind damals eine Reihe von Studien in Aussicht genommen worden, die zum Teil bereits eingegangen sind, sodaß im Februar eine weitere Sitzung stattfinden kann.

Bereits die erste hat allerdings gezeigt, daß es von verschiedenen Fachseiten sehr ernste Bedenken gegen gefärbtes Dieselöl gibt.

Meine eigene Meinung dazu, die ich unlängst geäußert habe, ist die, daß das nicht nur ein technisches, sondern auch ein soziales, weil einkommenspolitisches Problem ist, und zwar deswegen, weil jede Form der Rückvergütung eine soziale Differenzierung erlaubt, während dies bei Verwendung gefärbten Treibstoffes nicht möglich ist.

Wenn ich davon ausgehe, daß nach dem letzten Grünen Bericht zwar eine an sich erfreuliche Einkommensverbesserung in der Landwirtschaft stattgefunden hat, allerdings die innere Einkommensdisparität, das heißt die Unterschiede in den einzelnen Bereichen zugenommen haben, dann muß ich sagen: Es bedeutet eine Verwendung gefärbten Dieselöls nicht nur eine Verminderung dieses Umstandes, sondern noch seine Verstärkung.

Daher ist es meine Meinung — ich will aber dem abschließenden Ergebnis der Enquete nicht vorgreifen —, daß man hier doch den sozialen Aspekt nicht außer acht lassen soll, ganz abgesehen davon, daß meines Wissens überhaupt nur ein Land ein anderes System als Rückvergütung verwendet, nämlich gefärbten Treibstoff zur Anwendung bringt.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Koller:** Herr Minister! Sie gehen von der letzten Enquete aus und tun so, als ob diese ganze Frage erst im ersten Stadium der Überlegungen stünde. Sie wissen aber, Herr Minister, daß diese Frage schon eine lange Vorgeschichte hat.

Sie legen jetzt einen besonderen Akzent auf die soziale Bedeutung. Herr Minister! Die österreichische Landwirtschaft hat den höchsten Dieselpreis. Sie wissen, daß eine neuerliche Erhöhung bevorsteht und daß die Treibstoffverbilligungsforderung daher eine wirtschaftliche und sachlich begründete Forderung zur Kostensenkung in der landwirtschaftlichen Produktion analog vielen Maßnahmen anderer Industrieländer ist.

Herr Minister! Sie wollen nun diese vernünftigen wirtschaftlichen Kriterien in sozialpolitische Aspekte umfunktionieren und damit auf einmal in die Treibstofffrage völlig neue Gesichtspunkte tragen.

Wo, Herr Minister, liegt nun die Begründung dafür, daß Sie einer reinen Maßnahme der Produktionskostensenkung, also einer rein wirtschaftlichen Maßnahme, jetzt auf einmal eine sozialpolitische Zielrichtung geben, zumal Sie doch viel entscheidendere und zielführende Maßnahmen — ich denke hier nur an die Angleichung der landwirtschaftlichen Zuschußrenten — bisher strikte abgelehnt haben?

**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Was den Dieselpreis anlangt, so möchte ich doch der Vollständigkeit halber etwa darauf verweisen, daß dieser laut Budget 1974 um den Betrag von rund 380 Millionen Schilling an Treibstoffverbilligung reduziert wird.

Es geht aber darüber hinaus nicht nur um den sozialen Aspekt, sondern — ich habe ja schon darauf verwiesen — auch um den technischen. Da Sie noch einmal darauf zu sprechen kommen, bitte ich um Verständnis dafür, wenn ich hier die diesbezüglichen Überlegungen kurz zur Kenntnis bringe:

Eine Verwendung des Gasöls für Heizzwecke, für motorische Zwecke wirft eine Reihe von Problemen auf. Die wichtigsten davon sind folgende:

Der Dieseldieselkraftstoff und das Ofenöl sind Produkte, die sich mit Rücksicht auf ihren andersgearteten Verwendungszweck unterscheiden. Ofenöl ist zwar auch zum Betrieb von Motoren verwendbar, weist aber Merkmale auf, die es für motorische Zwecke weniger geeignet machen als der hierfür eigens hergestellte Dieseldieselkraftstoff.

Eine Freigabe von Ofenöl in der derzeitigen Einstellung würde eine Preisgabe von beträchtlichen Mengen, nämlich 100.000 Tonnen, von Mitteldestillaten und von Benzin bedeuten und eine zwangsläufige Mehrverarbeitung von Rohöl bewirken.

Bei einer Annäherung der Kälteeigenschaften von Ofenöl an Sommerdieseldieselkraftstoff würde das Produkt verschlechtert und ein viermal größerer Verbraucherpreis als die Landwirtschaft gefährdet.

Beide angeführten Varianten wären mit einer optimalen Rohölverarbeitung, wie sie wegen der Erdölkrise unbedingt notwendig ist, keinesfalls vereinbar.

Das bisherige Treibstoffverbilligungssystem ist für kleinere landwirtschaftliche Betriebe günstiger, weil sich die ausbezahlten Förderungsmittel im Einzelfall nach einer Punktebewertung und nicht nach dem tatsächlichen Treibstoffverbrauch richten. Eine Steuerbegünstigung könnte sich aber nur auf den tatsächlichen Treibstoffverbrauch auswirken; sozial- und regionalpolitische Aspekte — ich darf auf die Problematik der Bergbauern verweisen — könnten daher nicht berücksichtigt werden.

Im Mineralölhandel wären Umstellungen erforderlich, für die zwar zusätzliche Investitionen notwendig wären, die aber, im gesamten gesehen, keine Umsatzausweitung zur Folge hätten; es muß auch mit abgabetechnischen Schwierigkeiten gerechnet werden. Die Bundeswirtschaftskammer führte diesbezüglich in ihrer mir zugegangenen Stellungnahme wörtlich aus:

„Die Abgabe von Ofenheizöl direkt in die Tanks von ausschließlich land- und forstwirtschaftlich genutzten Fahrzeugen ist daher beim weitaus größten Teil der vorangeführten Abgabeeinrichtungen für steuerbegünstigtes Gasöl gar nicht möglich, weil die Kriterien für die Abgabe von Dieselpreisöl direkt in die Kraftfahrzeugtanks wesentlich andere sind als für die Befüllung von Kleingebinden.

Die grundsätzliche Freigabe der Verwendung von steuerbegünstigtem Gasöl für die Land- und Forstwirtschaft würde also für den Mineralölhandel neuerlich Investitionen von sehr bedeutendem Ausmaß erfordern, da beim überwiegenden Teil aller Tankstellen die erforderlichen Zu- und Abfahrten zu den Ofenölabgabevorrichtungen derzeit nicht gegeben sind und daher neue Zu- und Abfahrtsflächen sowie Aufstell- und Tankplätze errichtet werden müßten.“ (*Unruhe. — Abg. Z e i l l i n g e r: Es ist keine Fragestunde mehr!*)

**Bundesminister Dr. Androsch**

„Bei einem sicher nicht unbedeutenden Teil von Kleintankstellen erscheint überdies die Schaffung dieser durch die vorgenannten Umstände erforderlich werdenden zusätzlichen Zu- und Abfahrten durch die schon erfolgte Ausnutzung der vorhandenen Tankstellenflächen nicht mehr möglich. Die Gefahr, daß durch diesen Umstand der Verkauf von steuerbegünstigtem Gasöl an die land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeuge daher vom Mineralölhandel weg in den Bereich der landwirtschaftlichen Lagerhausgenossenschaften geführt wird, ist nicht von der Hand zu weisen.“ *(Abg. Zeillinger: Halten Sie doch einmal ein, Herr Minister, es ist keine Fragestunde mehr!)*

Soweit die Bundeswirtschaftskammer, so daß weiterhin die Zusage bleibt, einen Betrag für die Treibstoffverbilligung zur Verfügung zu stellen, der eine Senkung der Bundesmineralölsteuer im Ausmaß der Belastung bei Ofenheizöl vorsieht, aber eine entsprechende Verteilung gefunden werden muß.

**Präsident:** Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Koller:** Herr Minister! Ihre langatmige Flucht in die technischen Begründungen beweist mir schon, daß Sie hier nicht ganz sicher in Ihrer Begründung sind. Sie wissen sehr genau, Herr Minister, daß es zu diesen technischen Begründungen auch wesentliche Begründungen dagegen gibt.

Aber eines scheint mir sehr entscheidend, Herr Minister: Sie setzen sich mit dieser Maßnahme einhellig in Gegensatz zu den Wünschen und Forderungen sämtlicher österreichischer Bauernorganisationen, Sie setzen sich auch in Gegensatz zu den Aussagen des Herrn Bundeskanzlers in Linz und zu den Aussagen des Herrn Landwirtschaftsministers. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich frage daher konkret — ich kann genauso lang sein, wie es der Herr Minister war —: Herr Minister! Es ist dies jetzt in kürzester Zeit der zweite Fall, wo Sie Aussagen des Herrn Bundeskanzlers völlig negieren. Das erste Mal die bekannten Hochwassermillionen in der Steiermark, das zweite Mal hier die Zusage des Herrn Kanzlers betreffend die Treibstoffverbilligung: Ofenheizöl für die Landwirtschaft. Ich frage Sie konkret, Herr Minister: Was ist die Begründung für Ihre Haltung, daß Sie sich faktisch als Superminister über den Landwirtschaftsminister, über den Bundeskanzler auch in dieser Frage aufspielen?

**Präsident:** Herr Minister.

**Bundesminister Dr. Androsch:** Zunächst darf ich daran erinnern, daß diese technischen Probleme, die Sie jetzt negligieren, offenbar

auch Anlaß waren, in der Zeit von 1966 bis 1970 diesem Wunsch nach Verwendung von gefärbtem Dieselheizöl nicht zu entsprechen, weil offenbar diese Argumente damals auch gegolten haben. Sie hatten damals die Gelegenheit und hatten keinen Gebrauch gemacht.

Zum zweiten, sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Herr Bundeskanzler hat in Linz erklärt: Wir werden prüfen, ob eine Möglichkeit besteht, das zu realisieren, was Sie in Ihrer Zeit auch nicht realisieren konnten, weil offenbar dieselben Argumente damals gegolten haben.

Die Enquete hat in ihrer ersten Sitzung sehr deutlich gezeigt, welchen Umfang diese Argumente haben, ganz abgesehen davon, daß dazu noch der sozialpolitische Aspekt kommt, weil Ihr Vorschlag bedeuten müßte, daß die Bergbauern wesentlich schlechter gestellt würden als andere bäuerliche Kreise. Daher geht unser Vorschlag dahin, einen Betrag zur Verfügung zu stellen, der volumsmäßig dem entspricht, was Sie fordern, nämlich eine Reduzierung der Bundesmineralölsteuer auf das Ausmaß der Belastung bei Ofenheizöl. Allerdings muß Klarheit geschaffen werden über eine Verwendung, die sicherstellt, daß sie technisch möglich ist und sozialpolitische Aspekte mit einschließt. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Die Fragestunde ist beendet.

**Zuweisungen**

**Präsident:** Den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 105/A der Abgeordneten Doktor Broesigke und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über Versuche an lebenden Tieren (Tierversuchsgesetz) weise ich dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung zu.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebene Regierungsvorlage: Bundesverfassungsgesetz über die Änderung der Landesgrenze zwischen dem Land Burgenland und dem Land Steiermark im Bereich des Rittscheinbaches und des Raabflusses (1008 der Belagen), weise ich dem Verfassungsausschuß zu.

Ferner weise ich die Einsprüche des Bundesrates zu wie folgt:

den Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 14. Dezember 1973 betreffend das Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über Wohnungsbeihilfen geändert und für das Geschäftsjahr 1974 eine Sonderregelung getroffen wird (1005 der Beilagen), und

**Präsident**

den Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 14. Dezember 1973 betreffend das Bundesgesetz, mit dem das Bauern-Krankenversicherungsgesetz abgeändert wird (7. Novelle zum Bauern-Krankenversicherungsgesetz) (1006 der Beilagen),

dem Ausschuß für soziale Verwaltung;

den Einspruch des Bundesrates gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 14. Dezember 1973 betreffend das Bundesgesetz, mit dem wehrrechtliche Bestimmungen geändert werden (1007 der Beilagen), dem Landesverteidigungsausschuß.

Weiters weise ich den Bericht der Bundesregierung gemäß § 22 des ERP-Fonds-Gesetzes, BGBl. Nr. 207/1962 betreffend den Jahresbericht und Jahresabschluß 1972/73 des ERP-Fonds (III-117 der Beilagen), dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

**1. Punkt: Bericht des Bundeskanzlers**

**Präsident:** Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Bericht des Bundeskanzlers.

Ich bitte um den Bericht. (*Unruhe. — Rufe bei ÖVP und FPÖ: Keine Exemplare verteilt! — Bundeskanzler Dr. Kreisky: Das ist nie vereinbart worden!*)

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Herr Präsident! Hohes Haus! (*Neuerliche Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.*) Ich habe mich verpflichtet, den Klubs jeweils ein Exemplar der Rede zur Verfügung zu stellen. Die Rede wird ja hier im Haus gehalten.

Herr Präsident! Hohes Haus! In dem Bericht, den ich am 10. Juli 1973 dem Hohen Haus über die wirtschaftliche Lage des Landes gegeben habe, habe ich unter anderem gemeint, daß trotz optimistischer Prognosen der Wirtschaftsforscher die Konjunkturlage kein Anlaß zu einer Prosperitätseuphorie sein darf. In den letzten Monaten des vergangenen Jahres hat sich gezeigt, daß Warnungen dieser Art durchaus berechtigt sind.

Die österreichische Wirtschaft wird in steigendem Maße in die europäische Wirtschaft integriert und ist in vielfacher Weise mit der Weltwirtschaft verflochten. So hat Österreich im vergangenen Jahr — die endgültigen Zahlen für das Jahr 1973 liegen nur bis inklusive November vor; die Werte für Dezember sind eine Schätzung — Waren aus dem Ausland im Werte von über 140 Milliarden Schilling bezogen.

Aufgegliedert auf die schon endgültigen ersten elf Monate des Jahres 1973 wurden Rohstoffe für fast 20 Milliarden Schilling, Halbfertigwaren für rund 23 Milliarden Schilling, Fertigwaren für rund 74 Milliarden Schilling importiert.

Diese Importe sind zusammen mit den heimischen Rohstoffen die Voraussetzung dafür, daß in der österreichischen Wirtschaft in dem hinter uns liegenden Jahr ein Bruttonationalprodukt von rund 550 Milliarden Schilling erzielt werden konnte.

Das regionale Ausmaß der Verflechtung Österreichs mit den verschiedenen Wirtschaftsräumen der Erde können wir daraus ersehen, daß in den schon abgeschlossenen vorliegenden Zahlen von Jänner bis November 1973 aus Westeuropa Produkte im Gegenwert von mehr als 97 Milliarden Schilling importiert worden sind, davon rund 82 Milliarden aus dem Bereich der Europäischen Gemeinschaften und 15 Milliarden Schilling aus dem EFTA-Bereich.

Für weitere 10 Milliarden Schilling haben wir Produkte aus Osteuropa gekauft, für fast 4 Milliarden Schilling aus den Vereinigten Staaten, und fast 15 Milliarden Schilling benötigten wir für die Importe aus den übrigen Teilen der Erde.

Der Export österreichischer Waren wird im vergangenen Jahr schätzungsweise 103 Milliarden Schilling erreicht haben. Die importierten Rohstoffe ermöglichten im Vorjahr zusammen mit heimischen Rohstoffvorkommen einen Produktionswert der österreichischen Industrie von 335 Milliarden Schilling; davon wurden fast 100 Milliarden Schilling exportiert.

Auch die regionale Exportstruktur ist ein Indikator für das Ausmaß der wirtschaftlichen Verflechtung Österreichs. In den feststehenden elf Monaten wurden Produkte im Wert von mehr als 63 Milliarden nach Westeuropa verkauft, davon 46 Milliarden in den Bereich der Europäischen Gemeinschaften und 17 Milliarden in den Bereich der EFTA-Staaten, weitere 10 Milliarden nach Osteuropa, 4 Milliarden nach den USA und 15 Milliarden in die übrigen Teile der Erde.

Österreich ist ein moderner Industriestaat geworden, was am deutlichsten durch den Umstand illustriert wird, daß heute rund 2,7 Millionen Menschen in der österreichischen Wirtschaft beschäftigt sind, während es 1937 nur 1,7 Millionen waren. Die Anzahl der Arbeitslosen schwankte 1973 zwischen 26.000 und 62.000, 1937 waren 464.000 Menschen unterstützte Arbeitslose!

**Bundeskanzler Dr. Kreisky**

Es ist also selbstverständlich, daß die österreichische Bundesregierung bei ihren wirtschaftspolitischen Bestrebungen die Entwicklung außerhalb Österreichs mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, weil alles, was in der Weltwirtschaft geschieht, seine Auswirkungen auf Österreich haben muß.

Damit, Hohes Haus, komme ich zur Frage der Preise. Es ist in der Zwischenzeit der durchschnittliche Anstieg des österreichischen Verbraucherpreisindex für das Jahr 1973 festgestellt worden. Er beträgt 7,6 Prozent. Der Dezember-Index betrug für Österreich 7,8 Prozent Anstieg gegenüber Dezember 1972.

Lassen Sie mich diesen Wert mit den wichtigen Industriestaaten der westlichen Welt vergleichen; wo Dezember-Werte noch nicht vorliegen, mußten die November-Zahlen genommen werden.

Besser als wir schneiden gegenwärtig nur zwei Staaten ab: Belgien mit 7,3 Prozent und Norwegen mit 7,6 Prozent.

Gleich mit Österreich ist die Bundesrepublik Deutschland mit 7,8 Prozent.

Schlechter als Österreich — zum Teil erheblich schlechter — liegen: die Niederlande mit 8,2 Prozent, Schweden und die USA mit je 8,4 Prozent, Frankreich mit 8,9 Prozent, Großbritannien mit 10,3 Prozent, Italien mit 10,7 Prozent, Dänemark mit 11,4 Prozent, die Schweiz mit 11,9 Prozent und Japan mit 14 Prozent.

Erlauben Sie mir aber auch noch eine zweite sehr bemerkenswerte Übersicht über die längerfristige Entwicklung der Preise zu geben. In dieser wird der Anstieg der Preisniveaus Westeuropas zwischen Jänner 1970 und September 1973 verglichen.

Dieser Anstieg betrug: für Finnland 32 Prozent, für Großbritannien 30 Prozent, für die Niederlande 27 Prozent, für Dänemark 26 Prozent, für Italien 25 Prozent, für Norwegen 24 Prozent, ebenso für die Schweiz 24 Prozent, für Irland 23 Prozent, für Schweden 23 Prozent, für Frankreich 22 Prozent, für die Bundesrepublik 20 Prozent, für Österreich 20 Prozent, für Belgien 19 Prozent.

Daraus ergibt sich, Hohes Haus, daß Österreich von 13 Industriestaaten an der zwölften Stelle steht, das heißt, daß alle Staaten Europas in dieser Zeit mit Ausnahme von Belgien einen höheren Preisanstieg als Österreich zu verzeichnen hatten und die Bundesrepublik Deutschland einen gleich hohen.

Die Bundesregierung hat mit den Wirtschaftspartnern, den Gebietskörperschaften und im Zusammenwirken mit der Notenbank,

dem Kreditapparat und der Versicherungswirtschaft auf breiter Basis wirksame Abkommen zur Bekämpfung des Preisauftriebs geschlossen. Dadurch ist es gelungen, das Ziel der relativen Stabilität im größtmöglichen Ausmaß zu verwirklichen und trotzdem ein ausreichendes Wirtschaftswachstum und vor allem die Vollbeschäftigung zu erhalten. Wir liegen also bei aller zugegebenen Unerfreulichkeit der Preisentwicklung heute, was die Preissteigerungen betrifft, abermals im Unterfeld der europäischen Industriestaaten, und die seinerzeitige Prognose, wonach Österreich im Spitzenfeld landen würde und dort bleiben werde, hat sich glücklicherweise als voreilig und zu pessimistisch erwiesen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Vorgänge in der Weltwirtschaft... *(Abg. Glaser: Beifall für 20 Prozent!)* Der Ordnung halber möchte ich mitteilen, daß Österreich von 13 Staaten an zwölfter Stelle liegt, was den Preisanstieg betrifft! *(Ruf bei der ÖVP: Da haben wir nichts davon!)* Wir liegen also bei aller Unerfreulichkeit, sagte ich vorher, in der Preisentwicklung im Unterfeld und nicht im Spitzenfeld *(weitere Zwischenrufe bei der ÖVP — Ruf bei der SPÖ: Hören Sie zu!)*, wo wir nicht geblieben sind, wie manche es vermutet haben, vielleicht sogar gehofft haben.

Die Vorgänge in der Weltwirtschaft lassen es als geboten erscheinen, daß die Bundesregierung auch weiterhin der Stabilitätspolitik ihr besonderes Augenmerk schenkt.

Zu den Problemen, die sich aus der Preisentwicklung ergeben, sind nun in letzter Zeit neue hinzugetreten, und damit komme ich, Hohes Haus, zur Frage der Energiepolitik. Auch hier kann ich auf einige statistische Angaben nicht verzichten, denn nur so kann der ganze Umfang des Problems sichtbar gemacht werden.

Die europäischen OECD-Staaten hatten 1971 einen Energieverbrauch von 1580 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten. Sie decken aus der eigenen Produktion rund 37 Prozent ihres Energiebedarfes und sind demgemäß gezwungen, 63 Prozent ihres Energiebedarfes durch Importe zu decken, das heißt durch Importe aus Staaten außerhalb der europäischen OECD-Staaten; der Handel innerhalb dieser Staaten ist unberücksichtigt geblieben.

Werfen wir einen Blick auf die Energiestruktur der europäischen OECD-Staaten: Der Ölanteil betrug nach Angaben in Quellen vom Dezember 1973 im Jahre 1971 61,5 Prozent, der Anteil der festen Brennstoffe



**Bundeskanzler Dr. Kreisky**

25,8 Prozent, von Erdgas 8,4 Prozent, von Kernenergie 1,1 Prozent und von Wasserkraft und Erdwärme 3,2 Prozent.

Für Österreich liegen die vergleichbaren Werte wesentlich anders. Die Olbasis in Österreich betrug nur 46,2 Prozent, der Anteil der festen Brennstoffe 19,8 Prozent, von Erdgas 13,2 Prozent und von Wasserkraft 20,8 Prozent. Dieser Vergleich zeigt sehr deutlich die dank des großen Energieaufkommens aus Wasserkraft relativ geringe Olabhängigkeit der österreichischen Wirtschaft.

Lassen Sie mich auch noch einen sehr aufschlußreichen Blick auf die Olabhängigkeit westlicher Industriestaaten werfen, wobei ich mich derselben Quelle bediene. Olanteil an der nationalen Energiestruktur: Italien 79,7 Prozent, Japan 75,2 Prozent, Frankreich 66,4 Prozent, Belgien 63,7 Prozent, Holland 60,4 Prozent, Bundesrepublik Deutschland 54,9 Prozent, Kanada 53,4 Prozent, Österreich 46,8 Prozent, England 45,6 Prozent — auf Grund der großen Kohlevorkommen in England —, USA 45,4 Prozent. Wir liegen also wesentlich günstiger als die meisten Staaten der OECD.

Wir verdanken diese günstige Lage einer Reihe von Umständen, die ich nicht unerwähnt lassen möchte.

Erstens, daß es unmittelbar nach dem Krieg trotz großer Opfer zu einem sehr consequenten Ausbau unserer Energieressourcen gekommen ist, mit eindrucksvollen Namen von geradezu legendärer Bedeutung: Kaprun, Ybbs/Persenbeug, Jochenstein, Ottensheim, Altenwörth und Roslegg, um nur einige wenige zu nennen. Sie gehören zu den energiepolitischen Prunkstücken unseres Landes.

Ein zweiter erwähnenswerter Umstand ist der, daß es bei den Staatsvertragsverhandlungen 1955 in Moskau gelungen war, die österreichischen Erdölfelder wieder in österreichische Hand zu bekommen. Der bis zur Reise der damaligen Regierungsdelegation nach Moskau vereinbarte Entwurf für einen Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs, hatte hinsichtlich der österreichischen Erdölfelder im Artikel 22 folgenden Wortlaut:

„Die Sowjetunion, das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich haben das Recht, über alle ehemaligen deutschen Vermögenswerte in Österreich gemäß dem Protokoll der Berliner Konferenz vom 2. August 1945 zu verfügen.

1. Die Sowjetunion erhält für eine Geltungsdauer von dreißig Jahren“ — das wäre also bis 1985 — „Konzessionen auf Ölfelder, die 60 Prozent der Ölförderung in Österreich im Jahre 1947 entsprechen.“ — Diese war bekanntlich höher als heute.

„2. Die Sowjetunion erhält Konzession auf 60 Prozent aller im östlichen Österreich gelegenen Schurfgebiete ... Die Sowjetunion hat das Recht, in den in diesem Paragraph erwähnten Schurfgebieten acht Jahre hindurch Schurfarbeiten durchzuführen und anschließend durch einen Zeitraum von 25 Jahren“ — das wären also insgesamt 33 Jahre —, „beginnend mit dem Zeitpunkt des Fündigwerdens, Öl zu gewinnen.

3. Die Sowjetunion erhält Ölraffinerien mit einer jährlichen Gesamtproduktion von 420.000 Tonnen Rohöl.

4. Die Sowjetunion erhält jene mit der Verteilung von Ölprodukten befaßten Unternehmen, die sie zur Verfügung hat.“

Die österreichische Regierungsdelegation konnte damals eine neue Vereinbarung erwirken, im sogenannten Moskauer Memorandum zwischen der UdSSR und Österreich, in der es unter anderem heißt: „Die sowjetische Delegation nimmt den Vorschlag der österreichischen Delegation an, wonach die österreichische Regierung für die an Österreich übergebenen und von der UdSSR innegehaltenen Ölfelder und Ölraffinerien eine Bezahlung durch Lieferungen von Rohöl im Ausmaß von einer Million Tonnen jährlich innerhalb von zehn Jahren, also insgesamt zehn Millionen Tonnen, an die Sowjetunion leisten wird.“

De facto, Hohes Haus, haben wir nur 6,4 Millionen Tonnen geliefert. Wir haben also unsere ganzen Ölvorräte, unsere gesamte Ölwirtschaft für eine Ölmenge zurückgekauft, die wir heute in rund sechs Monaten verbrauchen! (*Beifall bei der SPO.*) Wäre es damals nicht zu diesem Abschluß gekommen, wären die österreichischen Ölfelder, wie ich schon sagte, noch heute in der Verfügungsgewalt einer fremden Großmacht.

Es war dies ausschließlich ein Verdienst der österreichischen Unterhändler, denn in dieser Frage haben die anderen Großmächte, die ja selber Ölinteressen in Österreich zu vertreten hatten, keinerlei Hilfeleistung für uns bezogen, während wir in anderen Fragen die Hilfe, die sie uns haben angedeihen lassen, nicht unterschätzen wollen.

Wie groß die Bedeutung des heimischen Erdöls und der verstaatlichten österreichischen Mineralölgesellschaft ist, ersieht man aus folgenden Zahlen: Die österreichische Wirtschaft

**Bundeskanzler Dr. Kreisky**

verbraucht im Jahre 1973 rund 11,2 Millionen Tonnen Mineralölprodukte. Hievon betrug die österreichische Förderung rund 2,6 Millionen Tonnen oder 23 Prozent des Gesamtbedarfes, was einen ansehnlichen Anteil darstellt. Von diesen 2,6 Millionen Tonnen Inlandsförderung wiederum entfällt der allergrößte Teil auf Felder, die im Eigentum der verstaatlichten Österreichischen Mineralölverwaltung stehen. Von den Rohölimporten wiederum wurden rund 58 Prozent von der verstaatlichten Mineralölgesellschaft getätigt und nur rund 42 Prozent von den internationalen Gesellschaften. Im abgelaufenen Jahr wurden 77 Prozent aller in Österreich verbrauchten Mineralöle im Inland raffiniert, während 23 Prozent des Verbrauchs durch Produktimporte gedeckt werden mußten.

Das alles, Hohes Haus, erklärt die relativ günstige Position Österreichs und die fundamentale Veränderung, die es hier gegeben hat. Es konnte verhindert werden, daß die Verknappungserscheinungen ernsthafte Störungen im Wirtschaftsleben und Einschränkungen des privaten Verbrauchs in lebenswichtigen Bereichen zur Folge hatten.

Es wurde ein Katalog von möglichen Energiesparmaßnahmen aufgestellt, und diese wurden stufenweise, je nach Versorgungslage, in Kraft gesetzt. Dieses Stufenprogramm enthält kurzfristig zu erlassende Maßnahmen zur Einsparung, Aufbringungserhöhung, Sicherung eines optimalen Einsatzes der verfügbaren Mengen insbesondere zur Versorgung der Wirtschaft und zur Verminderung von Energieverlusten. Damit ist es gelungen, Störungen des Wirtschaftslebens ohne drastische Eingriffe zu vermeiden, ein Ergebnis, das Österreich in eine günstigere Versorgungssituation als wohl die meisten anderen europäischen Staaten versetzt.

Hohes Haus! Die Bundesregierung ist sich im klaren darüber, daß neben den kurzfristig zu treffenden Maßnahmen zur Sicherung einer ausreichenden Energieversorgung auch mittel- und langfristige Maßnahmen notwendig sein werden. Aus diesem Grunde wurden Leitlinien für eine österreichische Energiepolitik mit folgenden Schwerpunkten konzipiert: Weitestgehende Nutzung der heimischen Energiequellen, Sicherung der unerläßlichen Importe, Aufbau einer ausreichenden Bevorratung.

Nach den von der Mineralölindustrie den zuständigen Bundesdienststellen bekanntgegebenen Daten wird, wie es jetzt aussieht, ausreichend Erdöl in Ergänzung zur heimischen Förderung zur Vollausslastung der Raffinerie Schwechat beschafft werden können.

Damit wird der Großteil des österreichischen Bedarfes an Mineralölprodukten für das Jahr 1974 gedeckt sein. Zu einer vollen Deckung des Bedarfes besteht allerdings auch die Notwendigkeit des zusätzlichen Importes von Mineralölprodukten aus den Nachbarstaaten. Die Bundesregierung wird bemüht sein, diesen sicherzustellen.

Die bisherigen Sparmaßnahmen auf dem Treibstoffsektor haben zum Beispiel im Dezember 1973 bereits zu einem merkbaren Rückgang des Verbrauches geführt. Die Bundesregierung wird bei Anhalten des jetzigen Volumens der Anlieferungen aus dem Ausland und bei Erreichung des als notwendig erachteten Lagerbestandes an Mineralölprodukten die Liste der getroffenen Sparmaßnahmen nach Möglichkeit wieder reduzieren.

Wenn auch die Bundesregierung in erster Linie bemüht ist, das Problem der Energieversorgung quantitativ zu sichern, ist sie sich jedoch bewußt, daß die anhaltende Preissteigerung auf dem Energiesektor auch ernsthafte Folgen für die Wirtschaft und den Verbraucher, aber auch für die Handels- und Zahlungsbilanz hat, und wird diesem Problem ihre besondere Aufmerksamkeit widmen.

Die Einführung des „Tempo 100“ hat auch einen Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit des Straßenverkehrs geleistet. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden ist auf Freilandstraßen im ersten vollen Monat der Gültigkeit dieser Maßnahme, dem Dezember 1973, im Vergleich zum Dezember 1972 um 29,3 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Toten auf Freilandstraßen ist in diesem Zeitraum um 47,5 Prozent, die der Verletzten um 30 Prozent zurückgegangen. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, daß zu dieser erfreulichen Entwicklung auch die geringere Fahrdichte auf Grund der verschiedenen Energiesparmaßnahmen wesentlich beigetragen hat.

Das Kuratorium für Verkehrssicherheit wurde vom zuständigen Regierungsmitglied beauftragt, eine Studie kurzfristig auszuarbeiten, um eine solide Entscheidungsgrundlage für die weitere Vorgangsweise zu schaffen.

Im Hinblick auf die notwendigen Initiativen im Zusammenhang mit der Rohstoffverknappung wurde ein Entwurf für ein Bevorratungsgesetz ausgearbeitet, über den mit den Interessenvertretungen verhandelt werden soll. Die Bundesregierung und vor allem der zuständige Minister trägt sich auch mit der Absicht, ein Forschungssymposium nach dem Vorbild des anlässlich des Nationalfeiertags

**Bundeskanzler Dr. Kreisky**

1972 abgehaltenen Symposiums über „Die Zukunft von Wissenschaft und Technik in Österreich“ abzuhalten.

Österreich, Hohes Haus, muß bestrebt sein, die Kontakte zu den internationalen Forschungstätigkeiten auf dem Energiesektor enger zu gestalten, wobei den im Ausland tätigen österreichischen Wissenschaftlern eine besondere Rolle zukommt. Wir werden auch das Einvernehmen mit den auf diesem Gebiet tätigen internationalen Organisationen pflegen und unsere Pläne mit den Aktivitäten der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Energieforschung abstimmen.

Darüber hinaus werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten der Energieforschung Priorität geben und diese Forschungsrichtung, die kein rein technisch-naturwissenschaftliches Problem sein soll, sondern die Kooperation mit den Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften erfordert, bedeutend intensivieren. Auch sollen die schon bestehenden verschiedenen Energieforschungsaktivitäten in Österreich koordiniert und zu einem Energieforschungskonzept zusammengefaßt werden. So wird also, Hohes Haus, was die Wirtschaftspolitik betrifft, die Energiepolitik zu ihrem zweiten tragenden Pfeiler.

Der dritte tragende Pfeiler in unserer Wirtschaftspolitik ist die Beschäftigungspolitik. Wir haben von verschiedenen Seiten sehr düstere Prognosen vernommen. Ich selbst habe, um es einmal klarzustellen, in einer Pressekonferenz nach der Rückkehr von einer Zusammenkunft mit dem deutschen Bundeskanzler und dem schwedischen Ministerpräsidenten wörtlich erklärt:

„Nach den Gesprächen“ — und ich zitiere —, „die wir geführt haben, ist mir klar geworden, warum der deutsche Bundeskanzler glaubt, Anlaß zu haben, die Dinge so ernst zu sehen: ... Wenn es zu einer Energieverknappung um, sagen wir, 15 Prozent käme, dann müsse man“ — so meinte der deutsche Bundeskanzler — „als Richtschnur die Zeit nehmen, in der es in Deutschland 15 Prozent weniger Energieverbrauch gegeben hat. Und aus dieser Zeit müsse man dann die Zahl der Beschäftigten nehmen. Und da entsteht ein Minus. Und dieses Minus“ schien dem deutschen Bundeskanzler „relativ alarmierend“ zu sein. „Ja“, so sagte ich in dieser Pressekonferenz, „das ist sicherlich eine Art, die Dinge zu sehen, die man vertreten kann. Ich persönlich glaube nicht, daß das schlüssig ist. Aus den verschiedensten Gründen nicht.“ — Ende des Zitats.

Die tatsächliche Entwicklung in Österreich hat dies auch gezeigt.

Trotz der nach wie vor ungebrochen günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt widmet die Bundesregierung dieser Frage besondere Aufmerksamkeit. Der Bundesminister für soziale Verwaltung erstattet neuerdings dem Ministerrat allwöchentlich einen Bericht über die regionale Lage auf dem Arbeitsmarkt, damit die Bundesregierung in der Lage ist, vor allem was ihre stabilitätspolitischen Maßnahmen und den Budgetvollzug betrifft, rasch dort einzugreifen, wo es notwendig und erforderlich ist.

Hohes Haus! Ich habe die Absicht, zusammen mit dem Herrn Vizekanzler und Sozialminister die Herren Landeshauptleute einzuladen, um mit ihnen Fragen des Gastarbeiterproblems zu besprechen.

Besonderes Augenmerk widmet die Bundesregierung auch Fragen der Raumplanung. In der Regierungserklärung vom 27. April 1970 bekennt sie sich zu einer aktiven Raumordnungspolitik — ich zitiere wörtlich —, „deren Ziel es sein muß, die räumlichen Voraussetzungen für annähernd gleiche Erwerbs- und Lebensbedingungen für die Bevölkerung in allen Siedlungsgebieten des Landes zu schaffen“.

In Erfüllung dieser Zielsetzung wurden Verhandlungen mit der niederösterreichischen Landesregierung geführt und stehen vor dem Abschluß. Mit dem Burgenland wurden sie begonnen und werden vermutlich im Februar zum Abschluß gebracht werden können.

Die mit Niederösterreich vereinbarten Förderungsmaßnahmen für das niederösterreichische Grenzland sollen folgendes zum Inhalt haben:

1. Bei einem Gesamtausmaß des ERP-Sonderprogramms für die Förderung grenznaher Gebiete in Höhe von 200 Millionen Schilling wurde für den Grenzraum des Bundeslandes Niederösterreich ein Kreditvolumen von rund 100 Millionen Schilling in Aussicht genommen. Auch im Bereich des ERP-Fremdenverkehrsprogramms wurden erstmals erhöhte Mittel für Projekte im Grenzraum reserviert.

2. Was die Infrastruktur in diesen Gebieten betrifft, soll alles geschehen, um die Nebenbahnen zu erhalten. Parallel damit wird eine Untersuchung über die raumwirksame Funktion der Nebenbahnen innerhalb der österreichischen Raumordnungskonferenz, an der ja bekanntlich der Bund, die Länder und die Gebietskörperschaften beteiligt sind, durchgeführt.

Es soll zum Ausbau der Schnellstraße Richtung Horn kommen — Jahresvolumen rund 50 Millionen Schilling — und zum weiteren

9700

Nationalrat XIII. GP — 99. Sitzung — 24. Jänner 1974

**Bundeskanzler Dr. Kreisky**

Ausbau der Bundesstraßen B im Jahresausmaß von rund 100 Millionen Schilling.

Der Fernmeldeausbau: Nach dem nunmehrigen Abschluß der Vollautomatisierung des Telephonnetzes soll es zu einem weiteren Ausbau des Netzes sowie zur Errichtung von zusätzlichen Wählämtern kommen.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen: Errichtung eines Schulungszentrums in Sigmundsherberg: 50 Ausbildungsplätze im Metallbereich; Kostenaufwand 23 Millionen Schilling; Errichtung einer Berufsfach- und Berufsschule in Karlstein an der Thaya für Uhrmacher; verstärkte Förderung der betriebseigenen Ausbildung. Darunter sind Lehrwerkstätten und Umschulungsmaßnahmen zu verstehen.

Für das berufsbildende Schulwesen des Bundes sind für diesen Bereich folgende Maßnahmen geplant, das heißt sie werden durchgeführt: Errichtung mehrerer höherer technischer Lehranstalten, die auch die Bedürfnisse des Grenzraumes abdecken; Errichtung von Lehranstalten für Frauen-, Fremdenverkehrs- und Sozialberufe, zum Beispiel in Gänserndorf, Zwettl und Gmünd, sowie ein Erweiterungsvorhaben für Hollabrunn; Planung und Errichtung von kaufmännischen Lehranstalten, also Handelsakademien und Handelsschulen; Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen in Mistelbach und im Raum Zwettl—Gmünd.

Beschäftigungs- und strukturpolitisch von großer Bedeutung erachte ich auch jene Maßnahmen, die im Bereich der verstaatlichten Industrie gesetzt wurden. Der im OIG-Gesetz enthaltene Auftrag zur branchenweisen Zusammenführung der Unternehmungen ist in seinen entscheidenden Punkten als erfüllt anzusehen. Der bedeutsamste Schritt hiezu war die Konzentration der verstaatlichten österreichischen Eisen- und Stahlindustrie, die auch von maßgeblicher Bedeutung für die weitere Entwicklung Österreichs zu einem modernen Industriestaat sein wird. Dem internationalen Trend folgend, der bereits allgemein zu einem hohen Konzentrationsgrad in diesem Industriebereich geführt hat, wurden die Oesterreichisch-Alpine Montangesellschaft und die Vereinigten Oesterreichischen Eisen- und Stahlwerke Aktiengesellschaft mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1973 durch die Bildung der neuen VOEST-Alpine zu einer gemeinsamen Firma verschmolzen und die Edelstahlunternehmungen Gebrüder Böhler & Co. AG und Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG als Tochtergesellschaften angegliedert.

Damit konnte die so lange erstrebte Große Lösung in diesem Bereich nach Überwindung

vieler Schwierigkeiten zustandegebracht werden.

Bei den Vorbesprechungen zur Erreichung dieser Lösung habe ich namens der Bundesregierung als zuständiger Ressortminister die Bereitschaft bekundet, daß der neuen Gesellschaft 2 Milliarden Schilling Finanzierungsmittel zugeführt werden sollten. Dieser Betrag, von dem nun die ersten 500 Millionen Schilling flüssiggemacht werden, wird zur Unterstützung jenes großen Investitionsprogramms des Unternehmens dienen, das im Fünfjahreszeitraum 1974 bis 1978 insgesamt Investitionen in der Größenordnung von 15,7 Milliarden Schilling vorsieht.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß es sich hier um ein gigantisches Auftragspotential für große Teile der österreichischen Wirtschaft handelt, die gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt ihre besondere Bedeutung haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Neben der „Großen Lösung“ in der Eisen- und Stahlindustrie ist es auch im Buntmetallbereich zur Zusammenfassung gekommen, die mit Wirksamkeit vom 1. Jänner dieses Jahres die Vereinigten Wiener Metallwerke, die Montanwerke Brixlegg und das Metallwerk Möllersdorf mit den Vereinigten Metallwerken Ranshofen-Berndorf als aufnehmendes Unternehmen verschmilzt, ebenso wie es im Bereich der Schiffswerften zu einer Straffung und damit kostengünstigeren Produktion kommen wird.

Ich möchte diese Gelegenheit benützen, um neuerdings zu unterstreichen, daß die Bundesregierung Überlegungen, die im gegenwärtigen Zeitpunkt angestellt werden und die darauf abzielen, eine Einengung der Entwicklung der österreichischen Aluminiumindustrie ins Auge zu fassen, nicht näherzutreten in der Lage ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In dem Bereich der verstaatlichten Erdöl- und Chemieindustrie konnte eine zweckentsprechende Lösung der Koordinationsprobleme zwischen der Oesterreichischen Mineralölverwaltung und den Oesterreichischen Stickstoffwerken, nunmehr Chemie Linz AG, durch die Gründung einer gemeinsamen Tochtergesellschaft Petrochemie Schwechat herbeigeführt werden.

Zur Sicherung der Energieversorgung wird der schon beschlossene Ausbau der Raffinerie Schwechat der Oesterreichischen Mineralölverwaltung Aktiengesellschaft von 10 Millionen Jahrestonnen auf 14,3 Millionen Tonnen Rohöldurchsatz erfolgen. Jedenfalls wird aber der bereits vorgesehene Bau einer Produktpipeline von Schwechat in den oberösterreichischen Raum wesentlich zur Erleichterung der Versorgung der westlichen Bundesländer mit Roh-

**Bundeskanzler Dr. Kreisky**

öldestillaten beitragen, wobei am Endpunkt dieser Produktpipeline in Oberösterreich ein großes Vorratslager zu errichten sein wird. Die laufende eigene Aufschlußtätigkeit der Österreichischen Mineralölverwaltungs Aktiengesellschaft wird zu verstärken sein, wobei auch weitere Auslandsengagements in Betracht kommen. Durch die jetzt im Bau befindliche und im Frühjahr 1974 vollendete Transaustria Gas-Pipeline — die sogenannte TAG-Pipeline — wird Österreich seine Bezüge von Gas aus der UdSSR in den nächsten Jahren erhöhen können. Die Aufgabe der OMV wird neben ihrer eigenen inländischen Produktion und dem Transport im besonderen die Speicherung von Erdgas sein.

Im Bereich der Kohle ist der Aufschluß des neuen Reviers Zangthaler/Unterflöz gesichert und wird im Köflacher Revier der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbauverwaltung-Ges. m. b. H. die Aufsuchung neuer Kohlenvorkommen ermöglichen.

Der von der Bundesregierung beschlossene Ausbau der Aspangbahnstrecke der Österreichischen Bundesbahnen wird neben dem Werk Weiz der Elin Union AG auch eine für dieses industriell benachteiligte Gebiet der Steiermark für Schwertransporte geeignete Verkehrsverbindung zum Donauschiffahrtsweg ermöglichen. Damit wird aber auch der Anschluß an den in den frühen achtziger Jahren fertigzustellenden Rhein-Main-Donau-Kanal erreicht werden. Was besonders bedeutsam erscheint.

Ich möchte diese Gelegenheit wahrnehmen, um der steirischen Landesregierung dafür zu danken, daß sie sich am Ausbau der Aspangbahn in einem entsprechenden Maße beteiligt hat.

Schließlich möchte ich vor dem Hohen Hause auch darauf hinweisen, daß der Ministerrat einen Antrag angenommen hat, der die vorhandenen bundesweiten Finanzierungseinrichtungen stabilitäts-, konjunktur- und strukturell koordinieren soll. Auf diese Weise soll erreicht werden, daß die von der Wirtschaftspolitik gesetzten Schwerpunkte in der Stabilitätspolitik, Strukturpolitik, Integrationspolitik, Regionalpolitik, im Umweltschutz, der Energiepolitik und der Bevorratungspolitik in den Dispositionen dieser Finanzierungseinrichtungen erhöhten Niederschlag finden. Auch soll die Zugänglichkeit zu diesen Förderungseinrichtungen für deren Benutzer einfacher und daher wirtschaftlich zweckmäßiger gestaltet werden.

Hohes Haus! Ich habe mich in den bisherigen Teilen dieser Erklärung mit jenen Bereichen der Wirtschaftspolitik auseinandergesetzt, denen die Bundesregierung gegenwärtig tragende Bedeutung beimißt. Es war dies die

Stabilitätspolitik, die Energiepolitik, die mit beiden in enger Verknüpfung stehende Vollbeschäftigungspolitik. Unter den gegebenen Umständen sieht es die Bundesregierung als Verpflichtung an, diesen drei Bereichen einen Vorrang in den wirtschaftspolitischen Maßnahmen einzuräumen.

In diesem Zusammenhang scheint es auch besonders bedeutungsvoll zu sein, daß die Bundesregierung, was die Budgetpolitik betrifft, zur Überzeugung gekommen ist, daß die Mittel aus der Bundesmineralölsteuer unverkürzt dem Straßenbau verbleiben sollen, daß aber jene Mittel, die von Nichtstraßenbenutzern an Bundesmineralölsteuer bezahlt werden — das sind gegenwärtig nach den Angaben des Finanzministers jährlich rund 480 Millionen Schilling —, dafür verwendet werden sollen, daß der Verkehr in Ballungsgebieten einen starken Ausbau erfährt. Da es sich bei diesem Ausbau zum Teil um den innerstädtischen Verkehr handelt, der nicht zu den eigentlichen Aufgaben der Österreichischen Bundesbahnen gehört, wird man sich, um hier größte Effizienz zu erreichen, um eine maximale Zusammenarbeit mit den beteiligten Gebietskörperschaften bemühen. Es versteht sich von selbst, daß dieser Betrag von annähernd einer halben Milliarde Schilling der Elektroindustrie und der Waggonbauindustrie für Aufträge zur Verfügung stehen wird, zwei Industriesparten, die sich beide in einer nicht leichten Situation befinden. Gleichzeitig wird auch damit ein starker beschäftigungspolitischer Akzent gesetzt.

Es ist Auffassung der Bundesregierung, daß trotz der neuen Situation und der ständig möglichen Veränderungen die Erfüllung des Regierungsprogramms nicht zu kurz kommen darf. Die Bundesregierung wird in geeigneter Form zu einem späteren Zeitpunkt eine zusammenfassende Darstellung über die Verwirklichung des Regierungsprogramms geben.

Im Rahmen dieses heutigen Berichtes möchte ich mich daher nur mit einigen mir besonders wichtigen Schwerpunkten der Regierungsarbeit beschäftigen.

Hier spielen vor allem Maßnahmen auf dem Sektor der Familienpolitik eine wichtige Rolle. Ein Schritt in dieser Richtung wird mit 1. Jänner 1975 die Umwandlung der Kinderabsetzbeträge nach dem Einkommensteuergesetz in direkte Geldbeihilfen sein, die in gleicher Höhe — unabhängig vom Einkommen der Eltern — ausbezahlt werden sollen. Damit würde vor allem jenen Gruppen geholfen, deren wirtschaftliche Situation in der Regel am schwierigsten ist: Alleinstehenden mit Kindern, jungen Ehepaaren und kinderreichen Familien. Sie dürften zu den rund 10 Prozent Steuerpflichti-

**Bundeskanzler Dr. Kreisky**

gen mit einem und rund 33 Prozent mit zwei oder mehr Kindern gehören, die ihre Kinderabsetzbeträge nicht voll oder überhaupt nicht ausnützen können.

Es geht jedoch nicht nur um die materielle Chancengleichheit, sondern auch darum, Erziehungshilfen zu bieten und Bildungsbarrieren, die aus den verschiedensten Gründen vorhanden sind, abzubauen. Hier gelten die Bemühungen besonders der Vorschulerziehung und der Ganztagschule. Gratisschulfahrten und die freien Schulbücher waren ebenfalls Maßnahmen in dieser Richtung.

Die Schaffung von quantitativ und qualitativ entsprechenden Einrichtungen für die Kinder gehören zu den großen Aufgaben dieser Zeit. Sie werden nur im Zusammenwirken aller Gebietskörperschaften zu lösen sein. Mit Schulversuchen zur Ganztagschule wird im nächsten Schuljahr begonnen werden.

Das Kindergartenwesen fällt in die Zuständigkeit der Länder und Gemeinden. Angesichts des großen Nachholbedarfes auf diesem Gebiet wird aber auch der Bund Überlegungen anstellen müssen, auf welche Weise er zur Lösung dieses Problems mit beitragen kann.

Mit dem Mutter-Kind-Paß wird die medizinische Betreuung der werdenden Mutter und des neugeborenen Kindes eingeleitet. Zum erstenmal können alle Frauen in Österreich kostenlos ein Untersuchungsprogramm in Anspruch nehmen (*Beifall bei der SPÖ*), durch das ein möglichst komplikationsfreier Verlauf von Schwangerschaft und Geburt gewährleistet und mögliche Schädigungen von Mutter und Kind hintangehalten werden sollen. Verbunden ist damit die Erhöhung der Geburtenbeihilfe von 2000 S auf 4000 S. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ*.) Seit April 1970 ist die Geburtenbeihilfe um insgesamt mehr als 100 Prozent, nämlich von 1700 S auf 4000 S erhöht worden. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Mutter und Kind soll auch die geplante Verlängerung der Schutzfrist nach dem Mutterschutzgesetz von sechs auf acht Wochen vor und nach der Geburt erhöht werden. Die bevorstehende Erhöhung des Karenzurlaubsgeldes auf 2000 S für die verheiratete und 3000 S für die unverheiratete Mutter wird auch jenen Frauen die Möglichkeit bieten, diese Hilfe in Anspruch zu nehmen, die bisher dazu aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage waren.

Auch in der Frage der Familienplanung konnten Fortschritte erzielt werden. 1974 ist zum ersten Mal im Bundeshaushalt ein namhafter Betrag zur Förderung von Familienberatungsstellen enthalten, deren Aufgabe vor

allem die Beratung werdender Mütter bei wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten sein soll. Ein Bundesgesetz über die Grundsätze, nach denen die Förderung zu erfolgen hat, wurde gestern vom Hohen Haus verabschiedet. Gemeinsam mit Ländern und Gemeinden war es möglich, bereits eine Reihe solcher Beratungsstellen — zunächst als Modellversuche — zu errichten. Diese Initiativen werden nunmehr verstärkt fortgesetzt.

Ebenso stehen erstmals im Bundeshaushalt Mittel dazu zur Verfügung, den Gedanken der Familienplanung in der Bevölkerung zu propagieren und Informationen über diesbezügliche Fragen auf breiter Basis — über die Beratungsstellen hinaus — zu verbreiten. Damit werden sehr wesentliche positive Maßnahmen zur Eindämmung des Schwangerschaftsabbruches gesetzt.

Besondere Anstrengungen werden in der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit unternommen. Nach der Errichtung des ersten neonatologischen Intensivzentrums in Wien werden heuer mit einem Kostenaufwand von weiteren 40 Millionen Schilling insgesamt vier Neugeborenen-Intensivstationen in Linz, Graz, Innsbruck und Wien folgen.

Es soll auch festgestellt werden, daß mit den familienpolitischen Initiativen der letzten Zeit ein großer Teil der in der Entschließung des Nationalrates zur Strafrechtsreform enthaltenen Forderungen — soweit sie unmittelbar in die Kompetenz des Bundes fallen — erfüllt ist beziehungsweise unmittelbar vor der Erfüllung steht.

Einen weiteren Schwerpunkt wird die Gesundheitspolitik im Krankenhauswesen setzen. 1970 wurden für die Spitäler 195 Millionen Schilling — weil das gestern urgirt wurde — seitens des Bundes ausgegeben. Nun stehen als Zuschuß für den Betriebsabgang der Spitäler 400 Millionen Schilling und als Bundesinvestitionsförderung der Krankenanstalten zusätzlich pro Jahr 250 Millionen Schilling zur Verfügung. Im Juli 1973 wurde der Bundeskrankenanstaltenplan der Öffentlichkeit präsentiert, auf Grund dessen weitere 400 Millionen bereitgestellt werden sollen. Dieser Betrag wird im Anschluß an eine Meinungsbefragung der Bevölkerung durch Erhöhung des Zigarettenpreises finanziert werden. 1974 wird daher das Gesundheitsministerium erstmals über Mittel in der Größenordnung von zirka 1 Milliarde Schilling für Krankenhäuser verfügen (*Beifall bei der SPÖ*), was gegenüber dem Jahr 1970 eine Verfünfachung der Mittel darstellt.

Damit wurde die strukturelle Reform des österreichischen Krankenhauswesens eingeleitet. Diese wird eine dem modernsten

**Bundeskanzler Dr. Kreisky**

Stand der Medizin entsprechende Versorgung des einzelnen — unbeschadet seiner sozialen Stellung und seines Wohnortes — sichern. Voraussetzung für diese Strukturreform ist die in parlamentarischer Behandlung stehende 2. Novelle zum Krankenanstaltengesetz.

Neben einer bedarfsgerechten Gliederung der Krankenanstalten in Zentral-, Schwerpunkt- und Standardspitäler, einer Anhebung des Niveaus der dritten Spitalsklasse auf das der zweiten, der Schaffung von Tages- und Nachtteilungen sowie Abteilungen für chronisch Kranke wird auch die prästationäre Untersuchung und die kollegiale Führung der Krankenanstalten ermöglicht werden.

Der Bundeskrankenanstaltenplan wird zusammen mit der Schaffung eines einheitlichen Rechnungswesens die Grundlage für Betriebskostenzuschüsse des Bundes auf der Basis von Normkosten bilden.

Weiters ist eines der modernsten Gesetze betreffend die Lebensmittelkontrolle in parlamentarischer Behandlung. Ein Gesetz, das nach seiner Verabschiedung dem Verbraucher weitestgehenden Schutz vor Gesundheitsschädigung und Täuschung bieten und zugleich den legitimen Interessen der Wirtschaft Rechnung tragen wird. (*Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.*)

Nach den unerfreulichen Ereignissen des Vorjahres wurde unverzüglich eine Novelle zum Tierseuchengesetz im Parlament eingebracht. Die Schwerpunkte dieser Novelle sind verbesserte Vorbeugungsmaßnahmen wie rigorose Sperren bereits bei Seuchenverdacht und eine adäquate Entschädigung der unselbständig und der selbständig Erwerbstätigen.

Hohes Haus! Damit komme ich zur Umweltschutzproblematik. Die österreichische Bundesregierung hat den Fragen des Umweltschutzes besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Das neugeschaffene Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat erstmals damit begonnen, diesen für die österreichische Bevölkerung so bedeutenden Fragenkomplex zunächst administrativ zusammenzufassen und die Grundlagen für ein umfassenderes Konzept zu schaffen.

Ein wichtiger Teilaspekt des Umweltschutzes ist die Reinhaltung der Gewässer. In diesem Zusammenhang kommt dem Wasserwirtschaftsfonds ganz besondere Bedeutung zu. Seit Bestehen des Fonds wurden bis Ende 1973 fast 11,5 Milliarden Schilling an Fondsmitteln zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise wurden bauliche Maßnahmen in der Höhe von 24,8 Milliarden Schilling ermöglicht. Während im letzten Jahr vor Antritt der gegenwärtigen Regierung 588 Millionen Schilling bereitgestellt wurden, sind im Jahr 1972 1,227 Milliar-

den zur Verfügung gestellt worden. In drei Jahren wurden die Aufwendungen demnach verdoppelt. Auf diese Art konnte ein entscheidender Beitrag des Bundes auf einem der wichtigsten Sektoren unserer Umweltpolitik, der Gewässerreinhaltung und der Sicherung der Wasserzufuhr geleistet werden. Die Arbeiten auf diesem Sektor werden mit besonderer Energie fortgeführt, und es besteht begründete Hoffnung, daß die Gewässer Österreichs in etwa sieben Jahren sauber sein werden. (*Beifall bei der SPO.*)

Unter dem Einsatz modernster Techniken werden laufend Umwelterhebungen und -kontrollen durch Bodenstationen und aus der Luft in allen Bundesländern durchgeführt. Die genaue Feststellung der Umweltsituation in unserem Lande wird uns in die Lage versetzen, erstmals einen Umweltatlas zu erstellen.

Der sich derzeit in Ausarbeitung befindende Entwurf des Umweltschutzgesetzes unternimmt es, zwei wesentlichen Anliegen gerecht zu werden:

1. Schaffung eines dem Rechtsstaat entsprechenden und somit gesetzlichen Koordinierungsinstrumentes: Dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz soll es in Hinblick obliegen, höchstzulässige Belastungswerte, Toleranzwerte und Alarmgrenzen festzusetzen, die dann — ähnlich etwa den Verwaltungsverfahrenbestimmungen — von den Gemeinden, den Ländern und vom Bund zu beachten sein werden.

2. Schließung der Rechtslücken — das ist das zweite Problem —, die einem wirksamen Umweltschutz entgegenstehen: Dies wird einerseits als Maßnahme der gebietenden und verbietenden Verwaltung durchzuführen sein, wenn ein Umweltalarm das rasche Eingreifen in gefährlichen Situationen erfordert. Die Erstellung eines Immissionskatasters soll hierbei die Erfassung der Umweltsituationen gewährleisten. Andererseits soll es der Umweltausgleichsfonds als Instrument der Leistungsverwaltung ermöglichen, daß neben den Produktionskosten auch die sozialen Kosten, die mit dem Gebrauch und der schließlichen Entäußerung von Wirtschaftsgütern verbunden sind, eine entsprechende Berücksichtigung finden.

Schließlich sieht der Entwurf eine Erweiterung der Parteistellung in Verwaltungsverfahren, die die Umwelt berühren können, vor, um die Interessen der einzelnen Betroffenen in verbesserter Weise berücksichtigen zu können. Hiemit wird auch einem Anliegen vieler Bürgerinitiativen entsprochen.

Um im Zusammenhang mit den Bemühungen der Bundesregierung nach einer Strukturverbesserung sowie eine Akkumulierung der Umweltschäden und vor allem der Wasser-

**Bundeskanzler Dr. Kreisky**

verschmutzung im Bereich der Papier- und Zellstoffindustrie entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung eine Förderung der Bemühungen der Papier- und Zellstoffindustrie durch Zinsenzuschüsse für diesen Zweck verwendeten Kredite beschlossen.

Für Zwecke der Bemühungen um Verbesserung des Umweltschutzes stehen der Papierindustrie in einem Zeitraum von fünf Jahren Zinsenzuschüsse zu Krediten bis zu einem Gesamtbetrag von 1,8 Milliarden Schilling zur Verfügung. Für Strukturverbesserungsmaßnahmen werden seit Beginn dieses Jahres für einen Zeitraum von sieben Jahren jährlich 30 Millionen Schilling Kredite durch Zinsenzuschüsse auf das Zinsniveau der ERP-Kredite verbilligt. Außerdem erhält die Papierindustrie über fünf Jahre jährlich etwa 70 Millionen Schilling für ihre Strukturpolitik im ERP-Programm. Der Gesamtbetrag an Zinsenzuschüssen für den gesamten Förderungszeitraum wird etwa 600 Millionen Schilling betragen. Das alles ist deshalb in so hohem Maße erwähnenswert, weil diese Industrie zu den größten Gewässerschädigern unserer Wirtschaft zählt.

Hohes Haus! Und so möchte ich mit einigen Worten auf die Probleme des Wohnbaues eingehen: Die Bundesregierung ist sich des Umstandes bewußt, und es hätte keinen Sinn, sich irgendwelchen Täuschungen hinzugeben, daß sich ihre Pläne bezüglich Wohnbaupolitik im Sinne der Regierungserklärung nur schwer werden verwirklichen lassen. Die Gründe hierfür sind erstens in dem Umstand zu sehen, daß ein Bodenbeschaffungsgesetz seit mehr als zwei Jahren im Parlament liegt und zweitens in der Steigerung der Baupreise, die sich seit der Regierungserklärung um rund 54 Prozent erhöht haben. Dazu kommt schließlich eine Reihe von Problemen, die auf dem Wohnungsmarkt bestehen.

Durch das Wohnbauförderungsgesetz 1968 wurde die Wohnbauförderung den Ländern übertragen. Im § 1 des „Bundesgesetzes über die Förderung der Errichtung von Klein- und Mittelwohnungen“ heißt es:

„Die Länder haben für die ... förderungswürdigen Bevölkerungskreise die Errichtung von Klein- und Mittelwohnungen durch Neubau von Baulichkeiten oder durch Auf-, Zu- oder Einbauten in bestehenden Baulichkeiten oder durch Umbau von Baulichkeiten, deren Erhaltung auf Grund landesgesetzlicher Bestimmungen zur Wahrung des Stadtbildes in Altstadtkernen oder auf Grund des Denkmalschutzgesetzes vorgeschrieben ist ... zu fördern.“

In Anbetracht dieses Umstandes und ohne sich von der in der Regierungserklärung zum Ausdruck gebrachten Auffassung zu entfernen, hat sich die Bundesregierung entschlossen, die Herren Landeshauptmänner einzuladen, zusammen mit ihr Maßnahmen zu beraten, die es der Bundesregierung erlauben sollen, besser als es bisher der Fall war, im Sinne der Regierungserklärung die Wohnbaupolitik zu gestalten.

Eine besondere Sorge verursacht auch die Entwicklung der Mietzinse in Neubauten. Dieses Problem kann kein Problem der sozialen Fürsorge sein, sondern ist eines der allgemeinen Wohlfahrtspolitik.

Hohes Haus! Die Regierungserklärung vom 5. November 1971 bezieht sich auch in einigen Passagen auf den öffentlichen Dienst. Die Ausschreibung bestimmter leitender Funktionen, die Schaffung einer Verwaltungsakademie und eine Neukodifizierung und Modernisierung des gesamten Dienst- und Besoldungsrechtes wurden konkret angesprochen.

Um die Öffentlichkeit in transparenter Form über die Ausschreibung bestimmter zur Besetzung vorgesehener Funktionen des öffentlichen Dienstes in Kenntnis zu setzen, wurde ein Gesetzesentwurf ausgearbeitet, dem der Ministerrat bereits im Frühjahr 1973 seine Zustimmung erteilt und den er der parlamentarischen Behandlung zugeleitet hat.

Um modernen Verwaltungsmethoden gerecht werden zu können und dem öffentlichen Dienstnehmer bessere Aufstiegschancen zu eröffnen, wurde die Schaffung einer Verwaltungsakademie in Aussicht gestellt. Nach Vortarbeiten in einer Kommission, in der Gewerkschaftsvertreter, Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Wissenschaft und Beamte tätig waren, entstand ein Gesetzesentwurf, der bereits dem Begutachtungsverfahren unterzogen wurde. Unter Bedachtnahme auf die dem Bundeskanzleramt zugegangenen Stellungnahmen wird der Entwurf zu überarbeiten und dann dem Parlament vorzulegen sein.

Die Arbeiten zur Neukodifizierung und Modernisierung des Dienst- und Besoldungsrechtes wurden am 18. Jänner 1974 eingeleitet. Unter meinem Vorsitz sind Vertreter der Gebietskörperschaften mit führenden Funktionären der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu einem ersten grundsätzlichen Gedankenaustausch zusammengekommen.

Hohes Haus! Die Dienstpragmatik stammt aus dem Jahre 1914. Sechs Jahrzehnte danach muß der öffentliche Dienst jene Wandlungen durchmachen, die den modernen Staatsaufgaben adäquat sind. Ein modernes Dienstrecht und eine leistungsgerechte Besoldung sind da-



**Bundeskanzler Dr. Kreisky**

her Gebote unserer Zeit. Die kürzlich zustandekomene wesentliche Verbesserung der Anfangsbezüge kann als Vorgriff auf künftige Reformen verstanden werden.

Ein sehr schwieriges Kapitel ist jenes, das unter dem Sammelnamen „Verwaltungsreform“ zusammengefaßt wird. Verwaltungsreform kann nicht an einem Tag mit einem bestimmten Glockenschlag beginnen, sondern ist eine permanente Aufgabenstellung. Ein Instrument im Rahmen dieser Bemühungen ist das neue Bundesministeriengesetz, das zu einer Modernisierung der Ministerienstruktur und zu einer funktionsgerechten Neuregelung der Kompetenzen geführt hat. Durch das neue Bundesministeriengesetz sind 52 Rechtsvorschriften aus der Zeit seit 1848 außer Kraft gesetzt worden, womit ein wesentlicher Beitrag zur Rechtsbereinigung geleistet werden konnte.

Wir sehen jedoch in diesem sogenannten Großen Kompetenzgesetz, das am 1. Jänner dieses Jahres in Kraft getreten ist, auch ein Stück Demokratisierung der Verwaltung, insbesondere durch die darin verankerte Auskunftspflicht der Ministerien. Schließlich stellt dieses wesentliche Gesetzwerk nach Auffassung der Bundesregierung ein zeitgemäßes Planungs- und Führungsinstrument dar, mit dessen Hilfe die oft komplexen, schwierig zu übersehenden Entscheidungsprozesse im Bereich der staatlichen Politik besser zu bewältigen sein werden.

In der Regierungserklärung vom 5. November 1971 habe ich auch auf jenen wichtigen Aufgabenbereich verwiesen, der der Förderung des Staates in besonders bedeutsamer Weise bedarf, nämlich die Vorbereitung des Staatsbürgers für die Mitwirkung in der Demokratie. Durch das Bundesgesetz über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik wurden wichtige Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Aufgaben geschaffen. Die Mittel, die auf der Grundlage des erwähnten Gesetzes für die politische Bildungsarbeit der Parteien sowie für periodische Druckschriften aufgewendet wurden, leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung der staatsbürgerlichen Bildung in unserem Lande.

In Fortsetzung dieses Weges und mit dem Ziel einer weiteren Förderung der politischen Bildung wird die Gründung eines Instituts für staatsbürgerliche Information überlegt, in dem neben dem Bund Repräsentanten der Publizistik, der Kunst, Wissenschaft und Bildung sowie anderer interessierter Gruppen der Bevölkerung vertreten sein sollen. Die Rechtsform, Zusammensetzung sowie Abgrenzung des Aufgabenbereiches dieses Instituts werden derzeit von den zuständigen Stellen geprüft, wobei

diesem Institut vollständige Unabhängigkeit gewährleistet sein soll.

Eine der wesentlichen Voraussetzungen einer gedeihlichen wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs ist auch das Funktionieren der Beziehungen in der Welt der Arbeit im betrieblichen wie im überbetrieblichen Bereich. Eine vernünftige, der Verantwortungsbewußten Haltung der österreichischen Arbeitnehmerschaft und ihrer Organisation Rechnung tragende Gestaltung der Arbeitsbeziehung ist daher für den wirtschaftlichen Fortschritt unerlässlich. In diesem Sinne hat die Bundesregierung schon in ihrer Regierungserklärung vom 5. November 1971 auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Kodifikation des österreichischen Arbeitsrechtes zu beschleunigen. Als erster Teil dieses Kodifikationsvorhabens wurde vom Nationalrat am 14. Dezember 1973 das Arbeitsverfassungsgesetz verabschiedet, das eine Ausweitung der Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen vorsieht. Neben einer Verbesserung der Mitwirkungsbefugnisse im sozialen und personellen Bereich wird durch dieses Gesetz insbesondere die Drittelvertretung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten der Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. und bestimmten anderen Betrieben verwirklicht.

Im Bereich der verstaatlichten Unternehmungen wurde schon vor dem Zustandekommen des Arbeitsverfassungsgesetzes den Arbeitnehmern dieser Unternehmen die Drittelvertretung in den Aufsichtsräten eingeräumt.

Im Bemühen, Ungerechtigkeiten zu beseitigen, werden wir auch der Frage der Fortzahlung des Entgeltes bei Arbeitsverhinderung durch Krankheit oder Unfall für Arbeiter besondere Bedeutung beimessen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und so könnte ich, Hohes Haus, noch von vielen Aktivitäten, gesetzten Maßnahmen, erreichten Zielen aus dem weiten Bereich der Verantwortung der Bundesregierung berichten. Etwa davon, daß durch die eingetretene Erleichterung der Personalsituation bei der Polizei und bei der Gendarmerie die innere Sicherheit besser zu gewährleisten möglich sein wird, noch besser, als es bisher der Fall gewesen ist.

Und wenn ich einleitend von der Preisentwicklung gesprochen habe, so möchte ich auch nicht versäumen, auf die Einkommenssituation hinzuweisen. Es wird oft der Fehler gemacht, zu den vorhandenen Wechselkursen, die insbesondere in früheren Jahren die tatsächlichen Kaufkraftverhältnisse in den einzelnen Ländern nicht richtig wiedergaben, Löhne und Gehälter in verschiedenen Ländern umzurechnen und zu vergleichen.

**Bundeskanzler Dr. Kreisky**

Da hat nun der bekannte österreichische Nationalökonom Dr. Anton Kausel in einer interessanten Studie einen „internationalen Preis- und Lohnvergleich“ — erschienen in der Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Lebensniveauvergleiche im Dezember 1973 — angestellt, der zu folgenden Schlußfolgerungen kommt. Erlauben Sie mir, daß ich wörtlich zitiere:

„Wien (und Österreich) galt ... stets zu Recht als ‚Niedrig-Preis‘ —, aber auch als ‚Niedrig-Lohn‘-Land. Hinsichtlich der Real-löhne ist die Position Wiens wesentlich günstiger. Die reale Kaufkraft der Nettolöhne war 1970 zwar auch bloß in fünf Städten (von 22 Weltstädten) niedriger als in Wien, aber dafür in acht weiteren Weltstädten kaum signifikant höher. Betrachtlich höher waren die Reallöhne nur in Montreal, New York und Chicago ... sowie in fünf europäischen Städten (Amsterdam, Zürich, Stockholm, Kopenhagen und Genf, ...

Die klassische These vom europäischen ‚West-Ost-Gefälle‘ in bezug auf Wohlstand und Reallohniveau gilt in Wahrheit“ — so stellt Dr. Kausel fest — „nicht mehr. In einer Zeit, in der London und Paris nicht nur hinter Zürich, sondern auch hinter Wien zurückliegen, kann von einem West-Ost-Gefälle überhaupt nicht mehr gesprochen werden, sofern man Osteuropa en bloc außer Betracht läßt.“

Der Anstieg der Reallöhne (pro Kopf des Arbeitnehmers der Gesamtwirtschaft) betrug von 1970 auf 1971 plus 7,5 Prozent, von 1971 auf 1972 plus 4,0 Prozent und vom dritten Quartal 1972 zum dritten Quartal 1973 plus 5,7 Prozent.

Zwischen 1970 und dem dritten Quartal 1973 wuchsen die Reallöhne um 18,2 Prozent.

Hohes Haus! Ungeachtet dieser günstigen Entwicklung wird das Jahr 1974 für die österreichische Wirtschaft, und damit für die österreichische Wirtschaftspolitik, ausgelöst durch die weltweiten politischen und wirtschaftlichen Geschehnisse, insbesondere im Energiebereich, Belastungsproben mit sich bringen.

Neben den kurzfristigen Erfordernissen von Energieeinsparungen und der Notwendigkeit, im Wege eines Programms die Grundlagen für die Bevorratung an wichtigen Gütern für den Krisenfall zu schaffen, entsteht die Notwendigkeit, den heimischen Wirtschafts- und Leistungsprozeß Schritt für Schritt auf energie-sparende und die materiellen Ressourcen schonende Verfahren umzustellen.

Diese strukturpolitische Maßnahme steht in einem engen Zusammenhang mit der konjunkturpolitischen Zielsetzung einer bestmöglichen

Harmonisierung von Beschäftigungssicherung und Preisauftriebsbekämpfung.

Die österreichische Wirtschaft weist an der Jahreswende 1973/74 nach wie vor beachtliche Stärke auf. Reales Wachstum, Ausfuhrerxpansion, Investitionsneigung, Sparwille und Beschäftigung bewegen sich in Spitzenwerten. Die Erhaltung dieser Entwicklung unter allerdings wesentlich erschwerten Bedingungen stellt die wirtschaftspolitische Aufgabe der nächsten Zukunft dar.

In diesen Tagen — Hohes Haus, ich möchte das nicht unerwähnt lassen — befinden sich Angehörige des österreichischen Bundesheeres, Soldaten und Offiziere der Friedenstruppe der Vereinten Nationen, aber auch österreichische Polizisten in Ägypten und in Zypern. Ihre Stärke beträgt gegenwärtig in Ägypten 608 Soldaten und in Zypern 273 Soldaten und 54 Polizisten; hinzu kommen noch 12 nicht-stationäre UNO-Beobachter. Diese 947 Österreicher haben sich für diese — wie wir ja aus den letzten Meldungen wissen — nicht ungefährliche Aufgabe freiwillig zur Verfügung gestellt. Dieser heutige Bericht ist mir ein willkommener Anlaß, von hier aus namens der Bundesregierung diesen Männern den aufrichtigen Dank zu übermitteln für die vorbildliche Weise, in der sie in diesen spannungsgeladenen Bereichen der Welt ihre Pflicht erfüllen und wie sehr sie durch ihre Haltung dem Namen Österreichs Ehre einlegen. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP und der FPÖ.)*

Unser besonderer Gruß gilt den vorgestern verunfallten Angehörigen des österreichischen Bundesheeres, denen wir von Herzen baldige Genesung wünschen. *(Allgemeiner Beifall.)*

In etwas mehr als einem Monat werden es vier Jahre her sein, daß das österreichische Volk die Sozialistische Partei zur stärksten Partei des Landes gemacht hat, eineinhalb Jahre später hat das österreichische Volk ihr diesen Vertrauensbeweis konfirmiert und verstärkt. Angesichts der Aufgaben, die zu erfüllen sind, wird sich die Regierung an den Grundsatz des Regierungsprogramms halten, in dem es geheißen hat:

„Trotz der klaren Mehrheitsverhältnisse, die es für diese Legislaturperiode nun gibt, möchte ich in aller Form die Erklärung abgeben, daß die neue Bundesregierung jederzeit zur Zusammenarbeit mit den anderen Parteien des Parlaments bereit ist. Sie wird keine Möglichkeit ausschlagen, diese Zusammenarbeit zu suchen, und ist sich des Umstandes bewußt, daß es eine solche nur geben kann, wenn auf

**Bundeskanzler Dr. Kreisky**

seiten der Mehrheit dieses Hauses, die diese Regierung stützt, auch eine entsprechende Kompromißbereitschaft besteht.

Diese Kompromißbereitschaft aber muß dort ihre Grenzen finden, wo die Regelung der betreffenden Materie ihrer Substanz beraubt werden würde oder die Zielvorstellungen, die mit dieser Regelung verbunden sind, sich nicht erreichen ließen.

Jedenfalls wird die Bundesregierung — das möchte ich im Namen aller ihrer Mitglieder erklären — Anregungen, die in diesem Haus geäußert werden, mit selbstverständlicher Aufmerksamkeit verfolgen, Kritik mit gebotem Ernst zur Kenntnis nehmen und Vorschläge mit entsprechender Sorgfalt prüfen.

Was die Bundesregierung betrifft, wird sie ihrerseits alles tun, um ein Klima der Nüchternheit und der sachlichen Kooperation zu schaffen, wobei sie sich klar darüber ist, daß es, so wie in allen demokratischen Staaten, auch in Österreich Sache des Parlaments ist, das Kontroversielle herauszustellen, um eine deutliche Profilierung der politischen Standpunkte herbeizuführen.“

In diesem Sinne, Hohes Haus, begrüße ich daher aufs neue den Brief, den mir der Herr Bundesparteiohmann der Österreichischen Volkspartei am 8. Jänner dieses Jahres gesendet hat.

Der Herr Bundesparteiohmann der FPÖ Peter hat schon bei früheren Gelegenheiten die Bereitschaft seiner Partei zur Zusammenarbeit betont.

Die Bundesregierung wird also nach wie vor neben der schon jetzt sehr befriedigend funktionierenden Zusammenarbeit mit den Wirtschaftspartnern auch um eine solche mit den Oppositionsparteien bemüht sein. Daß eine solche bereits in dem hinter uns liegenden Jahren existierte, beweist eine Übersicht über das Abstimmungsverhalten der politischen Parteien im österreichischen Nationalrat.

Von bis Jahresende in dieser Gesetzgebungsperiode beschlossenen 311 Gesetzen wurden verabschiedet: 260 oder 83,6 Prozent einstimmig, 9 oder 2,9 Prozent mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ, 18 oder 5,8 Prozent mit den Stimmen von FPÖ und SPÖ, 24 oder 7,7 Prozent nur mit den Stimmen der SPÖ.

Da sich die Bundesregierung nach wie vor zu dem Grundsatz einer sozialdemokratischen Gesellschaftspolitik bekennt, weiß sie sehr genau, daß sie bei jenen Fragen, die durch diese Gesinnung geprägt sind, die Unterstützung der Oppositionsparteien nur schwer wird

finden können. Aber das wieder ist ein Lebensgesetz der Demokratie: daß gesellschaftliche Veränderungen zu Kontroversen in der Politik führen, die allerdings — und das ist wieder das Große an der Demokratie — in friedlichen Formen unter strengster Beobachtung ihrer Grundsätze sowie der Bestimmungen der Verfassung ausgetragen werden. (*Anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Dr. Maleta:** Zu einem Antrag zur Geschäftsbehandlung hat sich der Abgeordnete Robert Weisz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Robert Weisz (SPÖ):** Ich stelle den Antrag, über den Bericht des Bundeskanzlers anschließend eine Debatte abzuführen.

**Präsident Dr. Maleta:** Zur Geschäftsordnung hat sich der Abgeordnete Peter zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Peter (FPÖ):** Bisher gehörte es zu den parlamentarischen Usancen des Hauses, daß Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung zum Zeitpunkt der Abgabe derselben allen Abgeordneten des Hauses schriftlich zur Verfügung standen.

Ich weiß, daß sich mein Begehren nicht auf ein geschäftsordnungsmäßig verbrieftes Recht stützt, halte aber fest, daß die von mir zitierte Vorgangsweise bisher Bestandteil der guten parlamentarischen Sitten zwischen Regierung und Opposition dargestellt hat.

Ich erinnere an einen Vorgang in der Gesetzgebungsperiode von 1966 bis 1970. Als auf Grund eines Versehens damals eine Erklärung des Herrn Bundeskanzlers Doktor Klaus nicht den Abgeordneten vorlag, intervenierten die damaligen Oppositionsparteien, Sozialistische Partei und Freiheitliche Partei Österreichs, es kam zu einer Unterbrechung der Plenarsitzung des Nationalrates. Sie wurde erst fortgesetzt, als die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers Dr. Klaus allen Abgeordneten des Hauses schriftlich vorlag.

Ich bitte Sie, Herr Präsident, um Verständnis dafür, daß wir freiheitlichen Abgeordneten allergrößten Wert darauf legen, daß wir von einem sozialdemokratischen Bundeskanzler nicht schlechter behandelt werden, als wir uns seinerzeit von einem Bundeskanzler einer ÖVP-Alleinregierung behandeln haben lassen.

Ich bitte darum um eine kurze Unterbrechung der Plenarsitzung des Nationalrates, um den Sachverhalt in einer Präsidialkonferenz zu klären.

Präsident Dr. **Maleta**: Ich nehme die Anregung des Abgeordneten Peter auf und unterbreche daher die Sitzung zur Abhaltung einer Präsidialkonferenz.

Da ich die Dauer der Sitzung nicht voraussehen kann, teile ich mit, daß die Fortsetzung der Sitzung eingeläutet wird.

Die Sitzung ist unterbrochen.

*Die Sitzung wird um 11 Uhr 25 Minuten unterbrochen und um 11 Uhr 55 Minuten wieder aufgenommen.*

Präsident Dr. **Maleta**: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

In der eben stattgefundenen Sitzung der Präsidialkonferenz wurde übereinstimmend festgestellt, daß die in der vorigen Sitzung getroffene Vereinbarung, derzufolge die parlamentarischen Klubs Vorexemplare des Textes des Berichtes des Herrn Bundeskanzlers bis gestern mittag erhalten sollten, vollinhaltlich eingehalten worden ist.

Auf Ersuchen der beiden anderen Klubobmänner sagte SPÖ-Klubobmann Abgeordneter Weisz zu, sich dafür zu verwenden, daß zukünftig Regierungsmitglieder die Texte von Erklärungen, die auf der Tagesordnung einer Nationalratssitzung stehen, allen Mitgliedern des Hauses zugänglich machen werden. Selbstverständlich ist dies unter anderem auch eine Zeitfrage.

Die Präsidialkonferenz stellte überdies einhellig fest, daß es sich bei dieser Vorgangsweise um einen Akt der Courtoisie handelt, der geschäftsordnungsmäßig nicht erzwungen werden kann.

Ich lasse nunmehr über den Antrag des Abgeordneten Weisz auf Abführung einer Debatte abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag auf sofortige Durchführung einer Debatte über den Bericht des Herrn Bundeskanzlers ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Wir gehen somit in die Debatte ein. Als erster zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Koren. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Koren** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! (*Abg. Doktor Gruber, auf die Regierungsbank zeigend: Was die Abgeordneten sagen, interessiert keinen Minister mehr! Früher sind alle dagessen! Wo ist zum Beispiel Frau Leodolter? — Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen.*) Wir haben im Verlaufe der letzten Jahre schon viele Erklärungen von dieser Stelle aus gehört, ich muß aber ganz offen

sagen, Herr Bundeskanzler, daß heute die Diskrepanz zwischen dem, worauf die Öffentlichkeit und auch wir hier im Hohen Haus Antwort erwartet hätten, und dem, was Sie gesagt haben, noch nie so groß gewesen ist wie heute. Denn seit vielen Wochen nimmt die Zahl der Fragen, die im Raum stehen und auf die die Bevölkerung eine Antwort erwartet, ununterbrochen zu.

Nicht nur die Opposition hat immer wieder Fragen über die weitere Entwicklung unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme aufgeworfen. Es war heute geradezu peinlich, wie Sie auf 58 Seiten eines Manuskripts überwiegend einen Zahlenhaufen oder längst abgegebene Äußerungen noch einmal präsentiert haben, längst Gesagtes wiederholten, ohne auch nur in einem einzigen Punkt an die heute brennenden Fragen wirklich oder auch nur andeutungsweise heranzukommen.

Das löst bei mir die Frage aus: Herr Bundeskanzler! Wollten Sie wieder einmal bewußt den Abgeordneten des Hohen Hauses vor Augen führen, was Sie in Wirklichkeit von ihnen halten? Wollten Sie also das Haus provozieren, so nach dem Motto „Von des Kaisers neuen Kleidern“, oder sind Sie in der Präsentation eines Berichtes, der die heute relevanten Kernfragen unserer wirtschaftlichen Entwicklung beinhaltet, einfach überfordert? Ich kann auf die 58 Seiten des Berichtes beim besten Willen nicht voll eingehen. Aber ein paar Bemerkungen, Herr Bundeskanzler:

Sie fingen auf den ersten vier Seiten mit der Präsentation von Außenhandelszahlen des Jahres 1973 an, nannten Milliardenbeträge über Exporte und Importe. Das wirkliche Problem aber, das in unserer Exportwirtschaft heute existiert, nämlich das Zahlungsbilanzproblem, das sich in der Außenhandelsentwicklung als brennendes Problem des heurigen und nächsten Jahres abzeichnet, haben Sie nicht einmal am Rande erwähnt.

An Ihrem Bericht ist spurlos vorübergegangen, daß vor wenigen Tagen die Illusion einer zumindest vorübergehend haltbaren Währungskooperation zwischen den westeuropäischen Industrieländern kaputtgegangen ist. Nicht mit einer Zeile ist dieses sehr schwerwiegende Problem erwähnt worden!

Herr Bundeskanzler! Dann kamen drei Zahlen über Preise, mit der von Ihnen stereotyp immer wieder wiederholten Feststellung, wo sich Österreich im internationalen „Konzert“ befindet. Darauf will ich gar nicht eingehen, denn mit keinem Wort haben Sie in

**Dr. Koren**

dieser Erklärung das Inflationsproblem in seiner Gesamtheit und in seinen Auswirkungen auch nur annähernd gestreift. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben nicht gesagt, was die Österreicher im heurigen Jahr zu erwarten haben. Sie haben kein Wort verloren über die Folgen, die sich aus dieser Entwicklung für die einzelnen Bevölkerungsgruppen ergeben. Wo bleibt bei den Prognosen, die Ihr Finanzminister für die Preisentwicklung des heurigen Frühjahrs gestellt hat, Ihr Kampf gegen die Armut?

Was hilft das Berühmen mit neuen Anpassungsfaktoren für die Pensionsanpassung, wenn gleichzeitig die Inflationsrate diese Anpassungsfaktoren erreicht und vielleicht überholt?

Was hilft es großen gesellschaftlichen Gruppen, wenn Sie hier internationale Vergleiche treffen, sie aber von den Konsequenzen, von den Folgen der Inflation betroffen werden?

Mit keinem Wort haben Sie eine der größten Bevölkerungsgruppen in unserem Land erwähnt: die Bauern. Ich glaube, dieses Trauma sollten Sie endlich einmal überwinden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein großer Teil Ihrer Rede — mehr als 20 Seiten —, Herr Bundeskanzler, waren Details, die wir vom Beginn der Budgetdebatte an bis vor sechs Wochen hier im Hause lange abgehandelt haben. Es war eine Art Wiederholungsübung, offenbar für uns gedacht.

Mit keinem Wort haben Sie aber über dieses Jahr gesprochen, über die Frage, wie Sie etwa die Schere zwischen Inflationsentwicklung und geringerem Wachstum in den Griff bekommen wollen. Und kein Wort über andere entscheidende Probleme. Das Gastarbeiterproblem, das seit fast einem Jahr virulent geworden ist, ist in fünf Zeilen mit der Mitteilung erwähnt, daß Sie mit den Landeshauptleuten darüber reden werden. Daß das wesentliche und entscheidende Aspekte für das künftige Wirtschaftswachstum sind, scheint in Ihrer Rede nicht auf.

Das einzige, das mir neu scheint an Ihrer Rede, ist das nun endgültige und offensichtlich nicht mehr vermeidbare Eingeständnis, daß Ihre Wohnbaupolitik eine Pleite geworden ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Die Feststellung, daß das Bodenrecht noch immer nicht erledigt ist, ist eine Tatsache. Ich negligiere diese Frage keineswegs. Nur werden Sie kaum einen Fachmann der Wohnungswirtschaftspolitik finden,

der Ihre Meinung teilen oder behaupten würde, daß diese Frage auch nur den geringsten Einfluß auf Ihr Versagen in der Wohnbaupolitik der letzten Jahre gehabt hat. Ursache dieses Versagens ist die Tatsache, daß Sie das Inflationsproblem von Haus aus nicht ernst nahmen und daß Sie jetzt eben dafür die Zeche bezahlen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Was mich am meisten an Ihrer Erklärung enttäuscht hat, war, daß Sie Ihre Ankündigung von Anfang Jänner nicht wahr gemacht haben. *Ceteris paribus*, vielleicht hat sich inzwischen etwas geändert.

Aber am 8. Jänner haben Sie in der „Arbeiter-Zeitung“ noch sehr selbstbewußt erklärt, daß es hier im Parlament zur großen Abrechnung über die Energiepolitik der Vergangenheit kommen wird. Es war anzunehmen, daß Sie in die Vergangenheit flüchten werden, wenn Sie die Gegenwart nicht bewältigen. Sie haben dort gesagt, daß das die Signaturdebatte dieses Frühjahrs sein werde. Was Sie heute zur Energiewirtschaftspolitik sagen konnten, war wirklich keine Novität.

Herr Bundeskanzler! Ich glaube beinahe, daß Sie vielleicht in der Zwischenzeit Ihre beiden Regierungserklärungen noch einmal durchlesen ließen und vielleicht bei dieser Gelegenheit festgestellt haben, daß Ihr großes Selbstverständnis für Energiefragen, das Sie in der Pressekonferenz so deutlich dokumentiert haben, bei den Regierungserklärungen sichtlich in Vergessenheit geraten ist. Denn in Ihrer ersten Regierungserklärung vom 27. April 1970 scheint das Wort „Energie“ nur in einer Nebenbeziehung auf, nämlich in dem Satz, daß im Zuge der „Modernisierung der österreichischen Wirtschaft“ und so weiter die „Planung der öffentlichen Investitionen“, „Förderung der privaten Investitionen“, „koordinierte Weiterentwicklung des Energiesektors“ betrieben werden wird. Das ist alles, was in Ihrer ersten Regierungserklärung über Energiefragen steht.

In der zweiten steht nicht sehr viel mehr, dort sind es drei Zeilen. Es heißt dort:

„Die im Bereich unserer Stromversorgung innerhalb der nächsten zehn Jahre zu erwartende doppelte Belastung“ — eine Rechnung, die seit 25 Jahren üblich ist — „erfordert sowohl im Bereich der Stromerzeugung als auch im Leitungssektor gewaltige Investitionen.“

Das war, Herr Bundeskanzler, alles, was Ihre Regierungserklärung zu diesem Problem, obwohl Sie immer besonders problembewußt gewesen sind, enthalten hat. Herr Bundeskanzler! Vielleicht ist Ihnen auch aufgefallen,

**Dr. Koren**

daß Sie dieses Problembewußtsein erst 1974 entdeckt haben. Denn 1969 haben wir Ihnen noch ein neues Elektrizitätsförderungsgesetz übergeben, das wir für zehn Jahre beschlossen haben, das also bis 1979 läuft, das sehr umfangreiche Neuerungen gegenüber dem früheren beinhaltet hatte und das offensichtlich so gut konstruiert war, daß in den bisherigen vier Jahren seiner Geltung nicht der geringste Wunsch auf Änderung angemeldet worden ist. Zumindest kann ich mich nicht daran erinnern, daß in den letzten vier Jahren solche Bestrebungen von seiten der Regierung oder gar des Finanzministers verfolgt worden wären.

Schließlich und zuletzt haben Sie vielleicht auch festgestellt, daß Sie vor rund eineinhalb Jahren einen Antrag von uns, die Bundesregierung möge sich mit Energiefragen — es war im Zusammenhang mit der Budgetdebatte im Jahre 1972 — beschäftigen, abgelehnt haben, sodaß nicht sehr viel übriggeblieben ist, um Ihre große Signaturdebatte abzuwickeln.

Herr Bundeskanzler! Ich möchte nur auf einen Teil Ihrer Ausführungen näher eingehen nämlich auf den Teil, wie Sie die Krise bewältigt haben. Das ist etwa auf Seite 15. Und hier stellen Sie schlicht und einfach fest, daß es durch einen Katalog von Energiesparmaßnahmen, der stufenweise in Kraft gesetzt worden ist, gelungen sei, Störungen des Wirtschaftslebens und so weiter in den Griff zu bekommen und die Krise zu überwinden. Herr Bundeskanzler! Ich möchte mich dann noch ein bißchen mit den Details dieses Ablaufes auseinandersetzen. Aber so viel, glaube ich, steht heute fest, daß diese Krise sich offenbar selbst bewältigt hat, denn Ihr Beitrag dazu war außer einem angeschlagenen Handelsminister, der die Situation weiter verunsichert hat, nicht überwältigend. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie auf Seite 17 von einer Liste der getroffenen Sparmaßnahmen sprechen, dann muß ich doch festhalten, daß außer dem verfügbaren Tempo 100, auf das ich noch zu sprechen kommen werde, und dem Pickerltag, der am 14. Jänner in Kraft getreten ist mit der gleichzeitigen Erklärung, daß es jetzt eigentlich nicht mehr notwendig sei, an Energiesparmaßnahmen nichts verfügt worden ist. Sie haben von der einen, von der anderen Maßnahme geredet, Herr Bundeskanzler, aber Sie haben keine Maßnahmen gesetzt in dieser Zeit. Ich glaube, daß man das wohl festhalten darf, denn ich werde mich dann noch damit zu beschäftigen haben. Es hat Sie ja der Ablauf dieser Debatte letzten Endes das Image eines Ministers gekostet, der bis zu diesem

Zeitpunkt nicht zu den schlechtesten im Image Ihrer Regierung gehört hatte, der jedenfalls nicht in die große Gruppe der Fußmaroden, die Sie schon lange mitschleppen, zu zählen war. Und der ist hier verheizt worden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube aber, Hohes Haus, daß der Ablauf der letzten drei Monate sehr deutlich die Fragwürdigkeit und die Konzeptlosigkeit — wir haben ja heute wieder ein Beispiel dafür bekommen — des innen- und des wirtschaftspolitischen Agierens dieser Regierung mehr als deutlich, manchmal sogar in erschreckender Weise hervortreten hat lassen.

Bis zum Herbst des Vorjahres hat es für den Herrn Bundeskanzler offenbar nur eine Marschroute gegeben, nämlich die, die Inflationskonjunktur ohne Rücksicht auf die Folgen maximal zu seinem Vorteil zu nützen und zu diesem Zweck den Wachstumsfetischismus und das Verteilungsdenken in der öffentlichen Meinung so wach als nur irgendwie möglich zu halten und damit alle Gedanken und alle Befürchtungen über die Folgen einer solchen Politik aus dem Bewußtsein der Bevölkerung zu verdrängen. Ich habe hier schon einmal festgestellt, Herr Bundeskanzler, daß Ihnen das im Bereich der Verdrängung des Inflationsbewußtseins in einem gewaltigen Ausmaß gelungen ist, in einem Ausmaß, das man früher kaum für möglich gehalten hätte.

Aber noch am Beginn der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung im vergangenen Herbst, als von der Ölkrise noch keine Rede gewesen ist, waren die Warnsignale der Veränderungen des internationalen Wirtschaftsklimas sehr deutlich zu sehen. Damals haben die Regierung und besonders der Finanzminister das Budget, dessen Voraussetzungen längst nicht mehr gegolten haben, als Grundlage einer sorgenfreien Zukunft propagiert.

Und dann, meine Damen und Herren, kam die erste, unmittelbare und hautnahe Herausforderung auf diese Regierung zu, eine Regierung, die bis dahin gewohnt gewesen war, mit Emotionen zu jonglieren und zu regieren.

Mitten im Landtagswahlkampf in Oberösterreich, als der Herr Bundeskanzler vollauf damit beschäftigt war, die Ereignisse von Schwechat in innenpolitische Münze umzusetzen und in Oberösterreich fast täglich den Fehdehandschuh der Bundestestwahlen in die Gegend geschleudert hat, zu diesem Zeitpunkt gab es Krieg im Nahen Osten und die ersten Nachrichten von einem drohenden Ölembargo. Von diesem Augenblick an bis zum heutigen Tag ist die Chronologie der Ereignisse ein einziges Beispiel dafür, daß die Regierung

**Dr. Koren**

nicht in der Lage gewesen ist, die Situation sachlich richtig und verantwortungsbewußt zu bewältigen. Der Stil des Herumredens, der Widersprüche, der Gags, der Ankündigungen, der Widerrufe und neuen Ankündigungen ist zum Stil des sogenannten Krisenmanagements dieser Regierung geworden. Der gleiche Stil, meine Damen und Herren, der drei Jahre lang seine Bewährungsprobe bei der Bewegung der innenpolitischen Szene scheinbar so augenfällig bewiesen hatte. Ein Stil aber, den die österreichische Bevölkerung in einer als wirklich und ernst empfundenen Krise nur noch als Hilflosigkeit und als Ziellosigkeit auslegen konnte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Am vergangenen Sonntag hat sich der Herr Handelsminister in einem Bericht und Interview in der „Kronen Zeitung“ darüber beklagt, daß er die Glaubwürdigkeit in der österreichischen Bevölkerung verloren habe.

Meine Damen und Herren! Ich teile seine Meinung, daß er die Glaubwürdigkeit verloren hat. Was ich beim besten Willen jedoch nicht teilen kann, ist seine Enttäuschung darüber. Mich wundert nur, daß er sich darüber wundert, unglaublich geworden zu sein. Denn vom ersten Tag der ersten Anzeichen der Ölkrise bis heute haben Sie, Herr Minister, alles dazu getan, um von der österreichischen Bevölkerung nicht mehr ernst genommen zu werden. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ihr Stil der hektischen Betriebsamkeit und der Wortkaskaden hat so lange ausgereicht, weil er neuartig war, wohlwollend oder zumindest interessiert kritisiert zu werden, bis die Bevölkerung nicht mehr — mehr oder minder belustigt — einem neuen Ministerstil zusehen konnte, sondern von einem Verantwortlichen in kritischen Tagen Klarheit, Festigkeit und Sicherheit erwartet hat. Und die haben Sie bei Gott mehr als vermissen lassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Weil Sie, Herr Handelsminister, wie Herr Nowotny es schildert, „Interviews nur mehr in Serie“ gegeben haben, mußten Sie zwangsläufig den Eindruck zielloser Hektik erwecken, in einer Zeit, in der Sie Sicherheit, Glaubwürdigkeit und Vertrauen hätten ausstrahlen sollen.

Am Beginn Ihres Abbauprozesses stand, wie ich glaube, Ihre nicht sehr glückliche Erklärung vom 11. Oktober 1973, mit der Sie den Zusammenbruch der Benzinversorgung am Wochenende vom 13. und 14. Oktober ausgelöst haben. Herr Handelsminister! Was haben Sie von dieser Erklärung, die Sie damals abgegeben haben, anderes erwartet? Wenn, wie ich hier zitieren darf, der Handelsminister bekanntgab, daß auf Grund einer freiwilligen

Vereinbarung mit den Mineralölfirmen in Österreich, „eine Einschränkung des Ausstoßes der Raffinerie Schwechat auf 60 Prozent vereinbart“ worden sei, das heißt eine 40prozentige Produktionsbeschränkung, daß dann auch noch der letzte, der über ein Fahrzeug oder einen Kanister verfügt hat, sich in Marsch zu den Tankstellen gesetzt hat, war wohl eine selbstverständliche Reaktion.

Daß Sie den Zusammenbruch der Treibstoffversorgung gerade an diesem Wochenende vom 13. und 14. Oktober provoziert haben, das war, glaube ich, ein großes Pech für Sie, denn der Herr Bundeskanzler war zu diesem Zeitpunkt mit der Vorbereitung der Wahl-niederlage in Oberösterreich beschäftigt. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Leider war das nicht Ihr einziger Fehler, wie Sie Herrn Nowotny gegenüber meinten. Denn aus der Fülle, Herr Minister, Ihrer Aussagen inflation darf ich nur einige, wirklich nur einige — eine Vollzitation würde Stunden erfordern — herausgreifen; wie etwa: die Rücknahme nach dem 14., nun sei wieder alles in Ordnung nach dem Zusammenbruch; oder am 27. 11: die Ölversorgung sei „absolut befriedigend“, aber im gleichen Satz: „trotzdem ist die Lage natürlich kritisch“. Es kann sich also jeder aussuchen, ob die Lage befriedigend oder kritisch ist. Am 1. Dezember beruhigen Sie die Weihnachtsurlauber, sie brauchen sich überhaupt keine Sorge zu machen — im gleichen Satz —, wenn sich die Lage nicht verschlechtert, und im nächsten Satz „vorläufig ist die Versorgung gesichert“ gaben Sie aber bereitwillig zu, daß sich die Situation über Nacht grundlegend ändern könne. Wiederum: sucht's euch's aus, liebe Zuhörer, wollt ihr euch in Sicherheit gewiegt haben oder in totaler Unsicherheit. Denn etwas, was sich über Nacht ändern kann, Herr Handelsminister, ist eben nicht sicher. Damit haben Sie die Menschen verunsichert.

Dann, Anfang Dezember, prüfen Sie die Notwendigkeit zusätzlicher Sparmaßnahmen. Am gleichen Tag wird die Bewirtschaftung als letzter Ausweg ins Auge gefaßt, und wieder am gleichen Tag wird mitgeteilt, daß im Dezember keinerlei Versorgungsschwierigkeiten zu erwarten seien. Auch an diesem Tag kann sich jeder die ihm genehme Meldung aus Ihrem Munde anhören. Und dann kommt wieder im Dezember, am 7. Dezember: Versorgungslage absolut befriedigend, wenn sich nichts ändert. Natürlich.

Vor Weihnachten wird der autolose Tag pro Woche endgültig verkündet, notfalls wird die Benzinrationierung angekündigt, das Problem des Heizöls schwer in die Debatte ge-

**Dr. Koren**

worfen und die Tempobeschränkung auf 100 — ich komme dann noch darauf zurück, Herr Handelsminister — als Benzineinsparungsmaßnahme gefeiert. Und so könnte man diese Zitierungen fortsetzen, fortsetzen und noch einmal fortsetzen. Herr Handelsminister! Jetzt, wo Sie kaum noch an Glaubwürdigkeit zusätzlich verlieren können, weil Sie sie endgültig verspielt haben, setzen Sie noch einen Tupfen auf das i. Zufällig sah ich diesen Montag Ihr Fernsehinterview, in dem Sie allen Ernstes mit dem Brustton der Überzeugung behaupten, Sie hätten bei der Einführung des Tempo 100 auf Österreichs Straßen und Autobahnen niemals an Benzineinsparungen gedacht, sondern nur an die Verkehrssicherheit. Herr Handelsminister! Ich weiß, warum Sie das sagen: Aus Rücksichten auf allfällige Klagen beim Verfassungsgerichtshof gegen die Tempo-100-Verordnung, weil Sie wußten, als sie erlassen wurde, daß sie sicherlich verfassungsmäßig nicht haltbar ist. Als Sie sie erlassen haben, hat Ihnen kein Mensch daraus einen Vorwurf gemacht, weil jeder gewußt hat — zumindest nach Ihren damaligen Äußerungen —, daß Einsparungen notwendig sein können. Und wenn Sie glaubten, damit einsparen zu können — viola: die Tempobeschränkung. Wenn Sie aber heute allen Ernstes erklären, niemals hätten Sie an Kraftstoffeinsparungen durch diese Verordnung gedacht, ja, Herr Handelsminister, wer sollte Ihnen das noch abnehmen? Wer? Ich glaube, der letzte Autofahrer weiß, daß er auf der Autobahn Tempo 100 fährt, weil Benzin gespart werden soll und nicht deswegen, weil das besonders sicher, sondern höchstens besonders unsicher sein soll, wie ich höre. (*Widerspruch bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Hobl hat das gesagt!*) Herr Abgeordneter Sekanina! Ich habe ausdrücklich von der Autobahn gesprochen. Im ganzen übrigen Bereich kann man wahrscheinlich über Tempofragen sehr leicht reden. Auf Autobahnen kenne ich noch niemanden ... (*Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. **Maleta** (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte Geschwindigkeitsbeschränkung bei den Zwischenrufen!

Abgeordneter Dr. **Koren** (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Diese Krise, die nun keine mehr ist oder nie eine gewesen ist, ist jedenfalls ein einziges Debakel Ihrer Politik und Ihres politischen Stils geworden. Der Herr Bundeskanzler, Herr Handelsminister, hat Sie am Anfang dieser Misere ziemlich allein gelassen, sei es, wie gesagt, weil er in Oberösterreich zu sehr beschäftigt war, sei es auch, weil er erst abwarten wollte, bis sich andere an diesem heißen Eisen die Finger

verbrannt haben. Es hat jedenfalls einige Wochen gedauert, bis der Herr Bundeskanzler der österreichischen Bevölkerung, die auch auf ein Wort von ihm gewartet hätte, tropfenweise einige Aperçus zum Besten gegeben hat. In der gestrigen Fragestunde ist ja ein Teil dieser Widersprüchlichkeit seiner Aussagen sehr deutlich zum Ausdruck gekommen, und ich glaube, ich darf mir die neuerliche Zitierung dieser Dinge ersparen.

Alles in allem betrieb der Herr Bundeskanzler bis Weihnachten eine sehr vorsichtige Eskalation des Krisengefühls, die meiner Meinung nach zu den Feiertagen ihren Höhepunkt erreicht hat und die damals durch den Präsidenten des Gewerkschaftsbundes mit seiner Mitteilung über die erwartete Zahl der Arbeitslosen in diesem Land und der in Aussicht gestellten Verringerung der Frauenbeschäftigung, vor allem der verheirateten Frauen, eine gewisse Schockwirkung ausgelöst hat. In all dieser Zeit, in diesen Wochen bis Weihnachten ist die österreichische Bevölkerung zwar mit Meinungen, Annahmen und Mitteilungen gefüttert worden, aber nicht ein einziges Mal mit konkreten Zahlen. Niemand in diesem Land kann sich bis heute und bis zur Stunde auch nur ein annäherndes Bild darüber machen und verschaffen, ob und welche Liefer- und Versorgungsbeschränkungen überhaupt existiert haben oder heute noch existieren, ob es eine Krise gegeben hat, ob es noch eine gibt oder ob es noch eine geben könnte. Der Herr Handelsminister hat in dem vorhin zitierten Interview sehr leichthin gemeint, die Opposition sei ja die ganze Zeit danebengestanden, womit ich meinte, die Opposition habe keine Ahnung gehabt. Ich muß heute, Herr Handelsminister, feststellen, daß Sie ja dafür gesorgt haben, daß nicht nur die Opposition, sondern die ganze österreichische Bevölkerung danebengestanden ist. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wenn ich nur ein Beispiel herausgreifen darf: In dem ersten Gespräch, dem sogenannten Krisengespräch, das die Regierung mit den Oppositionsparteien geführt hat, hieß es eindeutig, daß keine Lieferungen mehr aus Ingolstadt und aus Triest nach Österreich kämen. Das hätte bedeutet, daß ein sehr wesentlicher Prozentsatz der österreichischen Versorgung ausfällt, mehr als 30 beziehungsweise 40 Prozent bei schwerem Heizöl und Benzin. Das wäre, wäre es wahr gewesen, eine echte Versorgungskatastrophe gewesen. Damals hat ja der Herr Finanzminister sogar das Wort ausgesprochen, daß die TAL-Pipeline durch Österreich gehe und man diese allenfalls ja — ich will mich nicht näher ausdrücken — vielleicht anzapfen könnte.



**Dr. Koren**

Dann hieß es plötzlich, auch wieder aus dem Mund des Herrn Handelsministers, es gebe keine Heizöllieferungen aus dem Osten mehr (*Zwischenrufe bei der ÖVP*), und der Stromnotstand, der verkündet wurde, als die Krise angeblich vorüber war, ist ja mit Versorgungsschwierigkeiten bei schwerem Heizöl begründet worden.

Meine Damen und Herren! Am gleichen Tag, vorige Woche, als im Wiener „Kurier“ Herr Brantl — also ein nicht ganz unbedeutender Publizist aus dem Dunstkreis des Herrn Bundeskanzlers — einen längeren Artikel darüber schrieb, warum Energie gespart werden müsse und warum der Stromnotstand ausgerufen werden mußte, hat er als eine der Begründungen noch angeführt: weil es keine Heizöllieferungen aus dem Osten gibt.

Das war auf der Seite 2 des „Kurier“. Auf der Seite 3 war die Mitteilung des Handelsministers, daß die Lieferungen aus dem Osten klaglos funktionieren. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Was zuerst vielleicht echte und zum Teil sogar begreifliche — ich sage das ganz bewußt — Verwirrung und Unsicherheit war, ist zumindest in den letzten Wochen zum bewußten politischen Spiel mit der Krise und zum Schattenboxen, mit dem die Regierung die in Sorge versetzte Bevölkerung von den elementaren Folgen einer falschen Wirtschaftspolitik ablenken will, umfunktioniert worden. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Eine Meinungsumfrage von Ende Dezember hat ergeben, daß als Folge dieser Eskalation in den letzten Monaten des Jahres 70 Prozent der Befragten nicht mehr dem Wachstumsfetischismus und dem Anspruchsdenken, das Sie, Herr Bundeskanzler, so lang gepredigt haben, anhängen, sondern unter dem Eindruck der Energiekrise glauben, daß Einschränkungen und Verzicht in der Zukunft notwendig sein werden. Dieser Meinungswandel ist offenbar die Ursache dafür, daß Sie nun versuchen, die Krise zum Vorwand zu nehmen, um der Bevölkerung neue Lasten aufzubürden.

Gleichzeitig verwenden Sie diese rasch größer gewordene Sorge der Menschen in unserem Lande vor der Zukunft als Stimulans, um alle Ihre Fehler nicht mehr als Ihre Fehler, sondern als scheinbar unvermeidliche Folgen der Energiekrise erscheinen zu lassen.

Die Regierungsklausur in Baden war die erste Gelegenheit im neuen Jahr, bei welcher der Herr Bundeskanzler mit fast flagellantischer Lust mit dem neuen Krisengefühl als Instrument zu operieren begonnen hat. Den Sieg über eine Krise, die zumindest vorerst noch nicht stattgefunden hat, entsprechend

auszunutzen, entspricht, glaube ich, so ganz und gar dem politischen Kaleidoskopstil, den der Herr Bundeskanzler so gern pflegt.

Und wann, meine Damen und Herren, soll man denn einer Bevölkerung, die seit Jahren mit wachsender Unruhe und mit Sorge die Eskalation der Inflation verfolgt und den Beuteerungen des absoluten Vorrangs der Stabilität immer weniger Glauben schenkt, verkünden, daß eine neue Welle von Belastungen auf sie zukommt, daß die Preise stärker steigen werden als erwartet, daß Tarife erhöht werden müssen, daß Gebühren steigen, mit einem Wort, daß sich das Rad der Inflation nicht langsamer, sondern schneller drehen wird, wann soll man ihr das erklären als in dem Augenblick, in dem die Sorge vor dem, was kommt, ihren Höhepunkt erreicht hat, gleichzeitig aber die „Teilentwarnung“ verkündet wird? Und wann denn als in einem solchen Augenblick ist eine Ministeraussage denkbar: „Benzinpreis nicht über 7 S“! — höchstens 6,90 S (*Heiterkeit bei der ÖVP*) —, eine solche Aussage, die in normalen Zeiten einen Sturm auslösen würde? Wann denn, meine Damen und Herren, kann man 18 Prozent höhere Telephonegebühren, massive Strompreiserhöhungen, zweistellige Ziffern der Lebenshaltungskostensteigerung, wie das der Herr Finanzminister tat, und den „Vorrang der Stabilität“ gleichzeitig verkaufen, ohne geprügelt zu werden? Wann denn kann man sich ohne alle Bedenken über das eindeutige Ergebnis einer jahrelang angekündigten Frage, nämlich „Finanzierung der Gesundheit“, skrupellos hinwegsetzen und das genaue Gegenteil der Meinung der Bevölkerung tun als in einer solchen Phase? Und wann denn kann der fällige Offenbarungseid einer hilflosen, einer ziellosen und ungläubwürdigen Krisenpolitik besser vertuscht werden als in einer solchen Phase? Und wann denn kann mit einiger Aussicht auf Erfolg an den schwerwiegenden und entscheidenden Fragen der wirtschaftlichen Probleme dieses und des nächsten Jahres in einer zweitägigen Beratung so restlos und völlig vorbeigegangen werden, wie das in Baden der Fall war?

Ihre Klausur, Herr Bundeskanzler, im Helental — übrigens genauso wie Ihr heutiger Bericht — hat ja alle diese Fragen sorgfältig ausgeklammert. Denn ab jetzt soll die Welt ja wieder heil sein, die Probleme gehören unter den Teppich.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Daß wir heute und hier über all das reden werden, was Sie wohlweislich nicht gesagt haben! Wir werden Sie rechtzeitig und sehr nachdrücklich an die Mängel, Fehler und Unterlassungen Ihrer Politik erinnern, denn es muß recht-

**Dr. Koren**

zeitig klargestellt werden, wo Ihre Politik längst versagt hat und längst säumig geworden ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich selbst möchte nur ein paar Punkte aufgreifen, von denen ich glaube, daß Sie dort ausgewichen sind und daß Sie dort längst säumig geworden sind, in Fragen, die in einer Debatte wie heute von einem Bundeskanzler, der sich für die Politik in diesem Land verantwortlich fühlt, selbstverständlich hätten angeschnitten werden müssen!

Herr Bundeskanzler! Selbst wenn die Energiekrise weiterhin ohne einschneidende quantitative Beschränkungen und damit verbundene Versorgungs- und Produktionsstörungen ablaufen sollte, was zu erhoffen ist, aber noch nicht endgültig beurteilt werden kann von unserer Sicht aus, so stehen wir dank Ihrer Politik vor wirtschaftlichen Tendenzen für dieses Jahr, die manche Illusion zerstören müssen!

Das Wachstum der Wirtschaft wird geringer sein als noch im vergangenen Herbst angenommen.

Der von den Wirtschaftsforschern geschätzte Produktivitätszuwachs wird der niedrigste seit vielen Jahren sein.

Auf der anderen Seite aber werden die Preissteigerungen größer und durch die Preisfolgen der Ölkrise noch zusätzlich gegenüber den Erwartungen verstärkt werden. Und aus der Nachfrage- wird nun eine Kosteninflation, die sehr viel schwerer zu beherrschen ist als die Inflation des bisherigen Typs.

Zum erstenmal seit vielen Jahren laufen die Konjunkturerwartungen in fast allen Industrieländern in der gleichen Richtung, das heißt parallel in der Richtung auf Wachstumsverlangsamung, sodaß jede gegenwirkende Kraft im internationalen Gefüge fehlt.

Und in allen europäischen Industrieländern besteht heute die Tendenz zur Verschlechterung der Zahlungsbilanzen, die durch die extreme Verteuerung des Rohöls noch massiv verstärkt wird.

Und zuletzt — darauf habe ich schon hingewiesen — ist nun auch die kurzfristige Illusion verfliegen, daß es zumindest in einem erheblichen Bereich der europäischen Industrieländer noch den Rest einer gemeinsamen Währungspolitik geben könnte. Der Wettlauf um die scheinbar bessere Startposition im Kampf um die nur mehr langsamer wachsenden Exportmärkte und im Kampf gegen die jetzt eintretenden Folgen der Auf- und Abwertungen vom vorigen Sommer hat nun begonnen.

Das bedeutet, daß sich die kurzfristigen und die längerfristigen Voraussetzungen der wirtschaftlichen Entwicklung erheblich verändert haben und daß es anderer Mittel und anderer Maßnahmen bedarf, um diese Situation zu bewältigen.

Die Voraussetzungen, meine Damen und Herren, auf denen das Budget 1974 aufgebaut hatte, waren schon zur Zeit seiner Einbringung nicht mehr gegeben. Sie sind es heute noch viel weniger! Das war der Grund, warum ich zu Jahresbeginn den Herrn Finanzminister aufgefordert habe, realistische Schätzungen darüber anzustellen, ob und in welchem Umfang die Ausgaben- und die Einnahmenerwartungen im sogenannten Grundbudget von den veranschlagten Zahlen abweichen werden, mit anderen Worten, ob mit einer Ausweitung oder mit einer Verringerung des Defizits von 11 Milliarden Schilling zu rechnen sein wird.

Denn das, Hohes Haus, ist eine wesentliche Vorfrage für den Einsatz der vom Finanzminister vorgelegten Zusatzbudgets. Falls es notwendig werden sollte, diese Budgets einzusetzen, können sie ja nur freigegeben beziehungsweise eingesetzt werden, wenn Schulden in dem vorgesehenen Ausmaß aufgenommen werden, nämlich rund 19 Milliarden Schilling. Und das dürfte zumindest unter den heutigen Bedingungen des Geld- und Kapitalmarktes keine ganz einfache Angelegenheit sein. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, ob sich am Saldo des Budgets durch die inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen Veränderungen etwas ändern wird oder nicht.

Der Herr Finanzminister hat aber solche Überlegungen für unnötig gehalten, weil seine Budgets unter allen oder keinen Voraussetzungen stimmen. Der Rechnungsab-schluß beweist ja immer erst ein Jahr später, was letzten Endes nicht gestimmt hat.

Meine Damen und Herren! Ich habe diese Frage ja nur aufgeworfen, weil von ihr der wirkliche und nicht der theoretische Spielraum der Budgetpolitik im Jahr 1974 bestimmt wird. Denn das Schlagwort von der Doppelstrategie — das ist eine Art Zweifrontenkrieg, der gleichzeitig Expansion und Restriktion betreiben soll — bleibt so lange, Herr Finanzminister, eine leere Hülse und eine selbst theoretisch schwierige Sandkastenübung, solange die Soldaten dazu — Verzeihung: die Mittel und die Instrumente dafür — nicht verfügbar sind.

Wenn Sie den Kampf gegen die Inflation nicht nur so wie bisher als Alibi verstehen wollen, sondern als das jetzt wirklich vor-dringlichste Problem, vor dem wir stehen, dann ist eine Hilfestellung für die Einkom-

**Dr. Koren**

menspolitik in diesem Jahr unerlässlich. Ich will das Schlagwort vom Big Bargain nicht überstrapazieren. Aber wir müssen doch klar sehen, daß 1974 das härteste Jahr für die Menschen in diesem Lande seit geraumer Zeit sein wird, weil die Inflationsfolgen doppelt fühlbar sein werden, wenn der Zuwachs der Realeinkommen einfach nicht mehr entsprechend sein kann.

Ich glaube, daß es in einem solchen Jahr, das die mit weitem Abstand stärkste Belastung der Arbeitnehmer bringt, nämlich 35 Prozent Zuwachs der Lohnsteuer in einem einzigen Jahr, wirklich vertretbar ist, einen entsprechenden Schritt zu setzen, um die Spannungen in der Einkommenspolitik in diesem Jahr zu mildern.

Überlegen Sie vielleicht auch, meine Damen und Herren von der linken Seite, daß es einen solchen Zuwachs noch in keinem Jahr der Nachkriegszeit, mit Ausnahme der Inflationsperiode der unmittelbaren Nachkriegsjahre, gegeben hat. Ein solcher Zuwachs wäre von Ihnen zu jeder anderen Zeit als eine untragbare Provokation empfunden worden! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der Herr Finanzminister könnte diesen Beitrag leisten, denn das wäre ohne Einfluß auf sein Budget. In diesem Budget ist nämlich die Lohnsteuer — das hat auch inzwischen der Gewerkschaftsbund nachgerechnet — weit unter den realistischen Erwartungen angesetzt. Das heißt, Herr Finanzminister: Wenn Sie keine Entlastung herbeiführen, würden Sie im Jahre 1974 wesentlich mehr an Lohnsteuer empfangen, als Sie in Ihrem Budget vorgesehen haben.

Ich glaube, daß es nicht unbillig wäre, eine echt budgetmäßig nicht wirksame Entlastung tatsächlich vorzunehmen. Es ist die einzige Chance, von dieser Seite aus einen Beitrag für die Konjunkturpolitik dieses Jahres zu leisten! (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zu den längerfristigen wirtschaftspolitischen Fragen, die auch im Rahmen der heutigen Debatte besprochen werden müßten, habe ich bei zwei Gelegenheiten erst in der jüngsten Vergangenheit Stellung genommen: Bei der ersten Lesung des Budgets und bei der Debatte über das Kapitel Finanzen. Ich möchte mich hier keinesfalls wiederholen. Ich möchte nur eindringlich darauf hinweisen, daß es im Interesse aller Menschen in diesem Lande wäre, rechtzeitig und bald mit der Vorbereitung einer wirklich konzeptiven Wirtschaftspolitik zu beginnen, die sich nicht mit den Tagesproblemen herumschlägt, sondern die die erwarteten Tendenzen der nächsten Jahre ins Auge faßt:

Etwa das Problem der strukturellen Veränderung unserer Handels- und Zahlungsbilanz, die einen neuen Exportdrive notwendig macht, der nicht nur mit ein paar kreditpolitischen Maßnahmen initiiert werden kann; Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik, wo wir vor einer völlig veränderten Situation gegenüber den letzten Jahren stehen; Maßnahmen auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs, wo wir derzeit ebenfalls zweifellos in eine Periode strukturellen Umdenkens für die nächsten Jahre eintreten. Ich will hier gar nicht die anderen Fragen der längerfristigen Einplanung von Umweltproblemen, Fragen der Energiepolitik zusätzlich anschneiden.

Das, Hohes Haus, führt mich nur am Rande zu den Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers am Schluß seiner Rede, wo er die Regierungserklärung neuerlich zitiert, seine dortigen verbalen Erklärungen zur Offenheit der Regierungspartei gegenüber anderen Fraktionen noch einmal wiederholt und die Briefe beziehungsweise Stellungnahmen der Obmänner der zwei Oppositionsparteien begrüßt hat.

Herr Bundeskanzler! Solche Erklärungen kosten natürlich gar nichts. Nur eines, glaube ich, muß ich hier abschließend feststellen: Wir haben Ihnen sehr deutlich gesagt, daß wir in schweren Fragen, die die Gesamtwirtschaft unseres Landes und unsere Bevölkerung betreffen, selbstverständlich zur Kooperation bereit sind. Aber ich bitte Sie, das wirklich nicht mißzuverstehen als ein Drängeln um Ihre Gunst. Weil wir Verantwortung für dieses Land fühlen, sind wir bereit, die politische Opportunität zurückzustellen und für die gemeinsame Sache mitzuwirken! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Sie haben bisher wenig dazu beigetragen, auch einer Oppositionspartei dieses Mitwirken möglich zu machen. Wir haben zu wiederholten Malen festgestellt, daß man nur dann über Mitwirken und über Mithelfen bei wichtigen Fragen reden kann, wenn man auch informationsmäßig ausreichend versorgt wird. Diesbezüglich, Herr Bundeskanzler, darf ich eindeutig feststellen, daß wir in den letzten Monaten in allen entscheidenden Fragen — vielleicht wußten Sie selbst nicht, worum es geht; das ist möglich — keinerlei Informationen bekommen haben! Denn Erklärungen, wie sie auch der Presse abgegeben werden, sind ja keine Informationen. Zahlen und Fakten, Unterlagen: das wären notwendige Informationen. Das, was Sie heute in Ihrer Rede gebracht haben, Herr Bundeskanzler, nämlich alte Erklärungen, Teile einer früheren Budgetrede, das Herum-

**Dr. Koren**

reden um die wirklichen Dinge, das war zweifellos ebenfalls kein Beitrag.

Deshalb möchte ich abschließend nur festhalten: Herr Bundeskanzler! Seien Sie ganz bestimmt versichert, wir werden Sie weiter kritisieren und weiter für die österreichische Bevölkerung jene Wachsamkeit an den Tag legen, die wir bisher an den Tag gelegt haben. Verwechseln Sie eine verantwortungsbewußte Kooperationsbereitschaft bitte nicht mit Schwäche! (*Lebhafter anhaltender Beifall.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor kurzer Zeit ist im sozialistischen Organ „Die Zukunft“ ein Artikel aus der Feder Dr. Bruno Kreiskys unter dem Titel „Ein Prozeß des Umdenkens zum Parteitag 1974“ erschienen. Vergleicht man den Inhalt dieses Aufsatzes des Herrn Bundeskanzlers mit jener Erklärung, die er heute dem Nationalrat abgegeben hat, so darf man guten Grundes die Behauptung aufstellen, daß der „Bundesvorsitzende“ Dr. Kreisky in eklatantem Widerspruch zum „Bundeskanzler“ Dr. Kreisky steht. Als Beweis führe ich den Inhalt des Artikels in der „Zukunft“ und den der heute abgegebenen Erklärung an.

Einen Satz möchte ich aus dem Aufsatz des Herrn Bundeskanzlers besonders herausgreifen, worin er sich mit folgenden Worten an den kritischen Bürger unseres Landes wendet. Ich zitiere: „Den kritischen Staatsbürger, den gilt es noch zu schaffen. Gewiß, es gibt ihn schon vielfach, aber als generelle Erscheinung ist er eher eine Fiktion.“

Und dann folgt ein Satz aus der Feder des Herrn Bundeskanzlers, den man auf der Zunge zerfließen lassen und über den man nachdenken muß, wenn Herr Dr. Kreisky darin wörtlich ausführt: Der kritische Staatsbürger „muß in die Lage versetzt werden zu erkennen, was geschieht hinter dem, was zu geschehen scheint“. Darf ich diesen Satz noch einmal wiederholen: Der kritische Staatsbürger „muß in die Lage versetzt werden zu erkennen, was geschieht hinter dem, was zu geschehen scheint“. Und ich darf die Frage aufwerfen, Herr Bundeskanzler: Was geschieht hinter jener Erklärung, also hinter dem, was derzeit auf dem Erdölsektor zu geschehen scheint?

Klubobmann Professor Koren hat bereits einen Beitrag zur Aufhellung dieser Thematik geleistet, und ich möchte Ihnen, Herr Bundeskanzler, den Vorwurf machen, daß der Inhalt Ihrer heutigen Erklärung sicher nicht geeignet ist, das Bewußtsein eines kritischen Bürgers dort zu wecken, wo dieses kritische Bewußt-

sein bis zur Stunde noch nicht vorhanden sein sollte. Im Gegenteil, Herr Bundeskanzler, Ihre heutige Erklärung ist meines Erachtens ein bedauerlicher Vernebelungsversuch, ist ein psychologisch sicher geschickt angelegter Schachzug, den derzeit in Österreich für Staat, Wirtschaft und Bevölkerung auf dem Energie-sektor gegebenen Realitäten aus dem Wege zu gehen.

Wir Freiheitlichen werden uns heute in der Diskussion bemühen, in der Form sehr verbindlich, im Argument aber überaus hart der sozialistischen Alleinregierung zu begegnen. Man wird uns von der Regierungsbank attestieren müssen, daß wir uns bisher weder für ein Krankreden noch für ein Gesundbeten ausgesprochen haben. Im Gegenteil, wo es notwendig war, anzupacken, mitzutragen und mitzugestalten, haben wir Freiheitlichen es immer dann getan, wenn Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky dem von ihm postulierten Grundsatz der Reformen für ein neues und modernes Österreich treu geblieben ist.

Wiegt und prüft man den Inhalt der heutigen Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, dann kommt man nicht zu dem Eindruck, daß es eine in die Zukunft weisende Erklärung war, die Wege und Konzepte aus verschiedenen Schwierigkeiten heraus aufzeigt. Im Gegenteil, die heute vom Herrn Bundeskanzler abgegebene Erklärung betrachte ich als ein Sammelsurium von vermeintlichen und erbrachten Leistungen dieser Regierung, verbunden mit Zukunftshoffnungen, die geweckt werden, die aber bei weitem nicht erfüllt worden sind, angereichert durch Zahlen und statistische Hinweise.

Zu Ihren Ziffern, Herr Bundeskanzler, eine knappe und kurze Feststellung: Es ist ausgeschlossen, in der kurzen zur Verfügung stehenden Vorbereitungszeit diese Zahlen zu kontrollieren; daher unterläßt man es am besten, dazu Stellung zu nehmen. Es bleibt daher offen, wie richtig oder wie falsch die heute von Ihnen dargelegten Ziffern waren beziehungsweise sind.

Ein weiteres Charakteristikum der heute vom Herrn Bundeskanzler abgegebenen Erklärung ist wohl die Tatsache, daß die Quantität der Qualität nach wie vor von der sozialistischen Alleinregierung vorgezogen wird. Diese 58 Seiten der heutigen Erklärung stellen auf weiten Strecken einen Akt der Selbstbeweihräucherung der sozialistischen Alleinregierung dar.

Ich möchte mich bemühen, den Inhalt der Erklärung etwas anders zu charakterisieren, als es Herr Professor Koren getan hat. Ich

**Peter**

sehe eine Zweiteilung dieser heutigen Erklärung in einen vor allem wirtschaftlichen ersten Teil, während der zweite Teil das Thema „Vier Jahre sozialistische Regierung“ unter dem Motto „Schaut, so gut sind wir!“ behandelt. Es ist das gute Recht des Herrn Bundeskanzlers, sich für diese Vorgangsweise entschieden zu haben.

Wie würde man den ersten Teil, die wirtschaftlichen Probleme unseres Landes betreffend, zusammenfassen müssen? Die Einleitung etwa so: Es handelt sich um die Darlegung der wirtschaftlichen Verflechtungen Österreichs mit dem Ausland. Im Zusammenhang damit folgt dann das von mir schon erwähnte Potpourri von Zahlen und anderen statistischen Angaben. — Soweit die Einleitung der Erklärung.

In der weiteren Folge des ersten Teils werden dann die derzeitigen Schwerpunkte der sozialistischen Wirtschaftspolitik aufgezeigt, nämlich Stabilitätspolitik, Energiepolitik und Vollbeschäftigungspolitik. Als interessantes Detail wäre zu vermerken, daß der Wachstumspolitik heute vom Herrn Bundeskanzler nicht mehr jene Bedeutung und Rangordnung zuerkannt wird, wie das mehr als drei Jahre hindurch von dieser sozialistischen Alleinregierung getan wurde.

Zusammenfassend kann zum ersten Teil der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers gesagt werden, daß Maßnahmen aus der Vergangenheit — zum Teil einer sehr, sehr weit bis zum Staatsvertrag zurückreichenden Vergangenheit — mit künftig zu treffenden Maßnahmen — zum Teil eine noch sehr, sehr weite und ferne Zukunft berührend — verquickt werden, um über die dürftige Substanz der konkreten sozialistischen Gegenwart hinwegzutäuschen. Somit scheint es der Herr Bundeskanzler heute mit Konfuzius zu halten, der einmal sagte: Wer das Morgen nicht bedenkt, wird Kummer haben, bevor das Heute zu Ende geht. Dieses Morgen bedenkt die sozialistische Alleinregierung zu wenig und teilweise gar nicht, besonders dann, wenn es um entscheidende Dinge der Wirtschaftspolitik geht.

Soweit vorerst einmal die Darlegung des sehr dürftigen ersten Teils der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, der sehr wohl Kummer mit den offenen Problemen der Gegenwart hat, es aber vorzog, auf die bloßen Wunden dieser aktuellen Gegenwartsprobleme gar nicht einzugehen.

Kummer dürfte der Herr Bundeskanzler auch mit seinem derzeitigen Handelsminister haben. Ich möchte von Herrn Dr. Koren bereits Gesagtes nicht wiederholen, sondern, Herr Bun-

desminister Dr. Staribacher, an die Eröffnung der Importanlage bei Denzel erinnern, bei der Präsident Sallinger in seiner Rede die Situation mit einem einzigen Satz sehr treffend charakterisiert hat, wenn er meinte: Wenn mein Auto den Namen Staribacher hört, dann beginnt es zu weinen! Und wenn heute viele Österreicher den Namen Staribacher hören, dann beginnen sie auch zu weinen, vor allem auf Grund dessen, was Sie im Zuge der Erdölkrise drei Monate hindurch gegenüber der österreichischen Öffentlichkeit gesagt haben.

Gestatten Sie, daß ich eine Passage aus Ihrer Rede bei der Eröffnung der Importanlage Denzels herausgreife. Damals verwiesen Sie darauf, daß der Herr Bundeskanzler in der Regierungsklausur in Baden bei Wien die Meinung vertreten habe, wonach die Geschwindigkeitsbegrenzung mit 100 Stundenkilometern auf der Autobahn künftig nicht zu halten sei. Obwohl Sie derzeit nicht der zuständige Ressortchef sind, möchte ich doch an Sie wie auch an den Herrn Bundeskanzler die Frage richten: Wie steht es mit dieser Problematik? Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu welchem Zeitpunkt in diesem Zusammenhang zu treffen?

Kommen wir zurück zu dem Kummer, den der Herr Bundeskanzler mit dem Heute, mit den offenen Problemen der Gegenwart hat. Das dürfte einer der wesentlichen Gründe dafür gewesen sein, daß Dr. Kreisky sehr eingehend und intensiv den Glanz vergangener Tage in seiner Erklärung beschworen hat, um mit dem Glanz vergangener Tage seine heutige Erklärung aufzuputzen, wenn er unter anderem ausführte:

„Ein ... erwähnenswerter Umstand ist der, daß es bei den Staatsvertragsverhandlungen 1955 in Moskau gelungen war, die österreichischen Erdölfelder wieder in österreichische Hand zu bekommen.“

Darüber herrscht wohl bei jedem Österreicher tiefe Genugtuung, daß es gelungen ist, dieses Ziel zu erreichen. Aber wenn man, Herr Bundeskanzler, den Glanz vergangener Tage beschwört, dann soll man es vollständig und auch in voller Objektivität tun. Man soll in diesem Zusammenhang nicht nur auf den Glanz vergangener Tage verweisen, sondern auch auf die Blößen, Schwächen und Versäumnisse der damaligen und der heutigen Machthaber eingehen. Auf Versäumnisse, die uns heute großes Kopfzerbrechen bereiten und die nicht über Nacht bewältigt und aus der Welt geräumt werden können.

Man müßte, wollte man den Nationalrat sowie die Öffentlichkeit objektiv informieren und vor allem der nachrückenden Generation

**Peter**

junger Österreicher ein objektives Bild der jüngsten Entwicklung unseres Vaterlandes vor Augen führen, auch auf verschiedene im Zusammenhang mit der Erdölpolitik recht unerfreuliche Umstände aufmerksam machen, so zum Beispiel auf jene Umstände, die mit dem Begriff der RAG, der Rohöl-Gewinnungs AG, nun einmal verbunden sind. Hier darf ich vielleicht daran erinnern, daß es seinerzeit, als diese Entscheidung heranstand, im oberösterreichischen Landtag sehr eingehende und unerfreuliche Debatten gab, weil sich die damals im Amt befindliche Bundesregierung entschlossen hat, es dem Lande Oberösterreich zuzumuten, diese Rechte über österreichische Bodenschätze ausländischen Firmen zu übertragen. Man müßte auch auf derart unerfreuliche Probleme eingehen, wollte man objektiv informieren und wollte man vor allem die jüngeren Österreicher vollständig informieren.

21 Jahre große Koalition müßte man erwähnen, Herr Bundeskanzler, und gleichsetzen mit 21 Jahren eklatanter Versäumnisse auf dem Gebiet der Vorsorge- und Bevorratungspolitik. Vier Jahre ÖVP-Alleinregierung müßte man erwähnen, um die gleichen Versäumnisse in Erinnerung zu rufen, und fast ebenso vier Jahre sozialistische Alleinregierung wären zu zitieren, um dieses unerfreuliche Bild abzurunden.

Soviel zum ersten Teil der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers.

Zum zweiten Teil wäre zu sagen, meine Damen und Herren, daß dieser in einer Art Zwischenbilanz über die bisherige Regierungspolitik etwa unter dem schon angeführten Motto „Vier Jahre sozialistische Bundesregierung“ zusammenzufassen wäre.

Gestatten Sie mir, daß ich die Themen aufzähle, die der Herr Bundeskanzler behandelt hat: Familienpolitik, Umwelt, Gesundheit, Wohnungsbau, öffentlicher Dienst, Verwaltungsreform, staatsbürgerliche Bildungsarbeit, Mitbestimmung, Entgeltfortzahlung und die Situation auf dem Lohnsektor. Gegen Ende des zweiten Teils wird dem österreichischen UNO-Kontingent der Dank ausgesprochen, wogegen durchaus nichts einzuwenden ist. Den Schluß bilden Passagen über die Zusammenarbeit mit den Oppositionsparteien und über die Notwendigkeit, in der Demokratie Kompromisse zu finden; die Briefe der beiden Obmänner der Oppositionsparteien über die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Bundesregierung werden erwähnt.

Aber, Herr Bundeskanzler, darf ich doch auch daran erinnern, daß seit dem 4. Dezember des vergangenen Jahre in Fragen der Bevor-

ratung sowie in Fragen der Bewältigung derzeit bestehender energiepolitischer Engpässe zumindest mit der freiheitlichen Opposition keine Kontaktgespräche stattgefunden haben und daß wir so gut wie über keine seriösen Informationen von der Bundesregierung seit diesem Zeitpunkt verfügen. Hier ist vom freiheitlichen Standpunkt mit Nachdruck zu unterstreichen, daß die verbale Bekundung der Bereitschaft der sozialistischen Alleinregierung zur Zusammenarbeit gerade in Richtung der Freiheitlichen zu wenig zu sein scheint, denn eines, Herr Bundeskanzler, nehmen wir Freiheitlichen für uns in Anspruch: Wir haben uns nie dem Anpacken und Mittragen entzogen, wenn dieses Anpacken und Mittragen in jener Richtung lag, die Sie mit Ihrem Amtsantritt im Jahre 1970 bezüglich der Reformen für ein modernes Österreich gesetzt haben. Von der Mehrwertsteuer über das Stahlgesetz bis zur Buntmetalllösung reicht die Bereitschaft der freiheitlichen Abgeordneten zum Anpacken und Mittragen. Aus dieser Zusammenarbeit und Zustimmung erwächst uns Freiheitlichen auch das moralische Recht, Ihnen heute vom Argument her mit mehr Härte zu begegnen und dabei dennoch verbindlich zu bleiben.

Darum muß ich den Vorwurf aufrechterhalten, daß Ihre heutige Erklärung für die österreichische Öffentlichkeit und für die österreichische Wirtschaft bei weitem kein kulinarischer Leckerbissen gewesen ist. Ein politisch garnierter Fruchtsalat in Essig und Öl ist es, Herr Bundeskanzler, den Sie der österreichischen Öffentlichkeit heute vorsetzen! Mit dem harten Vorwurf eines politisch garnierten Fruchtsalates in Essig und Öl meine ich, daß in Ihrer heutigen Erklärung nichts, aber schon gar nichts organisch zusammenpaßt und methodisch aufgebaut ist. Hier sollte der Sieger der Jahre 1970 und 1971 etwas mehr in Richtung der weiteren Entwicklung der beiden vor uns liegenden Jahre in dieser Gesetzgebungsperiode denken.

Sehr oft begegnet man einem Satz von Ihnen, der auch als erster über der heutigen Erklärung steht, wenn Sie sagten: „In dem Bericht, den ich am 10. Juli 1973 dem Hohen Hause über die wirtschaftliche Lage des Landes gegeben habe, habe ich unter anderem gemeint, daß trotz optimistischer Prognosen der Wirtschaftsforscher die Konjunkturlage kein Anlaß zu einer Prosperitätseuphorie sein darf.“

Diesem rhetorischen Gemeinplatz, den man in der „Zukunft“ genauso liest wie in der Erklärung vom 10. Juli 1973 und der uns heute wieder vorgesetzt wird, wird nachträglich beinahe der Sinn einer prophetischen

**Peter**

Warnung unterlegt. Genauso wie in der heutigen Regierungserklärung, wie in Ihrem Bericht vom 10. Juli 1973, kann man dazu auch in der „Zukunft“ nachlesen. Ich zitiere:

„Ich sehe noch vor mir das leicht spöttische Lächeln der Exponenten der ökonomischen Sachkenntnis, als ich vor Monaten schon vor der Prosperitätseuphorie warnte und die Auffassung vertrat, daß es Ereignisse geben könne, die mit einem Schlag die wirtschaftliche Lage zu verändern vermögen.“

Herr Bundeskanzler! Sie haben recht behalten. Die Ereignisse, die die wirtschaftliche Lage mit einem Schlag verändert haben, sind eingetreten. Trotz Ihrer heutigen Erklärung sind Sie die Folgerungen, sind Sie die Nutzenwendungen aus Ihrer eigenen Erkenntnis schuldig geblieben. Diesen von mir zitierten Kreisky-Satz müßte ein Abgeordneter dieses Hohen Hauses überaus ernst nehmen, wenn der Herr Bundeskanzler heute bereit und in der Lage gewesen wäre, aus seinen eigenen Erkenntnissen die Nutzenwendungen zu ziehen. Warum Sie es nicht getan haben, weiß ich nicht. Warum Sie sich diese Chance entgehen haben lassen, entzieht sich meiner Kenntnis.

Ich muß Ihnen in einem weiteren Satz Ihrer heutigen Erklärung ebenfalls widersprechen, wenn Sie auf den Seiten 3 und 4 derselben wörtlich ausführten: „Österreich ist ein moderner Industriestaat geworden, was am deutlichsten illustriert wird durch den Umstand, daß heute rund 2,7 Millionen Menschen in der österreichischen Wirtschaft beschäftigt sind.“

Herr Bundeskanzler! Das ist wahr. Es ist begrüßenswert, daß wir diesen hohen Stand an Beschäftigten haben, und es ist doch in einem sehr entscheidenden Punkt nur die halbe Wahrheit. Die halbe Wahrheit deswegen, weil Sie auf die Schwierigkeiten der österreichischen Betriebsstruktur nicht eingegangen sind. Die österreichische Betriebsstruktur zeigt sich in einem überaus problematischen Licht und erhellt andererseits, welche Leistungen von beiden Partnern, den Unternehmern und den Arbeitnehmern, gerade auf Grund dieser schwierigen Betriebsstruktur in den 29 Jahren des Bestandes der Republik Österreich erbracht worden sind.

Sie wissen so gut wie ich, Herr Bundeskanzler, daß 75 Prozent aller österreichischen Betriebe bis höchstens 100 Menschen und daß insgesamt 95 Prozent aller österreichischen Betriebe bis zu 500 Menschen beschäftigen.

Nun gestatten Sie mir, daß ich Ihnen noch die Fragen vorlege: Was hat die sozialistische Alleinregierung seit ihrem Amtsantritt im April 1970 gerade für die Förderung des Be-

reiches der mittelständischen Wirtschaft getan? Wie hat die sozialistische Alleinregierung die Unternehmerinitiative und die Risikobereitschaft kleiner Betriebseinheiten gefördert? — Sie hat die Strukturproblematik offen und ungelöst gelassen. Die sozialistische Alleinregierung hat sie bis zum heutigen Tag nicht einmal ignoriert. Aber, Herr Bundeskanzler, wenn diese 75 Prozent aller österreichischen Betriebe, die bis zu 100 Menschen beschäftigen, in größere Schwierigkeiten geraten, als sie heute sind, dann werden Sie noch mehr Sorgen, dann werden Sie noch mehr Kummer haben, als es im Augenblick der Fall ist.

Was uns Freiheitlichen überaus bedenklich erscheint, das ist eben das Ignorieren von offenen Problemen der Struktur- und Wirtschaftspolitik durch die sozialistische Alleinregierung. Wenn man dann Berichte und Erklärungen dieses Kabinetts zu Fragen der Wirtschaft hört, dann wird hier mit einer Nonchalance darübergeschwommen. Man geht nicht auf die offenen Strukturprobleme ein.

Auf weiten Strecken, Herr Bundeskanzler, haben Sie sich heute in Ihrer Erklärung in Richtung Vergangenheit bewegt. Prüfen Sie einmal, wieviel Vergangenheit, wieviel Glanz der Vergangenheit und wieviel Weihrauch über die Vergangenheit heute Bestandteil Ihrer Erklärung gewesen ist. Kehren Sie zurück in die Gegenwart. Die Gegenwart ist schwierig und sie ist für die Bundesregierung problematisch. Erinnern Sie sich bitte, Herr Bundeskanzler, jenes Auftrages, den Sie sich selbst gestellt haben, als Sie meinten, nun sind die Reformen für ein neues Österreich zügig in die Wege zu leiten. Herausgekommen ist die Realität eines Staribacher-Pickerls.

Wie sehr Sie so argumentieren wie Ihr Vorgänger Dr. Klaus, das ist auch aus Ihrer heutigen Erklärung ersichtlich. Mit welcher Intensität und mit welcher Beharrlichkeit die Bundeskanzler österreichischer Alleinregierungen uns immer wieder vor Augen zu führen versuchen, daß es anderen Ländern weitaus schlechter gehe als Österreich, ist fast ein Trauma. Sie taten es in der Form, daß Sie sagten, besser als wir Österreicher schneiden auf dem Gebiet des Preisanstieges lediglich zwei andere Länder, Belgien und Norwegen, ab. Gleich gut und gleich schlecht gehe es den Bürgern in der Bundesrepublik Deutschland, und schlechter als Österreich — und dann wird noch unterstrichen —, zum Teil erheblich schlechter als Österreich, liegen die Niederlande, Schweden, USA, Frankreich, Großbritannien, Italien, Dänemark, Schweiz und Japan.

**Peter**

Ich brauche nicht zu wiederholen, wie sehr auf solchen Statistiken bereits Ihr Vorgänger Dr. Klaus herumgeritten ist, und ich wundere mich, daß Ihnen nichts Besseres einfällt, als Ihrem Vorgänger Dr. Klaus dazu eingefallen ist.

Nun darf ich mich noch Ihrem Interview vom 22. November 1973 in der „Kronen Zeitung“ zuwenden. Es charakterisiert sehr eindrucksvoll die gegebene Situation. Seit drei Monaten reden die führenden Politiker aller drei in diesem Hause vertretenen Parteien von der Notwendigkeit, die gegebene Lage zu überprüfen, von dem Erfordernis eines Neudurchdenkens der Situation und von der Notwendigkeit eines Umdenkens. Die Spitzenvertreter aller Parteien reden auch von der Notwendigkeit, zeitweise auf etwas zu verzichten, um unsere Lebensqualität zu verbessern und zu sichern.

Was, Herr Bundeskanzler, soll geschehen, um dieses Ziel zu erreichen? Ihre heutige Erklärung schlägt überhaupt keine konkreten Maßnahmen dazu und dafür vor.

Darf ich aus diesem Interview zitieren. Sie meinten: „Wir alle werden lernen müssen, uns in Zukunft beim Konsum Zurückhaltung aufzuerlegen. Das Verbrauchen um jeden Preis wird sich aufhören“ müssen. Darauf meinte der Journalist: „Was heißt das in der Praxis?“ Und Sie sagten: „Einerseits werden wir zu einer vernünftigen Vorratshaltung kommen müssen, ... andererseits wird es notwendig sein, einem vernünftigen Konsum das Wort zu reden.“ Wo bleibt die breite Informationswelle, wo bleibt die Aufklärungswelle der Bundesregierung und wie verhält sich zu dieser Kreisky-Forderung jenes Kunterbunt, das der Herr Handelsminister Staribacher drei Monate hindurch dargeboten hat und das Herr Professor Koren bereits ausreichend charakterisierte? Sie schlossen dieses Interview in der „Kronen Zeitung“ vom 22. November des vergangenen Jahres mit folgendem Hinweis: „Daß es zu wenig Öl geben soll, das habe ich schon vor zwanzig Jahren gehört. Man muß das alles durchstehen, auch wenn vieles auf einmal gekommen ist.“

Warum haben Sie uns in Ihrer heutigen Erklärung nicht gesagt, wie Sie es durchstehen wollen und wie wir alle gemeinsam mit Ihnen, dem Bundeskanzler, den Weg beschreiten und gehen sollen, der zum Ziel führt, nämlich aus diesem Engpaß herauszukommen? Diese Problemstellungen stehen im Raum, Herr Bundeskanzler, und sie sind durch Ihre heutige Erklärung nicht beantwortet worden.

Ich möchte mich nicht identifizieren mit jenem Artikel in der „Kleinen Zeitung“, der meint: „Die Krise kommt erst.“ Sollte die

Krise einmal eine Realität werden, dann, Herr Bundeskanzler, werden Sie die befriedigende Beantwortung einer solch schwierigen Frage weitaus schwerer vornehmen können, als es im Augenblick der Fall wäre, zumal im Augenblick eine gewisse Entspannung der Situation eingetreten ist, was von allen Seiten begrüßt wird.

Seit drei Monaten, Herr Bundeskanzler, wird allerorten davon geredet, daß man die Herausforderung, die uns durch die Knappheit auf dem Erdölsektor gestellt wurde, im Sinne einer positiven Bewältigung der angespannten Situation annehmen soll. Darf ich fragen: Ist Ihre heutige Erklärung das Konzept für die Bewältigung dieser Herausforderung?

In dem schon zitierten Artikel in der „Zukunft“ meinten Sie weiter: „Wir ignorieren allzu gerne Ereignisse, die weit weg von uns passieren, aber diese Ereignisse ignorieren nicht uns.“ Das klingt, als hätten Sie sich diesen Satz selbst in Ihr politisches Stammbuch als Regierungschef geschrieben, oder hat Ihnen vielleicht der Parteivorsitzende der SPO eine Rüge als Ihr übergeordneter Chef erteilt? Wenn ja, dann wird er schon gewußt haben, warum.

Warum, Herr Bundeskanzler, ignorieren Sie die Ereignisse? Warum gaben Sie heute eine Erklärung ab, die darauf angelegt war, so zu tun, als hätte es diese Ereignisse nicht gegeben? Warum haben Sie dem Nationalrat nicht gesagt, welche Konsequenzen Sie aus diesen Ereignissen zu ziehen beabsichtigen?

Ein Prozeß des Umdenkens zum Parteitag 1974 der Sozialistischen Partei — meinte der Bundesvorsitzende Dr. Kreisky — wäre notwendig. Wann, Herr Bundeskanzler, wird der Prozeß des Umdenkens der sozialistischen Alleinregierung einsetzen? Vielleicht nach dem Parteitag vom 12. Februar 1974? Das wäre gegebenenfalls noch eine Chance, in absehbarer Zeit mehr, Inhaltsreicheres und Befriedigenderes aus Ihrem Mund zu hören, als es heute der Fall war.

Lassen Sie mich ein letztes Mal Ihren Artikel in der „Zukunft“ zitieren, worin Sie ausführten: „Im Feuerschein des Krieges am Suezkanal haben wir erkannt, wie sehr unsere Vollbeschäftigung, unser Wirtschaftswachstum und vieles andere abhängig ist von den ÖLquellen Saudiarabiens, Libyens, des Iraks, Irans, und damit auch erkennen müssen, wie sehr eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik von Faktoren abhängt, auf die wir keinen oder nur geringen Einfluß haben.“

Ich hoffe, Herr Bundeskanzler, Sie meinten diesen Satz nicht als Ausrede dahin gehend, eine Entschuldigung dafür zu haben, daß Sie



**Peter**

nicht mehr tun müßten, als heute aus Ihrer Erklärung ersichtlich wurde und zutage getreten ist.

Stimmen wir überein in der Auffassung, daß der Prozeß des Umdenkens nicht nur ein Prozeß einer politischen Partei ist, sondern daß dieser Prozeß des Umdenkens die gesamte Gesellschaft, die gesamte Wirtschaft und damit auch die Bürger unserer Republik zu erfassen hat?

Wenn das weiterhin die gemeinsame Auffassung der Mitglieder des Nationalrates ist, dann, Herr Bundeskanzler, müssen wir alle, ganz gleich, in welcher Partei wir stehen, diesen Prozeß des Umdenkens in die Wege leiten.

Aber dann soll das nicht nur auf Seite der Oppositionsparteien geschehen. Dann wird das Umdenken vor allem auch im Schoße der Bundesregierung notwendig sein. Und soll dieser Prozeß des Umdenkens zu einem Erfolg für Österreich werden, so erscheint mir die erste, dringendste und unerläßlichste Maßnahme die zu sein, die sozialistische Vergeudungspolitik und Vergeudungswirtschaft, die diese Alleinregierung fast vier Jahre betrieben hat, ein für allemal zu beenden und durch eine Politik der Vernunft auf der Grundlage von Wettbewerb und Leistung zu ersetzen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Sekanina. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Sekanina** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich meine, daß kein Zweifel darüber bestehen kann, daß die Fragen, die wir heute im Zusammenhang mit der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers in diesem Haus diskutieren, Fragen und Probleme sind, die weit über diesen Kreis hinaus die gesamte österreichische Bevölkerung interessieren. Ich hätte es gerne gesehen — aber ich kann das nicht beeinflussen —, wenn ich mehrere Gesprächspartner im Bereiche der ÖVP-Fraktion vorgefunden hätte. *(Ruf bei der ÖVP: Beim Koren wart ihr auch nicht da!)*

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß es notwendig ist, bei der Besprechung dieser aktuellen und so wichtigen Fragen sich vorerst mit dem Stil auseinanderzusetzen, der hier von Herrn Professor Dr. Koren praktiziert wurde. Ich glaube, daß es ein Stil war, der durchaus nicht sehr würdig schien. Unter anderem sagte Herr Professor Koren in seinen Darlegungen und Erklärungen im Zusammenhang mit den Meinungsäußerungen des Herrn Bundesministers Dr. Staribacher, daß dieser an Glaubwürdigkeit verloren hat. Es ist das gute Recht der Oppositionspartei, Meinungen zu

äußern. Es kommt immer nur darauf an — und das soll die Bevölkerung wissen —, in welcher Art und Weise man das tut. Herr Koren sagte dann wörtlich: Der Herr Bundesminister Doktor Staribacher kann sich einreihen in die große Gruppe der Fußmaroden dieser Bundesregierung.

Herr Professor Koren ist nicht hier. Ich hätte ihm gerne vorexerziert, wie das eigentlich wirkt, wenn das von einem Klubobmann einer großen Oppositionspartei gesagt wird. Ich würde dem Herrn Professor Dr. Koren empfehlen, wenn er dann wieder auf seinem Platz sitzt und seine Fraktion vollzählig hier in diesem Saale aufscheint ... *(Abg. Dr. Koren betritt den Saal.)* Ich sehe Sie, Herr Professor! Ich darf Ihnen diese Tätigkeit also jetzt persönlich empfehlen. Das ist Ihr Stil, das ist Ihr Niveau, das Sie hier als Klubobmann der ÖVP produzieren. Ich wiederhole: Sie sagten, Doktor Staribacher habe sich eingereiht in die große Zahl der Fußmaroden dieser Bundesregierung. Ich würde meinen: Nehmen Sie Platz, sorgen Sie dafür, daß Ihr Klub vollzählig anwesend ist *(Ruf bei der ÖVP: Sie sind auch nicht vollzählig!)*, wenn es Ihre Zeit erlaubt, Herr Professor Koren. Drehen Sie sich dann um und beurteilen Sie, wie lange Sie brauchen, bis Sie die Fußmaroden aus Ihrem Klub wegbringen, die ja vorhanden sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das ist doch nicht der Stil! Das kann doch nicht die Art und Weise einer politischen Auseinandersetzung im Zusammenhang mit so gravierenden Fragen sein, die, wie ich betonte, nicht nur dieses Parlament hier beschäftigen, sondern weit darüber hinaus die gesamte österreichische Bevölkerung. *(Abg. Libal: Das sind Kopfmarode!)*

Herr Professor Koren! Sie warfen doch der Regierungspartei vor und Sie warfen vor allem dem Kanzler vor, daß seine Erklärungen, die er dem Hause vorgelegt hat, nichts beinhalten, daß sie keine Aussage haben, daß sie vor allem zu den gravierenden Fragen nicht Stellung bezogen haben. Ich hätte eigentlich erwartet *(Zwischenrufe bei der ÖVP)* — darf ich weiter mit Herrn Professor Koren reden, wenn Sie es erlauben? —, daß, wenn Sie, Herr Professor Koren, das so kritisiert haben, Sie als Sprecher der großen Oppositionspartei auch konkret Meinungen zu diesem Problem äußern. Sie haben ja auch nichts gebracht bzw. inhaltlich nichts Besonderes hier dem Hause vorgelegt. *(Rufe bei der ÖVP: „Auch nichts!“ „Auch nichts!“)*

Ich weiß, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, es ist nicht angenehm für Sie, wenn man Sie kritisiert. Sie geben sich gerne als die Partei, die die Dinge

**Sekanina**

bewältigen kann, die sie lösen kann. Ich erinnere Sie an den Zeitraum 1966 bis 1970, damals hätten Sie uns das alles vorexerzieren können, damals hätten Sie alle Probleme bewältigen können. Sie haben es auch nicht getan (*Ruf bei der ÖVP: „Auch nicht!“*) und konnten es nicht tun, sondern wir sind es gewesen, meine Damen und Herren, die letztlich diese schwerwiegenden Probleme einer Lösung zuführen mußten.

Ich habe am Beginn meiner Bemerkungen gemeint, daß es zweckmäßig und sinnvoll wäre, sich einmal mit dem Stil, den die Österreichische Volkspartei hier praktiziert, auseinanderzusetzen. Ihnen geht es nicht um die Lösung dieser Fragen, Ihnen geht es nicht um die Probleme, die die Bevölkerung so bedeutsam findet, Ihnen geht es darum, Ihre kleinteiligen parteipolitischen Vorteile hier herauszuholen, weil Sie glauben, daß das eine sinnvolle und zielführende Politik ist. Ihre Oppositionspolitik ist jene Politik, die konzeptlos ist, und nicht unsere Regierungspolitik.

In den Fragen der Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, haben Sie heute in den Ausführungen Ihrer Sprecher gemeint — in diesem Falle des Herrn Klubobmannes Professor Koren —, daß eigentlich die Erklärung des Kanzlers nichts anderes beinhaltet als eine Aneinanderreihung von Zahlen. Natürlich hat man zuerst in diesem Bericht Stellung zu beziehen zu den tatsächlichen Verhältnissen. Es müßte Ihnen doch aufgefallen sein, daß das notwendig ist. In diesem Bericht der Bundesregierung sehen Sie sehr deutlich, in welcher augenblicklichen wirtschaftlichen Situation wir uns befinden. Sie haben ja kritisiert, daß es hier keine Aussage gibt. Sie wollen nur nicht bemerken, daß es Veränderungen in den Jahren einer sozialistischen Bundesregierung gegeben hat. Sie wollen nicht anerkennen, daß es hier positive Leistungen gibt, Herr Kollege Glaser. (*Abg. Glaser: 20 Prozent Teuerung!*) Es gibt diese Leistungen, und wenn Sie die Freundlichkeit hätten, sich die Unterlagen zur Hand zu nehmen, könnten Sie registrieren, was im Bereiche der Preise geschehen ist. (*Abg. Glaser: Die teuerste Regierung, die wir je gehabt haben!*) Ihnen wäre am liebsten, wenn es hier Unordnung gäbe. (*Abg. Glaser: Herr Sekanina! Wo sind die Unterlagen?*) Fragen Sie Ihren Klubobmann, ich bin dafür nicht zuständig. Da müssen Sie ihn fragen! (*Beifall bei der SPÖ.*) Die Aktivität des Herrn Professor Koren als Klubobmann kann ich nicht beeinflussen, das ist Ihre Angelegenheit. (*Abg. Glaser: Die Unterlagen sind immer alle ausgegeben worden!*) Vielleicht können Sie das in Ihrem Klub demnächst auf die Tagesordnung setzen.

Herr Kollege Glaser! Sie haben gemeint, die Preissituation sei in Österreich so bedrückend. Ja wollen Sie nicht anerkennen, was international los ist? Wollen Sie wirklich nicht registrieren, was weltweit passierte in den letzten Monaten? Wollen Sie wirklich nicht sehen, was hier in den letzten Zeitabschnitten im weltweiten Maßstab passiert ist? Wollen Sie bitte nicht registrieren, daß es diese Bundesregierung gewesen ist, die durch ihre Maßnahmen dafür Sorge getragen hat, daß Österreich in dem weltweiten Preissog in einer Position verblieben ist, die ausgedrückt ist mit der vorletzten Stelle dieser Tabelle? Wollen Sie das, bitte, nicht anerkennen, wollen Sie nicht sehen, Herr Kollege Glaser, daß es nur durch diese Maßnahmen der Regierung möglich gewesen ist, daß wir uns heute in dieser Position befinden?

Wir haben ja nie gesagt, daß wir damit zufrieden sind. Wir haben nie erklärt, Herr Kollege Glaser, daß wir vom Standpunkt der Regierungspartei mit dem 12. Platz tatsächlich Freude haben. Wir haben nur aufgezeigt — und das nicht nur für Sie, sondern für die gesamte österreichische Bevölkerung —, daß es möglich gewesen ist, durch koordinierte Maßnahmen aller Beteiligten dafür Sorge zu tragen, daß in Österreich die Preisentwicklung — ich sage noch einmal: mit der auch wir keine Freude haben — doch nur in einer Größenordnung eingetreten ist, die sich im internationalen Vergleich durchaus sehen lassen kann; ich meine das nicht negativ. Seien Sie versichert, daß gerade ich als Funktionär der österreichischen Gewerkschaftsbewegung sehr darum bemüht bin, daß im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Bundesregierung auch Maßnahmen gesetzt werden, die gerade das Realeinkommen der österreichischen Bevölkerung gewährleisten. Wir waren es, die gesagt haben, daß im langfristigen Durchschnitt das Realeinkommen der Bevölkerung und der Arbeitnehmer — in erster Linie von unserer Warte aus beurteilt — um 3 Prozent steigen soll.

Und ich frage Sie — auch Ihnen stehen die Unterlagen so wie uns zur Verfügung —, ob wir diese Aussage, die wir einmal tätigten — auch Sie sind in der Gewerkschaftsbewegung tätig, Herr Kollege Glaser —, diese damalige Aussage nicht eingehalten haben. Ich behaupte von dieser Warte, Herr Generalsekretär Dr. Kohlmaier, daß wir das eingehalten haben. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Im öffentlichen Dienst nicht!*) Ob Sie glauben oder nicht glauben, das ist nicht das Entscheidende. (*Abg. Glaser: Das ist aber auch nicht entscheidend, ob Sie dieser Auffassung sind oder nicht?*) Wir sind der Auffassung, daß es dank dieser Regierungspolitik möglich gewesen ist, eine

**Sekanina**

Einkommenspolitik für die österreichischen Arbeitnehmer zu betreiben, die ihnen dieses Realeinkommen gewährleistet. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn Ihr Klubobmann, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, unter anderem auch gesagt hat: Da gibt es ja keine Meinungsäußerungen, wie sich die Dinge zukünftig entwickeln sollen, da gibt es ja keine konkreten Ansätze eines Konzeptes, das ist ja nur eine Aneinanderreihung — wenn ich das wiederholend bemerken darf — von statistischen Ziffern und ähnlichen Dingen mehr, muß ich sagen: Wir können es uns ganz einfach als Österreicher nicht leisten, daß wir die weltweite Entwicklung übersehen. Unsere nationale Wirtschaft — und an Hand dieser Statistiken wurde das ja aufgezeigt — ist weltweit so verflochten, daß alles, was anderswo passiert, in anderen Bereichen und Ländern, früher oder später auch in Österreich seine Auswirkungen haben wird.

Die Frage lautet also: Hat diese Bundesregierung rechtzeitig Vorkehrungen getroffen, damit derartige Auswirkungen, die negativen Charakter haben können, in Österreich nicht in diesem Maße spürbar werden?

Darf ich noch einmal wiederholen, was hier in dieser Erklärung steht:

Es ist also selbstverständlich, heißt es hier, daß die österreichische Bundesregierung bei ihren wirtschaftspolitischen Bestrebungen die Entwicklung außerhalb Österreichs mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, weil alles, was in der Weltwirtschaft geschieht, seine Auswirkung auf Österreich haben muß.

Ist es nicht so? Beweisen Sie bitte das Gegenteil, aber nicht nur mit Formulierungen hier von diesem Pult aus, sondern bitte an Hand von Unterlagen. (*Zwischenruf des Abg. Minkowitsch.*) Herr Präsident Minkowitsch, bitte beweisen Sie an Hand von Unterlagen, daß das, was hier gesagt wird, nicht stimmt. Sie haben sich ja in Ihrer Argumentation nur darauf konzentriert, zu sagen: Das, was Dr. Kreisky sagt, ist nicht so, das, was die Regierung sagt, trifft nicht zu, das, was die Parlamentsabgeordneten der Sozialistischen Partei sagen, trifft nicht zu! Sie erinnern mich in Ihrer Argumentation ein bisschen an ein, wie ich hoffe, richtig interpretiertes italienisches Zitat. Da hat, glaube ich, einmal ein Abgeordneter gesagt: „Die Regierung, die Gauner, die Regierungsabgeordneten, auch solche Gauner, es regnet schon wieder draußen!“ — Ich habe einmal gehört, daß man solche Formulierungen trifft. So scheint es auch bei Ihnen zu sein, meine Damen und Herren.

Wenn hier ausgesagt wird, daß wir uns mit den Fragen der Wirtschaftspolitik beschäftigen, dann meinen wir konkret und deutlich, daß es uns darauf ankommt, eine bestimmte Entwicklung zu beeinflussen. Und diese Entwicklung, meine Damen und Herren, ist in erster Linie, die Vollbeschäftigung in diesem Lande aufrechtzuerhalten. Sie haben sich mit dieser Frage überhaupt nicht beschäftigt. Es paßt anscheinend nicht in Ihr Konzept, daß es in Österreich noch immer ein derart hohes Maß an Vollbeschäftigung gibt. Mit 2,660.000 Menschen war in Österreich im Jahre 1973 die höchste Beschäftigtenzahl erreicht, die es seit dem Bestand der Zweiten Republik gegeben hat.

Und wer war es, der zum Beispiel — ich möchte auf diese Einzelheiten gar nicht eingehen; das werden die zuständigen Funktioniäre nach mir ohne Zweifel tun — in stande gewesen ist, gerade in der Grundstoffindustrie jene Konzentrationen durchzuführen, die für die weitere Entwicklung der österreichischen Wirtschaft von so großer Bedeutung sind? Bitte, welchen Leistungsanteil haben Sie dabei?

Darf ich Sie an die Aktivitäten des ÖAAB erinnern, als es darum gegangen ist, die Fusion der Alpine-Montan mit den Vereinigten Österreichischen Stahlwerken zustande zu bringen. Repräsentanten eines der größten Kunden dieses Betriebes haben Sie persönlich attackiert, als sie diesen Betrieb besucht haben. Das war ein wesentlicher Anteil Ihrer Leistungen, die Sie im Zusammenhang mit dieser Fusion erbracht haben. Nicht Sie sind es gewesen, meine Damen und Herren, als Sie die Regierung innehatten, die dieses Problem gelöst haben, die sozialistische Bundesregierung war es, die durch ihre Politik dafür Sorge getragen hat, daß diese Betriebe der Schwerindustrie konzentriert werden konnten und damit ihre Position im weltweiten internationalen Konkurrenzkampf wesentlich verbessert werden konnte. Das sind Leistungen, die auch Sie, trotz des Stils Ihrer Oppositionspolitik, nicht bestreiten können.

Des weiteren, meine Damen und Herren, darf ich einige Sätze zur Energiepolitik sagen. Auch in diesem Falle werden die dafür vorgesehenen Kollegen meiner Fraktion hier im Detail dazu Stellung nehmen. Ich habe den Eindruck, daß es im Zusammenhang mit der weltweiten Krise in Ihren Reihen Auffassungen gibt, die es ganz einfach nicht verkraften, daß es in Österreich nicht zu jenen Auswirkungen gekommen ist wie in anderen Ländern. Es wäre natürlich für Sie als Oppositionspartei angenehm gewesen, wenn Sie uns täglich mit dieser Situation traktieren hätten kön-

**Sekanina**

nen. Es wäre sicherlich vom Standpunkt einer kleinkarierten Oppositionspolitik, die Sie Herr Präsident Minkowitsch, nicht als Person, sondern als Klub betreiben, angenehmer gewesen, das zu sagen.

Im Schußfeld Ihrer Argumentationen steht also Herr Bundesminister Dr. Staribacher. Ich habe keine Sorge: Er wird sich in persönlichen Erklärungen an Ihre Adresse durchaus gegen diese Vorwürfe verteidigen können. Aber was hat er getan? Er hat das getan, was, wie ich glaube, für die Bevölkerung sinnvoll und zweckmäßig gewesen ist. Er hat sie laufend und permanent über die Sachlage informiert. Und diese Sachlage hat sich nun verändert. Sie hat sich natürlich im Laufe der Wochen seit dem Oktober 1973 fast täglich in einem anderen Lichte ergeben. Die Maßnahmen dieser Bundesregierung wurden so getroffen, daß es nicht zu weiteren Schwierigkeiten in der Versorgung der österreichischen Wirtschaft und darüber hinaus der Bevölkerung mit Energie kommt.

Und wenn Sie heute so gerne, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, in etwas humoristischer Art und Weise in dem einen Fall oder zynisch in dem anderen Fall sich mit dem Pickerl auseinandersetzen — was hätten Sie aufgeführt, wenn diese Vorbereitungen nicht getroffen worden wären? Was hätten Sie uns hier alles erzählt, wenn wir nicht Vorsorge getroffen hätten: Schon wieder eine hilflose Regierung, schon wieder lauter Fußmarode — um Ihre Terminologie zu verwenden — in dieser Regierung. Wir haben das getan — und das möchte ich hier bitte aussprechen —, was für die österreichische Bevölkerung notwendig gewesen ist. Wir haben Vorkehrungen getroffen, wir haben entsprechende Maßnahmen gesetzt. Und diese Vorgangsweise seitens der sozialistischen Bundesregierung — ob Ihnen das paßt oder nicht, meine Damen und Herren — hat dazu geführt, daß Österreich im Vergleich zu anderen westlichen Industriestaaten von dieser Krise in weitaus geringerem Maße betroffen wurde, als das den anderen passiert ist. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Haider.)* Wie meinen Sie, Herr Abgeordneter Dr. Haider? *(Abg. Dr. Haider: Die Pickerl haben zu nichts geführt! — Abg. Ulbrich: Aber euch müßte man ja ein Pickerl aufs Müü geben! — Heiterkeit.)*

Präsident **Probst** *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte, ich muß den Ausdruck „Mäu“ zurückweisen. Es ist schon „Maul“ zu viel, und erst „Mäu“.

Abgeordneter **Sekanina** *(fortsetzend)*: Nach der Regelung — ich erlaube mir, das zu be-

merken, Herr Präsident — der sprachlichen Ausdrucksweise darf ich mich wieder dem konkreten Problem zuwenden.

Meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Sie sagten auch, daß im Rahmen der Energiepolitik seitens der Regierung keine Konzepte vorliegen. Erlauben Sie mir, bei dieser Gelegenheit auf einen Umstand hinzuweisen, der ohne Zweifel in späteren Diskussionsbeiträgen noch viel deutlicher aufgezeigt werden wird: Wer hat denn eigentlich eine zielführende und zukunftsorientierte Energiepolitik in diesem Land betrieben? Ich weiß schon, am liebsten würden Sie Ybbs-Persenbeug, Kaprun und die anderen Kraftwerke zudecken, damit sie nur ja niemand sieht, denn das könnte man ja sonst in der Öffentlichkeit doch identifizieren mit einer Leistung, die sozialistische Minister erbracht haben. Es ist so, Herr Parteivorsitzender Dr. Schleinzer. Ich weiß nicht, ob Sie die Rede Ihres Klubobmannes gehört haben, aber er hat das alles erzählt. Er hat gesagt, wie unfähig eigentlich diese Regierung ist; wir haben kein Energiekonzept. Vielleicht können Sie diese Ausführungen anders interpretieren, ich weiß das nicht. Ich stelle für diese Regierungspartei fest: Nicht nur seit wir Alleinregierung sind, seit 1970, sondern viele Jahre vorher schon, als sozialistische Minister für diese Energiepolitik zuständig gewesen sind haben wir den Grundstein gelegt für eine Energieversorgung in Österreich, die uns heute doch in erheblichem uns guttuendem Ausmaß von den weltweiten Entwicklungen fernhält und uns nicht in jene Schwierigkeiten bringt, die andere Länder vor kurzer Zeit vorgefunden haben und heute noch vorfinden.

Noch etwas darf ich bei dieser Gelegenheit im Zusammenhang mit einer politischen Darstellung der Situation aufzeigen: Waren Sie immer die erklärten Freunde der österreichischen Erdölwirtschaft? Haben Sie es immer als Ihr oberstes Gebot bei Ihren Handlungen angesehen, daß diese österreichische Erdölwirtschaft in unserem Besitze bleibt? Ich möchte mich hier nicht nur in der Vergangenheit bewegen, aber hatten Sie nicht einmal andere Überlegungen mit den österreichischen Erdölfeldern? War es nicht einmal eine andere politische Konzeption, die Sie besaßen, als es darum ging, den Staatsvertrag nach Österreich zu bringen? Waren es — bitte ohne in irgendeiner Form provokant zu sein, nur den Tatsachen entsprechend zitiere ich — nicht damals Verhandlungs- oder Delegationsteilnehmer unserer Seite, die durch ihren Einsatz, durch ihre Argumentation und durch ihre Hartnäckigkeit dafür Sorge getragen haben, daß die österreichischen Erdölfelder tatsächlich in österreichischem Besitz übergegangen und nun

**Sekanina**

schon seit vielen Jahren in österreichischem Besitze sind? Weil das so gewesen ist, können wir uns heute doch auf einen großen prozentualen Anteil des heimischen Erdöls stützen. Das müssen Sie bitte registrieren, und Sie dürfen nicht in Ihrer oberflächlichen Argumentation so tun, als ob das niemals gewesen wäre. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte, meine Damen und Herren, nicht gerade an Ihre Adresse, sondern an die der österreichischen Bevölkerung in Erinnerung rufen, was damals bei den Verhandlungen im Jahre 1955 gewesen ist. Heute gehen Sie an das Rednerpult und hoffen sehr, daß diese österreichische Bevölkerung nichts mehr davon weiß. Sie waren es, die am Beginn dieser Verhandlungen damals durchaus nicht der Meinung waren, daß man diese Produktionsstätten von österreichischen Firmen ausbeuten lassen soll. *(Abg. Dr. Schleinzer: So argumentieren Sie nach dem Staatsvertrag! Das nennt man Nestbeschmutzung!)*

Das ist keine Nestbeschmutzung! Das ist die Interpretation der Tatsachen! Wenn Sie sich noch so aufregen, Herr Dr. Schleinzer, und wenn Sie sich hier noch so im Chruschtschow-Stil bewegen mit Ihrem Faustschlag, ich wiederhole: Das war der Sachverhalt, und das ist der Beitrag gewesen, den Sie als Österreichische Volkspartei damals geleistet haben! Das können Sie nicht umdrehen, Herr Doktor Schleinzer! *(Beifall bei der SPÖ.)* Und weil Sie damit begonnen haben, damit Sie sich das lange merken, Herr Dr. Schleinzer, damit Sie nicht so tun, als ob das nicht gewesen wäre: So war der Sachverhalt damals! *(Abg. Glaser: Geschichtsfälscher seid ihr!)* Sie hätten ganz anders reagiert, wenn nicht sozialistische Regierungsmitglieder und Delegationsmitglieder sich damals in dieser Richtung engagiert hätten. Das hat mit Nestbeschmutzen nichts zu tun, das ist eine korrekte Interpretation der damaligen Verhältnisse. — Heute, im Zusammenhang mit dieser schwierigen Situation im Energiebereich, Herr Bundesparteiohmann, für Sie nicht angenehm. Aber seien Sie nicht empfindlich. Fragen Sie Ihren Klubohmann, er sitzt neben Ihnen — ich weiß nicht, ob Ihre Freundschaft so tief ist, daß Sie ab und zu miteinander reden —, wie er uns in den Ausführungen und Formulierungen seines Diskussionsbeitrages behandelt hat. Noch einmal, Herr Dr. Schleinzer ... *(Abg. Glaser: Provozieren und Geschichte fälschen, das kann er!)* Herr Kollege Glaser, wenn Sie sagen, Geschichte fälschen, dann lesen Sie doch das nach, was damals gewesen ist. *(Abg. Glaser: Wer hat denn den Staatsvertrag gebracht?)* Doch nicht allein der Herr Bundeskanzler Julius Raab! *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Sicherlich nicht er allein, darf ich das bitte bemerken. Im Gegensatz zu Ihrer Formulierung, Herr Kollege Glaser, behaupte ich hier: Es war nicht der Herr Bundeskanzler Julius Raab allein. Ich habe hier mit keinem Wort seine Leistungen geschmälert. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich habe hier nicht denselben Stil propagiert wie Sie. *(Abg. Dr. Schleinzer: Diffamiert haben Sie!)* Das ist der Unterschied, meine Damen und Herren! *(Abg. Glaser: Diffamiert haben Sie! — Heftige Gegenrufe bei der SPÖ.)*

Wenn Sie meinen, Herr Bundesparteiohmann, daß das Diffamierung ist, dann wäre es gut und zweckmäßig, von hier aus zu erklären, was an meinen Aussagen diffamierenden Charakter hat.

Haben Sie gehört, was Ihr Kollege Glaser gesagt hat? Ich habe hier anders interpretiert. Ich habe nur formuliert, daß der Herr Bundeskanzler Julius Raab nicht allein das Problem gelöst hat. Ich glaube, das ist eine korrekte Formulierung im Gegensatz zu dem, was Herr Kollege Glaser hier meinte.

Aber reden wir nicht von Dingen, die ja heute längst hinter uns sind, sondern reden wir von den konkreten Fällen der Energiepolitik. Nicht wir haben diese Interpretation hier in dieses Haus getragen, sondern es waren die Meinungsäußerungen Ihres Sprechers, der dazu Stellung bezogen hat.

Meine Damen und Herren! Soweit es den Bereich der Wirtschaftspolitik betrifft, möchte ich vom Standpunkt der Regierungsfraktion sagen: Wir haben großes Interesse daran, unsere Politik so zu gestalten, daß wir auch in den absehbaren Zeiträumen, die vor uns liegen, eine Vollbeschäftigung garantieren können. Es ist Auffassung dieser Bundesregierung, alle Maßnahmen zu setzen, durchaus im engen Kontakt auch mit den Bereichen der Sozialpartner, damit ein Einbruch in diese Vollbeschäftigung vermieden werden kann. Wir vom Standpunkt der Gewerkschaftsorganisationen, wenn ich einen Augenblick von ihnen reden darf, wissen am besten, was es bedeutet, wenn diese Vollbeschäftigung beeinträchtigt wird. Wenn wir mit 2,660.000 Arbeitnehmern in der österreichischen Volkswirtschaft 1973 eine Spitzenposition erreicht haben, dann hoffen wir sehr, daß ein möglicher Einbruch im Jahre 1974 nicht Größenordnungen annimmt, die wir bis dato nicht kennen.

Im Jahre 1973 war die niedrigste Arbeitslosenziffer mit 26.000 gegeben und die höchste mit etwas mehr als 60.000. Im Jahresdurchschnitt werden es 1973 43.000 Beschäftigungslose gewesen sein. Von diesen 43.000 waren

**Sekanina**

aber nicht alle vermittelbar, sondern nur ein relativ geringer Teil. Es ist — das darf ich wiederholend bemerken — auch in der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers deutlich zum Ausdruck gekommen, daß im Zusammenhang mit den Hinweisen auf die bisherigen Ereignisse diese Bundesregierung alles daran setzen wird, durch geeignete Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, daß diese Vollbeschäftigung garantiert wird. Wir sind uns bewußt, daß die österreichische Volkswirtschaft international so verflochten ist, daß Ereignisse, die in diesem Bereich auftreten, auch früher oder später ihre Auswirkungen in unserem Lande haben können.

Daher ist es Aufgabe und Auffassung dieser Bundesregierung, durch geeignete Maßnahmen und durch die Realisierung vorhandener Konzepte dafür Sorge zu tragen, daß auch diese weltweite Entwicklung, sofern sie negativen Charakter hat, nicht zu gravierend in Österreichs Wirtschaft Platz greift.

Erlauben Sie mir noch einen Satz zur Preisentwicklung. Wenn heute Wirtschaftsfachleute von Prozentsätzen in der Größenordnung von 8 oder mehr Prozent reden, dann darf ich auch für meine Parlamentsfraktion sagen, daß uns diese Entwicklung durchaus keine Freude bereitet. Aber wir sind der Meinung, daß wir den Weg, den wir bisher beschritten haben, fortsetzen und durch die Anwendung des vorhandenen, des möglichen wirtschaftspolitischen Instrumentariums jene Barrieren aufbauen müssen, die dafür sorgen, daß ein Überfluten Österreichs mit einer derartigen Preisentwicklung — wie es in anderen Ländern heute bereits registriert werden kann — nicht eintritt. Wir glauben, daß eine solche Vorgangsweise am ehesten und am sinnvollsten den Bedürfnissen, den Vorstellungen und den Wünschen der österreichischen Bevölkerung Rechnung trägt.

Soweit es den Energiesektor betrifft, werden wir nach wie vor mit kurz- oder längerfristigen Maßnahmen operieren müssen und sie dann einsetzen, wenn es die Lage erfordert und wenn es im Interesse der gesamten Wirtschaft und Österreichs Bevölkerung notwendig ist. Ich glaube also sagen zu dürfen, meine Damen und Herren, daß mit dieser Aussage doch deutlich dokumentiert ist, welche Zielsetzung diese Regierung hat und welchen Weg sie beschreiten möchte.

Zwei Bereiche möchte ich noch ganz kurz erwähnen, von denen ich glaube, daß sie ebenso für weite Kreise der Bevölkerung von Bedeutung sein werden: die Gesundheitspolitik und die Sozialpolitik.

Auch das Gesundheitsressort ist ja für Sie Lieblingsressort, soweit es Ihre Attacken betrifft. Am liebsten würden Sie mit uns Tag und Nacht über dieses Ressort diskutieren, damit Sie Ihr politisches Image, wie Sie meinen, aufmöbeln können. Aber auch dort werden Sie keinen Erfolg haben! (*Abg. Graf: Am Tag noch, aber in der Nacht nicht! — Abg. Dr. Koren: In der Nacht sicher nicht!*) Das ist Ihre persönliche Meinung? Auch Ihre? — Ja. Wenigstens sind sich zwei einig in der Österreichischen Volkspartei: Graf—Koren! (*Beifall bei der SPÖ.*) Auch eine markante Feststellung, die ich hier in diesem Hohen Haus treffen darf.

Aber auch Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, werden im Zusammenhang mit Ihrer Kritik an der Gesundheitspolitik keinen Erfolg haben. Es war unverkennbar, daß es dort am Beginn der Tätigkeit gewisse Schwierigkeiten gab, die nicht in der Person des Ressortministers gelegen sind, und es ist unverkennbar, daß in den letzten Wochen und Monaten deutliche Resultate dieser Gesundheitspolitik, von der sozialistischen Regierung im allgemeinen betrieben, sichtbar werden. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Die Zigarettenpreiserhöhung meinen Sie sicher!*) Ich habe Sie nicht verstanden, Frau Kollegin! (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Sie meinen sicher die Zigarettenpreiserhöhung!*) Ich glaube, Frau Kollegin Dr. Hubinek, wir sollten bei der Diskussion — ich darf das wiederholen, was ich Ihnen schon mehrmals von dieser Stelle aus gesagt habe — eigentlich die Gesundheitspolitik außerhalb des parteipolitischen Streites lassen. (*Abg. Minkowitsch: Genausowasie die Währungspolitik und die Landesverteidigungspolitik!*)

Ich weiß, daß es Ihnen vom Standpunkt einer Oppositionspartei vielleicht nicht sehr angenehm ist, aber die Frage der Zigarettenpreise ist ja nicht allein das Problem. Man kann sich sicherlich darüber unterhalten und man kann sich sicherlich über diese Problematik auseinandersetzen. Aber so geht es nicht, wie Sie es betreiben! Auf der einen Seite kritisieren Sie alles, auf der anderen Seite ist Ihnen alles zu wenig, was geschieht. Sie überlassen es den anderen, die Probleme zu lösen. Wir müssen sie lösen. Für Sie ist es einfach, Sie brauchen hier nur Erklärungen abzugeben, Erklärungen, die Sie nie zu realisieren brauchen und auch nie in irgendeiner Form verantworten müssen.

Die Gesundheitspolitik, Herr Primarius Doktor Wiesinger, das werden Sie nicht bestreiten können, zeigt deutliche Resultate. Wir werden in geeigneter Form die österreichische Bevöl-

**Sekanina**

kerung einer notwendigen medizinischen Untersuchung zuführen. Wir haben die Einführung des Mutter-Kind-Passes vorangetrieben — man kann das nicht oft genug wiederholen —, und Sie werden der letzte sein, Herr Doktor, der sagt, das ist nichts. Sie werden der letzte sein! (*Abg. Dr. Wiesinger: Eine lange Forderung der ÖVP endlich erfüllt!*) Solange Sie nicht in diesem Hause waren, Herr Dr. Wiesinger, hat es nie jemand gesagt. Endlich hat Ihre Partei jemand gefunden, der das hier der staunenden Öffentlichkeit kundtun kann.

Ich möchte mich jetzt nicht mit Ihnen darüber streiten, ob diese Frage von Ihnen als erstem propagiert wurde oder nicht. Wir stellen nur fest: Es gibt hier eindeutige Resultate, die tatsächlich im Interesse der österreichischen Bevölkerung oder des betroffenen Bevölkerungsbereiches liegen.

Wir haben in der Gesundheitspolitik noch einige andere Probleme zu lösen. Da gibt es ein aktuelles Problem, das Tierseuchengesetz, wenn ich das nur am Rande erwähnen darf. Was wir in der letzten Ausschusssitzung erlebt haben, war ja herrlich: Sie sind gekommen und hatten nicht einmal die Anträge vorbereitet. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Sie haben die Anträge gleichzeitig mit der Regierungsvorlage eingebracht. So gut vorbereitet waren Sie! Die „bestvorbereitete Regierung“!*)

Frau Kollegin Dr. Hubinek! Es ist meine Höflichkeit, daß ich gerade Sie bei einem Zwischenruf aussprechen lasse, aber ich muß Ihnen sagen, den Anträgen — ich wiederhole das, was schon gesagt wurde —, die wir gebracht haben, sind Sie ja beigetreten. Die müssen also durchaus zielführend gewesen sein. Wollen wir uns nicht mit diesen Ausschussschleierlichkeiten beschäftigen, das werden wir sicherlich in absehbarer Zeit tun müssen.

Ich möchte in meinen Bemerkungen zur Gesundheitspolitik dieser Regierung nur gesagt haben, daß sie deutliche Resultate zeitigt, daß wir uns in Zukunft gerade auf diesem Gebiet besonders engagieren werden, weil wir glauben, daß eine zielführende und moderne Gesundheitspolitik am ehesten den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung trägt.

Was die Sozialpolitik betrifft, könnten wir Ihnen, Herr Kollege Kern ... (*Abg. Kern: Es gab keine einzige Wortmeldung von euch zum Tierseuchengesetz! Die Debatte haben wir mit den Ministerialbeamten bestritten, nicht Sie! Das ist die Wahrheit!*)

Kollege Kern! Ich wollte mich jetzt mit den Fragen der Sozialpolitik beschäftigen und Sie darauf aufmerksam machen, daß es gerade

diese Bundesregierung gewesen ist, die eine umfassende Sozialoffensive eröffnet hat. Ich bin froh, daß es in diesem Hause nicht viele Abgeordnete mit Ihrer Mentalität gibt, denn so können wir über die Probleme wenigstens reden. Wenn Sie allein in einem Ausschuß säßen, hätten wir immer Redeverbot. Sie waren derjenige, der einmal gesagt hat: „Schluß der Debatte!“ (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte abschließend zur Frage der Sozialpolitik sagen, daß sich diese Bundesregierung mit entsprechenden Konzepten dafür eingesetzt hat, daß gerade auch die große Zahl der Pensions- und Renteneempfänger in diesem Lande an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung anteilig wird.

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Diese Bundesregierung ist es gewesen, die durch ihre Maßnahmen dafür gesorgt hat, daß mit 1. Jänner 1974 und mit Mitte des Jahres 1974 eine neuerliche kräftige Erhöhung der Pensionen eintritt.

Wenn Sie in Ihrem Diskussionsbeitrag erklärt haben, Herr Professor Koren, daß gerade diese Bevölkerungskreise die am meisten von einer Inflation Betroffenen sind, dann bestreiten wir das nicht. Wir sagen aber ebenso, daß wir im Rahmen der sozialistischen Bundesregierung alles daran gesetzt haben, durch eine forcierte, eine expandierende umfassende Sozialpolitik dafür Sorge zu tragen, daß auch die materielle Betreuung und die finanziellen Zuwendungen an diese Bevölkerungskreise eine entsprechende Aufwärtsentwicklung durchmachen.

Ich darf zusammenfassend folgendes feststellen: Vollbeschäftigungspolitik, Stabilität und ein entsprechendes der Situation Rechnung tragendes Energiekonzept sind die drei Grundlagen unserer kommenden Politik. Wir werden uns auf diesem Wege durchaus nicht Anregungen verschließen, die zielführend, sinnvoll und fachgerecht sind.

Wir werden uns bei dieser unserer Politik aber sicherlich nicht beeinflussen lassen von kleinlichen oppositionellen Argumentationen, die sichtbar den Charakter einer parteipolitischen Aktivität haben.

Wir erhielten 1970 und 1971 die Mehrheit. Herr Dr. Withalm! Jetzt fällt mir Ihre gestrige Erklärung ein. Diese möchte ich noch gerne anbringen, bevor ich dieses Rednerpult verlasse. (*Ruf bei der ÖVP: Ihr Glück!*) Warum soll ich nicht auch einmal Glück haben bei meinen Aussprachen mit dem politischen Gegner?

**Sekanina**

1970 und 1971 erhielten wir die Mehrheit. Da erhielten wir von der österreichischen Bevölkerung die Legitimation, diese Politik durchzuführen. (*Abg. Dr. Withalm: Welche?*) Diese gute Politik!

Sie sagten gestern, Herr Dr. Withalm, an unsere Adresse gewandt: Sie haben ja längst nicht mehr die 50,04 Prozent.

Darf ich Sie daran erinnern, was Sie uns gesagt haben, als Sie noch Generalsekretär und Klubobmann Ihrer Partei gewesen sind und wir das harte Brot der Opposition essen mußten? Als wir immer wieder sagten: Sie stützen sich ja auf keine Mehrheit!, haben Sie gesagt: Das interessiert uns überhaupt nicht. „Kein Ohrwaschl werden wir rühren“, sagten Sie damals wörtlich, Herr Dr. Withalm! Sie erklärten: Wir sind mit einer Mehrheit ausgestattet; diese Mehrheit werden wir, wenn notwendig, verwenden, weil wir uns Ziele gesetzt haben und weil wir diese Ziele im Interesse der Bevölkerung erreichen wollen.

Was Sie damals von Ihrem Standpunkt aus sagten, darf doch bei einer deutlich besseren sozialistischen Regierungspolitik heute auch seine Gültigkeit haben, Herr Dr. Withalm! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Doktor Withalm: Er hat noch einen Schluß gefunden dank meiner Person!*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Minkowitsch. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Minkowitsch** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn ich auf meinen Vorredner Sekanina eingehe und mich daran erinnere, daß die ganze Gegenargumentation gegen das, was unser Klubobmann an Argumenten gebracht hat, lediglich darin bestand, daß er sich über den Ausdruck „Fußmarode“ aufgeregt hat, dann muß ich sagen: Das ist eigentlich auch schon wieder Argumentation genug! (*Beifall bei der OVP.*)

Eine besondere, von ihm, wie ich glaube, gar nicht beabsichtigte Pikanterie ist es dann auch gewesen, als er sagte, die ÖVP habe ja „auch“ nichts an Vorschlägen gebracht. Der Ton lag auf dem Wort „auch“.

Er hatte also selbst wohl den Eindruck, daß das, was sein eigener Parteivorsitzender und Bundeskanzler hier an Vorschlägen gebracht hat, nichts beinhaltet hat. (*Beifall bei der OVP. — Abg. Libal: Das ist jetzt demagogisch!*)

Außerdem haben wir der Erklärung des Bundeskanzlers sehr genau zugehört, ich auf jeden Fall, und ich habe in der Schlußpassage vermerkt, daß der Bundeskanzler mit großem

Interesse den Brief unseres Bundesparteiobermannes Dr. Schleinzer besonders genannt hat, wo ja Gespräche angekündigt sind, wo man auch Vorschläge erstatten kann.

Mein Vorredner hat gesagt, von 1966 bis 1970 hätte die ÖVP auch nichts Besonderes vorexerziert. Dazu muß man sagen: Da es damals Stabilität gegeben hat, wäre ich glücklich, wenn Sie jetzt auch so wenig vorexerzieren würden wie wir damals. (*Beifall bei der ÖVP.*) Da es im Jahr 1968 — das wissen alle Gewerkschafter und vor allem auch Herr Abgeordneter Sekanina — gelungen ist, an der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich die drohende Arbeitslosigkeit im wesentlichen dadurch aufzuhalten, daß die damalige Bundesregierung rechtzeitig die richtigen Maßnahmen gesetzt hat, um ausländische Entwicklungen nicht auf Österreich übergreifen zu lassen, wäre ich glücklich, wenn auch Sie das wieder zusammenbrächten. (*Abg. Ing. Häuser: Gibt es jetzt Arbeitslose wie 1968? Wo gibt es die jetzt?*) Nein. Es geht darum, daß man rechtzeitig Maßnahmen, Herr Vizekanzler, auf dem wirtschaftlichen Sektor setzt, um Arbeitslosigkeit zu verhindern, wie es uns damals gelungen ist. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Häuser: Eben nicht gelungen ist!*)

Nächster Punkt: Wenn es darum geht, die Leistungsbilanz so, wie dies in den Jahren 1966 bis 1970 geschah, in Ordnung zu halten und damit eine starke Position auf dem Währungssektor als Grundlage einer stabilitätspolitisch orientierten Wirtschaft zu garantieren, wären wir ebenfalls froh, wenn Sie das Vorexerzierte nachexerzieren könnten. (*Abg. Sekanina: Kollege Minkowitsch! Gab es damals dieselbe internationale Situation wie heute: ja oder nein?*) Nicht ganz (*ironische Heiterkeit bei der SPÖ*), weil sich eben überhaupt nichts im Leben wiederholt. Daran, daß jemand im gegebenen Zeitpunkt die richtigen Maßnahmen setzt, erkennt man ja, ob er von der Wirtschaft etwas versteht. (*Beifall bei der ÖVP.*) Die Tatsache, daß Sie vieles unterlassen haben, wird der Inhalt meiner Rede sein. Ich würde mich freuen, wenn ich Sie dann als Zuhörer hier in diesem Kreis weiter sehen könnte.

Beim nächsten Punkt, Herr Abgeordneter Sekanina, werden wir uns, wie ich glaube, kaum jemals verstehen, weil Sie nämlich immer so gerne das Maß von den eigenen Schuhen nehmen. Sie sagten nämlich, wir hätten ja Interesse daran, daß gewisse Verschlechterungen in diesem Staate eintreten. Ich kann Ihnen sagen, da werden wir uns nie verstehen,



**Minkowitsch**

weil Sie es ja gewesen sind, nicht Sie persönlich, sondern die Genossen Ihrer Partei, die den Satz geprägt haben:

„Bei allem, was ihr tut, denkt immer zuerst daran, was der Partei nützt.“

Wir haben als Österreichische Volkspartei an den Staat und an das Volk gedacht und haben dann prompt auch die ersten Regionalwahlen verloren. Wir haben aber trotzdem diese Maßnahmen, auch wenn sie unpopulär gewesen sind, damals gesetzt. (*Abg. Libal: Der Withalm hat das gesagt!*)

Ich muß noch einmal hier eines festhalten ... (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ja, es wird euch unangenehm, was ich sage. Selbst Herr Abgeordneter Libal erwacht schon wieder zu Zwischenrufen, obwohl sie ihm lange verboten gewesen sind. (*Beifall bei der ÖVP. — Heiterkeit bei Abg. Libal.*)

Der nächste Punkt ... (*Abg. Sekanina: Der einzige, der dem Libal etwas verbieten kann, bin ich! — Heiterkeit.*)

Präsident **Probst**: Da bin schon auch ich da, meine Herren! Da bin schon auch ich da, bitte.

Abgeordneter **Minkowitsch** (*fortsetzend*): Damit hat er wieder einmal indirekt zugegeben, daß Verbote bezüglich Libal existiert haben. Ich habe das nicht provoziert.

Eines können wir auch nicht unwidersprochen hier im Raum stehen lassen: Sozialistische Minister waren es, die für die Energieversorgung in Österreich zuständig gewesen sind. Sie wissen, daß es lange Zeit eine Koalitionsregierung gegeben hat. Die Voraussetzungen dafür, daß der SPÖ angehörende Energieminister, um sie unter einem Sammelnamen gleich zu apostrophieren, in der Lage gewesen sind, alle diese Projekte durchzuführen, war die gemeinsame Leistung des gesamten Kabinetts. Es ist falsch zu sagen, der Energieminister hat es geschafft, und nichts davon zu reden, daß ein Wirtschafts-, ein Finanzminister, ein Bundeskanzler mitgeholfen haben, die Voraussetzungen zu schaffen, daß ein Kaprun gebaut, eine VOEST ausgebaut werden konnten und so weiter. Diese Art, nicht immer alles an Wahrheit in den Raum zu stellen, ist etwas, was ich beim Abgeordneten Sekanina nicht schätze, und ich hoffe, daß er sich da in der Zukunft etwas anders ausdrücken wird.

Aber noch eines: Genauso wie wir stolz darauf sind, daß wir ein Kaprun und eine VOEST haben, meine Herren, sollten Sie endlich einmal auch darauf stolz sein, daß wir eine so leistungsstarke österreichische Landwirtschaft haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Noch ein Punkt. Ich werde mir sehr genau anschauen, wie es wirklich im Wortablauf gelaute hat, was Sie zum österreichischen Staatsvertrag und was Sie zur Sicherung der Erdölvorräte unseres Landes für unsere Republik und für unsere Wirtschaft gesagt haben.

Nicht nur mir ist es so gegangen, sondern vielen meiner Kollegen, daß es wie eine indirekte Anklage geklungen hat. Es lebt nur mehr einer von denen, die damals in verantwortlicher Position nach Moskau geflogen sind. Aber Sie dürfen überzeugt sein, ein Raab und ein Figl haben unmittelbar aus dem Erleben heraus genauestens berichtet, wie die Sachen gewesen sind. Es gibt nicht nur einen einzigen, der über die damaligen Verhandlungssituationen gültige Aussagen machen kann. Ich möchte nicht mehr dazu sagen. Die Schlußfolgerung meinerseits zu den Ausführungen des Abgeordneten Sekanina müßte zusammenfassend folgendermaßen lauten: Er hat versucht, erfolgreich in die Vergangenheit zu enteilen, um der Gegenwart entkommen zu können.

Und jetzt darf ich auf einige Gesichtspunkte eingehen, die ich auf jeden Fall hier im Hohen Haus bringen wollte.

Die De-facto-Abwertung des französischen Francs, das sofortige Nachziehen der spanischen Währung, das neuerliche Unsicherwerden der italienischen Währung bei gleichzeitiger Dollarerholung und Druck auf die D-Mark werden selbstverständlich ihre Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft haben. Angesichts der weltweiten Entwicklung auf dem Energiesektor — die schmerzliche Lektion mit dem Öl ist uns ja allen miteinander noch sehr deutlich im Gedächtnis —, angesichts des sprunghaften Anstiegs der Rohstoffkosten und zum Beispiel — weil es mir sehr signifikant erscheint, möchte ich es hier doch erwähnen — die Versechsfachung der Schiffsfrachtkosten allein zu dem Zeitpunkt, als der amerikanische und kanadische Weizen nach Rußland verfrachtet werden mußten, angesichts auch der völligen Verdüsterung der Welternährungslage und der Inflationsprognosen und angesichts rapider Verschlechterung der österreichischen Leistungsbilanz, die schamhaft im Bericht des Bundeskanzlers verschwiegen worden ist, ist es notwendig, ein Umdenken in Wirtschaftsfragen auf Regierungsseite vorzunehmen. Nur ein Denken in größeren wirtschaftlichen Zusammenhängen wird überhaupt in der Lage sein, die Probleme zu meistern.

In diesem Zusammenhang — bitte das nicht abzuwerten mit einem Beleidigtsein oder etwas Ähnliches — es ist mir ganz einfach

**Minkowitsch**

unerklärlich, wie es einem Dr. Kreisky passieren konnte, daß er in einem 58 Seiten langen Bericht zur wirtschaftlichen Lage die Landwirtschaft nicht einmal mit einem einzigen Wort erwähnt hat. Wie kann so etwas sein? Ist es wirklich ein Trauma, ist es ein bewußtes In-die-Ecke-Schieben oder wie ist so etwas möglich? Darüber würde ich doch sehr gerne in einer ernstesten Aussprache einmal eine Antwort bekommen.

Druck führt nicht zum Ziel, Einseitigkeit auch nicht und krasse Ungerechtigkeit schon gar nicht. Deshalb, Herr Bundeskanzler, begrüße ich, daß Sie einen Teil Ihrer Regierungserklärung zitiert haben. Aus vielen Gesichtspunkten heraus begrüße ich es und lese ihn, damit ihn ja niemand — besonders von Ihrer Fraktion — vergißt, noch einmal vor:

„Jedenfalls wird die Bundesregierung — das möchte ich im Namen aller ihrer Mitglieder erklären — Anregungen, die in diesem Haus geäußert werden, mit selbstverständlicher Aufmerksamkeit verfolgen, Kritik mit gebotener Ernst zur Kenntnis nehmen und Vorschläge mit entsprechender Sorgfalt prüfen.

Was die Bundesregierung betrifft, wird sie ihrerseits alles tun, um ein Klima der Nüchternheit und der sachlichen Kooperation zu schaffen ...“ Soweit dieses ausdrücklich von Ihnen selbst noch einmal zitierte Zitat.

Hier fällt mir irgendwie auf, daß gerade vor wenigen Tagen Ihr Finanzminister von einem Big bargain so ungefähr in der Form: No zu was brauch ma des!, im Fernsehen geredet hat. Sollte diese Zitierung vielleicht eine indirekte kurze Rüge sein, was der Bundeskanzler wirklich will, daß sich die Minister eigentlich auch daran halten sollten? Gemeinsame Anstrengungen gibt es nur auf partnerschaftlicher Ebene, nicht mit Diktaten und schon gar nicht bei rücksichtslosem Mehrheitsgebrauch.

Auf dem agrarischen Sektor — nachdem Sie überhaupt nichts darüber gebracht haben, sehe ich mich veranlaßt, es etwas breiter auszuführen, als ich eigentlich vorgehabt hätte — ist für das Jahr 1974 — um das in aller Deutlichkeit zu sagen —, wie man so schön sagt, „alles drin“: von einer sinkenden Wachstumsrate über Stagnation bis zu rückläufiger und extensiver Bewirtschaftung. Es ist eine Binsenwahrheit, daß Investitionen genauso wie Finanzierungen eines Wirtschaftsjahres nicht nur eine Angelegenheit von Kapital, Kredit und Steuerpolitik sind, sondern ebenso eine Sache des Vertrauens in das wirtschaftliche Klima, das in einem Lande herrscht. Und hier hat die Regierungspartei, teils mutwillig, teils vielleicht aus Unwissenheit, Vertrauens-

grundlagen zerstört, ohne die eine demokratisch vernünftige Koexistenz von Regierung und Opposition äußerst erschwert wird. Ich weiß, daß diese Behauptung schwerwiegend ist, aber ich bin auch bereit, dafür sofort die Beweise anzutreten.

Auf dem Schweinefleischsektor. Ich erinnere an den August 1972, als aus tagespolitischen Erwägungen die Erzwingung der Liberalisierung der Schweineeinfuhren durchgeführt wurde, was sofort einen Preissturz bei den Produzenten zur Folge hatte. Die Konsumenten hatten im wesentlichen überhaupt nichts davon. Die notwendige Folge war, daß etwa 20.000 Zuchtschweine sofort geschlachtet worden sind, daß wir zu wenig Ferkel gehabt haben, daß wir in großem Maß Schweine importieren mußten.

Und siehe da, eine Erfahrung, die wir x-mal schon deutlich zum Ausdruck gebracht haben, hat sich damals wie schon Jahre vorher wieder einmal manifestiert: Wenn ein Vertragspartner merkt, daß der andere Vertragspartner darauf angewiesen ist, daß er eine Ware liefert, gibt es keine billige Ware mehr. Die Importpreise schnellen in die Höhe und schlagen auf das österreichische Preisniveau durch — und bezahlen muß es der österreichische Konsument. Ich habe eindeutige Beweise dafür, daß die preisliche Situation, solange auf dem Schweinefleischsektor keine oder fast keine Importe getätigt werden mußten, für den österreichischen Konsumenten um vieles günstiger gewesen ist als zu einem Zeitpunkt, wo wir 300.000 bis 400.000 Schweine importieren mußten.

Aber jetzt die Folgerung daraus: Wer einmal, statt einen Lohn für Arbeit, Sorge und Risiko zu erhalten, noch zusätzlich Geld verloren hat, der verliert das Vertrauen und mästet nicht mehr. Jetzt sind wir weiterhin, trotz aller guten Ratschläge, auf Importe angewiesen. Das ist kurzsichtig. Abgeordneter Sekanina hat mich gebeten, doch einzelne Beispiele zu bringen. Ich würde ihn bitten, daß er darüber nachdenkt. So kann man es eben nicht machen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Marga Hubinek: Er ist ja nicht im Saal! — Abg. Brandstätter: Das interessiert ihn ja überhaupt nicht!)*

Ein zweiter Punkt: der Rindfleischsektor. 1973 führte die überhöhte Schillingaufwertung zu empfindlichen Einbußen auch beim qualitativen Fremdenverkehr. Fremde, die nicht in Österreich waren, konnten auch kein österreichisches Rindfleisch essen. Die Maul- und Klauenseuchenachwirkungen und eine gleichzeitige Lireabwertung haben eine schwere Gefährdung des Italienexports unserer Rinder

**Minkowitsch**

heraufbeschworen. Um das ins Gedächtnis zurückzurufen: Jährlich wurden allein Rinder beziehungsweise Rindfleisch um 1,5 Milliarden Schilling nach Italien exportiert. Das ist eine Größenordnung, die eigentlich angesichts der jetzigen Entwicklung der Leistungsbilanz sowohl dem Finanzminister als auch der gesamten Bundesregierung, vor allem aber dem Bundeskanzler, doch als eine relevante Größe, die es zu erhalten gilt, erscheinen müßte.

Die Bundesrepublik Deutschland stützte damals EWG-intern ihre Exporte nach Italien bei Rindfleisch über lange Perioden mit etwa 20 S. Wir haben damals insgesamt 5 S für die Rindfleischstützung zusammengebracht. Obwohl es eine Paritätsdifferenz von 32 Prozent gegeben hat, mußten wir noch 16 Prozent Zoll überspringen.

Und jetzt, Herr Bundeskanzler — ich würde Sie wirklich bitten, das genauso aufzufassen, wie ich es meine —, auf dem Höhepunkt des Ringens um die Erhaltung dieser Exportmärkte, wo andere ihre Stützungen ver-x-facht haben, um diese Märkte zu halten, ist die österreichische Bundesregierung hergegangen und hat 130 Millionen Schilling zweckgebundener Mittel für den Viehabsatz umgewidmet für staatliche Milchpreisstützung.

Das hat die österreichische Bauernschaft fairneßmäßig und psychologisch als einen Tiefschlag empfunden, der nicht so rasch überwunden werden kann. Das ist es, was das Vertrauen erschüttert. Wie soll man den jungen Menschen oder auch den älteren Menschen empfehlen: Umlenkung von Milch auf Fleisch! Wenn er das endlich befolgt hat, wenn er diese Ware verkaufen soll, dann steht er vor der Situation, daß er noch dazu viel Geld verliert.

Ich werde heute öfters das Vergnügen haben, die „Arbeiter-Zeitung“, die ich ja immer mit großem Interesse lese, zu zitieren. Sie macht mir nicht immer reine Freude, das gestehe ich sehr offen, aber es ist sehr interessant, sie gelesen zu haben.

Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 18. Jänner 1974 berichtet über die Schließung des Schmid-Werkes, sie berichtet darüber, daß dort die Arbeiter trotz Schließung dieses Werkes erstmalig in ganz Österreich Löhne und Gehälter vom Sozialministerium — wenn die Meldung der „Arbeiter-Zeitung“ stimmt — weitergezahlt bekommen. Ich begrüße das. Aber, Herr Vizekanzler, auch Sie müssen doch ein Gefühl dafür haben — ich sage es noch einmal, ich begrüße das, ich möchte gar nicht in die Beurteilung einsteigen —, wenn gleichzeitig Gelder, die für die Exportstützung bestimmt sind, dann, wenn die Notsituation echt eintritt, wegdisponiert werden — nicht durch Sie, nein,

aber Sie sitzen in demselben Bundeskabinett —, hier das Messen mit zweierlei Maß deutlich sichtbar wird. Viele unserer Leute gehen uns in Briefen an, sie sagen uns in massivem Angehen in den Versammlungen: Jetzt ist das Maß voll!

Oder ein anderer Gesichtspunkt: Eine gute Wirtschaftspolitik ist eben dadurch gekennzeichnet, daß man gewisse Entwicklungen vorauszukalkulieren versucht. Es kommt ohnedies immer anders, als man denkt. Aber allein, daß man Gefahren erkennt, ist ja schon meistens eine Hilfe dafür, daß man die Gefahren dann bekämpfen, halbieren oder überhaupt auffangen kann. Eine schlechte Wirtschaftspolitik erkennt man daran, daß man trotz Warnungen die Schäden erst eintreten läßt und erst nach dem Eintreten von Schäden zu sanieren versucht, was dann meistens wenig hilft und außerdem ebenfalls sehr viel Geld kostet.

Ich möchte hier doch auch darauf verweisen, daß es vieler Interventionen, auch meinerseits, beim Landwirtschaftsminister, eines Gespräches beim Finanzminister, einiger Telefonate mit dem Bundeskanzler bedurfte, im Zusammenwirken mit vielen anderen meiner Kollegen — der Landwirtschaftsminister wird ja sicherlich auch seinen Teil beigetragen haben, ich verschweige das gar nicht —, daß dann wenigstens doch noch 50 Millionen Schilling zur Rettung der Viehexportsituation auf die Welt gekommen sind.

Zwischenzeitlich ist aber ein schwerwiegender Preisverfall eingetreten. Kalbinnen konnten nicht exportiert werden; diese geben jetzt Milch, weil sie noch in Österreich stehen. Wurstkühe konnten nicht geschlachtet werden; diese geben auch noch Milch, weil sie weiterhin noch in Österreich stehen. Das war von uns nicht beabsichtigt, nicht kalkuliert. Jetzt werden wir dann mehr Milchprodukte exportieren müssen. Dieses Mehr an Milchproduktexport müssen die Bauern wieder mit dem selbstfinanzierten Krisengroschen bezahlen.

Das sind die Dinge, wo man sagt: Um Gottes willen, bedenkt man denn nicht, daß es, wenn einmal in der Wirtschaft ein Stein schiefezuliegen beginnt oder herausbricht aus seinem Gefüge, Folgewirkungen hat, wo man doch das Ende nicht mehr absehen kann?

Es ist jedenfalls die jahrelange systematische Umlenkung von Milch auf Fleisch durch diese viel zu spät — trotz aller Warnungen viel zu spät — gesetzten Maßnahmen wieder einmal ernstlich gefährdet worden.

**Minkowitsch**

Ich will es in aller Ruhe sagen: Ich möchte alle warnen vor den Folgen einer zutiefst beunruhigten Bauernschaft, die sich derzeit echt geprellt fühlt!

Das alles vollzieht sich aber seit zwei Jahren in einer Weltwährungssituation, die sich progressiv verschlechtert. (*Abg. Kern: Aus-hungern!*)

Auch da bin ich in einer angenehmen Lage — ich hoffe, daß die Regierungspartei ihrem eigenen Zentralorgan etwas glaubt —: Am 20. Dezember 1973 schrieb die „Arbeiter-Zeitung“ unter fetter Überschrift: „Düstere Nahrungsmittelprognosen“. Ich möchte mir ersparen, was da alles geschrieben steht: daß es immer problematischer wird, daß die USA keine Getreidelager mehr in Reserve halten, und so weiter.

Die „AZ“ gibt also selbst zu: „Düstere Nahrungsmittelprognosen“. Dann traut man sich in Österreich, derartige Experimente auf dem Sektor der Grundnahrungsmittelproduktion vorzunehmen!

Die Welternährungssituation hat sich progressiv verschlechtert, und ich bin überzeugt, Herr Bundeskanzler, daß für Sie auf diesem Sektor ein Umdenken zur Erhaltung der Erzeugungskraft der österreichischen Landwirtschaft höchst an der Zeit ist.

Ich könnte das jetzt noch mit vielen Beispielen fortsetzen. Auf dem Eier- und Geflügelmarkt war es ähnlich. Wir haben gewarnt: So erhöht doch um Gottes willen endlich einmal die Schwellenpreise, die Dumpingimporte hauen uns die inländische Produktion in Österreich zusammen! — Das ganze Reden, das ganze Warnen hat nichts genützt. (*Abg. Kern: Nichts hat es genützt!*) Um eines tagespolitischen Vorteils willen, um ein paar Wochen billigere Eier in Österreich zu haben, hat man Dumpingimporte weiter zugelassen, hat man die österreichische Produktion gezwungen, ihre Bestände weitgehend zu dezimieren, und der Erfolg war, daß dann der Preis für das Ei auf 2 S und in der weihnachtlichen Zeit auf 3 S angeschnellt ist.

Meine Damen und Herren! Es ist eben nicht so, daß man mit Maßnahmen, die man auf dem agrarischen Sektor setzt, nur etwa die Bauernschaft trifft! Fehlentscheidungen oder Nichtentscheidungen auf diesem Sektor — das müßte eigentlich die Gewerkschafter und die Vertreter der Arbeiterkammer doch genauso auf den Plan rufen — bezahlt immer wieder der österreichische Konsument. (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.*)

Oder: Der Importpreis ist jetzt im Preis dreimal so hoch als vor einem Jahr. Dafür braucht man, weil wir ebenfalls Gott sei Dank

sehr viele einkaufsbewußte Hausfrauen haben (*Zwischenruf des Abg. Weisz*) — nein, Herr Klubobmann, ich bitte Sie, mir nur zuzuhören! —, mehr Teigwaren. Das ist nämlich die Ausweiche, welche die österreichische Hausfrau sucht.

Um diese Teigwaren erzeugen zu können, braucht man mehr Durumweizen, und um diesen Durumweizen in Österreich anbauen zu können, müßte man es den österreichischen Produzenten ermöglichen, daß sie ihn anbauen, indem man den Preis so anhebt, daß wir nicht bei jedem Hektar, das wir anbauen, soundso viel verlieren, weil dieser Weizen nämlich äußerst schwankend in den Erträgen ist.

Was hat man gemacht? — Man hat eine Alibi-Anhebung gemacht — um ein paar Groschen mehr —, die keinen von unseren zum Kalkulieren erzogenen Bauern dazu bringt, daß er mehr Durumweizen anbaut.

Die Folge ist: Wir müssen den teuren Weizen aus dem Ausland um 8 S importieren!

Da zeigt sich das, was ich sage: Man vergönnt dem agrarischen Sektor aus einer kurz-sichtigen Haltung heraus eine Preisanhebung nicht und nimmt es lieber in Kauf, daß man ein x-faches davon nachher bei teuren Importen bezahlt. (*Abg. Glaser: Wo ist eigentlich der Sekanina? Der wollte Argumente hören! Der hat sich aufgeregt, daß so wenig herinnen sind! Meine Herren von der sozialistischen Seite! Zählt doch, wieviel ihr seid! Aufgeregt habt ihr euch, weil von uns ein paar gefehlt haben! — Abg. Wielandner: Es kommt immer darauf an, was man anhören muß, Kollege Glaser!*) Genau! (*Heiterkeit und Zwischenrufe bei der OVP.*) Ich entnehme daraus, Herr Abgeordneter, daß Sie meinen Ausführungen zuhören wollen, und das nehme ich ebenfalls dankbar zur Kenntnis, denn nur mit dem Austausch sachlicher Argumente werden wir gemeinsam in der Lage sein, dasjenige, was an Schwierigkeiten auf uns zukommt, auch tatsächlich meistern zu können. (*Beifall bei der OVP.*) Die Geschichte vom „Importieren wir halt!“ ist eine alte SPÖ-Parole, die jetzt leider nicht mehr stimmt.

Beim Normalweizen ist es ähnlich. Der Weltmarktpreis für Normalweizen ist jetzt um etwa 80 Prozent höher als der für im Inland erzeugten Weizen.

Meine Damen und Herren! Denken Sie an den Importzucker. Der österreichische Konsument müßte für den Kristallzucker, wenn wir importieren müßten, nach den letzten Kursnotierungen bereits 10 S bezahlen! Ja seien wir doch alle miteinander froh, daß es diese leistungsstarke Landwirtschaft in Öster-

**Minkowitsch**

reich gibt, und geben wir ihr die notwendigen Hilfestellungen genauso wie jedem anderen Berufsstand zum Vorteil aller in diesem Lande! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Noch etwas möchte ich nicht verschweigen. Die Eiweißimportsituation, die bei der Tierhaltung eine enorme Rolle spielt, wird sich kaum beruhigen. Fischmehl wurde vornehmlich in Peru erzeugt. Die Fänge mußten dort wegen eines jahrelangen Raubbaues wieder eingestellt werden. Die Schwärme sind zu gering. Fischmehl wird weiter kaum erhältlich sein und weiter teuer bleiben, wenn nicht noch teurer werden.

Der nächste Punkt: Soja! Die Vereinigten Staaten von Amerika sind der Haupt-Soja-Lieferant. Nun sind Soja und Mais im selben Klima beheimatet. Ich will hier keine Details erzählen, aber nur, weil man ja Argumente hören wollte, um zu begründen, warum sich diese Situation kaum verbessern, sondern eher noch verschlechtern wird, sagen:

Bei Mais konnten wir durch die Hybridzuchtungen etwa 70 bis 80 Prozent Ertragssteigerungen haben, bei Soja ist das nicht der Fall. Der Mais ist selbstverträglich im Anbau und Nachbau, die Soja ist es nicht. Die Soja-Anbauflächen in den Vereinigten Staaten gehen nach den letzten Berichten, die mir und sicherlich auch Ihnen, Herr Landwirtschaftsminister, zugänglich sind, zurück.

Das bedeutet, da auch die Amerikaner nicht genügend Fischmehl importieren können, daß sich die Situation auf diesem Sektor verschärfen und nicht etwa verbessern wird!

Jetzt bekommen wir den guten Rat: Baut mehr Olsaaten in Österreich selbst an. Meine Herrschaften! Ohne eine Garantie, daß dann, wenn wir die Hunderte Millionen-Investitionen, die dafür notwendig sind, getätigt haben und wenn sich auf dem Weltmarkt wieder Schwankungen ergeben, nicht der Erstbeste daherkommen und sagen kann: Importieren wir halt!, wozu brauchen wir euch? Auf vagen Versprechungen allein kann man so etwas nicht aufbauen!

Ich bitte Sie also, diese Situation nicht zu unterschätzen. Es wird eine weitere Verschärfung auf dem Soja-, auf dem gesamten Eiweiß-Importsektor eintreten, und ich bin schon wieder bei der „Arbeiter-Zeitung“ und zitiere die Ausgabe vom 23. November 1973, wo die stolze, fettgedruckte Überschrift zu lesen ist: „Bei Lebensmitteln sind wir Selbstversorger“. — Es hat zwar nicht ganz gestimmt, denn wir sind es nur zu 84 Prozent, und wenn wir es sind, dann nicht dank der sozialistischen Agrarpolitik (*Abg. Kern: Trotz!*), sondern

trotz der Politik, die in der letzten Zeit auf diesem Sektor gemacht wurde. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und noch einmal muß ich — diesmal aber das letzte Mal — die „Arbeiter-Zeitung“ zitieren. (*Abg. Weisz: Die einzige Zeitung, die man lesen kann!*) Ich mache keine Propaganda dafür! (*Abg. Dr. Fischer: Die zahlt nichts dafür!*) Ich weiß es, aber daraus können Sie meinen Loyalitätspegel abmessen, Herr Dr. Fischer!

Ich habe mit Genuß den Kommentar „Ende einer Ära“ am 22. Jänner 1974 gelesen. (*Zwischenruf des Abg. Fachleitner*). Da stehe, daß man sich damit abfinden müsse, daß die billigen Energiequellen nun eben zu Ende seien.

Ich würde jetzt nur sehr empfehlen, daß die Herren von der SPÖ umdenken, bevor es zu spät ist, und zur Kenntnis nehmen, daß auch die Ära weltweiter billiger Nahrungsmittel zu Ende ist, wie es uns alle Zahlen, die wir aus der ganzen Welt bekommen, eindeutig nachweisen. Je eher wir das erkennen und daraus die Konsequenzen ziehen — nicht nur darüber reden —, desto besser wird es für uns alle sein. Wir müssen die Kosten für Dieselöl und Handelsdünger sofort in eine erträgliche Situation bringen — ich wiederhole etwas, was ich schon einmal gesagt habe, was zum Teil überhört worden ist, wo ich aber nicht eindringlich genug warnen kann, daß Sie das überhören —, sonst besteht die Gefahr, daß bei normaler Witterung die letzten, etwa 20 Prozent der Ertragsspitzen, die wir in Österreich erzeugen, die nur mit zusätzlichem hohem Betriebsmittelaufwand auf dem Diesel- und Handelsdüngerssektor erzeugt werden können, dann nicht mehr erzeugt werden, weil eben die Produktion zu teuer ist und deshalb unterlassen wird. Wir müßten dann diese Produkte importieren, und die Konsumenten hätten die Rechnung zu bezahlen.

Einen Punkt möchte ich noch hier ausführen, nämlich die Hinhaltetaktik der Regierungspartei in der Frage der Gestattung von gefärbtem Dieselöl.

Bitte, ich anerkenne, daß der Herr Finanzminister seine Meinung äußert, und ich werde meine dazu sagen: Alle Bauernorganisationen, die im Laufe des Frühjahrs bei Verhandlungen bei den einzelnen Ministern oder mehrmals unter dem Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers zusammengetreten sind, haben sich der Argumentation des Österreichischen Bauernbundes angeschlossen. Sie haben einmütig verlangt, daß das gefärbte Dieselöl für die österreichische Land- und Forstwirtschaft gestattet werden soll.

**Minkowitsch**

Der Herr Bundeskanzler hat dieses Ergebnis bei einer Beratung im Kanzleramt zusammengefaßt und gesagt, er nehme das zur Kenntnis, er nehme das auch entsprechend ernst — hier hat er sich sehr an seine Regierungserklärung gehalten — und er werde das auch entsprechend überprüfen. Nicht mehr. Er hat keine Zusage gemacht!

Vom Landesparteirat in Linz (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Am Landesparteirat!*) — Entschuldigung, jawohl es war am Landesparteirat in Linz —, ich habe diese Passage schon vorher genau gekannt, aber diese Form von Courtoisie wird auch immer wieder anerkannt, hat mir der Herr Bundeskanzler eine Ablichtung von dem zugeschickt, was er damals gesagt hat. Ich zitiere:

„Ich bin aber heute in der Lage, eine sehr wichtige Mitteilung zu machen.“ Ferner:

„Zur Unterstützung der österreichischen Landwirtschaft böte sich in diesem Zusammenhang eine neue Regelung der gegenwärtig gehandhabten Verbilligung für von der Landwirtschaft verwendetes Gasöl an.“ Dr. Kreisky weiter: „Bekanntlich genießt Gasöl, das für Heizzwecke verwendet wird, auf Grund des Steuerbegünstigungsgesetzes eine Ermäßigung der Bundesmineralölsteuer. Es wären nun unter dem Aspekt der eingangs getroffenen Feststellungen die Möglichkeiten zu überprüfen, das steuerbegünstigte sogenannte Ofenheizöl, das durch die Rotfärbung bestimmter Zusätze gekennzeichnet ist, auch zum Betrieb landwirtschaftlicher Maschinen, insbesondere für Traktoren, freizugeben.“

Dann ist eine Enquete für Oktober angekündigt worden, es hat jedoch Zeitmangel gegeben — das sehen wir alles ein. Es hat dann die Enquete im November stattgefunden. Hier ist eine weitere Prüfung in Aussicht gestellt worden.

Ich habe zwischendurch an den Herrn Bundeskanzler appelliert, die Sache nicht hinauszuschieben, und er schrieb mir am 16. Oktober noch einen Brief, in dem folgende Passage auch für die gesamte österreichische Öffentlichkeit von Bedeutung ist:

„Was den Termin der Einführung des angestrebten neuen Systems anlangt, muß ich auf meine mehrfach getroffenen Ankündigungen verweisen, wonach dies zum frühestmöglichen Zeitpunkt geschehen wird.“

Unsere Diskrepanz hat sich nur auf den Einführungstermin erstreckt, aber nicht mehr darauf, daß das neue angestrebte System, wie Sie selbst schreiben, Herr Bundeskanzler, noch einmal in Frage gestellt wird. Deshalb hat es uns schon sehr beunruhigt — ich sage das

sehr offen —, als nach der Regierungsklausur bei Baden der Herr Finanzminister klipp und klar wieder erklärt hat: Daran denken wir gar nicht, da wird jetzt etwas ganz anderes gemacht!

Herr Bundeskanzler! Das ist so ein bitteres Gefühl, das in einem aufkommt. Wir möchten doch noch immer, wenn auch mit gewissen Schwierigkeiten verbunden — ich weiß schon, wie schwer es ein Bundeskanzler hat —, daran glauben können, daß ein Kanzlerwort in Österreich wenigstens noch etwas gilt, auch wenn nicht jeder Brief, der geschrieben wird, vom Herrn Finanzminister vorgezeichnet wird.

Herr Bundeskanzler! Diese Vorgangsweise ist ein Prüfstein, der — ich möchte es nicht unterschätzen — eine Situation, wenn sie richtig gemeistert wird, vermeiden kann, woran zu allerletzt ich ein Interesse hätte.

Dieses Ofenheizöl soll — und das spreche ich offen aus — der österreichischen Bauernschaft nur aus einem einzigen wahren Grund, wenn es noch irgendwie ginge, doch nicht gegeben werden. Den Betrag will man nämlich nach wie vor ins Budget hineinschreiben. Um diesen Betrag muß jedes Jahr aufs neue wieder gerauft werden! Diesen Betrag könnte man weiterhin den österreichischen Agrariern als Almosen- und Subventionsempfängern vorwerfen.

Niemand, der Ofenheizöl in diesem Land verbraucht, hat das Gefühl, daß er eine höhere staatliche Subvention erhalten würde. Dieses Argument, mit dem man uns das verweigert, ist uns ganz einfach zu wenig! Man muß doch anerkennen, daß jede Pauschalierung bei der Rückerstattung von Betriebsmittelkosten gerade diejenigen bestraft, und zwar in allen Produktionsgebieten — ich sage ausdrücklich: in allen Produktionsgebieten —, die intensiv, fortschrittlich, modern, wenn Sie wollen, europafest, produzieren. Es kann doch nicht sinnvoll sein, daß man so etwas tatsächlich geschehen läßt.

Auch ich möchte hier, ähnlich wie es der Klubobmann gesagt hat, sagen: Niemand verwechsle unser Verantwortungsbewußtsein mit einer überdehnbaren Geduld! Ich rate wirklich dringend, daß die Vorgangsweise auf diesem Sektor einer letzten Überlegung unterzogen wird. Denn welchen Sinn hätte es denn, wenn unsere Vertreter zu einer Treibstoffenquete, wozu sie im Februar eingeladen werden sollen, gehen, um dort einen einseitigen Fixstandpunkt entgegenzunehmen, wobei man gar nicht die Chance hätte, daß bei diesen Verhandlungen auch noch etwas herauskommt.

**Minkowitsch**

Vor der Getreideernte haben die Bauernvertreter nachdrücklich Weizen- und Roggenpreiserhöhungen verlangt. Beim Roggen war nichts drin (*Abg. Kern: Beim Brotpreis schon!*), wie es so schön geheißen hat. Der Roggen ist ja indexwirksam, und den Index muß man entsprechend pflegen. Deshalb könne man den Bauern nichts geben.

Als dann die Geschichte so weit kam, daß doch die Erhöhung der Bäckereiarbeiterlöhne nicht mehr verhindert werden konnte, als das Brot dann doch um 60 Groschen teurer geworden ist, war diese Indexargumentation plötzlich weg. Den Bauern hat man für den Roggen keinen Groschen mehr gegeben. Es handelt sich ja ohnedies nur um die Leute, die eben im Waldviertel und im Mühlviertel diese Getreideart als einzige noch anbauen können! Angesichts dieser Tatsache will man von Grenzlandförderung reden!

Auch das ist eine Situation, die eben auch das größte Maß an Einsicht einmal überfordert. Ich hoffe, daß es vielen einsichtigen Kreisen, die ich auch in der SPO beheimatet weiß, nicht einerlei sein kann, ob so weiter gefuhrwerkert wird.

In aller Ruhe, aber umso unmißverständlicher möchte ich feststellen, daß ich mir beim Milchpreisantrag und bei den Molkereiarbeiterlohnerhöhungen eine geteilte Vorgangsweise nicht mehr vorstellen kann.

Als Abschluß möchte ich ein in meinen Augen fast klassisches Beispiel dafür geben, für welche Unterlassungen letztlich doch der Konsument bezahlen muß. Ich möchte über den noch immer unerledigten Zuckerpreisantrag sprechen, von dem ich hoffe, daß er doch noch rechtzeitig genug einer Erledigung zugeführt wird.

Diesbezüglich eine Feststellung: Man geht in bezug auf das, was auf unserem Sektor geleistet wird, zur Tagesordnung über, und zwar so, als ob das alles nichts wäre. Die Partnerschaft der österreichischen Rübenproduzenten und der Zuckerindustrie hat zu Ergebnissen geführt, die für ganz Europa als Vorbild gedient haben. Die anderen haben nachher das kopiert, was wir auf diesem Sektor gemacht haben. Gemeinsame Forschung und perfekte Koordinierung haben diese Ergebnisse ermöglicht, nämlich eine volle Bedarfsdeckung.

Nun etwas, was man gar nicht deutlich genug sagen kann: Von 1951 bis Ende 1973 — also in 22 Jahren, meine Damen und Herren — ergab sich für den Konsumenten nur eine Zuckerpreissteigerung von 15,7 Prozent. In derselben Zeit, von 1951 bis 1973, hat es eine Tariflohn-Indexsteigerung von

340 Prozent gegeben. Wir haben diese 15,7 Prozent durch eine gigantische Ausnützung der letzten Forschungsergebnisse — Rationalisierungsmöglichkeiten auf dem Anbausektor, auf dem Schädlingsbekämpfungssektor, auf dem Fabrikationssektor — erreichen können.

Jetzt scheint es Leute zu geben, denen das nicht paßt, daß wir einen so günstigen Zuckerpreis in Österreich haben. (*Abg. Kern: Die wollen einen höheren haben!*) Diejenigen, die noch Argumentationen verwenden, die vielleicht noch vor vier Jahren eine gewisse Gültigkeit gehabt hätten, muß man belehren, daß — auch das ist etwas, was jederzeit beweisbar ist — auf der Pariser Weißzuckerbörse allein vom Jahr 1968 bis Ende Jänner 1974 — also nicht in 22 Jahren, sondern in 6 Jahren — der Preis auf 800 Prozent erhöht wurde. Ja um Gottes willen beginnt man hier nicht nachzudenken, welche Folgen es hätte, wenn wir zig Tonnen Zucker importieren müßten und wenn wir es den Bauern vergällen, daß sie genügend Zuckerrüben in Österreich anbauen?

Ich möchte also wirklich darauf hinweisen — ohne die näheren Details hier noch einmal zu sagen —: Durch die Einführung der Mehrwertsteuer soll der Preis, der den österreichischen Rübenbauern ausgezahlt werden soll, durch den Entfall der Lagervorratsentlastung abgesenkt werden gegenüber dem, den man vorher gehabt hat.

Hier wieder ein Appell an die Gewerkschafter, die in diesem Raume sitzen: Wenn wir bei gestiegenen Produktionskosten weniger bekommen sollen, und zwar um rund 5 S je q, als ein Jahr vorher, dann bitte ich Sie zur Kenntnis zu nehmen, daß das für mich und für meine Kollegen unaushaltbar in der Vertretung ist, genauso wie es für Sie unaushaltbar ist, wenn bei gestiegenen Lebenshaltungskosten bei weiter florierender Wirtschaft trotzdem eine empfindliche Lohnabsenkung von jemandem verlangt werden sollte.

Die Zuckerfabriken sollen derzeit die neuen Lieferverträge für 1974 abschließen. Die Produzenten kennen noch keinen Preis für 1973. Die Situation, in der jetzt Anbauverträge abgeschlossen werden sollen, brauche ich nicht besonders zu erläutern. Ich bitte Sie: Überfordern Sie nicht auch ein großes Maß an Geduld und denken Sie um, bevor es zu spät ist. Das „Importieren wir halt“ klappt nicht mehr. Das habe ich schon gesagt. Importe wären sehr teuer. Ob wir bei der Entwicklung der österreichischen Leistungsbilanz dafür überhaupt noch die Devisen erübrigen könnten, ist mehr als fraglich. Nach „bitterem Reis“ sollten wir uns „bitteren Zucker“, nämlich Importzucker, in Österreich ersparen!

**Minkowitsch**

Leute, die es mit der demokratischen Entwicklung dieses Landes nicht so ernst nehmen wie ich, mögen dort kein Koalitionsangebot herauslesen, wo keines gemacht wird. Ich bin jedoch ebenfalls im Rahmen des Briefes, den mein Bundesparteiohmann an Sie, Herr Bundeskanzler, gerichtet hat, zu ersten Verhandlungen bereit, zu Verhandlungen allerdings, die nur dann einen Sinn haben, wenn dabei auch etwas herauskommen kann. Ich glaube, daß sie im allgemeinen Interesse zur Bewältigung der jetzigen Wirtschaftslage geführt werden sollten. Aber ich möchte eines nicht verschweigen: Ich kann und will für meine Organisation nicht mehr lange im Wort bleiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Hohes Haus! Bei der letzten großen Aussprache mit den Vertretern der Organisationen der österreichischen Bauernschaft am Ballhausplatz ist vereinbart worden, daß es regelmäßig — oder richtiger gesagt: von Zeit zu Zeit, aber nicht in allzu großen Abständen — umfassende Aussprachen über Probleme der Landwirtschaft einerseits zwischen diesen Organisationen und jenen Mitgliedern der Bundesregierung geben soll, die mit diesen Fragen direkt oder indirekt befaßt sind. Diese Besprechungen sollen unter meinem Vorsitz stattfinden.

Ich will jeden Eindruck vermeiden, daß sich die Bundesregierung unter Druck gesetzt fühlt. Ich weiß sehr genau, wie groß die Ungeduld dann ist, wenn man glaubt, ungerecht behandelt zu sein. Das zum Ausdruck zu bringen, ist natürlich und selbstverständlich.

Ich möchte mitteilen, daß ich die Absicht habe, für Anfang Februar zu dieser Aussprache einzuladen, um abermals in umfassender Weise, unter Umständen auch in einer viestündigen Konferenz, alle diese Fragen zu diskutieren. Ich glaube, daß es dabei möglich sein wird, unter Bedachtnahme auch auf die Interessen anderer Bevölkerungsgruppen und unter Bedachtnahme auf die von mir angegebenen Richtlinien der Wirtschaftspolitik, Lösungen zu finden oder vorzubereiten, die unter Umständen auf verschiedenen Gebieten als akzeptabel betrachtet werden können.

Ich möchte keinen Zweifel darüber lassen, daß ich als einer, der über 40 Jahre in Niederösterreich politisch beheimatet ist, mich durch die etwas härtere Umgangsweise im Verkehr mit den Vertretern der Bauernschaft im Parlament dadurch nicht betroffen fühle. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Stix. Er hat das Wort.

*(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wer von dem heutigen Bericht des Herrn Bundeskanzlers, wie ursprünglich angekündigt, erwartet hatte, einen Bericht zur wirtschaftlichen Lage Österreichs zu hören, der wurde enttäuscht. Ich muß zugeben, daß ich mich zu diesen Enttäuschungen zähle. In diesem Bericht sind verschiedene Bereiche zu vermissen, zu denen man als Abgeordneter gerne Verbindliches aus dem Munde des Regierungschefs gehört hätte. Zu diesen Bereichen zählen: die alarmierende Entwicklung der Zahlungsbilanz, die Situation der Exportwirtschaft, die konjunkturelle Lage in Schlüsselindustrien, aber auch die Situation des Fremdenverkehrs, und über die Landwirtschaft hat ja mein Herr Vorredner ausführlich gesprochen.

Auf der anderen Seite fanden sich aber in dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers Themen wie: Personalsituation bei der Exekutive, UNO-Kontingent, staatsbürgerliche Bildung; sicherlich interessante Problemkreise, die man aber heute und in diesem Bericht nicht erwartet hatte. Das ganze stellt sich dar wie ein willkürlicher Blumenstrauß, gemischt aus Vergangenheit und Gegenwart.

Zu den als fehlend angemerkten Kapiteln werden in der Folge noch meine Fraktionskollegen Broesigke und Hanreich Stellung nehmen. Ich selber möchte mich darauf beschränken, auf den energiepolitischen Teil des Berichtes und der Leitlinien zu diesem Bericht einzugehen.

Die Darstellung des energiepolitischen Teiles beginnt mit der Situation des Erdöls und Österreichs diesbezüglicher Stellung. Auf Seite 9 findet sich der Satz, daß Österreich ausgezeichnet ist durch eine relativ geringe Ölabhängigkeit der österreichischen Wirtschaft. Das wird belegt durch Zahlen des internationalen Vergleiches.

Dazu muß man schon sagen, daß hier die Methode, die Lage Österreichs durch internationale Vergleiche rosig darzustellen, fragwürdig wird. Denn wenn wir auch im internationalen Vergleich in der unteren Skala liegen mit 46,8 Prozent Erdölabhängigkeit, steht doch auf der anderen Seite die absolut gegebene Abhängigkeit fest, und die ist keineswegs gering.

Auf Seite 14 der Leitlinien für ein österreichisches Energiekonzept, vor zwei Tagen von der Bundesregierung herausgegeben, steht nachzulesen, daß zwei Drittel der für die Raffinerie benötigten Rohölmengen importiert



**Dr. Stix**

werden müssen. Das kann man doch wirklich nicht als relativ geringe Abhängigkeit darstellen.

Aber auch im Bericht des Herrn Bundeskanzlers selber findet sich eine Zahl, die die absolut gegebene Abhängigkeit schlagend dokumentiert. Es ist dort zu lesen: „Die österreichische Wirtschaft verbrauchte im Jahre 1973 rund 11,2 Millionen Tonnen an Mineralölprodukten. Hievon betrug die österreichische Förderung rund 2,6 Millionen Tonnen oder 23 Prozent des Gesamtbedarfes.“ Wenn also die einheimische Förderung knapp ein Viertel des Ölbedarfes deckt, dann bestätigt das doch die tatsächliche Abhängigkeit und kann auch bei wohlwollender Betrachtung nicht als geringfügige Abhängigkeit bezeichnet werden.

Der Bericht enthält dann weiters eine Aufschlüsselung der Rohölimporte dahin gehend, ob sie von der OMV durchgeführt werden oder von den internationalen Treibstofffirmen. In diesem Zusammenhang möchte ich auf das freiheitliche Energiekonzept verweisen, wo zu dieser Frage eine ganz klare Aussage enthalten ist. Es kann kein Zweifel dahin gehend bestehen, daß wir die multinationalen Gesellschaften für die Versorgung weiterhin benötigen, aber es wird notwendig sein, die Erdölversorgungspolitik zu einem integrierenden Bestandteil der österreichischen Außenhandelspolitik zu machen. Dafür bedarf es eines Instrumentes, und zu diesem Behufe soll die OMV eine bevorzugte Stellung im Einfuhrregime auf dem Erdölsektor erhalten, ohne ihr — das sei unterstrichen — dabei eine Monopolstellung einzuräumen. Es ist vom gesunden egoistischen Interessenstandpunkt Österreichs her notwendig, die Abhängigkeit von den multinationalen Gesellschaften, auf die, wie schon gesagt, gar nicht verzichtet werden soll, gleichwohl zu vermindern.

In dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers wird dann auf Seite 15 auf einen Katalog von möglichen Energiesparmaßnahmen hingewiesen. Hier ist als Kritik anzumerken, daß dieser ganze Katalog an Energiesparmaßnahmen mit großer Verspätung kommt. Wir erfahren erstmals von einem Katalog — ich werde dann noch im Zusammenhang mit meiner Stellungnahme zu den energiepolitischen Leitlinien näher darauf eingehen — zu einem Zeitpunkt, da der erste Schub der Ölkrise fast schon überstanden ist.

Nun ist nachträglich auch sehr leicht festzustellen, daß Störungen des Wirtschaftslebens ohne drastische Eingriffe vermieden werden konnten, wie es in dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers heißt. Es muß aber gleichzei-

tig dazu gesagt werden, daß Österreich in dieser Situation von sehr viel Glück begleitet war, das sich die Regierung nicht als Verdienst anrechnen darf. Denn wäre die Situation nur um eine Nuance ernsthafter gewesen, wären alle Maßnahmen, die die Regierung vorgesehen hätte, zu spät gekommen; auf jeden Fall reichlich spät.

Es steht weiters in dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers zu lesen: „Die Bundesregierung ist sich im klaren darüber, daß neben den kurzfristig zu treffenden Maßnahmen zur Sicherung einer ausreichenden Energieversorgung auch mittel- und langfristige Maßnahmen notwendig sein werden. Aus diesem Grunde wurden Leitlinien für eine österreichische Energiepolitik ... konzipiert.“ Man kann nur sagen, endlich! Reichlich spät und erst vor dem dunklen Hintergrund der Ölkrise zeigt sich sozusagen die Morgenröte eines österreichischen Energiekonzepts. Es verdient in diesem Zusammenhang festgehalten zu werden, daß, bevor die Bundesregierung auf diesem Gebiet aktiv wurde — obwohl sie wiederholt und von verschiedenen Seiten dazu aufgefordert wurde —, bereits das freiheitliche Energiekonzept vorgelegt werden konnte.

Ich folge weiter dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers. Auf Seite 17 ist in einem Satz die Rede von „ernsthaften Folgen für die Wirtschaft und den Verbraucher, aber auch für die Handels- und Zahlungsbilanz“. Es heißt weiter: Die Bundesregierung ... „wird diesem Problem ihre besondere Aufmerksamkeit widmen“.

Herr Bundeskanzler! Wir hätten sehr gerne mehr gehört. Wir hätten gerne gehört, auf welche Weise die Regierung dieses Problem in Angriff nehmen und schlußendlich lösen will. Daß die Regierung diesem Problem Aufmerksamkeit widmet, ist wohl eine Selbstverständlichkeit und bräuchte nicht betont zu werden. Aber Aufmerksamkeit allein ist zu wenig. Wir möchten wissen, welche konkreten Maßnahmen die österreichische Bundesregierung angesichts der alarmierenden Entwicklung der österreichischen Zahlungsbilanz ins Auge faßt.

Es heißt weiter in dem Bericht, daß ein Entwurf für ein Bevorratungsgesetz ausgearbeitet wurde. Ich frage, wo ist dieser Entwurf? Wir haben ihn noch nicht zu Gesicht bekommen. Im übrigen wird auf die Problematik der Bevorratung mein Kollege Hanreich ausführlich eingehen.

Nun kommt aber etwas sehr Interessantes: Die Bundesregierung trägt sich auch mit dem Gedanken, ein Forschungssymposium einzu-

9738

Nationalrat XIII. GP — 99. Sitzung — 24. Jänner 1974

**Dr. Stix**

berufen, die Kontakte zu den internationalen Forschungstätigkeiten auf dem Energiesektor enger zu gestalten. — Diese Absicht wird von uns Freiheitlichen ausdrücklich begrüßt, erblicken wir darin doch mit Genugtuung, daß die wiederholten Appelle, die wir an Sie gerichtet haben, auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Einer der letzten Appelle wurde von diesem Pult aus von mir selber im Rahmen der Debatte über das Kapitel Wissenschaft und Forschung an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung gerichtet. Wenn also jetzt die Bundesregierung tatsächlich Schritte unternimmt und Maßnahmen ergreift, um auf dem Gebiet der Energieforschung zu neuen Initiativen und zu Konzepten zu gelangen, so kann die Bundesregierung sicher sein, daß wir Freiheitlichen das nur begrüßen und, soweit es an uns liegt, auch gerne daran mitarbeiten. Wir freuen uns, daß unsere diesbezüglichen Anregungen nicht ungehört verhallt sind.

Nun hat der Herr Bundeskanzler in seinem Bericht ausführlich und immer wieder die Leitlinien für einen österreichischen Energieplan erwähnt und zitiert. Ich erlaube mir, diesem Weg zu folgen und diese Leitlinien einer kurzen Kritik, negativ wie positiv, zu unterziehen und mit dem vorliegenden freiheitlichen Energiekonzept einen ersten Vergleich anzustellen.

Es muß noch einmal betont werden, daß diese Leitlinien reichlich spät kommen. Erst nach dem ersten Schub der Ölkrise kamen diese Leitlinien jüngst heraus, die doch zur Bewältigung der Ölkrise schon benötigt worden wären. Angesichts dessen muß man es nahezu als Glück bezeichnen, daß sich diese erste Ölkrise viel weniger als Mengenkrise, sondern nachträglich als eine Preiskrise herausgestellt hat. Wäre es eine echte Mengenkrise geworden oder hätte sie sich zu einer solchen ausgewachsen, dürften wir nicht davon träumen, in Österreich so günstig dazustehen, wie wir das jetzt relativ doch tun können.

Erlauben Sie mir bitte, daß ich im folgenden an Hand des von der Regierung vorgelegten Leitlinienkonzeptes einige Vergleiche mit dem schon früher vorgelegten freiheitlichen Energiekonzept anstelle.

Es steht auf Seite 1 der Leitlinien zu lesen: „... eine Wiederkehr der Zeit des billigen Energieangebotes ist nicht zu erwarten.“ Das ist eine richtige Feststellung. Und es gehört zweifelsohne ein gewisser Mut zu dieser Feststellung, umso mehr, als es dann weiter unten noch heißt, daß wir bereit sein müssen, „für Energie einen höheren Preis zu zahlen und

die erforderlichen Investitionen vorzunehmen“. Auch das ist richtig. Auch das ist eine mutige Feststellung.

Ich frage aber, wird die Regierung auch den Mut haben, diese Tatsachen, die sie sich hier schriftlich niedergelegt hat, der Bevölkerung zu sagen und der Bevölkerung auszudeutschen? Denn die Aufgabe besteht doch darin, in der Bevölkerung das Bewußtsein für diese Situation zu wecken. Die bevorstehenden Tarifverhandlungsrunden auf dem Sektor der Stromtarife werden eine erste Mutprobe für die Regierung sein, und nach den bisherigen Äußerungen des Herrn Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Staribacher, es werde kaum zu mehr als 12 Groschen Preiserhöhung kommen, habe ich nicht den Eindruck, daß hier in der Öffentlichkeit jene mutige Haltung praktiziert wird, die aus den schriftlich niedergelegten Äußerungen der Leitlinien hervorgeht.

Weiters ist in den Leitlinien die Rede von einer „Verbesserung des Instrumentariums der Energiepolitik“. Die Schaffung eines Energiebeirates wird vorgeschlagen, und es ist ein Auftrag an das Wirtschaftsforschungsinstitut vorgesehen, alljährlich eine kurz- und mittelfristige Energiebedarfsprognose zu erstellen. — Ebenfalls ein richtiger Gedanke, richtige Vorschläge, aber gerade diese relativ bescheidenen Maßnahmen zeigen, was alles auf diesem Gebiete bisher versäumt wurde; denn längst schon hätte es einen Energiebeirat geben müssen, und längst schon hätte das Wirtschaftsforschungsinstitut eine alljährliche Energiebedarfsprognose erstellen müssen.

Die Leitlinien werden von drei Grundsätzen beherrscht. Diese lauten: weitestgehende Nutzung der heimischen Energiequellen, Sicherung der unerläßlichen Importe, Aufbau einer ausreichenden Bevorratung.

Auch unsererseits ein Ja zur Nutzung der einheimischen Energiequellen. Doch wieder muß ein großes Aber angebracht werden: Es ist in dem ganzen Leitlinienkonzept nirgendwo die Rede davon, daß unsere einheimischen Vorkommen, besonders das Erdöl, schonend ausgebeutet werden müssen. Wir haben ganz im Gegenteil den Eindruck, daß derzeit eine forcierte Ausbeutung betrieben wird. Und das halten wir für schädlich. Nachdem unsere Importabhängigkeit ohnedies zu drei Vierteln des Ölbedarfes gegeben ist, sollte das Viertel, das aus der einheimischen Förderung gewonnen werden kann, nicht forciert, sondern bewußt geschont werden. Wissen wir doch, daß die Erdölvorräte in 11 bis 13 Jahren erschöpft sein werden, soweit sie jedenfalls heute bekannt sind. Aber wir sollten es nicht zulassen,

**Dr. Stix**

daß dem tatsächlich so ist, wir sollten dafür Sorge tragen, daß durch eine schonende Ausbeutung dieser Zeitraum gedehnt wird. Also das Schwergewicht lieber auf eine verstärkte Importpolitik legen! Gestreckte einheimische Vorkommen wären eine der wichtigsten Maßnahmen im Gesamtrahmen einer systematischen Bevorratungspolitik.

Zur größtmöglichen Nutzung der heimischen Energiequellen gehört auch der Ausbau der Wasserkraft. Die Regierung bekennt sich in ihren Leitlinien dazu und deckt sich damit vollkommen mit den im freiheitlichen Energiekonzept aufgestellten Forderungen.

Interessant ist nun, daß in diesem Zusammenhang die Leitlinien eine in Österreich betriebene Fehlplanung zugeben. Es heißt nämlich auf Seite 3 unten: „Gleichzeitig wird zu prüfen sein, ob nicht auch die neuen Kostenrelationen der Primärenergieträger eine Modifikation des Ausbauprogramms angebracht erscheinen lassen, was insbesondere für die im Ausbauprogramm enthaltenen kalorischen Kraftwerke auf Basis Heizöl und Erdgas gilt.“

Das ist, Herr Bundesminister, tatsächlich ein schwacher Punkt in Österreich, der im freiheitlichen Energiekonzept voll aufgezeigt wird. Die Planung der kalorischen Kraftwerke ist derzeit oder war bis vor kurzem noch viel zu sehr auf Erdöl und Erdgas abgestellt. Man hat die Kohle vernachlässigt.

Daher ist im freiheitlichen Energiekonzept die Forderung enthalten, die Elektrizitätswirtschaft dazu zu bewegen, daß sie mehr kalorische Kraftwerke auf Kohlebasis einplant, eine Forderung, die die Leitlinien der Bundesregierung auf Seite 24 auch noch einmal aufgreifen. Ich finde das als eine sehr bemerkenswerte Übereinstimmung zwischen dem früheren Konzept der Freiheitlichen Partei und den später herausgekommenen Leitlinien der Bundesregierung.

Es soll aber hier gleich angemerkt werden, wenn wir von Kohlen sprechen, daß dabei nicht nur an die einheimische Kohle gedacht werden soll, sondern daß man unbedingt auch Kohle aus Nachbarländern, sprich Importkohle, in die Überlegungen mit einbeziehen muß; dazu später noch mehr.

Weiter ist in den Leitlinien die Forderung enthalten, der Förderung, der Prospektion in Österreich viel stärkeres Gewicht zu geben. Auch dazu unser freiheitliches Ja auf Grund ausgedehnter Hinweise im freiheitlichen Energiekonzept.

Es gibt jetzt noch in einer Reihe von Punkten eine bemerkenswerte Übereinstimmung. Beispielsweise wird in den Leitlinien der Bun-

desregierung davon gesprochen, den verstärkten Import von Erdgas zu nutzen und gegenüber Westeuropa das im Entstehen befindliche Verbundsystem fertigzustellen: Im Inhalt Vorkommen, aber nahezu auch wörtlich in Übereinstimmung mit dem freiheitlichen Energiekonzept, wo klipp und klar beim Erdgas gefordert wird, eine verstärkte Importpolitik zu betreiben und sowohl auf dem Sektor Öl wie auf dem Sektor Gas zu einem europäischen Verbund zu gelangen.

Gerade das Beispiel Erdgas zeigt, wie wichtig eine vorausschauende Energieplanung ist. Denn heute spricht kein Mensch davon, daß Erdgas knapp ist, aber tatsächlich werden wir bereits im Jahre 1975 einen voraussichtlichen Fehlbedarf von mindestens 1,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas haben. Es gilt also für Erdgas das gleiche wie das bei Erdöl in bezug auf die Schonung der heimischen Vorkommen Gesagte: keine forcierte Ausbeutung, sondern bewußte Miteinbeziehung der schonend auszubehutenden einheimischen Vorkommen in den Rahmen einer umfassenden Bevorratungspolitik.

Und nun zu einem ganz interessanten Detail. Auf Seite 5 der Leitlinien heißt es: „Die Fragen des weiteren Ausbaues der Raffinerie Schwechat beziehungsweise der Errichtung einer zweiten Raffinerie werden auch unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der Versorgung Österreichs entschieden werden.“ — Ich möchte in diese Frage tiefer einsteigen. Hier liegt nämlich ein offener Widerspruch innerhalb verschiedener Aussagen der Bundesregierung vor.

In den Leitlinien ist von einer zweiten Raffinerie in Oberösterreich die Rede. Im Bericht des Herrn Bundeskanzlers auf Seite 27 ist davon die Rede, daß der Bau einer Produktpipeline von Schwechat in den Raum Oberösterreich bereits entschieden sei. Wir wissen nun aus Äußerungen des Herrn Bundesministers für Verkehr, daß Herr Minister Lanc gegen diese Pipeline eingestellt ist, wie mir jetzt scheinen will, mit einer gewissen Berechtigung. Denn nur eines von beiden kann richtig sein: entweder eine zweite Raffinerie in Oberösterreich oder eine Produktpipeline nach Oberösterreich. Aber beides brauche ich nicht.

Wenn aber die Errichtung der Raffinerie einen zu langen Zeitraum in Anspruch nimmt, was möglicherweise ins Auge gefaßt ist, dann scheinen mir doch die Argumente des Herrn Bundesministers Lanc beachtlich, der sich sicherlich vorstellt, daß zur Überbrückung dieses Zeitraumes von ich weiß nicht wie vielen, aber sicherlich einigen Jahren eine verstärkte

9740

Nationalrat XIII. GP — 99. Sitzung — 24. Jänner 1974

**Dr. Stix**

Einbeziehung des öffentlichen Verkehrs der Bundesbahn und so weiter sinnvoller und zielführender ist als die Anlegung einer eigenen Produktpipeline. Ich will hier selber keine endgültige Stellungnahme abgeben, aber es lag mir daran, auf die Widersprüchlichkeit zu verweisen, die in den Aussagen der Bundesregierung zutage tritt.

Nun zu dem Katalog der kurzfristigen energiepolitischen Maßnahmen. Es ist heute schon einiges darüber gesagt worden: ich möchte mich daher auf eine Zusammenfassung beschränken.

Noch einmal: alle getroffenen Maßnahmen wurden mit einer erheblichen Verzögerung getroffen. Diese Kritik bleibt bestehen, und es kommt die Kritik hinzu, daß die Wirksamkeit dieser getroffenen Maßnahmen gerade jetzt kumuliert, wo die Mengenkrise im wesentlichen überstanden ist. Das ist natürlich die Folge des fehlenden Konzepts.

Aber mich interessiert noch etwas anderes: Unter den in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen wird die Rationierung von Treibstoffen aufgezählt. Grundsätzlich ist es richtig, daß man sich auf eine Treibstoffrationierung vorbereiten muß. Ganz gleichgültig, wie die Krise jetzt verläuft, auch für später ist es richtig, auf eine gravierende Verknappung des Benzins oder auch des Heizöls vorbereitet zu sein, indem man dann in der Lage ist, rasch eine Rationierung einzuführen.

Über diese grundsätzliche Notwendigkeit, Herr Bundesminister, sind wir nicht verschiedener Meinung. Aber wir wissen natürlich ganz genau, daß bei einer Rationierung der Teufel im Detail steckt. Daher sind wir einfach unbefriedigt von der Aussage in den Leitlinien, daß die Rationierung der Treibstoffe vorbereitet wird, ohne daß irgendein Anhaltspunkt aufscheint, wie das im Detail geplant ist. Darüber hätten wir gerne von der Bundesregierung mehr gehört.

Weitere Beschränkungsmaßnahmen greifen auf andere Energiebereiche über. Es ist in den Leitlinien von der Beschränkung der Lichtreklame, von der Einschränkung der öffentlichen Beleuchtung die Rede. Auch da eine vollkommene Übereinstimmung mit den Vorschlägen, die im freiheitlichen Energiekonzept gemacht wurden.

Unter den Maßnahmen zur Aufbringungserhöhung nimmt eine wichtige Stellung die Kooperation mit den Lieferländern ein. Auch diese beabsichtigte und zum Teil schon praktizierte Kooperation mit den Lieferländern wird von freiheitlicher Seite begrüßt. In unserem Energiekonzept haben wir die Forderung

aufgestellt beziehungsweise die Anregung gegeben, daß man nicht nur Lieferverträge abschließen sollte, sondern daß man auf Regierungsebene zu Vertragswerken gelangen müßte, die in einer sehr vielfältigen und vielschichtigen Weise eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in allen möglichen Bereichen speziell der Industrie beinhalten und wo in dieses ganze Bündel vielfältiger Zusammenarbeit die Erdölversorgung gewissermaßen nur eingepackt ist.

Jedermann weiß, wie schnell Lieferverträge, aus welchen Gründen immer, gebrochen oder lässig durchgeführt werden können. Viel umfangreichere, komplexere Vertragswerke, die eine gegenseitige Verzahnung bringen, sind dann sehr viel schwerer zu torpedieren oder zu sabotieren. Daher haben sie für die langfristige Aufbringung des von uns benötigten Erdöls eine entscheidende Bedeutung. Ich freue mich, daß wir auf diesem Teilgebiet mit den nunmehr erklärten Absichten der Bundesregierung übereinstimmen.

Wichtig ist auch die in den Leitlinien erwähnte Verminderung von Energieverlusten. In diesem Zusammenhang steht unter anderem der Satz: „Zur Vermeidung von Wärmeverlusten in Gebäuden werden an die Interessenten Möglichkeiten einer besseren Wärmeisolierung herangetragen werden.“ Das ist wieder so ein Punkt, der sich zwar mit dem freiheitlichen Energiekonzept deckt, wo aber das freiheitliche Energiekonzept mit seinen Anregungen und Vorschlägen weit über die Leitlinien der Bundesregierung hinausgeht.

Welche Bedeutung einer verbesserten Wärmeisolierung zukommt, möge man daraus ersehen, daß, ganz grob gerechnet, fast die Hälfte der Rohenergie in irgendeiner Form in Beheizzwecke fließt. Allein durch eine bessere Gebäudeisolierung — nicht mit neuen Baustoffen, sondern mit bekannten Baustoffen und bekannten Dämmstoffen — ließe sich eine Energieersparung auf dem Heizsektor zwischen 30 und 50 Prozent erzielen. Daher haben wir die Anregung in unserem Konzept gebracht, man möge doch die Wohnbauförderung, die Gewährung öffentlicher Mittel, mit besseren Normen für eine energiesparende Wärmedämmung in Kombination bringen. Es wäre dies ein Weg, einen sanften Druck in Richtung auf ein vernünftiges Ziel hin auszuüben. Dieses vernünftige Ziel heißt eben Energieverluste einsparen.

Es ist weiters auf Seite 20 der Leitlinien von der Austria Ferngas die Rede, es heißt da: „Die Austria Ferngas Ges.m.b.H. sollte die Vertretung der gemeinsamen Interessen der Landesferngasgesellschaften . . . übernehmen.“

**Dr. Stix**

Frappierend auch hier die völlige Übereinstimmung mit dem früher herausgekommenen freiheitlichen Energiekonzept. Denn das freiheitliche Energiekonzept sieht vor, daß ähnlich wie die OMV für den Erdölsektor die Austria Ferngas für den Erdgassektor zu einem bevorzugten Instrument einer steuernden Energiepolitik gemacht werden sollte.

Als letztes einige ganz wenige Worte zur Elektrizitätswirtschaft. Auch hier stelle ich mit Genugtuung fest, daß die Leitlinien der Bundesregierung einige mutige Feststellungen enthalten. Es heißt auf Seite 28: „Eine Voraussetzung für die weitere Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft bildet die Verbesserung ihrer Erlössituation. Die Kostenentwicklung der letzten Zeit macht es dringend erforderlich, eine entsprechende Erhöhung des Erlöses herbeizuführen.“ Das ist richtig.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Werden Sie dieser Feststellung bei den jetzt bevorstehenden Stromtarifverhandlungen Rechnung tragen? Werden Sie den Mut aufbringen, der Bevölkerung zu sagen, daß wir auch und gerade in der Elektrizitätswirtschaft einen Preis benötigen, der erstens die tatsächlichen Gestehungskosten voll deckt, der zweitens eine angemessene Kapitalverzinsung sicherstellt und der drittens den Selbstfinanzierungsspielraum der Elektrizitätswirtschaft erweitert? Denn wenn wir nicht zu einer solchen Tarifgestaltung kommen, werden wir nicht in der Lage sein, jene über 200 Milliarden Schilling aufzubringen, die wir allein für den Ausbau der Elektrizitätswirtschaft, und zwar sowohl der Kraftwerke wie der Netze, bis zum Jahre 1990 benötigen. Also auch hier die Frage an Sie, Herr Bundesminister: Werden Sie aus diesen richtigen Feststellungen, die sich vollkommen mit den gleichen Feststellungen im freiheitlichen Energiekonzept decken, dann auch in der Praxis die Konsequenzen ziehen?

Zur Organisation der österreichischen Elektrizitätswirtschaft und ihrer Straffung sehen die Leitlinien einen ersten Schritt vor, nämlich „die Personalunion im Vorstand und die Betriebsgemeinschaft zwischen der Donaukraftwerke AG und der Ennskraftwerke AG“. Es ist das ganz richtig als erster Schritt bezeichnet.

Die freiheitlichen Vorstellungen im freiheitlichen Energiekonzept gehen darüber hinaus. Wir stellen uns vor, daß bei grundsätzlicher Beibehaltung der föderalistischen Struktur der österreichischen Elektrizitätswirtschaft eine Zentralisierung auf dem Wege erreicht werden müßte, daß die Sondergesellschaften schritt-

weise aufgelöst und zu Betriebsabteilungen einer umgebauten Verbundgesellschaft gemacht werden müßten.

Ein letzter Punkt, eine letzte Anmerkung zu den Leitlinien der Bundesregierung. Ich sehe auch mit einer gewissen Genugtuung, daß die Bundesregierung eine vorsichtige Haltung auf dem Gebiet der Kernenergie einnimmt.

Ich lese hier auf Seite 29, daß folgende Fragen einer eingehenden Prüfung unterzogen werden müssen: „... die unschädliche Lagerung des Atommülls und die das jetzige Ausmaß noch weitergehend unterbietende Freisetzung von radioaktiven Stoffen aus Kernkraftwerken, speziell in gasförmigem Zustand“. Auch diese vorsichtige Haltung deckt sich mit dem ähnlichen Standpunkt im freiheitlichen Energiekonzept. Und es tut sich hier ein gewisser Gegensatz zur Österreichischen Volkspartei auf, die durch ihren Energiesprecher, Herrn Abgeordneten Dr. König, ein ganz uneingeschränktes Bekenntnis zu einem massiven Ausbau der Kernwirtschaft abgegeben hat.

Damit möchte ich den ersten Vergleich zwischen freiheitlichem Energiekonzept auf der einen Seite und Leitlinien für einen österreichischen Energieplan der Bundesregierung auf der anderen Seite abschließen. In diesen Leitlinien fehlt noch vieles, vieles von dem, was im freiheitlichen Energiekonzept schon in größerem Ausmaß enthalten ist. Umso erwartungsvoller sehen wir dem von der Bundesregierung angekündigten detaillierten Energiekonzept entgegen. Wir verbinden damit die Hoffnung, daß das schon vorliegende freiheitliche Energiekonzept, so wie offenkundig hier schon bei diesen Leitlinien, eine gewisse wegweisende Hilfe für das zu erstellende große österreichische Konzept sein wird.

Wir sind uns alle einig darüber, daß Energiepolitik äußerst langfristig ist. Und daher müssen wir auch den großen Zukunftsproblemen heute schon ins Auge sehen. Es gehört dazu die Erdwärme, das heißt die geothermische Energie, es gehört dazu die Wasserstoffgewinnung als einem weitgehenden Ersatz der Kohlenwasserstoffe, es gehört dazu — wahrscheinlich für die Zukunft als wichtigstes — die Sonnenenergie. Diesen Aufgabenschwerpunkten ist im freiheitlichen Energiekonzept voll Rechnung getragen, es hat aber vorher schon diesbezügliche Hinweise im Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik gegeben.

Damit hat die Freiheitliche Partei erneut bewiesen, daß sie die Hand am Puls der Zeit hat, daß sie fähig ist, große Probleme rechtzeitig zu erkennen und Lösungen dafür anzu-

**Dr. Stix**

bieten. Wir Freiheitlichen sind gerüstet und willens, gemeinsam mit denen, die konkrete Regierungsverantwortung tragen, an der Schaffung einer großangelegten österreichischen Energiepolitik mitzuarbeiten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Brauneis. *(Abg. Peter: Die geballte Energie der VOEST!)*

Abgeordneter **Brauneis** (SPO): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist notwendig, daß die VOEST eine geballte Kraft hat. Um in dem großen Konkurrenzkampf zu bestehen, ist das unbedingt notwendig.

Ich darf zum Ausdruck bringen, daß in der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers über die wirtschaftliche Situation Österreichs die verstaatlichte Industrie einen sehr maßgeblichen Anteil gehabt hat. Über diese Industrie hat man 25 Jahre nutzlos diskutiert. Es ist nun endlich gelungen, unter dieser Bundesregierung eine Form zu finden, die wirklich angeht, dieser Industrie für die Zukunft ihre Überlebenschancen zu garantieren. *(Abg. Glaser: Beifall!)* Ich brauche keinen Beifall, es ist so. Diese 25jährige nutzlose Diskussion mit der rechten Seite dieses Hauses gibt mir auch die Berechtigung, den Herrn Klubobmann zu fragen, ob er nicht bereit wäre, in seinen Reihen die Fußmaroden zu suchen, um mitzuhelfen, diese großen wirtschaftlichen Probleme Österreichs einer Lösung zuzuführen.

Die österreichische Bundesregierung hat als eine der ersten Maßnahmen die Zusammenarbeit zwischen den Österreichischen Stickstoffwerken und der ÖMV geplant. Sie kennen die Situation: Die Stickstoffwerke und die ÖMV haben hinsichtlich der Verarbeitung eine gemeinsame Form in Gestalt einer eigenen Tochtergesellschaft gefunden. Hiezu hat die Österreichische Volkspartei nein gesagt.

Zur ÖMV und zur Übernahme der ÖMV durch den Staat darf ich, weil sie in dem Bericht enthalten ist, einiges sagen. Wenn damals die sozialistischen Unterhändler in Moskau nicht so darauf bestanden hätten, daß die ÖMV wieder österreichisches Eigentum wird, wäre die Österreichische Volkspartei bereit gewesen, darauf zu verzichten und sie den Sowjetrussen zu belassen. *(Zustimmung bei der SPO. — Widerspruch bei der ÖVP. — Abg. Graf: Das ist aber eine Unterstellung!)* Ich kann mich noch an sehr viele Zeitungsartikel erinnern, in denen man dem damaligen Vizekanzler Schärff vorgeworfen hat, daß er die Vertragsverhandlungen nur deshalb aufs Spiel setzt, weil er gefordert hat, daß die

Frage der ÖMV mit in die Verhandlungen einbezogen wird. *(Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Schleinzer: Das läßt der Bundeskanzler zu! — Abg. Dr. Kreisky: Ich habe die Zeitungsartikel hier von Ihrer Tageszeitung!)* Ich komme zu dem Schluß: Wenn es damals schon eine ÖVP-Alleinregierung gegeben hätte, hätten wir heute keine ÖMV als Staatsbesitz. *(Beifall bei der SPO.)*

Die Österreichische Volkspartei entwickelt sich in den Wirtschaftsfragen wirklich zu einer Neinsagerpartei. Wir haben hier in diesem Haus vor wenigen Wochen die Zusammenführung der Buntmetallindustrie beschlossen. Auch dazu hat die ÖVP nein gesagt. Wir haben hier in diesem Haus die Zusammenführung der Schiffswerften und ihre Eingliederung in die VOEST beschlossen, in diesen großen Stahl- und Verarbeitungskonzern. Auch dazu hat die Österreichische Volkspartei nein gesagt.

Sie sagen immer, Sie wollen mitarbeiten bei wirtschaftlichen Entscheidungen, Sie sind bereit dazu. Und wenn die Entscheidungen dann in dieses Haus kommen, sind Sie dagegen. Sagen Sie nicht, daß die Entscheidungen, die hier gefällt worden sind, politische Entscheidungen waren. Hier haben maßgeblich im Auftrag der Bundesregierung die verantwortlichen Fachleute der einzelnen Betriebe mitgearbeitet, und sie sind ebenso wie wir zu der Meinung gekommen, daß die Zusammenführung der branchengleichen Unternehmungen in der Form, wie wir sie vorgeschlagen haben, der einzig richtige Weg ist.

Sie haben auch zur großen Stahllösung nein gesagt. Darf ich dazu sagen, daß jetzt nach Ablauf eines Jahres ersichtlich ist, welcher großen Vorteil die Zusammenführung für diese Industrie und für diese Wirtschaft bedeutet. *(Beifall bei der SPO.)*

Warum haben wir die VOEST und Alpine zusammengeführt und die beiden großen Edelmetallwerke Schoeller und Böhler mit als Tochterunternehmen eingegliedert: Erstens zur Vermeidung von Doppelentwicklungen am Programm- und Investitionssektor; weiter wegen der Lösung der Erzfrage; ferner bestand die Notwendigkeit einer Stärkung dieser vier Betriebe, die im internationalen Konkurrenzkampf eben durch Rationalisierungen auf allen Sektoren sich verbessern mußten, und zwar im Verkauf, in der Produktion, in der Forschung, im Einkauf, in den Finanzen und ebenfalls in der Verwaltung.

Genau dasselbe, was sich zwischen VOEST und Alpine als notwendig erwiesen hat, hat sich selbstverständlich auch mit den Edelmetall-

**Brauneis**

töchtern Schoeller, Böhler und Styria herauskristallisiert: ebenfalls eine Stärkung herbeizuführen, um diesen internationalen Konkurrenzkampf bestehen zu können.

Es war meiner Meinung nach höchste Zeit, daß dieses große Werk geschaffen wurde, denn Sie wissen ja alle, daß der Vertrag mit der EWG vorhanden war und daß letzten Endes diese neun Länder der EWG zu den größten Stahlerzeugern der Welt gehören. Wir müssen in diesem Raum eben die Kraft besitzen, konkurrenzfähig mitarbeiten zu können.

Und was haben wir in diesem einen Jahr bisher erreicht? Wir haben die Investitionsprogramme abgestimmt zwischen der Mutter und den Töchtern. Wir haben die derzeit 9 Milliarden Schilling schon beschlossen oder stehen vor dem Beschluß. Darüber hinaus sind für weitere Planungen noch einige Milliarden vorgesehen. Sie haben ja heute im Bericht gehört, es sind weitere Strukturinvestitionen durchzuführen, über 15 Milliarden bis 1978, um eine bessere Auslastung, eine weitere Rationalisierung erreichen zu können. Wir haben die Frage des Erzbergbaues gelöst. Ich habe hier schon einmal erklärt, daß die Fachleute Möllerungen ausgearbeitet haben, die es heute allen drei Erzbergbauen, die wir haben, garantieren, weiterhin ihre Produktion aufrechterhalten zu können.

Wir haben Zielsetzungen gesteckt, die bis 1980 geplant wurden für Einzelbereiche im Hüttensektor, im Erzbergbau, in den Maschinen- und Stahlbauten und im Industrieanlagenbau.

Wir haben das aber nicht nur für die Mutter, sondern auch für die Töchter soweit im Programm, daß wir versuchen, diese Überschneidungen wegzubringen. Es werden in Ausschüssen, die gebildet worden sind, alle diese Probleme bis ins Detail und für jedes Produkt behandelt, um keine Schwierigkeiten beim Arbeitsablauf dieser Betriebe zu bekommen.

Wir haben den Verkauf konzentriert. Das war eine der ersten Maßnahmen, die gesetzt wurden. Noch während die Verhandlungen gelaufen sind, haben sich die Vorstände schon abgesprochen. Mit dem ersten Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes wurde der Verkauf schon unter einheitlicher Leitung und unter einheitlichen Gesichtspunkten geführt. Wir haben sofort ab dem ersten Tag eine einheitliche Finanzpolitik über den ganzen Konzern erreichen können. Wir haben in diesem Jahr nach schwierigen Arbeiten erreicht, daß ab 1. Jänner 1974 eine einheitliche Kostenrechnung für den ganzen Konzern in Kraft treten konnte.

Die Abstimmung der Verkaufsorganisation der Edelfahlwerke und der Mutter im Ausland — eine sehr schwierige Angelegenheit — wurde auch schon sehr stark in Angriff genommen, und es konnten schon weitgehende Erfolge am Exportsektor für dieses Unternehmen erzielt werden.

Wir haben aber auch die inländischen Verkaufsorganisationen, die diese große Stahlindustrie zur Verfügung hat, durch Konzentration einer gesünderen, besseren Wirtschaftlichkeit zugeführt.

Wir haben eine Vereinheitlichung und eine Integration der Organisationsstruktur und der Führungsgrundsätze zur Führung der Tochtergesellschaften durch erhöhte Selbständigkeit, aber bei gleichzeitiger Wahrung der Konzerne erreichen können.

Wir sind daran, eine Harmonisierung der lohn-, gehalts- und sozialpolitischen Angelegenheiten zu erreichen. Auch auf diesem Sektor konnten schon einige Erfolge erzielt werden.

Natürlich ist für diesen Komplex, der vor uns steht, sehr viel Geld notwendig. Sie haben hier auch in der Budgetdebatte immer über diese 2 Milliarden Schilling Morgengabe gesprochen. Ich kann Ihnen sagen — ich habe es schon in der Budgetdebatte erklärt —, daß der Firmenvorstand mit der OIAG verhandelt hat und daß jetzt die erste Tranche, 500 Millionen Schilling, dem Stahlkonzern zugeführt werden, um die Investitionen besser finanzieren zu können. Glauben Sie mir, daß dieses Geld kein Geschenk ist! Denn diese Geldinvestitionen vom Staat und der OIAG sind nicht nur eine bessere Absicherung der zirka 100.000 Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie, diese verstaatlichte Industrie ist durch ihre Größe wirtschaftlich mit der privaten Wirtschaft so eng verbunden, daß die Gesundheit dieser Industrie sich indirekt auf Hunderttausende Menschen in diesem Lande auswirkt. Wenn die verstaatlichte Industrie mit ihren schweren, großen Anlagen gut arbeiten kann, wird das auch in vielen, vielen Branchen der Privatindustrie möglich sein.

Wenn der Herr Klubobmann Koren hier immer sehr gerne aufzeigt, daß wir dort oder da bei einer Wahl eventuell verloren haben (*Abg. Dr. Zittmayr*: „Eventuell!“), dann kann ich Ihnen sagen: Die Arbeiter der verstaatlichten Industrie wissen ganz genau, wer für Sie sorgt. Ich kann Ihnen nur als Beispiel nennen: Wir haben jetzt innerhalb von drei Wochen die Vertrauensmännerwahlen in unserem Betrieb in Linz durchgeführt. Und das Ergebnis war: 93,6 Prozent für die sozialistische Fraktion! (*Beifall bei der SPÖ.*)

9744

Nationalrat XIII. GP — 99. Sitzung — 24. Jänner 1974

**Brauneis**

Wir nehmen den Wirtschaftsbericht gerne zur Kenntnis, weil er aufgezeigt hat, wie verantwortungsbewußt die Bundesregierung an die Probleme herangeht. Wir glauben, daß wir Beschäftigten der verstaatlichten Industrie noch nie so sichere Arbeitsplätze gehabt haben, wie wir sie derzeit haben. *(Beifall bei der SPO.)*

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Mock.

Abgeordneter Dr. **Mock** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn mir die Bemerkung erlaubt ist: Auch wenn man Braun-eis heißt, sollte man nicht auf das Eis gehen, sonst kann man dabei leicht ausrutschen. *(Ruf bei der SPO: Das ist ein „Witz“!)* Wenn es heißt, die Arbeitnehmer in der verstaatlichten Industrie wissen, wer ihre Arbeitsplätze sichert, so sollte sich der Herr Abgeordnete Brauneis daran erinnern, was seinerzeit der sozialistische Betriebsrat Ruhaltinger anlässlich der Auseinandersetzung um die VOEST-Alpine-Fusion gerufen hat, nämlich: „Genossen, es ist eine Schande, daß heute die Schwarzen“ *(Zwischenruf des Bundeskanzlers Dr. Kreisky)* — Herr Bundeskanzler ich bitte um Aufmerksamkeit, keine Zwischenrufe von der Regierungsbank — „unsere Arbeitsplätze gegen eine rote Regierung verteidigen müssen!“ *(Beifall bei der ÖVP.)* Das widerspiegelt das Vertrauen der Arbeitnehmer der verstaatlichten Industrie in die SPO. Stimmt es oder stimmt es nicht? *(Abg. Brauneis: Kollege Mock! Darf ich an Sie eine Frage richten?)* Natürlich können Sie eine Frage an mich richten. *(Abg. Brauneis: Hast du dich noch nie versprochen?)* Bitte, er hat das dort, bei dieser Veranstaltung nicht zurückgenommen! Das konnte man überall nachlesen! *(Abg. Brauneis: Hast du noch nie einen Versprecher gehabt?)* Natürlich habe ich auch schon einen Versprecher gehabt. — Ruhaltinger hat das dort bewußt gesagt, und das darf nicht als Versprecher zurückgenommen werden. *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Er ist irregeführt worden!)* Aber bitte, abgesehen, Herr Abgeordneter Brauneis ... *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Er ist irregeführt worden von Ihren Zeitungen — wie so oft!)* Herr Bundeskanzler! Ich möchte gar keinen Empfindlichen spielen, aber schauen Sie: Gehen Sie herunter ans Rednerpult, Sie sind Abgeordneter und können hier reden! Reden Sie mir nicht in den Rücken hinein! *(Ruf bei der SPO: Na, na, nur nicht so arrogant! — Abg. Skritek: Der ist empfindlich!)* Herr Bundeskanzler, es gibt Verfahrensregeln, und Sie verwenden doch auch wiederholt das Wort Courtoisie; nicht

nur, weil es französisch ist, sondern, wie ich annehme, weil Sie sich daran halten wollen. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Das zweite, Herr Abgeordneter Brauneis: Sie reden wieder einmal von der Neinsagerpartei. Bitte, ich unterstelle Ihnen wirklich nicht, daß Sie diesen Bericht des Herrn Bundeskanzlers vorher nicht gelesen haben. Aber auf Seite 57 berührt der Herr Bundeskanzler, daß 260 Gesetzesbeschlüsse im Nationalrat — das sind 83,6 Prozent aller Beschlüsse — einstimmig gefaßt worden sind mit den Stimmen der „Neinsagerpartei.“ *(Abg. Brauneis: Ich habe gesagt: in den wichtigsten Wirtschaftsgesetzen!)* Ich hoffe, Sie haben das doch hier gelesen.

Aber er berührt sich weiter, daß die Arbeitsverfassung — ein wichtiges gesellschaftspolitisches Gesetz — auch einstimmig gefaßt worden ist; also nicht nur reine Wirtschaftsgesetze. Schon wieder ein Widerspruch! *(Abg. Brauneis: Ich habe gesagt: Wichtige Wirtschaftsgesetze!)* Also, Herr Abgeordneter Brauneis, ein bisschen vorsichtiger, dann setzt man sich solchen Repliken nicht aus. *(Abg. Brauneis: Sie haben bei Ranshofen nein gesagt, bei der VOEST nein gesagt, bei der Schiffswerft nein gesagt!)* Nur über eines, meine Herren, müssen Sie sich im klaren sein: Apportieren werden wir Ihre Vorschläge nicht! Dort, wo Sie konstruktiv verhandeln, können Sie mit unserer Zustimmung rechnen *(Beifall bei der ÖVP — Zwischenrufe bei der SPO)* und dort, wo Sie eine rein sozialistische Politik machen, werden wir es ablehnen. *(Abg. Brauneis: Eure Fachleute in den Betrieben waren unserer Meinung, nicht eurer Meinung! Einstimmige Beschlüsse in den Vorständen!)* Sie können gar nicht alles nachholen, was Sie vergessen haben hier heraußen zu sagen, Herr Abgeordneter Brauneis. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Bitte, mir ist es ja nicht ganz klar: Ist das ein Wirtschaftsbericht, ist das ein Energiebericht oder ist es eher ein allgemeinpolitischer Bericht? Was einmal auffällt — es ist nicht klar definierbar, das hat ja der Herr Klubobmann schon gesagt — ist, daß für einen allgemeinen Bericht über die Politik der Bundesregierung einfach wichtigste Bereiche der politischen Entwicklung hier nicht behandelt werden.

Es wurde mit Recht darauf verwiesen, daß es einfach ein politischer Skandal ist, wenn man in einem solchen umfassenden Bericht kein Wort über die schwierige Situation der Landwirtschaft spricht. Wir werden Ihnen bei jeder Gelegenheit, Herr Bundeskanzler, in Erinnerung rufen, daß wir in Fragen aller sozialen Gruppen, wo sie von der Politik dieser



**Dr. Mock**

Bundesregierung diskriminiert werden, in der Österreichischen Volkspartei solidarisch sind; bei den Schwierigkeiten anlässlich des Strukturwandels in der Landwirtschaft, der von Ihnen praktisch negiert wird, genauso wie in Fragen des öffentlichen Dienstes, genauso, wenn Sie die Familien diskriminieren oder ähnliches mehr.

Kein Wort, Herr Bundeskanzler, von der Medienpolitik. Gerade in diesen Tagen, meine Damen und Herren, sind die Zeitungen davon voll. Na und so schweigsam ist ja der Herr Bundeskanzler sonst auch nicht, daß er nicht jede Gelegenheit benützt, irgendeine Aussage zu machen. Aber das ist ihm offensichtlich ein bißchen zu gefährlich. Hier stellt er fest: Die Bundesregierung muß alles tun, um den Eindruck zu vermeiden, sie dränge sich irgendwo in die Probleme der Pressefreiheit, der Informationsfreiheit hinein. Ja, Herr Bundeskanzler, wo war denn diese Vorsicht beim ORF? Seit zweieinhalb Jahren setzen Sie den unabhängigen ORF entgegen Ihren früheren Zusagen unter Druck.

Wo war denn diese Vorsicht und die Zurückhaltung bei der Verteilung von Flugblättern durch Ihren Zentralsekretär Marsch gegen unabhängige Zeitungen? Da haben Sie keine Skrupel gehabt, in Fragen der Pressefreiheit, in Fragen der Medienpolitik Standpunkte zu beziehen, unabhängige Institutionen unter Druck zu setzen. Kein Wort davon! Momentan ist es zu gefährlich.

Und das ist für mich — ich könnte noch andere Bereiche aufzählen — typisch für den opportunistischen Charakter dieses Papiers und für den Opportunismus, der sich in Ihrer ganzen Politik seit drei Jahren zeigt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Abgeordnete Brauneis hat gezeigt, daß für manchen sozialistischen Gewerkschafter und Abgeordneten Lohhudeleien gegenüber der Bundesregierung wichtiger sind und daß es weniger um die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen geht. Wenn alles so schön ist, wie es hier gefärbt ist, Herr Bundeskanzler, dann frage ich mich, warum sich die Leute seit drei Jahren Sorge um die wachsende Teuerung machen, warum sich die Öffentlichkeit, die Wirtschaft, Interessenvertretungen aller Art immer mehr Sorge machen um das Defizit unserer Handelsbilanz, um das wachsende Defizit unserer Zahlungsbilanz, um die Konsequenzen für unsere Währung und um die rapide Verschlechterung unserer Zahlungsbilanz seit Sommer 1973, nicht erst seit der Energiekrise; warum sich die Leute Sorgen machen um unsere Wettbewerbsfähigkeit im Ausland, die durch ein immer stärkeres Aus-

einanderklaffen zwischen Ein- und Ausfuhren gezeichnet ist. Hier könnte man ja viele andere Materien aufzählen. Sie befassen sich hier mit der Gesundheitspolitik, Herr Bundeskanzler. Niemand mehr in Österreich — ich bin überzeugt, nicht einmal Sie tun es — glaubt mehr, daß von diesem Ministerium eine konzeptive und wirksame Gesundheitspolitik ausgeht. Unter vier Augen bestreiten das nicht einmal mehr Sozialisten.

Herr Bundeskanzler! Daß Sie hier in einem so umfassenden Bericht die Landesverteidigung mit dem Mantel barmherzigen Schweigens umhüllen, das mache ich Ihnen nicht zum Vorwurf. Dafür habe ich Verständnis, denn auf diesem Gebiet ist selbst für Sie, der Sie ein erfindungsreicher Mann sind, eigentlich nichts mehr zu erfinden. Die Panzerschranke des Herrn Lütgendorf scheinen schon geleert zu sein.

Das ist eine allgemeine Charakteristik dieses Berichtes. Er ist opportunistisch ausgerichtet, es fehlen wichtige Bereiche. Wenn ich einige Einzelfragen nenne: Sie haben sich ausführlich mit der Inflation beschäftigt. Herr Bundeskanzler, es gibt noch 20 andere Statistiken; ich möchte hier wirklich den Nationalrat nicht langweilen. Sie haben kein Wort davon gesprochen, wenn Sie sich auf das Ausland immer wieder berufen, wie der Index der Preise für Importwaren in den letzten vier Jahren aussieht.

1970 stieg der Preisindex für Importwaren um 4,4 Prozent; 1971 um 4,2 Prozent; 1972 sank der Importwarenpreisindex um 0,3 Prozent, und vom Jahre 1972 auf 1973 stieg er um 2,7 Prozent. Das heißt, die Indexsteigerung bei importierten Waren lag immer unter der internen Preissteigerung, das heißt, die Hauptschuldigen für die ständige Teuerung sind die Verantwortlichen für die österreichische Wirtschaftspolitik, das heißt: die österreichische Bundesregierung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun ist es natürlich wichtig, Herr Bundeskanzler, daß man versucht, diese Aussagen bei der Skepsis, die gelegentlich parlamentarischen Debatten entgegengebracht wird, durch möglichst allgemein anerkannte Institutionen zu untermauern. Die OECD ist Ihnen ja nicht unbekannt, ich habe sie schon wiederholt zitiert. Auch im neuesten, im letzten Bericht der OECD heißt es:

„Dennoch ist die Rolle der importierten Inflation bei dem jüngsten, eher plötzlichen Nachlassen der inländischen Preisstabilität weniger hervorstechend.“ — Hier haben Sie auch international das bestätigt, was Ihnen die Opposition hier immer wieder sagt.

**Dr. Mock**

Ich wäre interessiert, Herr Bundeskanzler, wenn Sie zum Importwarenpreisindex Stellung nehmen würden. Sie haben, als ich das voriges Jahr hier verwendet habe, kein Wort dazu gesagt. Sie haben am Ende Ihres Berichtes betont, daß Sie an Vorschlägen, an Kritiken, an Äußerungen der Opposition des Parlaments interessiert seien. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie hier auch Stellung nehmen würden.

Nun darf man dabei nicht vergessen, meine Damen und Herren, daß die Erdölverteuerung ja heute auf einem Teuerungssockel aufbaut, der in den letzten drei Jahren durch die Politik der Bundesregierung hergestellt worden ist. Und wir werden, Herr Bundeskanzler, durch eine sehr intensive Aufklärungstätigkeit verhindern, daß die Politik von Scheichs und anderen Staatsoberhäuptern für Sie als Ausrede für das Versagen Ihrer Wirtschaftspolitik herhalten muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Energiekosten, meine Damen und Herren, stellen an den Gesamtkosten der Industrie 5 Prozent dar. Von diesen 5 Prozent Energiekosten beziehen sich ungefähr die Hälfte, also 2,5 Prozent, auf das Heizöl. Das heißt, wenn die Heizölkosten um das Doppelte steigen, steigen die Produktionskosten um 2,5 Prozent. Diese Ausrede wird Ihnen, Herr Bundeskanzler, niemand abnehmen.

Man könnte natürlich in diesem Zusammenhang noch auf viele Details des Berichtes eingehen. Es wird uns angekündigt, daß der Herr Vizekanzler jede Woche im Ministerrat einen Bericht über den Arbeitsmarkt liefert. Da feiert halt hier wieder die alte Ankündigungspolitik von Berichterstattungen, Prüfungen und Kommissionen fröhliche Urständ.

Herr Bundeskanzler, Sie haben vor zwei Jahren — 1972 — anlässlich des Preisauftriebes bei Einführung der Mehrwertsteuer ein Ministerkomitee zur Behandlung von Preisfragen eingesetzt. Ich wäre interessiert: Was hat dieses Ministerkomitee in den letzten zwei Jahren gemacht, wie oft ist es zusammengetreten, was sind Ihre zukünftigen Absichten im Hinblick auf die steigende Teuerung, und ähnliches mehr? Und das scheint mir ähnlichen Charakter zu haben.

Es wird hier gesagt, im Zusammenhang mit der Wohnbaupolitik werden Sie sich mit den Landeshauptleuten beraten. Wir haben vor zwei Jahren gehört, daß man sich bezüglich einer Baukoordinierung berät. Wie oft ist ein entsprechendes Gremium zusammengetreten? Was waren die Beschlüsse? Man kann sich nicht, Herr Bundeskanzler, von einem Problem zum anderen nur mit rein politischen Aussagen, mit Ankündigungen hinwegturnen.

Das zeigt sich halt auch in diesem Bericht, der, wie ich vorhin gesagt habe, den zentralen Fragen aus dem Weg geht. Das geht zurück bis zur letzten Seite, wo sehr viel die Rede von Zusammenarbeit ist.

Sicher, Herr Bundeskanzler, ich möchte nie einem politischen Gegner von vornherein, wenn er es auch zum x-tenmal wiederholt und sich nicht immer daran hält, die entsprechende Absicht absprechen. Aber wie war es denn in der Praxis mit der Zusammenarbeit mit den Oppositionsparteien bei der 29. ASVG-Novelle und bei der Strafrechtsreform? Heute erzählen Sie uns von der Zusammenarbeit, und gestern wurde mit der Mehrheit von 51 Prozent in einer zentralen gesellschafts-politischen Frage, nämlich der Strafrechtsreform, einfach über die Einwände der Öffentlichkeit, aber auch der Opposition hinweggegangen.

Sie können doch nicht erwarten, daß Sie hier hundertprozentig glaubhaft sind. Ich möchte gar nicht an das Ortstafelgesetz erinnern, dafür zahlt ja ohnehin der Herr Landeshauptmann von Kärnten.

Ich möchte nicht vom Thema abweichen. Es wäre natürlich ganz interessant, Herr Bundeskanzler, eines Tages vielleicht eine politologische Arbeit in Auftrag zu geben, wo man analysiert, daß im Jahre 1962 bei den damaligen Koalitionsverhandlungen das Außenministerium der ÖVP zugesprochen werden sollte und dann der damalige Innenminister und Gewerkschaftsbundpräsident Olah mit dem ganzen politischen Gewicht seiner Position gesagt hat: Das hängt nicht am Christbaum!

Und dann blieb der Herr Dr. Kreisky Außenminister. Zwei Jahre später wurde von einem Tag auf den anderen der Innenminister Olah fallengelassen.

Im Jahre 1967 war Landeshauptmann Sima, wie man überall lesen konnte, der Königsmacher bei der Wahl des Herrn Bundesparteiobmannes der SPÖ Dr. Kreisky. Jetzt mußte er für ein Bundesgesetz seinen Rücktritt unterschreiben, das hier von der SPÖ-Fraktion gegen unsere Stimmen natürlich mit Unterstützung des Herrn Bundeskanzlers beschlossen worden ist.

Jeder weiß — aber bitte, Sie können das hier vielleicht dementieren, da wurde ich nicht authentisch informiert —, daß der Herr Bundeskanzler dem Herrn Bürgermeister Slavik den Ratschlag gegeben hat, doch bezüglich des Sternwarteparks eine Volksabstimmung zu machen. Das war der letzte Anstoß, daß der Herr Bürgermeister abtreten mußte.

**Dr. Mock**

Der Herr Bundeskanzler hat die oberösterreichische Landtagswahl zur Bundeswahl erklärt, zum Bundestest hochstilisiert. Das ging großartig daneben. Heute müssen dafür Hillinger, Habringer und Landeshauptmannstellvertreter Friedl zahlen.

Wenn man diese Entwicklungslinie extrapoliert, ergibt sich ja für die Zukunft eine ganz interessante politische Landschaft; weiters würde ich mich in der Haut manches sozialistischen Spitzenfunktionärs nicht gerade wohlfühlen, wenn das so weitergeht.

Aber, meine Damen und Herren, das ist nur daneben bemerkt, ich komme sofort wieder auf die eigentliche Sache zurück. Ich bin nur überzeugt, meine Damen und Herren, daß über eine solche Entwicklung auch mancher sozialistische Spitzenfunktionär nachdenkt. Aber das ist ja nicht primär meine Sache, Herr Bundeskanzler, sondern Angelegenheit der Sozialisten. Es ist nur eine ganz interessante Entwicklung.

Meine Damen und Herren! Damit komme ich zu einer grundsätzlichen Frage. (*Abg. Dr. Fischer: Wo ist der Klaus, wo ist der Piffel, wo ist der Withalm? — Abg. Skritek: Damit können Sie uns nur erheitern, das ist gut um diese Zeit!*)

Das scheint Sie sehr gereizt zu haben, meine Damen und Herren, weil Sie auf einmal so nervös werden und mit Zwischenrufen reagieren. (*Weitere Zwischenrufe.*) Es gibt jede Möglichkeit der Zwischenrufe.

Hinter der Auseinandersetzung um Einzelfragen der Inflation, glaube ich, steht ein Grundsatzproblem, nämlich die Tatsache, daß die ständige Teuerung, das heißt die Inflation, als gesellschaftspolitisches Phänomen in Österreich durch die Politik dieser Regierung institutionalisiert worden ist. Und die Inflation, Herr Bundeskanzler, wirkt gesellschaftspolitisch destabilisierend.

Ich darf Sie hier an die Arbeit der OECD vom Dezember 1970 erinnern, wo eindeutig darauf verwiesen wird, daß sich langfristig die Ergebnisse der Inflation gegen unser westeuropäisches Gesellschaftssystem richten.

Es ist interessant, daß die gleichen, die die Inflationspolitik gewähren lassen, dann, wenn sich die negativen Ergebnisse der Inflation zeigen, die Frage stellen, ob wohl dieses politische System, die westliche parlamentarische Demokratie, mit den Auswirkungen der Inflation eigentlich fertig wird, die doch dem einzelnen, den gesellschaftlichen Gruppen, den Parteien soviel Freiheitsraum gibt.

Die gleichen, die diese Inflationspolitik verniedlichen und gewähren lassen, stellen dann die Frage, ob denn dieses Wirtschaftssystem,

die soziale Marktwirtschaft, die den Teilnehmern am Wirtschaftsgeschehen, den einzelnen und den Gruppen so viel Freiheit gibt, noch mit diesen Auswirkungen der Inflation fertig wird? Bei den Jungsozialisten und Neomarxisten findet man wenigstens die Ehrlichkeit, daß sie sagen: daher müssen diese gesellschaftlichen Systeme beseitigt werden. (*Zwischenruf des Abg. Robert Weisz.*)

Das ist der tiefere gesellschaftspolitische Grund, und das sind die langfristigen Konsequenzen der Inflation. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Ich unterstelle Ihnen jetzt gar nicht, daß Sie persönlich diese radikalen Umwälzungen wollen, so wie es Neomarxisten in- und außerhalb Ihrer Partei anstreben. Aber Sie sind der Wegbereiter dieser politischen Gruppen. Das muß Ihnen hier im Parlament einmal gesagt werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Warum konnte sich denn die Inflation bisher behaupten? Versuchen wir das einmal nüchtern herauszuarbeiten! Weil sich die Regierung der Sicherheit der Arbeitsplätze, der steigenden Steuereinnahmen und der real erleichterten Schuldenlast sicher war, weil man sicherlich noch weg ist von allgemeiner wirtschaftlicher Anarchie, auf die man zugeht, weil auch viele Unternehmer überdurchschnittliche Verkaufserfolge haben, durch lange Zeit vom Konsumboom getragen waren, die erhöhten Produktionskosten nicht voll kalkuliert und erzielte Scheingewinne sehr oft nicht auf den realen Gehalt zurückgeführt haben, weil sich auch mancher Gewerkschaftsvertreter gewisser erfolgreicher Lohnrunden erfreuen konnte, weil die Arbeitnehmer das rein Nominelle an mancher Lohnerhöhung noch nicht entdeckt haben, weil sie noch nicht entdeckt haben, daß sie, die ja normalerweise nur Geldvermögen bilden können, durch die Inflation expropriert werden.

Die Inflation konnte bis heute noch in irgendeiner Weise politisch von der Regierung verkraftet werden, weil trotz der hohen Inflationsraten das Masseneinkommen noch immer steigt und die Auswirkungen der Inflation nur sektoral, wie ich vorhin erklärt habe, wirksam werden.

Das ändert nichts daran — und das aufzuzeigen, dazu ist eine Opposition auch da —, daß die Inflation heute tatsächlich die Ausmaße eines Volksbetruges annimmt. Hier zeigt sich zum Beispiel gesellschaftspolitisch eine neue Facette des Generationenkonfliktes: Die Alten, meine Damen und Herren, die relativ wenig Schulden haben, die sich gelegentlich ein bescheidenes Geldvermögen im Ver-

**Dr. Mock**

hältnis zu den Jungen anlegen können, leiden vor allem unter der Inflation, während die jüngere Generation kurzfristig mit der höheren Kreditrate oder Verschuldungsrate vielleicht profitiert. Kurzfristig! Dies ist eine neue Form des Generationenkonfliktes im wirtschaftlich-sozialen Bereich.

Ich brauche nicht daran zu erinnern, wie die Sparer unter die Räder kommen. Auf das Jahr 1973 bezogen haben wir eine Sparsumme von 190 Millionen Schilling. Wenn man eine 7,6prozentige Inflationsrate annimmt, ergibt das allein für 1973 einen Verlust von 12 Milliarden, wo nicht einmal die Hälfte durch Zinserträge wieder hereingebracht werden kann. Weil die Finanzplanung ja immer unmöglicher wird — Ihre Planung in der Bundesregierung genauso wie die Planung des einzelnen Wirtschaftsunternehmens, ob privat oder verstaatlicht.

Man könnte hier den Herrn Finanzminister zitieren: Budgetvorschaun gibt es jetzt keine mehr. Ich habe fast politisch Verständnis dafür, warum soll er bei einer so durcheinandergebrachten Entwicklung eine Budgetvorschau machen, wenn er fast mit Sicherheit rechnen muß, sechs Monate später stimmt ja wieder alles nicht. Der Planungsprozeß — ein Wort, das die Sozialisten immer in den Mund nehmen — wird durch Ihre Politik unmöglich gemacht, Herr Bundeskanzler (*Beifall bei der ÖVP*), weil die Inflation darüber hinaus natürlich zum sofortigen Konsum anregt und dadurch weiter dynamisiert wird.

Dabei darf ich denn doch daran erinnern, daß wir es uns mit der Kritik nicht leicht gemacht haben; zum ersten Mal am 18. Juni 1971, glaube ich, als wir durch unseren Bundesparteiohmann, dazumal noch eher unter höhnischer Zurückweisung der Sozialisten ein Stabilisierungsprogramm erstellt haben.

Aber wenn man schon solche Vorschläge der Opposition auf Stabilisierung nicht akzeptiert, wie steht es dann mit dem Beiratsgutachten über den Preis- und Kostenauftrieb einer allgemein anerkannten Institution, wo die Einführung einer mehrjährigen Finanzplanung gefordert wird? Das ist nicht nur nicht realisiert, sondern die Budgetvorschau ist sogar hinfällig geworden. Ferner wird erwähnt die Umstrukturierung des öffentlichen Haushalts durch Einsparungen und Rationalisierungen sowohl der Hoheitsverwaltung wie der öffentlichen Betriebe. Herr Bundeskanzler! Die Verwaltungsreform mit 8500 zusätzlichen Dienstposten in drei Jahren ist ja wirklich über Gebühr strapaziert worden. Darauf möchte ich gar nicht weiter eingehen.

Auch die neuen Ministerien ... (*Ruf bei der SPÖ: Wird für Sie gut sein!*) Nein, es ist eher gut für Sie, aber die Öffentlichkeit registriert ja langsam, Herr Abgeordneter! Wir wollen nicht mehr Dienstposten, sondern besser bezahlte und besser ausgebildete Kollegen im öffentlichen Dienst, das ist unser Grundkonzept! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Im übrigen, wenn man das Universitäts-Organisationsgesetz ansieht, würde ich dem Herrn Unterrichtsminister Dr. Sinowatz ohne weiteres zubilligen, daß er das allein auch zusammengebracht hätte, was in einem eigenen, Millionen kostenden Wissenschaftsministerium in den letzten drei Jahren produziert wurde. Aber ich gebe zu, der Herr Vizekanzler hätte sogar wahrscheinlich mehr geleistet als das Gesundheitsministerium. Ich möchte ihm nicht unterstellen, daß er darüber nicht hinausgekommen wäre. Also das könnten wir uns auch ersparen!

Und dann reden Sie von Verwaltungsreform, von der Verwaltungsakademie. Herr Bundeskanzler! Darf ich Sie erinnern, vor zwei Jahren habe ich Ihnen hier gesagt, Sie haben von der letzten Regierung einen Gesetzentwurf übernommen, Sie haben in einem Bericht an das Parlament festgestellt, daß hier weitgehend verwertbare Ideen sind. Heute, bis Jänner 1974, haben wir weder eine Regierungsvorlage noch die Ankündigung einer Regierungsvorlage, die uns zu einem Beschluß im Hause hier befähigt; heute bekommen wir einen Ankündigungsbericht, einen Bericht, der eine opportunistische Politik widerspiegelt.

Das zweite grundsätzliche Thema, meine Damen und Herren, ist die Lohn- und Einkommensteuersenkung. Sie werden das, Herr Bundeskanzler, von der Tagesordnung der politischen Diskussion nicht wegbringen. Auch wenn sich der Herr Präsident des Gewerkschaftsbundes gestern wieder bemüht hat, Ihnen die Mauer zu machen, indem er gesagt hat, es ist vorläufig mit einer Lohnsteuersenkung nicht zu rechnen, und im übrigen hätten jene, die kleine Löhne haben, nichts von einer Lohnsteuersenkung. Warum ist er denn dann überhaupt jemals für eine Lohnsteuersenkung eingetreten, wenn das ein Argument gegen eine Lohnsteuersenkung ist?

Der ÖGB-Präsident weiß genau — ich zitiere hier aus der Presseberichterstattung —, daß seine Fachleute für 1974 eine Steigerung der Lohnsteuereinnahmen im Ausmaß von 35 bis 38 Prozent bei einer Lohnsteigerung von 14 bis 17 Prozent errechnet haben. Das ist soziale Politik, wie Sie sie verstehen! Das ist Raubbau am Einkommen der Arbeitnehmer! Ich möchte das hier im Parlament gesagt haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Dr. Mock**

Der Herr Gewerkschaftsbundpräsident weiß ganz genau, daß ein Arbeitnehmer, der 6000 S verdient, Alleinverdiener ist, zwei Kinder hat, dann, wenn er 12 Prozent Lohnerhöhung bekommt, von dieser Lohnerhöhung abzüglich Steuerprogression, Inflation 0,9 Prozent netto herausbekommt. Trotzdem keine Lohnsteuersenkung, denn wichtiger ist es — das zeigten die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Brauneis —, der Regierung Lob zu spenden, und wichtiger ist es, ihr politisch die Mauer zu machen.

Dahinter gibt es aber auch, meine Damen und Herren, ein Grundsatzproblem: Wir sind der Auffassung, daß der einzelne von seinem Einkommen dem Gemeinwesen, dem Staat das zu geben hat, was zur Erfüllung der allgemeinen und insbesondere der sozialen Staatsaufgaben unbedingt notwendig ist, daß dem einzelnen möglichst viel von seinem Arbeitsertrag bleiben soll, weil wir den einzelnen für am besten qualifiziert betrachten, über seinen Arbeitsertrag zu verfügen.

Die Sozialisten glauben, sie müssen dem einzelnen möglichst viel abnehmen und ihm das belassen, was ihm aus politischen Gründen nicht wegzunehmen ist, und es ihm dann auf Umwegen wieder geben, nach Möglichkeit in Form von Naturalleistungen, denn — siehe Lösung der Schulbuchfrage! — der einzelne, in diesem Fall die Eltern sind ja nicht qualifiziert, darüber zu entscheiden, was am besten für ihre Kinder angeschafft werden soll.

Es ist schon richtig, daß zwischen den beiden politischen Lagern in Österreich in der Grundkonzeption über die Gesellschaft und über die Stellung des einzelnen Menschen ein ganz entscheidender Unterschied besteht. Wir stehen zu diesem Unterschied. Wir werden ihn immer wieder herausarbeiten, um auf diese Weise auch zu versuchen, dem österreichischen Wähler nicht nur bei regionalen Wahlen, sondern auch bei den bevorstehenden Bundeswahlen eine echte Alternative anzubieten.

Ich würde es begrüßen, Herr Bundeskanzler, wenn Sie auch zu einer ganzen Reihe positiver Vorschläge, die wir auch in dieser Phase erstattet haben, Stellung nehmen könnten.

Beschäftigt man sich mit einer Energiestrukturpolitik, die die Energienachfrage allenfalls ändert, wobei wir allenfalls von Importen weniger abhängig sind? Wie ist die Position der Bundesregierung dazu?

Wie steht es überhaupt mit der restriktiven Währungs- und Kreditpolitik? Die zuständigen Leute, angefangen von den Bürgermeistern bis zu den Mitgliedern der Unter-

nehmensführung, die über Investitionen entscheiden, leiden heute sehr stark darunter. Ist es nicht zu überlegen, ob durch eine selektive Kredit- und Währungspolitik einzelnen Branchen im Interesse der Produktion, der Sicherung der Arbeitsplätze geholfen werden soll?

Wie steht es um ein umfassendes Konzept der Exportunterstützung?

Wie steht es, um allenfalls auch Liquiditätsschwierigkeiten entgegenzukommen, um die Frage von mehreren Kapitalbeteiligungsgesellschaften, um die Schließung der Haftungslücke und um ähnliche Probleme?

Wo ist die vor eineinhalb Jahren verkündete Abstimmung der Bauvorhaben zwischen Bund und Ländern?

Bezüglich Preispolitik: Herr Bundeskanzler! Sicherlich muß eine scharf kontrollierende Preispolitik auf alle Fälle dort einsetzen, wo keine Wettbewerbssituation, sondern eine Monopolsituation oder Quasimonopolsituation national oder auch international gegeben ist.

Wie steht es um ein Konzept auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik, um bei einem Konjunkturrückgang für einzelne Lücken in der Beschäftigungssituation Vorsorge zu leisten?

Wie steht es mit sozialpolitischen Maßnahmen, die gerade auch bei der Möglichkeit einer Konjunkturabschwächung wichtig sind? Ich meine zum Beispiel die Vorsorge für die älteren Arbeitnehmer.

All das, Herr Bundeskanzler, sind Vorstellungen unserer Seite. Wir behaupten nicht, daß sie vollständig sind. Es sind Vorschläge. Was ist Ihre Antwort darauf? Darauf hätten wir eine Antwort auch in dieser Unterlage erwartet.

Ansonsten aber, Herr Bundeskanzler, können Sie nicht damit rechnen, daß ein Bericht, der einmal mehr auf die Tagesaktualität zugeschnitten ist, wichtigste Sektoren unseres öffentlichen Geschehens nicht behandelt, der opportunistisch ist wie Ihre gesamte bisherige Politik, unsere Zustimmung findet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Bundeskanzler. Bitte.

**Bundeskanzler Dr. Kreisky:** Hohes Haus! Ich möchte lediglich auf eine Frage eingehen. Herr Abgeordneter Dr. Mock hat mir die Frage nach der Medienpolitik gestellt, und zwar im Hinblick auf die aktuelle Situation auf dem „Zeitungsmarkt“, wie das nun gelegentlich heißt. Ein Ausdruck, den ich durchaus nicht billige.

**Bundeskanzler Dr. Kreisky**

Bezüglich der Medienpolitik, und zwar im Hinblick auf die letzte Entwicklung, besitze ich nur spärliche Informationen. Herr Abgeordneter Dr. Mock möge sich in seiner Fraktion erkundigen. Dort hat er Herren, die viel besser Bescheid wissen, weil sie an diesen Transaktionen direkt beteiligt sind. Das empfehle ich ihm. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sollten ihm diese Auskünfte nicht genügen, dann empfehle ich ihm, sich an den Präsidenten des Industriellenverbandes zu wenden, der auch zu einer seiner Parteiorganisationen gehört. Dort erhält er zusätzliche Informationen, Quellen, die mir leider bisher noch verschlossen sind.

Ich kann Ihnen aber außerdem sagen, daß ich sehr dankbar und sehr froh sein werde, wenn von einigen Parteien dieses Hauses diesbezüglich Initiativen entfaltet werden, die es uns leichter machen, die in der Regierungserklärung angekündigte Medienpolitik durchzuführen. Ich kann Sie hier nur zur Zusammenarbeit einladen, Herr Dr. Mock!

Was im allgemeinen „konservative Wirtschaftspolitik“ betrifft, so möchte ich sagen, daß es ein „Glanzstück“ konservativer Wirtschaftspolitik in Europa gibt: Dort sind die Preise seit 1970, in der gleichen Regierungsdauer wie bei dieser Regierung, um 30 Prozent gestiegen, während es bei uns 20 Prozent sind. Dort liegt man am höchsten mit den Preissteigerungen.

Zu all dem kommen noch die Dreitagewoche, obwohl man die größte Energiegrundlage im eigenen Land hat, und eine beträchtliche soziale Unrast. Das alles ersparen Sie sich bei uns in Österreich! *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Als nächster Redner kommt Herr Abgeordneter Wille zum Wort.

Abgeordneter **Wille** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte zuerst einiges zu den Ausführungen des Kollegen Minkowitsch sagen und ihm bestätigen, daß auch wir auf die Leistungen der österreichischen Landwirtschaft stolz sind.

Aber das ist eigentlich nicht der Grund, warum ich mich ausgerechnet mit Ihrer Rede beschäftigte, sondern ich beschäftige mich mit Ihrer Rede deswegen, weil ich glaube, daß sie beispielgebend ist für die politische Auseinandersetzung, wenn sie Sinn haben soll.

Ich muß das sagen, weil ich den Eindruck gewonnen habe, daß Sie sehr konkrete Vorstellungen, vielleicht vielfach sogar sehr konkrete berechnete Wünsche vorgetragen haben.

Ich möchte dies im Zusammenhang mit den Ausführungen des Kollegen Koren sagen. Ihm

muß ich leider sagen: Es ist für das Parlament ärgstens zu bedauern, daß derartige Ausführungen in derartigem diabolischem Zynismus möglich sind. *(Abg. Dr. Mussil: Die beste Rede, die jemals in diesem Haus gehalten wurde!)*

Sehr geehrte Herren von rechts! Ich habe sehr genau zugehört und dabei festgestellt, daß es dem Abgeordneten Koren nur darum ging, die Regierung und da vor allem den Bundeskanzler und den Minister für Handel, Industrie und Gewerbe auf das gröblichste herabzusetzen. Der Gag ist der Stil des Krisenmanagements geworden. *(Zwischenruf des Abg. Glaser.)* Kollege Glaser! Ich glaube wir tun uns da leichter, wenn wir miteinander ordentlich verkehren. *(Lebhafte Heiterkeit. — Abg. Dr. Mussil: Verkehren wollen Sie auch noch? — Neuerliche Heiterkeit.)*

Ich möchte Ihnen in aller Form sagen, daß eine derartige Auseinandersetzung, wie sie von Ihrem Klubobmann betrieben worden ist, für uns unerträglich wird. Wir denken nicht daran, die Mitglieder der Bundesregierung in dieser Weise behandeln zu lassen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte nicht weiter darauf eingehen, denn ich muß Ihnen noch einmal ehrlich sagen, und ich sage das aus innerster Überzeugung: Die Rede des Kollegen Minkowitsch hat mich über vieles hinweggetröstet; das ist eine Auseinandersetzung, die eines Hohen Hauses würdig ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Nun zum Bericht des Herrn Bundeskanzlers. Natürlich kann man den Eindruck gewinnen, daß hier einiges fehlt, daß man manches hätte mehr ausdehnen können, daß man auf verschiedenes sogar vergessen hat. Nicht nur die Bauern sind nicht erwähnt, auch die Wissenschaftler und auch weite Bereiche der Industrie sind nicht erwähnt, sondern die Wirtschaft insgesamt ist behandelt worden.

Hier glaube ich doch in aller Form feststellen zu können, daß das einzig Entscheidende für die Wirtschaft doch ihre sinnvolle positive Entwicklung ist. Wenn uns heute gesagt wird, wir sollen uns vom Wachstumsfetischismus loslösen, dann möchte ich, daß mir einmal erklärt wird, wer diesen Wachstumsfetischismus vertreten hat und was er klar heißt.

Herr Kollege Mitterer! Erklären Sie mir: Was heißt Wachstumsfetischismus? Welches Wachstum wollen Sie, damit man Ihnen nicht auch Wachstumsfetischismus vorwirft? *(Abg. Mitterer: Was Fetischismus ist, werden Sie doch wissen!)* Natürlich, Kollege Mitterer, und deswegen sage ich Ihnen — ich habe vorausgesetzt, daß Sie das wissen —, daß

**Wille**

das Wachstum für jeden einzelnen Betrieb international vorgegeben wird. Und wenn man überleben will, wenn man nicht ausverkauft werden will, dann muß man wachsen, so lange die anderen wachsen. *(Abg. Mitterer: Sicher, aber wie hoch!)* Darum reden Sie nicht so viel von Fetischismus, wenn wir auch hier als kleines Land in einer Zwangssituation sind. Uns allen wäre eine sinnvollere Entwicklung auf diesem und auf anderen Gebieten lieber. Aber dazu muß man die Möglichkeit haben.

Kollege Mock hat darauf hingewiesen: Die Ausreden auf die Ölscheichs ziehen bei uns nicht. — Dies wird zwar nicht als Ausrede, aber als Tatsache für Sie wie für jeden anderen Österreicher Gültigkeit haben. Und damit möchte ich etwas zur Teuerung sagen.

Es ist im Grunde genommen erschreckend, daß wir nach vier Jahren sozialistischer Regierung nun immer wieder über die Teuerung reden und im Grunde genommen nichts Neues hören können. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Weil's immer ärger wird! — Heiterkeit.)* Lachen Sie nur, es ist ja so „lustig“, da muß man ja lachen. *(Abg. Mitterer: Herr Kollege! Gibt es die Teuerung oder gibt es sie nicht?)* Natürlich, die werde ich gleich zugeben, lieber Kollege Mitterer. Die gibt es wirklich, die gibt es sogar, wenn Sie den Bericht des Kanzlers gehört haben, in hohem Ausmaß. *(Abg. Mitterer: Ja!)*

Aber jetzt sage ich Ihnen etwas, denn das andere haben Sie ja nicht gehört oder nicht verstanden *(Abg. Mitterer: So viel wie Sie verstehe ich auch noch!)*: In Österreich betrug die Teuerung vom Jänner 1970 bis September 1973 20 Prozent. Jetzt gilt es natürlich nicht, daß die Teuerung ... *(Abg. Glaser: Und von 1966 bis 1970?)* Kollege Glaser! Sie sind auch jemand, der sagt: Bei 20 Prozent Beifall. Ich sage Ihnen als Gewerkschafter, der in den Betrieben draußen das genauso vertritt und sagt: Jawohl, Beifall für diese Regierung, weil die Teuerung 20 Prozent beträgt. *(Abg. Glaser: Und was haben Sie bei 3 Prozent gesagt? — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ich sage Ihnen nun, und Sie finden das im Bericht der Bundesregierung, daß die Teuerung beispielsweise in Schweden 23 Prozent, in der Schweiz 24 Prozent, in Italien 25 Prozent, in Großbritannien 30 Prozent und in Finnland 32 Prozent beträgt. *(Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Glaser: Das ist die teuerste Regierung, die es überhaupt je gegeben hat!)*

Liebe Freunde vom ÖAAB: Entweder bekennen wir uns zur Integration oder zur Autarkie.

Wenn Sie Österreich als Isolationisten betrachten wollen, dann müssen Sie uns das sagen, damit wir wissen, daß die Integration für Sie nicht mehr aktuell ist, daß Sie sie nicht mehr wollen. *(Abg. Mitterer: Herr Kollege Wille! Haben Sie gesagt, als wir an der Regierung waren: „Reden Sie nicht vom Ausland, reden Sie von Österreich!“ Haben Sie das gesagt oder nicht?)*

Ich rede nicht davon, was ich damals gesagt habe. Ich lade Sie sehr gerne ein: Sagen Sie mir, was ich damals gesagt habe. Aber zur Diskussion steht ja nicht, was gesagt worden ist, sondern zur Diskussion steht: Habe ich recht oder habe ich nicht recht. *(Abg. Doktor Mussil: Sie haben nie recht, Herr Kollege!)*

Wir kriegen alle Tage ... *(Abg. Mitterer: Dankesbriefe für die Teuerung!)* Kollege Mitterer! Wir verstehen uns wirklich schwer, wenn wir uns gegenseitig unterbrechen. *(Abg. Dr. Mussil: Sie brauchen ihn ja nicht zu unterbrechen, Herr Kollege!)*

Wir kriegen alle Tage mehr Integration, wir verlieren alle Tage an Selbständigkeit. Das ist doch unbestritten. Das heißt, daß internationale Maßstäbe natürlich tagtäglich mehr für uns gelten werden. Wir werden nicht aufhören, in aller Offenheit und überall auf diese Probleme hinzuweisen. Ich sage aus tiefster innerer Überzeugung: Gerade wegen dieser 20prozentigen Teuerung gehört diese Bundesregierung belobigt, weil es international beispielhaft ist. *(Zwischenrufe und Heiterkeit bei der ÖVP.)* Wenn Sie das nicht verstehen, Herr Doktor, dann lade ich Sie ein: Schauen Sie sich an, wie es beim Sport ist. *(Abg. Dr. Zittmayr: Wird es besser oder wird es schlechter mit der Teuerung?)*

Außerdem möchte ich auf etwas hinweisen, das auch für den Importwarenindex gilt. Da wird die Meinung vertreten: Wie groß ist die importierte Inflation? Denn das ist ja entscheidend. Das ist hier so oft behandelt worden, daß sich sogar das Wirtschaftsforschungsinstitut damit beschäftigt hat.

Im Grunde genommen ist auch im Freihandel ein Modell denkbar, das bei Gleichgewicht gar nicht zum Warenaustausch führt. Aus dieser Tatsache ersieht man, daß, selbst wenn es gar nicht zum Import und zum Export in einer freien Wirtschaft käme, das Preisniveau in allen Ländern gleich sein muß. Das heißt: Hätten wir gar keinen Export und gar keinen Import, aber den Freihandel — eben die Integration —, dann müßten die Preise in Österreich im selben Umfang zunehmen wie auf den Märkten, mit denen wir unmittelbar zu tun haben.

**Wille**

Aus diesem Grunde, Kollege Mock, ist es auch völlig uninteressant, um wieviel der Importpreisindex gestiegen ist. (*Abg. Doktor Zittmayr: Was ist mit dem Handelsbilanzdefizit, Herr Kollege? — Abg. Dr. Mussil: Was ist mit den falschen Wechselkursen?*) Da kommen wir gleich hin.

Von mehreren Rednern ist als zweite Hauptfrage die Frage unserer Handelsbilanz oder unserer Zahlungsbilanz behandelt worden. Die Prognose des Instituts sagt, daß wir im kommenden Jahr in der Leistungsbilanz ein Defizit von 18 Milliarden Schilling haben werden. (*Abg. Dr. Mussil: Ganz schön!*) Ganz schön. Was sagt das Institut dazu? Das Institut sagt dazu: Das sollte nicht dazu führen, daß man dieses Defizit überbewertet; die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft ist nach wie vor erhalten. Man möge vielmehr dazu übergehen, entsprechend der gegenwärtigen Situation nachzudenken, was man tun kann. Denn die 18 Milliarden sind gar nicht unser Problem. Unser Problem ist, daß im Grunde genommen heute noch niemand weiß, ob dieses Defizit nicht in einer sehr beachtlichen Weise überschritten wird. Vom Institut sind die ersten Ziffern, die allein auf die Mehrausgaben bei Erdöl zurückgeführt werden, von 6 Milliarden im Jahr 1973 auf 10 Milliarden im Jahr 1974 errechnet worden. Die ersten vorläufigen Ziffern!

Andere Befürchtungen besagen, daß dieses zusätzliche Öldefizit ein beachtliches Ausmaß annehmen wird, selbst bei der gleichen Importmenge wie 1973.

Da werden wir auch über die Ölsituation reden müssen. Es ist heute noch nicht gesagt worden, daß im Krieg gegen Israel die arabischen Ölstaaten nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen die industrialisierte Welt besiegt haben. Sie haben nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen das erreicht, was sie immer wieder gefordert und verlangt haben: erstens Ölpreise, die annähernd den Preisen der anderen Energieträger entsprechen; zweitens direkte Verbindungen zu den Industriestaaten und eine Preis- und Partnerschaftspolitik, die unabhängig von den großen multinationalen Gesellschaften ist.

Allein in diesem Handstreich konnten sie erreichen, daß die industrialisierte Welt zirka 50 Milliarden Dollar jährlich mehr für das gelieferte Öl zu bezahlen hat. Das ist zweifellos ein Problem, das uns alle wird beschäftigen müssen. Ich glaube, aus diesem Grund und aus vielen anderen Gründen, aber auch aus grundsätzlichen Gründen der Demokratie, daß

es uns doch gut täte, wenn wir mit Ernst und mit mehr Fairneß über alle diese Probleme miteinander reden und auch streiten.

Uns geht es nie darum, nicht kritisiert zu werden; das wäre viel zu empfindlich. Aber uns geht es darum, daß sich die politischen Parteien nicht einfach herabsetzen können, ohne konkret zu begründen, was sie wollen, so wie Sie das heute, Kollege Koren, in hervorragender Weise getan haben. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Um mit dieser Energiesituation fertig zu werden, wird in Kürze ein Energieplan vorliegen; die Leitlinien sind von der Bundesregierung beschlossen. In diesem Energieplan wird man sehr darauf achten, daß einerseits die notwendigen Importe durch eine entsprechende Einkaufspolitik gesichert sind, daß gleichzeitig aber auch die eigenen Energieträger entsprechend ausgebaut und gesichert werden. Ein Investitionsaufwand von zirka 130 bis 140 Milliarden ist in den nächsten acht Jahren für die Energiewirtschaft vorgesehen. Allein im Jahr 1975 sollen die Investitionen in der Elektrizitätswirtschaft 13 Milliarden und in der Erdöl- und Erdgasindustrie 5 Milliarden betragen.

Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen hat darauf hingewiesen, daß im Jahre 2000 bereits 90 Prozent der bekannten Ölvorräte verbraucht sein werden; 75 Prozent der bekannten Gasvorräte werden verbraucht sein, aber nur rund 2 Prozent der Kohlenvorräte. Das heißt, die Kohle wird eine neue Bedeutung und eine neue Funktion bekommen. Allein aus dieser Tatsache sieht man, wie falsch sich die Energiestrukturen auf Grund der Politik der multinationalen Gesellschaften entwickelt haben. Wir haben die Energie, die am wenigsten vorhanden ist... (*Abg. Doktor Mussil: Dann sind auch die nationalen Gesellschaften schuld daran, weil sie billiges Öl verkauft haben!*)

Kollege Mussil! Ich bin sehr gerne bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren. Sie werden keinen finden, der nicht sagt: Natürlich ist es völlig verfehlt gewesen, daß wir zu so niedrigen Preisen gerade jene Energie für Treibstoffe verwendet haben, die am wenigsten vorhanden ist. Ich bin immer wieder verblüfft, was Ihnen alles neu ist. (*Abg. Dr. Mussil: Jetzt ist der schlimm, der billig verkauft! — Abg. Mitterer: Diese Theorie können Sie nicht einmal einem Baby verkaufen!*) Ihnen vielleicht nicht. Ich würde Sie bitten, sehen Sie doch nach, was heute in der Energiepolitik gang und gäbe ist und was eigentlich völlig unbestritten ist. Es gibt keinen Menschen, weder von der Bundeswirtschaftskammer noch



**Wille**

von uns, der das bisher bestritten hat. Ich bin sehr überrascht, das nun von Ihnen zu hören. Daß Sie natürlich alles sehr billig haben wollen, ungeachtet der Tatsache, wieviel da ist und wofür es zu verwenden ist, das ist ja das Beängstigende. *(Abg. Dr. Mussil: Zuerst nennen Sie mich in den Belangsendungen immer den Preistreiber Nummer 1, und jetzt werfen Sie mir vor, alles wollen wir billig haben! Sie drehen alles um!)*

Herr Generalsekretär! Sie wissen ganz genau, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt, daß es natürlich nicht sinnvoll sein kann, langfristig die bereits erschöpften Energiereserven als die billigsten zu verwenden. Da ist ja geradezu die Aussage des Schah für uns eine Erleichterung, im Gegensatz zu den Behauptungen, die Sie von sich geben. *(Abg. Staudinger: Die Ölkonzerne waren am billigen Preis schuld, jetzt wissen wir es!)*

Haben Sie das nicht gewußt? Jedermann weiß doch, daß diese Preispolitik, die Politik der billigen Preise, nur möglich war durch die sieben multinationalen Gesellschaften. Jeder weiß, daß die Verhandlungen mit den einzelnen nationalen Staaten höchstwahrscheinlich zu höheren Preisen geführt hätten. Aber das sagt ja noch lange nicht, daß das strukturpolitisch das richtige ist. *(Abg. Doktor Mussil: Und trotzdem sind die Multinationalen Preistreiber? Sie kriegen ja von der Partei einen Rüffel!)* Das ist wieder etwas anderes. Daß nämlich zudem auch bei diesen Preisen nachgewiesen worden ist, daß eine Handelsspanne von 500 Prozent erzielt worden ist, das ist die zweite Frage. Aber wenn Sie sich anstrengen, bin ich fest davon überzeugt, daß Sie diese zwei Probleme auseinanderhalten werden. *(Abg. Dr. Mussil: Nein, nein! Ihre Logik: weil sie so billig sind, sind sie Preistreiber!)*

Nun hat der Herr Bundeskanzler in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß das österreichische Öl vor allem durch den Staatsvertrag gesichert worden ist. Ich möchte noch darauf verweisen, daß es natürlich nicht nur darum ging, unser Öl beim Staatsvertrag zu sichern, sondern daß es in der Folge eine Reihe von Verhandlungen gab; unter anderem die Verhandlungen über eine eigene Vertriebsorganisation der ÖMV, die ja sehr schwierig waren. Der Kollege Withalm wird wissen, welche Meinung er damals im Sechzehnerausschuß vertreten hat, nämlich die Meinung, daß es unzulässig ist, obwohl in aller Welt die Erdölindustrie über eine eigene Vertriebsorganisation verfügt, die Unternehmungen Martha und ÖROP der ÖMV anzugliedern.

Die nächste schwierige Verhandlung war, wie die TAL-Pipeline gebaut worden ist, wie das Gewerberecht dazu vergeben worden ist, ohne zu verlangen, daß ein Durchsatz für eine österreichische Westraffinerie gesichert werden soll.

Die nächste große Schwierigkeit war, als die AWP-Verträge verhandelt worden sind. *(Abg. Dr. Koren: Wer war denn damals interessiert daran? Können Sie mir das sagen?)* Das werden Sie jetzt gleich hören. *(Abg. Dr. Koren: Das werde ich nicht hören, weil Sie es nicht wissen!)* Gleich im Anschluß daran kam es zu den Verhandlungen um die AWP-Verträge und im Zusammenhang damit zu den Verhandlungen um die Verträge zum Bau von neuen Raffinerien. Hier ist nun vereinbart worden, daß der Bau von Raffinerien bis 1978 nur mit Zustimmung der ÖMV vorgenommen werden kann. Sehr wohl ist überlegt worden, ob in Westösterreich eine eigene Raffinerie gebaut oder ob die Kapazität in Schwwechat auf 10 Millionen Tonnen erhöht werden soll. *(Abg. Dr. Koren: Herr Wille, zu Ihrer Information: Ich habe das Gutachten damals gemacht!)*

Ich möchte Ihnen nur sagen: Wir haben das Gutachten bezahlt. *(Heiterkeit. — Abg. Doktor Koren: Nein, nein!)*

Wir haben damals vier Gutachten anfertigen lassen vom Institut für Wirtschaftsforschung, von Professor Nemschak. Und da, glauben Sie, sind Sie dabei gewesen? Meinen Sie das Gutachten vom Institut? *(Abg. Dr. Koren: Nein!)* Der ÖGB hat vier unabhängige Gutachten anfertigen lassen: vom Institut, von Professor Orlicek, ein Rechtsgutachten und ein technisches Gutachten. Und alle diese Gutachten haben uns recht gegeben. *(Abg. Doktor Koren: Ich habe ja nicht vom ÖGB geredet!)*

Kollege Koren! Darf ich Ihnen sagen — Sie haben das sicher auch vergessen, so wie die Vertriebsorganisation —, daß die Streikdrohung der Gewerkschaften die Unterzeichnung der AWP-Verträge um ein Jahr verzögert hat und daß diese Absicherungen, nämlich Zustimmung der ÖMV für weitere Raffinerien bis 1978, erst nach unseren Verhandlungen erreicht worden sind. Das ist in Ihrem Gutachten nicht gestanden, nicht wahr? *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Wir sehen aus diesen Problemen sehr wohl, daß wir die Energiepolitik insgesamt ernst genommen haben und daß wir sie auch künftig ernst nehmen werden.

Ich habe sehr begrüßt — das hat der Abgeordnete Peter meiner Meinung nach sehr sachlich und lobenswert dargestellt —, daß diese

**Wille**

Darstellung des Bundeskanzlers natürlich in zwei Teile zerfällt: in einen ausgesprochenen Wirtschaftsbericht und in einen Bericht der Bundesregierung über die vergangenen Jahre. Ich möchte eben aus diesem Grunde, weil die Zeit schon so fortgeschritten ist, nicht noch einmal auf die vielen Probleme hinweisen, die gelöst werden konnten. Ich möchte abschließend nur noch eines sagen:

Wir haben mit Ihnen vor mehr als einem Jahr nicht nur über die EWG diskutiert, sondern auch über die Europa-Umsatzsteuer. Wir haben sie eingeführt. Sie ist bewältigt. Sie alle werden zugeben müssen, daß die Teuerung in Österreich nicht größer ist als in anderen Ländern. Wir haben darüber geredet. Die Schweiz hat die Einführung der Europa-Umsatzsteuer verschoben. Das Ergebnis ist, daß trotzdem die Teuerung in der Schweiz größer ist als in Österreich.

Ich bin also der Meinung: Wir sind in keinem Fall an den Problemen vorbeigegangen. (*Zwischenruf des Abg. Mitterer.*) Wir haben den Schritt in die Integration gemacht, wir haben die Europa-Umsatzsteuer eingeführt, wir haben gemeinsam eine neue Gewerbeordnung geschaffen, wir haben nahezu einstimmig ein neues Strafgesetz geschaffen (*Zwischenruf bei der ÖVP*), wir haben die Reorganisation der Stahlindustrie und der Nichteisenmetallindustrie bewältigt.

Ich glaube aus diesem Grunde, daß wir mit gutem Recht sagen können, daß die Regierungspartei insgesamt, Regierung und Abgeordnetenklub, auf diese Leistungen und auf diesen Bericht stolz ist. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Mitterer: Aber auf Ihren Bericht nicht! Poldi Huber-Philosophie! — Abg. Graf: Wer ist der Poldi Huber? — Heiterkeit.*)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke.

Abgeordneter Dr. **Broesigke** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Daß wir nahezu einstimmig ein Strafgesetz geschaffen haben (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Eine leichte Übertreibung!*) ist, fürchte ich, eine etwas euphemistische Formulierung für das, was gestern hier stattgefunden hat.

Ich glaube aber, daß es auch notwendig ist, eine Frage zu beantworten, die der Herr Kollege Wille vorhin aufgeworfen hat. Er hat gefragt: Was ist das eigentlich, ein Wachstumsfetischist?

Ein Wachstumsfetischist ist doch jemand, der in seiner wirtschaftlichen Betrachtungsweise glaubt, daß das Allerwichtigste im

Wirtschaftsgeschehen das Wachstum ist und daß sich dann, wenn dieses Wachstum vorhanden ist, alles in wunderbarer Weise weiterentwickelt.

Leute, die dieser Anschauung huldigen, gibt es überall. Es gibt sie auf der Regierungsbank. Ich darf den Herrn Handelsminister zitieren: Wachstum hat Priorität gegenüber der Stabilität! — Das ist also aus diesem Gedankengang heraus gesagt, der das Wachstum in den Vordergrund stellt und übersieht, daß das eben auch notwendigerweise eine relative Größe ist und daß es von den wirtschaftlichen Gegebenheiten abhängt, was man nun in den Vordergrund zu stellen hat.

Mit dieser Meinung, daß es allein auf das Wachstum ankomme, sind wir ja — und hier komme ich zu dem Thema der Stabilität — zu dieser erschreckenden Teuerung gekommen. Wie oft auch immer Vergleiche mit anderen Staaten Europas und der Welt angestellt werden, eines ist doch sicher: Die Inflation ist sicherlich zum Teil auf Umstände zurückzuführen, die nicht im Inland liegen. Es gibt die importierte Inflation, es gibt aber auch eine hausgemachte, und sie ist nicht unbeträchtlich bei uns in Österreich. Sie ist darauf zurückzuführen, daß die Bundesregierung trotz Bekenntnissen zur Stabilität immer wieder die Stabilität gegenüber anderen Bereichen hintangesetzt hat.

Im vorigen Jahr ist es zu Stabilisierungsmaßnahmen gekommen, und es steht außer Zweifel, daß diese in einem Teilbereich auch funktioniert haben, in jenem Bereich, der die monetäre Seite betrifft, also den Geldumlauf. Es ist gelungen, das Wachsen, und zwar das extreme Anwachsen des Geldumlaufes, abzubremesen.

Das ist aber nicht die einzige Ursache, die durch die Kreditrestriktion und alle diese Maßnahmen beseitigt worden ist, denn wir laufen Gefahr, in eine sehr massive Kosteninflation hineinzukommen, gegenüber der solche Maßnahmen, wie sie die Nationalbank unternommen hat, naturgemäß nicht ziehen.

Es kommt noch dazu — und das kann nicht oft genug gesagt werden —, daß die Bundesregierung zwar auf diesem monetären Bereich entsprechende Maßnahmen getroffen hat, daß sie aber ein Budget erstellt hat — in diesem Jahr und auch im vorangegangenen —, das auf die Notwendigkeiten der Stabilisierung in keiner Weise Rücksicht genommen hat. Es wurde heute schon gesagt — ich glaube von Herrn Professor Koren —, daß das Budget für dieses Jahr — wir haben es auch in der Budgetdebatte festgestellt — zweifellos auf Gegebenheiten aufbaut, die heute nicht mehr

**Dr. Broesigke**

richtig sind, die nicht mehr die Gegebenheiten von jetzt sind, sodaß es schon in dem Augenblick überholt war, da es beschlossen wurde.

Das erste, was der Bericht des Bundeskanzlers daher enthalten müßte, wenn er die Lage Österreichs tatsächlich schildern will, wie sie ist, wäre die Feststellung dieser Tatsache und wären natürlich die daran anknüpfenden Folgerungen, das heißt also: Abänderung dieses Budgets, von dem jeder weiß, daß es falsch ist. Das ist ja an sich keine Schande, daß man etwas abändert, wenn sich die wirtschaftlichen Gegebenheiten geändert haben, unter denen es beschlossen wurde. Daß man uns dagegen aber heute einen Bericht vorlegt, der einige Zahlen enthält, die von wirtschaftlichen Voraussetzungen ausgehen, die heute überhaupt nicht gegeben sind, das hält die freiheitliche Fraktion für unrichtig.

Die Gefahr der Kosteninflation beruht auf einer ganzen Reihe von Faktoren, und sie ist sicherlich noch größer als jene Form der Inflation, die wir bisher hatten. Es wird vor allem eine Schwierigkeit sein, herbeigeführt durch die Verteuerung des Imports, herbeigeführt aber auch durch die Veränderungen im Lohngefüge, die damit zusammenhängen, daß natürlich eine Abgeltung erfolgen muß, die nicht unbedingt einem Produktivitätszuwachs entspricht, sodaß sie also eine Quelle neuer Inflation darstellt. (*Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.*)

Wenn beispielsweise eine Importware wie der Reis oder das Benzin teurer wird, so geht das naturgemäß in die Lebenshaltungskosten ein. Es ist begreiflich, daß im Zuge von Lohnverhandlungen dafür eine Abgeltung gefordert wird, obwohl für diese Teuerung ein inländisches Äquivalent nicht vorhanden ist.

Das zweite Problem besteht im sogenannten tertiären Sektor des Wirtschaftsgeschehens, wo die Produktivität nicht im Ausmaße der Forderungen wächst, die gestellt werden, um eine Angleichung an die übrigen Teile der Bevölkerung herbeizuführen.

Das ist, mit wenigen Sätzen gesagt, die schwierige Lage, vor der sich die Bundesregierung heute befindet. Wir werfen ihr an sich nicht vor, daß sie keine Patentlösung für diese Lage hat. Man muß ihr aber vorwerfen, daß sie diese Problematik überhaupt nicht erwähnt, daß sie versucht, hier einen falschen Optimismus vorzutäuschen und nach dem Grundsatz vorgeht: „Reden wir lieber von etwas anderem.“

Über das Problem der Energie hat schon mein Fraktionskollege Dr. Stix gesprochen. Es ist aber doch noch etwas zu sagen von dem

ritten Pfeiler, wie es im Bericht des Herrn Bundeskanzlers heißt, das ist die Vollbeschäftigung.

Es gibt sicherlich niemanden, der die Notwendigkeit und den Wert der Vollbeschäftigung in Frage stellt. Entschieden muß aber dem entgegengetreten werden — und es ist eine schiefe wirtschaftliche Betrachtungsweise —, daß man in dem Zeitpunkt, zu dem eine Viertelmillion ausländischer Arbeitskräfte im Inland ist, von einer Gefahr für die Vollbeschäftigung spricht, anstatt sich mit der realen wirtschaftlichen Lage zu beschäftigen, die ja auch heute noch sämtliche Merkmale einer Überbeschäftigung zeigt.

Zu all dem kommt noch das Problem der Steuerpolitik. Wir haben den Bericht des Herrn Bundeskanzlers und seine Meinung dazu gehört, das Hin- und Herschieben auf dem Gebiet der Mineralölsteuer. Ich möchte dazu nur kurz sagen, daß trotz alledem nicht einzusehen ist, warum auch der, der die Straße nicht benützt, zu einer zweckgebundenen Steuer beitragen muß, wie die Inhaber von Ölfen durch das Heizöl und die Landwirte durch das Öl, das sie für den Betrieb ihrer Traktoren benötigen. Das ist etwas, was an sich nicht einzusehen ist.

Bezüglich der Einkommensteuer enthält der Bericht des Herrn Bundeskanzlers das übliche Bekenntnis zur möglichen Nivellierung, denn anders kann man die dortigen Ausführungen nicht verstehen, und läßt jede Einsicht in die gegebene, in die tatsächlich gegebene Problematik vermissen, die durch die Steuerprogression, insbesondere im Zeitpunkt einer inflatorischen Entwicklung, gegeben ist. Kein Wort in diesem Bericht von einer Milderung dieser Progression. Kein Wort über die Frage, was man machen könnte, daß es zumindestens bei jenen 36 Prozent Belastung des Bruttonationalproduktes bleibt, die derzeit ausgewiesen sind. Es ist ja schon eine sehr hohe Steuerbelastung, wenn der Österreicher von 1000 S des Bruttonationalproduktes 367 S an die öffentliche Hand abliefern muß. Wenn man hier einmal eine Tabelle machen würde, dann würde man feststellen können, daß Österreich im Spitzenfeld der europäischen Staaten liegt. Statt aber sich den Kopf zu zerbrechen, was geschehen könnte, um die Steuerbelastung zu verringern, will man sie vermehren, denn nichts anderes ist die Einführung einer zusätzlichen Steuer, genannt der „Gesundheitsschilling“.

Sicherlich ist dem Österreicher seine Gesundheit etwas wert, und sie muß ihm etwas wert sein. Aber es ist einmal zu sagen, daß dieser Gesundheitsschilling kein Schilling ist,

**Dr. Broesigke**

sondern es sind 55 Groschen. Die anderen 45 Groschen dieser Abgabe werden ja nicht zu dem Zweck des Baues und der Ausstattung von Spitälern verwendet. Es ist sicherlich eine zweckmäßige Maßnahme, bestimmte Steuern zu widmen, aber was hat denn der Herr Bundesminister für Finanzen bisher mit der Tabaksteuer gemacht? Er hat sie allgemeinen Budgetzwecken zugeführt. Und warum hat er bisher aus den allgemeinen Budgetmitteln nicht entsprechend für die Spitäler vorgesorgt?

Man wird jetzt sagen: Na ja, das geht sich nicht aus. Ja, sehen Sie, da ist es halt beim Staat etwas anders als beim einzelnen. Der einzelne, der sich etwa eine neue Wohnung anschaffen, ein Auto kaufen und eine schöne Reise machen will, der kalkuliert und fragt: Was kann ich mir leisten? Dann macht er das eine, und das andere läßt er sein oder verschiebt es auf später. Beim Staat ist jedes Projekt oder fast jedes Projekt aus sich heraus zu rechtfertigen. Natürlich sind wir alle dafür, daß unsere Spitäler in möglichst gutem Zustand sind, daß die Armut bekämpft wird, daß der Hochwasserschutz entsprechend ist, auch in Gestalt einer Donauinsel, und auch die UNIDO-Gebäude für sich allein sind sicher eine sehr schöne Sache. Aber auch hier muß wie beim einzelnen die Frage der Priorität aufgeworfen werden. Wo liegt die Priorität, und was muß zurückgestellt werden? — Und diese Frage wird nicht gestellt, denn da sagt man: „Na, da ist ja der liebe Steuerzahler!“, dem nennt man das betreffende Projekt und fragt: Was ist dir das wert?

Man hat wohlweislich den Steuerzahler nicht gefragt, was ihm die UNO-Gebäude wert sind. Diese Frage hat man nicht aufgeworfen. Man fragt ihn, was ihm seine Gesundheit wert ist, und hat auf diese Weise den Weg gefunden, um jene 36,7 Prozent, mit denen das Bruttonationalprodukt belastet ist, wieder erfolgreich zu steigern.

Ich darf nun vielleicht als Illustration für die wirtschaftliche Einstellung auf ein Interview zu sprechen kommen, das der Herr Bundeskanzler am 8. Jänner 1974 der „Arbeiter-Zeitung“ gegeben hat.

In diesem Interview ist natürlich — allerdings auf Seite des Befragers — das schöne Schlagwort vom „Vergeudungskapitalismus“ ausgesprochen worden. Natürlich ist von Verschwendungssozialismus, den man genauso behandeln müßte, nicht die Rede. — Aber das nur nebenbei.

Es sagt dort der Herr Bundeskanzler folgendes: „Ich kann daher nur sagen, die Wirtschaftspolitik der Regierung baut auf der

Arbeitshypothese auf, daß es ein Nullwachstum nicht geben darf.“

Wenn der Herr Bundeskanzler gesagt hätte: Es ist das Ziel, daß es ein Nullwachstum nicht geben soll!, so würde ich völlig mit ihm übereinstimmen. Selbstverständlich. Aber eine Bundesregierung, die auf der Arbeitshypothese aufbaut — das ist der Ausgangspunkt, die Grundlage wirtschaftlicher Erwägungen —, daß es ein Nullwachstum nicht geben darf, die handelt doch so wie „Palmström“: daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Es darf also etwas wirtschaftlich nicht geben, und daher kann es nicht stattfinden. Da ist doch die wirtschaftliche Illusion der Ausgangspunkt für das wirtschaftliche Handeln.

Diese wirtschaftliche Illusion hat dazu geführt, daß wir uns heute in einer wirtschaftlichen Lage befinden, die sicher mit der in anderen europäischen Ländern vergleichbar ist, die aber ebenso sicher wesentlich besser sein könnte, vor allem auf dem Gebiet der Stabilitätspolitik.

Bezüglich Bevorratung nur Ansätze, und die unter dem Eindruck einer augenblicklichen Verschlechterung der Gegebenheiten.

Bezüglich der Währungsfrage: Kein Wort im Bericht des Herrn Bundeskanzlers! Nach zwei Aufwertungen, nach einer Phase, in der eine Beruhigung eingetreten schien, das Ausscheren Frankreichs aus der gemeinsamen Aktion und damit eine äußerst schwierige und bedauerliche Entwicklung für Europa und naturgemäß auch für Österreich.

Daneben die Jagd nach dem Gold, die sich in einer nie geahnten Steigerung des Goldpreises ausdrückt. Auch von dieser Frage keine Rede! Keine Beantwortung der Frage, was unsere Bundesregierung auf diesem Gebiet künftig zu tun beabsichtigt, welche Haltung sie einnehmen wird. Nichts! Nur eine Aufzählung von einigen Tatsachen, die zugegebenermaßen leichter darzustellen sind und keine Probleme enthalten.

Es wurde auch schon gesagt: Kein Wort über das Problem unserer Zahlungsbilanz. Keine Angaben, was hier geschehen soll, was man hier beabsichtigt, ob es so weitergehen soll wie bisher oder ob Maßnahmen vorgesehen sind.

Kein Wort zu der Frage des Exportes und zu den Problemen des Fremdenverkehrs! Das alles in einem Bericht der Bundesregierung, der für sich in Anspruch nimmt, doch ein umfangreicher Bericht über die wirtschaftliche Lage und über den derzeitigen Stand der Dinge zu sein.

**Dr. Broesigke**

Ich kann genauso wie andere Sprecher zum Ausdruck bringen, daß natürlich eine verantwortungsbewußte Opposition bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten jederzeit bereit sein wird und bereit sein muß, die allgemeinen Notwendigkeiten zu unterstützen und mitzuhelfen. Das erste aber, was verlangt werden muß, ist, daß hier die Bundesregierung vorausgeht, und zwar nicht vorausgeht mit Lippenbekenntnissen und nicht vorausgeht mit statistischen Formulierungen, die dartun, wieviel Prozent der Vorlagen hier einstimmig beschlossen werden.

Da muß man doch sagen, daß bezüglich der Qualität der Vorlagen ein wesentlicher Unterschied ist. Es gibt ja Vorlagen, die überhaupt keiner Diskussion bedürfen, wie Staatsverträge mit anderen Staaten über rein technische Fragen und dergleichen mehr. Es gibt eine große Zahl von Vorlagen, bei denen es überhaupt keine politischen Meinungsverschiedenheiten gibt, sondern nur Meinungsverschiedenheiten über die Frage, wie man den Gesetzeswortlaut am besten gestalten könnte. Und es gibt Vorlagen, bei denen die Ansichten geteilt sind. Bei dieser letzten Gruppe muß man nun die Feststellung machen, daß es keineswegs so ist mit dem Entgegenkommen gegenüber der Opposition, sondern daß hier in bedenklichsten Fällen die Mehrheit eingesetzt wird. Das ist sicher kein guter Start, wenn man auf der anderen Seite erwartet, daß die Opposition die Regierung dort unterstützt, wo dringende und notwendige wirtschaftliche Maßnahmen zu setzen sind.

Dazu kommt noch — auf das wurde auch schon in der heutigen Debatte verwiesen —, daß eine weitere Voraussetzung eine entsprechende und eine ehrliche Information ist und daß eine weitere Voraussetzung die ist, daß ein Umdenken stattfindet entsprechend den geänderten Verhältnissen, die wir heute vorfinden.

Zusammenarbeit erfordert nun einmal beiderseitiges oder mehrseitiges Einlenken bei kontroversiellen Standpunkten. Wer glaubt, nur den eigenen Willen durchsetzen zu können und durchsetzen zu müssen, der will im Grunde diese Zusammenarbeit nicht und dem ist die Aufforderung zur Zusammenarbeit notwendigerweise nur ein Lippenbekenntnis.

Wir sind keineswegs der Meinung, daß man die augenblickliche wirtschaftliche Lage unseres Landes als krisenhaft bezeichnen kann. Kein Wort von dem! Aber ich glaube, wir haben durch die Ereignisse des vergangenen Herbstes doch eine ernste Warnung bekommen. Es wird notwendig sein, daß wir uns diese Warnung zu Herzen nehmen und

aus ihr die entsprechenden Folgerungen ziehen: daß wir wirtschaftlich umdenken, daß wir tatsächlich Stabilitätspolitik betreiben, daß wir tatsächlich Energiepolitik betreiben und daß das Wort Stabilität und das Wort von der Notwendigkeit der Energiepolitik nicht nur eine Phrase bleiben.

Wenn die Krise des vergangenen Herbstes auf dem Energiesektor diese Folge eines wirtschaftlichen Umdenkens gehabt hätte, dann hätte sie auch eine gute Folge gehabt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zingler. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Zingler (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Professor Koren hat heute nur ganz kurz Elektrizitätsfragen gestreift; vielleicht könnte man das unter das Motto gestellt betrachten: Wer in die Vergangenheit flüchtet, fürchtet die Gegenwart!

Meine Damen und Herren! Wenn wir heute angesichts der besonderen Energiesituation immer wieder von Forderungen der Österreichischen Volkspartei hören und lesen können, innerhalb und außerhalb des Parlaments, verbunden natürlich mit kräftigem Eigenlob für die Taten der ÖVP-Alleinregierung, so scheint es doch angebracht, einmal mit Fakten die tatsächliche Situation auf diesem Wirtschaftssektor zu beleuchten.

Ich möchte vor allem auf zwei immer wieder von seiten der ÖVP erhobene Forderungen eingehen. Eine größere Debatte steht ohnedies ins Haus: es wird der Energieplan in Kürze vorgelegt werden, und im Unterausschuß wird das Elektrizitätswirtschaftsgesetz behandelt, sodaß ich mich kurz fassen kann.

Die erste Forderung betrifft die Vorlage eines umfassenden Energieplanes, wobei vor allem der Mangel an Ölprodukten durch den Ausbau der Elektrizitätswirtschaft ausgeglichen werden soll. Die zweite Forderung betrifft den verstärkten Kraftwerksausbau, vor allem im Bereich der Wasserkraft, aber auch der Kernkraftwerke.

Zum ersten Punkt möchte ich kurz feststellen, daß es ja wir, die Abgeordneten der SPO, waren, die von 1966 vehement (*Abg. Dr. Withalm: Wie könnte es anders sein?*) — bitte, Herr Vizekanzler, er ist uns ja versprochen worden! — einen von der ÖVP selbst in Aussicht gestellten — der Herr Bundeskanzler Klaus hat ihn ja damals 1966 in der Regierungserklärung auch mit Pathos angekündigt — Energieplan verlangt haben. (*Abg.*

**Zingler**

*Graf: Was heißt mit „Pathos“? — Abg. Dr. Withalm: Wer noch mit „Pathos“?)* Andere auch noch, nachher. Es kommt nur darauf an, wie Sie das jetzt verlangen, und darauf werde ich Ihnen antworten. Nach jahrelangen Verzögerungen (*Ruf bei der ÖVP: Du wirst doch nicht unter die Altersklausel fallen!*) — das fürchte ich nicht —, bedingt durch die Kompetenzzersplitterungen des Energiewesens, die es damals gab, wurde — 1966 versprochen — 1969 endlich eine auf ein Konzept reduzierte Ausarbeitung vorgelegt. Wie Ihr damaliger Herr Bundesminister Doktor Mitterer bei der Pressekonferenz, die darüber abgehalten wurde (*Abg. Dr. Mussil: Der wird sich bedanken für die Ernennung zum Doktor!*) — verzeihen Sie, lieber höher als tiefer —, über dieses Konzept selbst erklärte, „werde dadurch kein Zwang ausgeübt und sei auch nach Äußerungen von Professor Koren im Sinne einer Absichtserklärung zu verstehen“. Mehr war also dieses Energiekonzept damals nicht.

Schon damals äußerte ein Teilnehmer an der Pressekonferenz der Journalisten die Vermutung, daß ein Konzept, das niemanden verpflichtet, nur eine Summe von Weihnachtswünschen darstelle. Wir hingegen sind der Ansicht, daß gerade auf dem Energiesektor eine effiziente und gesicherte Versorgung nicht vom Marktmechanismus her allein gewährleistet wird. Wir wollen mit unserem in Ausarbeitung befindlichen Energieplan auch die Grundlagen für eine staatliche Energiepolitik schaffen, wobei die energiepolitischen Entscheidungen der Regierung der jeweiligen Entwicklung angepaßt werden können. Voraussetzung für eine effiziente staatliche Energiepolitik ist aber die Vereinigung aller die gesamte Energiewirtschaft betreffenden Kompetenzen in der Hand eines Ministeriums. Leider hat gerade dies die Österreichische Volkspartei nicht erkannt, besser gesagt, nicht erkennen wollen und auch gegen das Ministeriengesetz gestimmt.

Ich darf mich nun dem nächsten Punkt meiner Rede zuwenden, der der Ausbauplanung und der beschleunigten Errichtung weiterer Kraftwerke gewidmet ist.

Kollege Dr. König ist im Augenblick nicht anwesend; aber er befaßt sich jetzt sehr viel mit der Energiewirtschaft innerhalb und außerhalb des Parlaments. Wenn er jetzt den Ruhm für die Österreichische Volkspartei in Anspruch nimmt, stets den Ausbau der Energieversorgung betrieben und auch den Baubeschluß für das erste Kernkraftwerk gegen sozialistischen Widerstand gefaßt zu haben, so kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren,

daß Herr Dr. König von den wahren Vorgängen während der Zeit der ÖVP-Alleinregierung wenig Kenntnis besitzt oder wesentliche Dinge jedenfalls nicht zugeben will.

Betreffend die Frage „Widerstand gegen das erste Kernkraftwerk“ — es hat ihn in der Form nicht gegeben, aber es wäre keine Schande für uns gewesen, hier Widerstand zu leisten, denn es gibt immer wieder und auch weltweit ernstzunehmende Gegenstimmen dagegen — wäre zu sagen: die Sicherheitsfragen sind sicherlich noch nicht aufgeklärt.

Ein sehr prominenter Herr aus Ihrem Lager sagte in einer Ansprache im Jahre 1967, und jetzt darf ich wörtlich zitieren: „Es mag geradezu paradox erscheinen, daß wir“ — die Regierung, die ÖVP-Alleinregierung — „uns im gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt mit der Frage des Baues eines Kernkraftwerkes beschäftigen, zu einem Zeitpunkt, in dem nicht nur ein Überfluß an Milch und Butter“ — wie sich der Herr ausdrückte —, „sondern auch an elektrischer Energie vorhanden ist.“ (*Abg. Dr. Withalm: Das spricht für unsere Weitsicht!*) Ich komme sofort darauf zurück, Herr Vizekanzler; Neumann ist auch nicht da. Auch vom Kohlengrubenzusperren hat der prominente Herr damals gesprochen. Derselbe prominente Herr, der in genialer Weise eine Verbindung von Milch und Butter zum Strom hergestellt hat ... (*Abg. Graf: Haben Sie noch nie etwas vom Milchstrom gehört?*) Aber die Frequenz von Ihrem Milchstrom kenne ich noch nicht. Wir fahren mit 50 Perioden.

Aber derselbe Herr hat an anderer Stelle eine Äußerung gemacht, die erst kürzlich Kollege Dr. König ausschließlich dem vormaligen Generaldirektor der Österreichischen Verbundgesellschaft zugeschrieben beziehungsweise in den Mund gelegt hat. Er sagte auch wörtlich: „Es ergibt sich auch die Frage“ — Herr Dr. König, aufpassen! —, „ob Österreich überhaupt allein ein solches Kernkraftwerk bauen kann und ob es nicht wirtschaftlicher sei, ein solches Projekt gemeinsam mit einem Nachbarstaat zu verwirklichen.“

Was glauben Sie wer dieser prominente Herr im Herbst 1967 auf der Enquete über Atomkraftwerke war? Niemand Geringerer als Ihr damaliger ÖVP-Verkehrsminister Doktor Ludwig Weiß. Ich stelle Ihnen gerne Ablichtungen über diese Ausführungen zur Verfügung. (*Ruf bei der ÖVP: Das war schon beim Umweltschutz!*) Sehen Sie, das war die weise Voraussicht.

Herr Professor Koren, den ich ja durchaus wirklich für einen Fachmann par excellence halte — ich kenne ihn lange genug —, hat

**Zingler**

heute besonders hervorgehoben, er hätte das neue Elektrizitätsförderungsgesetz in Vorlage gebracht. Dazu werden wir auch noch etwas sagen.

Derselbe Herr Verkehrsminister Dr. Weiß, um noch bei ihm zu bleiben, hat bei der Eröffnung des Draukraftwerkes Feistritz in Kärnten erklärt, daß dieses Werk das letzte Draukraftwerk sein werde. Eine wahrlich vorausschauende Energieplanung, für die die „Salzburger Nachrichten“ damals nur die Schlagzeile „Schockierend“ fanden. Ich erspare mir, das vorzulesen, was die damals gesagt haben (*Zwischenruf des Abg. Doktor Mussil*), aber ich kann auch das zur Verfügung stellen.

Nun hat der Herr Professor Koren heute gesagt, daß er das neue Elektrizitätsförderungsgesetz in Vorlage gebracht habe. Wir haben damals bei der Debatte dem Herrn Professor Koren — da war er schon Finanzminister — gesagt, daß wir darin nur eine Lex Kernkraftwerk sehen; es gab gewisse Ansätze, der Elektrizitätsförderungsbeirat wurde geschaffen. Es gab aber — und das haben wir damals in der Debatte zum Ausdruck gebracht — auch eine Menge Verschlechterungen. Ich brauche nicht darauf eingehen, aber ich kann nur sagen: Wir haben damals trotz der Verschlechterungen diesem Elektrizitätsförderungsgesetz unsere Zustimmung gegeben, im Gegensatz zu Ihrem überwiegenden Verhalten, da Sie bei solchen Dingen dagegen sind.

Es gab aber bei dieser Kernkraftwerks-enquete einen weiteren prominenten Herrn, der ebenfalls in einer Ansprache unter dem Titel „Neue Tendenzen in der Elektrizitätswirtschaft“ die These vertrat, daß die Annahme einer konstanten Wachstumsrate des Stromverbrauches unrichtig sei und demzufolge der weitere Ausbau in der Elektrizitätswirtschaft gedrosselt werden müsse. Herr Professor Koren ist nicht da, aber ich bezweifle, daß Professor Koren diese damals von ihm 1967 abgegebene Äußerung mit ernster Überzeugung zum Ausdruck brachte oder ob er lediglich angesichts der sich damals schon abzeichnenden glück- und erfolglosen Schmitzschen Finanzpolitik Budgetmittel für andere Zwecke (*Abg. Dr. Mussil: Das waren die Prognosen von damals!*) — ja, die Prognose von damals stammt von ihm — als den Ausbau der Elektrizitätswirtschaft reservieren wollte. Ich glaube das zweite. Er wird sich vielleicht gar nicht so getäuscht haben, aber es waren immerhin Millionen, die er sich dadurch für sein Budget nach der glück-

losen Schmitzschen Finanzpolitik reserviert hat. Letzten Endes blieb es ja Professor Koren überlassen, im Jahre 1969 das Elektrizitätsförderungsgesetz ersatzlos auslaufen zu lassen und damit gezielt die E-Wirtschaft ihrer entscheidenden Selbstfinanzierungsmöglichkeiten zu berauben beziehungsweise der Verbundgruppe Kapitaleinzahlungen vorzuenthalten. (*Abg. Dr. Mussil: Was der Staat zahlen muß, ist doch keine Selbstfinanzierung!*) Freilich, das Elektrizitätsförderungsgesetz mit der steuerfreien Rücklage war doch für die Stärkung der Selbstfinanzierungsbasis gedacht. Das, Herr Doktor, wissen wir genau.

Nach Ansicht von Fachleuten sind auf diese Weise in einem einzigen Jahr genau so viele Mittel entzogen worden, als das gesamte Steueraufkommen aus der immer wieder von Dr. König monierten Investitionsbesteuerung über einen Zeitraum von fünf Jahren betragen wird.

Es freut mich aber jetzt ab und zu zu hören — auch der Kollege Dr. König sagt das —, daß eben die einzige vernünftige Möglichkeit, der vernünftige Weg in der Energiepolitik das Siegen der Kooperation zwischen der großen Verbundgruppe und den Landesgesellschaften zu sein scheine.

Auch hier ein ganz offenes Wort, Herr Dr. König. Es dürfte allerdings Ihrer Aufmerksamkeit entgangen sein — die Kooperationsfrage —, daß Ihr geschätzter Parteifreund, der Generaldirektor-Stellvertreter — ich habe den Namen einmal genannt, ich nenne nie gerne Namen — keinesfalls immer diese edle Absicht, die Sie jetzt zur Schau stellen, teilte. Er schrieb nämlich wörtlich in einem Aufsatz — das können Sie auch im „ÖZE“ nachlesen — über organisatorische und gesellschaftsrechtliche Fragen beim Bau eines österreichischen Kernkraftwerkes, daß „ein solches Kernkraftwerk ohne Zweifel von einer Sondergesellschaft zu errichten und auch zu betreiben ist“. Den Landesgesellschaften blieb es vorbehalten, dem Partnerschaftsgedanken bei der Errichtung von Kernkraftwerken zum Durchbruch zu verhelfen, wobei Ihr geschätzter Herr Professor Ermacora mit einem von ihm mitverfaßten (*Abg. Dr. Mussil: Der Zingler hat's mit den Professoren!*) — Professor, Sie kennen sich ja genau aus — Gutachten — auf über 50 Seiten niedergeschrieben, Mai bis Juni 1969 — erhebliche Schützenhilfe leisten mußte. Also schmücken Sie sich nicht mit einem föderalistischen Federl oder einem Mäntelchen, denn letzten Endes blieb es der Regierung Kreisky vorbehalten, die Idee des Gemeinschaftskraftwerkes in die Tat umzusetzen.

**Zingler**

Wie wenig gerade die letzte ÖVP-Alleinregierung die Förderung des Kernkraftwerkes betrieben hat, kann auch einem flammenden Aufruf in der Wiener Zeitung „Die Presse“ vom 28. November 1969 — wenige Monate vor Ihrer Abwahl — entnommen werden (*Abg. Dr. Mussil: „Die Presse“ ist ja nie abgewählt worden!*) — die ÖVP-Regierung —, wo der damalige Ihnen bestens bekannte Prokurist der Kernkraftwerksplanungsgesellschaft, Dr. Thomas Dobner, eingehend bemängelt, daß die meisten erforderlichen Verordnungen für die Genehmigung des Kernkraftwerkes einfach fehlen. Ich könnte den ganzen Artikel verlesen. Die Sicherheitsvorschriften waren damals nicht erlassen. Bitte, vielleicht war es gut, daß die Frau Sozialminister damals die Erlässe nicht herausgegeben hat, vielleicht haben wir jetzt, weil die Beamten die besten Sicherheitsvorschriften aus aller Welt zusammengetragen haben, dadurch, daß es die Regierung Kreisky zu besorgen hatte, doch bessere Sicherheitsvorschriften.

Wenn ich diese eindeutig belegbaren Fakten nochmals Revue passieren lasse, muß ich mich vollinhaltlich der vom Abgeordneten Doktor Stix schon hier im Parlament getroffenen Feststellung anschließen, daß die Wurzeln der gegenwärtigen Energiemisere in die Mitte der sechziger Jahre, also den Beginn der ÖVP-Alleinregierung, zurückreichen (*Abg. Doktor Mussil: Anfang der siebziger Jahre!*), wo es zu unverantwortlichen Verzögerungen im Kraftwerksbau gekommen ist.

Meine Damen und Herren! Irren kann man sich, Fehleinschätzungen kann man zum Opfer fallen, das sind menschliche Eigenschaften, aber man soll es dann ehrlich einbekennen und sagen: Wir haben uns damals geirrt, wir haben die Entwicklung falsch eingeschätzt und wir werden uns jetzt alle gemeinsam anstrengen, die damals gesetzten und begangenen Fehler zu reparieren.

Wenn Herr Professor Koren heute in seiner Einleitung festgestellt hat, wer in die Vergangenheit flüchtet, fürchtet die Gegenwart, möchte ich am Schlusse sagen: Ich halte es mit einem anderen Professor zum Abschluß noch einmal, mit dem Professor Benedikt Kautsky, der mir einmal gesagt hat: Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart und schon gar nicht die Zukunft begreifen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Robert Graf. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Graf (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich einige Bemerkungen, die ich gerne machen möchte, an den Herrn

Bundeskanzler richte — ich moniere nicht, er kann nicht immer da sein, es ist aber seine Erklärung, und ich weiß, daß er mir zuhört — rufe ich nun Sie, Herr Bundeskanzler, wenigstens doch über das Mikrophon zuzuhören. Hohes Haus! Aber zuerst eine grundsätzliche Bemerkung zu zwei Herren Abgeordneten: Erstens zum Herrn Kollegen Zingler, nur zur Auffrischung seiner Erinnerung: Das Elektrizitätsförderungsgesetz 1969 mit Wirksamkeit 1970 bis 1979 wurde von der ÖVP-Regierung beschlossen. Das sei nur bemerkt. (*Zwischenruf des Abg. Zingler.*)

Herr Abgeordneter! Dann noch eine Bemerkung! Hier zitiere ich einen Mann, bei dem Sie aufpassen sollten, wenn Sie sagen, er versteht nichts. Es ist Dr. Staribacher. Ich habe in einem Radiointerview eine Bemerkung von ihm über Nachtstrom im Falle einer Strompreiserhöhung gehört. Sie bemerken, daß vor Jahren Dr. Weiß vieles nicht voraussehen konnte. Sie haben recht, aber erinnern Sie sich, Herr Abgeordneter, daß damals die EVUs den Nachtstrom für billige Heizungen propagiert haben, weil einfach nachts ein Überschuß an Energiemengen vorhanden war.

Dem ist heute nicht so, daher wird wahrscheinlich mit Zustimmung Ihrer Bundesregierung den EVUs gestattet werden — zur geringen Freude vieler Wohnungsinhaber aller Farbschattierungen politischer Natur —, daß sie nunmehr, und hier kann man wahrscheinlich der Regierung nicht einmal Schuld geben, einen gleichteuren Strom zahlen müssen, weil sich der Energiekonsum, Herr Abgeordneter, eben geändert hat. (*Abg. Zingler: Also gleich teuer wird's nicht! Von 1966 bis 1970 ist zuwenig gebaut worden!*)

Herr Abgeordneter! Wollen wir das abwarten; aber machen Sie doch keine Ausflüchte! Sie sagten soeben, man soll Irrtümer zugeben. Selbstverständlich hat Weiß das damals so gesehen. Als man den Nachtstrom propagiert hat, haben es die Leute so gesehen. Auch Sie können mit Ihren heutigen Energieausführungen, die ich nicht entkräften kann, weil ich nichts davon verstehe, irren. Sie selbst sagten, dies sei möglich.

Herr Abgeordneter Wille! Sie haben — es ist Ihr Recht — die Rede meines Kollegen Koren einer harten Kritik unterzogen. (*Abg. Steinhuber: Das darf er!*) Ich sagte es eben. Wenn Sie, Herr Steinhuber, einen Moment Geduld haben, komme ich ja dazu: natürlich darf er! Aber eines muß ich für Koren und meine Fraktion festhalten:

Professor Koren hat natürlich eine Rede gehalten, die Ihr Entzücken nicht finden konnte, aber auch nicht sollte. Herr Abgeord-



**Graf**

neter Wille! Sie befinden sich im Parlament und in keiner Wunschsendung, daher können Sie nicht das hören, was Sie wollen.

Aber eines darf ich allen Ernstes und jetzt ohne Spaß sagen: Solange ein Mann von uns den parlamentarischen Kommentar nicht verletzt — und das hat Dr. Koren in keiner Phase getan —, solange müssen Sie diese Rede anhören oder hinausgehen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir nehmen nicht zur Kenntnis, daß Sie, Herr Kollega, hier erklären: Es ist unerträglich ... *(Abg. Sekanina: Herr Kollege Graf! Das war schon eine Gratwanderung vom Herrn Professor Koren!)*

Herr Abgeordneter! Daß Sie befohlen haben, wir sollen hereinkommen, wenn Sie reden, war jenseits des Grats, das darf ich Ihnen gleich sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Aber völlig emotionsfrei, meine Herren, völlig emotionsfrei! Ein Politiker irgendeiner Partei kann nicht erklären, wenn ihm die Rede eines politischen Gegners nicht paßt, daß es für die Regierungspartei unzumutbar ist.

Herr Abgeordneter Wille! Hier haben Sie den Bogen überspannt. Es ist zumutbar! Die Regierungspartei hat das nicht nur verdient, sondern sogar herausgefordert. Sie werden in kommander Zeit, das heißt, je größer Ihre Schwierigkeiten werden, immer öfter solche harte Reden hören. Doch seien Sie nicht besorgt: Die Zahl derer, die sich in der letzten Zeit im Ton vergriffen haben, war sicher in der Mehrzahl nicht in meiner Fraktion zu finden. Das kann ich hier kritisch feststellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Wille! Ich schätze Sie als Parlamentarier, aber gewisse Dinge gehen nicht, und gewisse Dinge lassen wir uns nicht bieten. Selbstverständlich, solange Sie den parlamentarischen Kommentar nicht verletzen, können Sie sagen, was Sie wollen! Es ist Ihr Recht. Wir glauben, daß es nicht nur unser Recht, sondern sogar unsere Pflicht ist, Dinge zu sagen, die gesagt werden müssen. Ich wiederhole mich bewußt: Je schlimmer Ihre Wirtschaftspolitik sich ausformt, desto öfter werden wir Dinge sagen, die Sie ... *(Abg. Wille: Sie wird nicht schlimmer! Sie wird besser!)*

Herr Abgeordneter Wille! Ich sehe mich außerstande, und ich glaube sogar, viele Ihrer Wähler von 1970 und 1971, die heute schon strapaziert wurden, die Sie in die Lage versetzt haben, uns das alles zu bieten, was Sie uns eben jetzt bieten, sehen sich gleich mir außerstande, Ihnen bei den 20 Prozent mit Applaus zu folgen. Wir sind außerstande, Ihnen und Ihrer Regierung zu applaudieren, weil Sie uns „nur“ 20 Prozent Teuerung be-

schert haben. Bei 3 Prozent demonstrierten Sie, bei 20 applaudieren Sie. Wir können Ihnen hier nicht applaudieren! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Steininger: Wenn's ihr am Ruder wäret, wären es mehr als 50 Prozent!)*

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe einige Fragen an den Herrn Bundeskanzler zu richten. Sie sind eher gesellschaftspolitischer Natur. Herr Abgeordneter Zingler meinte, der von der ÖVP vorgelegte Energieplan beziehungsweise das Energiekonzept war nicht einmal ein Weihnachtswunsch. Ich habe kein Recht zu klassifizieren, aber wenn das höchstens ein Weihnachtswunsch war, wie würden Sie denn inhaltlich den heutigen Bericht Ihres Kanzlers klassifizieren, wenn Sie sich äußern könnten? *(Abg. Sekanina: Das war eine tatsächliche Darstellung!)* Herr Abgeordneter Sekanina! Sie sollten sich nicht zwingen, Dinge zu sagen, die Sie nicht glauben. Das war eine zusammengestoppelte ... *(Abg. Sekanina: Sie sollen nicht Dinge aussprechen, die Sie nicht beweisen können! — Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Sekanina! Der Bericht des Herrn Bundeskanzlers war ein Sammelurium von alten Halbwahrheiten, lieblos zusammengestoppelt, von niemandem ernst genommen. Ich bin mit Stix und Herrn Abgeordneten Broesigke einer Meinung! Wenn die Bevölkerung durch eine Bemerkung des Herrn Bundeskanzlers Aussagen zu energiepolitischen Fragen, untermauert mit echten Zahlen, erwartet hat und erwarten konnte, dann wurde sie nicht bedient. Das ist unsere Meinung dazu. Aber immerhin ... *(Abg. Dr. Koren: Sie ist bedient!)* Aber nicht durch die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, sondern durch die Wirtschaftspolitik der Regierung, und das ist ein Unterschied.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat auch heute wieder den Brief Dr. Schleinzers und jenen der anderen Oppositionspartei zitiert. Er sprach von ernster Zusammenarbeit. Ich will mich mit dem gestrigen Tag nicht mehr beschäftigen, und so weiter. Aber lassen Sie mich an die Adresse des Herrn Bundeskanzlers — er hört ja zu — gerichtet folgendes sagen: Bei der Jubiläumsfeier der Wiener Kammer, dieser gut gelungenen Veranstaltung, hat Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky als Festredner eine für den politisch Ueingeweihten hervorragende Rede gehalten, und viele von uns Händlern dürften feuchte Augen bekommen haben. Er hat der Wirtschaft jenen Lebensraum zugesichert, den wir immer wollen. Ich war auch ergriffen, aber vor Zorn, Hohes Haus! Herr Bundeskanzler! Ich frage Sie: Ist der gleiche Redner dort

**Graf**

nicht auch der Obmann der SPO? (*Rufe bei der SPO: Erraten!*) Ja eben. Hier beginnt ja mein Mißbehagen: Sind wir — ich spreche jetzt sehr ernst — von der ÖVP echte Partner für Sie und für den Herrn Bundeskanzler?

Wenn ich die Rede bei Mitterers Fest höre, würde ich das mit Ja beantworten. Wenn ich an die Belangsendung der SPO vom 8. Jänner denke, muß ich es verneinen. Ich will den gewerberechtl. Ausdruck verwenden, ich weiß, diese Sendung ist „Marsch“-geschneidert. (*Zwischenrufe bei der SPO.*) Herr Kollege! Ich weiß es schon! Aber immerhin, Herr Bundeskanzler, es geschieht mit Ihrer Einwilligung, und als Obmann tragen Sie die Verantwortung.

Herr Abgeordneter Marsch! Nun wieder zu Ihnen. Im Rahmen des Mottos: „Alles im Lichte der Partnerschaft“, die Dr. Kreisky bei der Feier von Mitterer beschworen hat: Erinnern Sie sich daran, wie Sie hier mit Pathos und Empörung die Geschichte von den 20.000 Tonnen Mehl erzählten. Sie entsinnen sich doch! Ich möchte Ihnen sagen, was Sie sowieso wissen, was Sie auch gewußt haben, das ist ja selbstverständlich. Ich habe mir ein Brieflein von diesem Mühleninnungsmeister besorgt. Aber ich sage Ihnen nichts Neues, Sie haben es ja wider besseres Wissen gesagt. Es gibt ja kaum ein besser kontrolliertes ... (*Abg. Marsch: Sie kennen das Rundschreiben der Mühlenindustrie vom Dezember. Lesen Sie doch die „Arbeiter-Zeitung“!*) Herr Abgeordneter! Ich habe Ihnen ja auch zugehört, wenn es Ihnen auch nicht recht ist. Ich muß Ihnen nur eines sagen. Sie haben etwas behauptet, und der Herr Handelsminister als unser Interessenvertreter in der Regierung hat dazu geschwiegen. Aber ich werde mir erlauben, mich Ihnen noch zuzuwenden.

Herr Abgeordneter Marsch, Sie wissen doch selbst, es gibt keine genauer kontrollierte gewerbliche Einrichtung als die Handels- und Industriemühlen. Natürlich sind ... (*Abg. Marsch: Wie heißt das?*) Es gibt keine genauer kontrollierten Gewerbeunternehmungen als diese Mühlen. Herr! Wohin sollen denn 20.000 Tonnen verschwinden? Im Monat vor der Preiserhöhung, im Monat November 1973, wurden 64.375 Tonnen Mehl vermahlen, damit um 48 Prozent mehr ausgegliedert. Der Ausstoß im gleichen Monat des letzten Wirtschaftsjahres — aber auch diese Zahl kennen Sie natürlich — war 43.583 Tonnen. Die Auslieferung lag 75 Prozent über dem Monatsdurchschnitt. Sie wissen auch warum. Selbstverständlich wissen Sie es! Herr Abgeordneter Marsch! Alle österreichischen Staatsbürger über 40 haben einmal gehungert, alle österreichischen Staatsbürger über 60 haben zwei-

mal in ihrem Leben grauenhaften Hunger gelitten. Und, Herr Abgeordneter, die Angst — ich gebe Ihrer Regierung im Moment noch nicht einmal dafür die Schuld —, daß es durch eine Wirtschaftspolitik, die nicht funktioniert, zu einem Lebensmittelengpaß kommt — ich werde mich damit noch beschäftigen —, hat diesen Angstkauf ausgelöst. Sie wußten es. Sie haben — obwohl Ihr Kanzler bei passender Gelegenheit uns versichert, daß wir unseren Lebensraum als Wirtschaft in dieser Regierung bekommen —, wider besseres Wissen etwas anderes behauptet. Das geschieht in jeder Belangsendung der SPO.

Ich muß Ihnen sagen: Es ist mir heute noch unverständlich, wie lange wir in falsch verstandener Partnerschaft nicht mit gleicher Münze zurückzahlen. Wir werden in den Belangsendungen — ich höre sie ja nie, ich war nur jetzt krank, und da habe ich sie halt gehört —, wie zum Beispiel am 8. Jänner (*Ruf bei der SPO: Sie sollen Sie hören!*), Herr Collega, schlicht und einfach als Preistreiber und halbe Verbrecher hingestellt. Lassen Sie sich das zu Hause abspielen. Aber Sie wissen es ja!

Und hier wieder meine Fragen an den Herrn Bundeskanzler: Sind wir Partner? (*Ruf bei der SPO: Preistreiber, aber nicht Verbrecher!*) Halbel! Aber, Herr Abgeordneter Sekanina, auch die Behauptung bei den Mühlen! Wessen haben Sie denn, Herr Abgeordneter Marsch, die Mühlenindustrie bezichtigt? (*Zwischenruf des Abg. Mondl.*) Herr Mondl, ich brauche mit der gesamten Mühlenindustrie zusammen schon aus grundsätzlicher Geschäftsmoral überhaupt kein Schuldgefühl zu haben, und Ihretwegen schon gar nicht! Nehmen Sie das freundlich zur Kenntnis. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir haben Ihnen gegenüber ganz andere Gefühle als Schuldgefühle.

Herr Abgeordneter Marsch, als Zentralsekretär haben Sie die Aufgabe, Ihre immer schlechter liegende Partei möglicherweise zu einem nochmaligen Sieg zu führen. Fast jedes Mittel ist Ihnen recht. Aber dann kann man, muß man endlich sagen: Ihr, Volkspartei, ihr, österreichische Wirtschaft, ihr seid für uns Partner, daher hören wir auf euch zu diffamieren!, oder wir sind keine, dann werden wir das zur Kenntnis nehmen, und wir werden uns darauf einstellen. Das ist ja meine Frage an den Herrn Bundeskanzler, und ich versuche eine Antwort darauf zu erhalten.

Eine Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, die ausgerichtet ist auf Veränderung der Gesellschaftsordnung, die nicht aufgehört hat, Klassenkampf in neuer Form zu sein,

**Graf**

muß schiefgehen, schiefgehen sui generis, weil man Wirtschaftspolitik nicht mit der klassenkämpferischen Brille betreiben kann.

Oder, meine Herren, was ist es denn anders? Darf ich Ihnen sehr ernst etwas sagen? Paritätische Kommission — wunderbare Einrichtung. Gott sei Dank haben wir sie. Sie verlangen — die Bundeskammer unterstützt das —, daß unsere Mitgliedsfirmen genaueste Preiskalkulationen vorlegen; eine Arbeit, die nicht klein ist. Sie alle wissen es. Was geschieht? Diese verlangten und gewünschten Preiskalkulationen werden mit einer Handbewegung vom Tisch gewischt. Es wird dann ein Prozentsatz zugemessen — freundlicherweise, nach der Theorie: Vogel friß oder krepier; ein Ausfluß einer echten Partnerschaft, die der Herr Bundeskanzler gut und schön bei Mitterers Festfeier beschworen hat. Daher müssen wir ja langsam wissen, sind wir für Sie, Herr Bundeskanzler (*Zwischenruf des Bundeskanzlers Doktor Kreisky*) — ich weiß nicht, Sie haben mich gehört, ich urgiere nichts (*neuerlicher Zwischenruf des Bundeskanzlers Doktor Kreisky*), ich weiß alles —, sind wir in diesem Zusammenhang zumindest für Sie wirklich Partner? Oder benützen Sie nur die jeweilige Feierlichkeit, um an sich ergriffene Händler noch mehr von sich einzunehmen und ergriffen sein zu lassen?

Bei der Feier vom Mitterer in Wien haben Sie eine herrliche Rede gehalten. Ich wiederhole mich, Sie haben doch anscheinend nicht ganz zugehört bei Ihrem Mikrophon. Ich muß den letzten Satz für Sie wiederholen, Herr Dr. Kreisky! Ich habe gesagt: Die Leute waren begeistert, die Sie nicht kennen, ich war ergriffen — aber vor Wut —, weil ich mich erinnere habe an die Belangsendungen, „Marsch“-geschneidert, aber mit Ihrer Billigung. Das ist eine persönliche Einstellung.

Ich werde mich nun, aber auch noch in diesem Zusammenhang und noch bei Ihnen bleibend, Herr Bundeskanzler, dem Herrn Handelsminister Staribacher zu. Herr Bundesminister! Ich sage Ihnen etwas: Wir kennen uns lang genug. Ich sage es wertneutral. Ich bin Ihr Gegner, aber nicht Ihr Feind. Ich werde dann einen Satz der „Kronen-Zeitung“ vom Sonntag zitieren. Aber wenn Sie meinen, ich möchte Ihnen weder unterstellen, daß Sie Ihr Geschäft nicht verstünden — ich wähle bewußt diese Form —, noch daß Sie nicht wüßten, wie man es macht. Ich bin nicht dumm genug — weil Sie ein Sozialist sind —, dem Bundeskanzler vorzuwerfen, daß, wenn man eine einfärbige Regierung macht, man außer ein paar Schmuckblumen parteiloser Herkunft — ich hoffe, niemand kränkt sich, es ist nicht böse gemeint — nicht einen Mann zum Handels-

minister bestellt, der eventuell meiner Partei angehört. O nein!

Herr Bundesminister, es kann bei Ihnen aus einem Grund nicht funktionieren. Ich sage das für Sie positiv, obwohl es Sie nicht freuen wird. Sie waren zeit Ihres Lebens ein sehr geachteter Gewerkschafter. Sie haben Ihr Geschäft verstanden, Ihre Großzeit war, als Sie es uns — so wie ich im Moment jetzt aus dem Stegreif — „einigsagt“ haben. Da waren Sie in Ihrem Element, Herr Dr. Staribacher! Sie hatten etwas zu vertreten, worin Sie aufgewachsen waren. Als Sie der Herr Dr. Kreisky zu unserem „Interessenvertreter“ in der Regierung machte, war das ein Stück Klassenkampf. Sie stehen ja mit Ihrem Herz jenseits der Barrikaden! Sie haben kein Verständnis für uns, und Sie können es nicht haben, auch wenn Sie sagen, Sie machen es gut. (*Ruf bei der SPÖ: Größenwahnsinnig!*) Nein, es ist nicht größenwahnsinnig! Es ist richtig so! Herr Abgeordneter! Ich sage das positiv. Ja glauben Sie denn wirklich, daß ein prominenter Gewerkschaftsvertreter, der kraft seines Amtes immer versucht hat, im Interesse seiner Gruppe dem Unternehmer etwas abzunehmen, plötzlich mit dem Herzen uns Unternehmer vertreten kann? (*Beifall bei der ÖVP.*) Meine Damen und Herren, lassen Sie sich doch sagen, das ist nicht böseartig, das ist eine nüchterne Feststellung. Selbstverständlich.

Herr Bundesminister Dr. Staribacher! Nun mein Zitat. Sie sagten: Als man Ihnen vorwarf, daß Sie in der Energiepolitik in Optimismus gemacht haben — ich zitiere aus Zeitgründen nicht wörtlich —, hätten Sie am liebsten alles hinschmeißen wollen. Herr Bundesminister, das war kein Grund. Aber wenn Sie wissen, wann wir geglaubt haben, daß sich zeigen muß, ob Sie unsere Interessen in der Regierung vertreten, und wann wir ... (*Zwischenrufe bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Lukas.*) Ja, aber natürlich! Aber Herr Lukas, regen Sie sich nicht auf! Sie können mir ja nicht dasselbe Recht absprechen. Ich habe ja auch nichts dagegen, wenn der Herr Sekanina sagt, er spricht im Moment für die Gewerkschaft. Ich rede als Vertreter der Unternehmerschaft Österreichs. Also kommen Sie wieder herunter. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Meine Damen und Herren! Herr Bundesminister! Wir haben geglaubt, daß Sie einen Grund haben!

Meine Damen und Herren! Als diese Bundesregierung eine zweimalige Schillingaufwertung durchgeführt hat, war diese monetäre Großmannssucht Anlaß für die Exportwirtschaft, Ihnen echt zu sagen, wir fürchten, daß Arbeitsplätze gefährdet werden, weil wir im Export nicht mitkommen. Die Entwicklung be-

**Graf**

ginnst uns leider recht zu geben. Herr Bundesminister! Damals hätten Sie zurücktreten können als „Interessenvertreter“ der österreichischen Wirtschaft. Sie haben gewußt, daß wir es nicht verkraften. Seit damals habe ich ernst erkannt — bei aller Einschätzung Ihrer Fähigkeiten, die spreche ich Ihnen nicht ab —, daß Sie unsere Interessen bis zur letzten Konsequenz nicht wahren können, weil Sie von der „drüberen“ Seite — nicht von der politischen, verstehen Sie mich jetzt nicht wieder falsch —, von der drüberen Seite der gesellschaftspolitischen Richtung kommen. Damals hätte der Handelsminister aufstehen und seiner Regierung sagen müssen: Die Wirtschaft — Herr Bundeskanzler, Sie sagten mir zu, es war keine schlechte Idee; das ist Ansichtssache — wird das nicht verkraften. Wir haben uns das nicht aus den Fingern gesogen. Seit Sie damals geschwiegen haben, habe ich zur Kenntnis genommen, daß Sie in erster Linie Sozialist und erst dann Vertreter der Wirtschaft sind. Man muß nicht immer einer Meinung im Kabinett sein. Hier hätten Sie sich unsterbliche Verdienste erwerben können. Da würde ich Ihnen wirklich assistieren, daß Sie es gut machen. Sie hätten ja gar nicht zurücktreten brauchen. Hätten Sie sich nur wie sonst manhaft gewehrt. Es wäre die Aufwertung ausgeblieben. Denn heute ist ja niemand glücklich. Die Glaubwürdigkeit Ihrer Person in der Vertretung der Wirtschaft Österreichs haben Sie meiner Meinung nach gesellschaftspolitischen Ansichten Ihrer Regierung geopfert.

Ich unterstelle nicht nur Ihrer Regierung gesellschaftspolitische Absichten, das ist doch kein Geheimnis, denn hier und da wird es ja gesagt, Sie wollen die Gesellschaft verändern; aber verändern zu unseren Ungunsten, haben wir das Gefühl.

Ich bitte, lassen Sie mir doch etwas sagen über die Mehrwertsteuer im Zusammenhang mit den Agrariern. Hier muß ich Ihnen etwas sagen, bevor Sie mir noch dazwischenrufen: Natürlich haben der Mussil und ich mit der Genossenschaft Krach gehabt. Das ändert aber an unserer grundsätzlichen Einstellung nichts. Wenn es nicht gelingt, im Bundesländerdurchschnitt zwischen 7 und 14 Prozent aktive Agrarier zu erhalten, dann gibt es keinen wirtschaftlichen Fortschritt.

Sie werden sagen, Sie bestreiten es nicht — möglich. Die Einführung der Mehrwertsteuer und die Belastung der Agrarier mit 8 Prozent ohne flankierende Maßnahmen gibt es in keinem Land in Europa, welches die Mehrwertsteuer eingeführt hat. Mit dieser Maßnahme haben Sie einen gesellschaftspolitischen Aspekt gesetzt, der es hellhörigen und hellstichtigen Bauern verleiden könnte, noch

Bauer zu bleiben, weil ihnen die Möglichkeit, sich zu entwickeln, allein durch diese fiskalische Methode genommen wurde. Das ist ein gesellschaftspolitischer Aspekt. Auch hier hätten sich ja zuständige Herren rühren können. (*Abg. Lukas: Schauspieler!*) Herr Lukas, ich bin zwar keiner, aber ich würde mir vielleicht als Schauspieler leichter mein Geld verdienen als Sie als Abgeordneter. Das kann ich Ihnen sagen. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich komme schon wieder zur Sache. Lassen Sie mich einen Satz über die Steuerpolitik im allgemeinen sagen. Ich weiß, ich wähle eine Primitivformulierung, und es wird dem Herrn Minister Androsch nicht schwerfallen, mir nachzuweisen, daß das parlamentarisch vielleicht nicht stimmt. Aber eines auch hier: Ich und nicht nur ich, viele Unternehmer erblicken in der Veränderung der Fiskalpolitik einen gesellschaftspolitischen Umwandlungsprozeß. Jeder Finanzminister bis inklusive Koren hatte zwei Einkommensbeine: Es war das die Umsatzsteuer und die Einkommensteuer. Die Einkommensteuer bedeutete: Er mußte Rücksicht nehmen, daß wir Händler noch etwas verdienen, sonst gibt es keine Einkommensteuer.

Der Herr Bundesminister Androsch — ich kann es ihm nicht verdenken, man muß es nur sagen — hat das geändert. Er lebt von der Mehrwertsteuer — nicht schlecht! —, und er lebt von der Lohnsteuer. Denn die immer größer werdende Zahl von Unselbständigen und der immer höher werdende Inflationstribut, den man ja zahlen muß, machen den Bundesminister unabhängig davon, noch auf die Einkommensteuer Rücksicht nehmen zu müssen.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! In der letzten bösartigsten Konsequenz durchgedacht geht das auf eine Veränderung der Gesellschaftsordnung hinaus. Wir haben nicht erwartet, daß Sie das in Ihrem Bericht erwähnen, Herr Bundeskanzler, aber das sind die Fakten, über die man reden muß: die Inflation und einseitige Maßnahmen noch dazu, ich werde nur noch zwei nennen: Kreditbremse, Baubremse.

Sie haben sich sehr viel darauf zugute gehalten. Sie hat gegriffen, sie greift, aber am falschen Platz. Sie gefährdet Unternehmungen, sie gefährdet Arbeitsplätze und verhindert nicht ein Anwachsen der Inflation.

Aber ich werfe Ihnen nicht Unfähigkeit vor, Sie machen das wider besseres Wissen aus gesellschaftspolitischen Gründen. Ich kann den Verdacht nicht loswerden: Sie verfolgen hier gesellschaftspolitische Ziele, denn nur die politische Wertigkeit kann Sie veranlassen, wirt-

**Graf**

schaftspolitische Torheiten in dieser Größenordnung zu verteidigen, nur politische Hintergründe! Daß Sie es nicht wissen, das glaube ich nicht, und das wäre zu billig.

Die Folgen, Hohes Haus: Wir hätten erhofft — vielleicht tut es heute noch der Herr Handelsminister —, daß wir hören, wie man sich das vorstellt.

Herr Bundeskanzler, ich war nicht so sehr beeindruckt von Ihrer Erklärung, die Sie der Burgenländischen Regierung — allen beiden Fraktionen übrigens — über die Grenzlandförderung abgegeben haben. Da ist auch nicht sehr viel drinnen, es sei denn, Sie bauen uns eine transversale Bahn. Aber ich will hier nicht Landesprobleme aufwärmen. Wenn Sie auch den Burgenländern versprochen haben — vielleicht werden Sie das allen Österreichern versprechen —, Sie werden die Kreditbremse lockern oder wir kriegen mehr Kredite, dann müssen Sie mit dem Dr. Androsch reden. Wenn es sich um Kommunalkredite handelt, dann bin ich nicht ausschließlich glücklich, und wenn es sich um allgemeine Lockerungen handelt, dann muß erst der Herr Finanzminister die Bremse aufmachen, damit die Banken uns das Geld, das sie zwar haben, aber nicht hergeben dürfen, wiedergeben können. Davon hätten wir gerne etwas gehört.

Herr Bundeskanzler, aus Ihrem Bericht hätten wir wenigstens gerne gewußt: Wieviel haben wir denn aus Ingolstadt nicht bekommen oder wieviel könnten wir denn nicht bekommen? Wo sind die Zahlen der Energieproduktionen? Wo sind die Durchsatzmengen und all das?

Wissen Sie, was ich befürchte und Ihnen unterstelle, Herr Bundeskanzler? Als die Zeitungen angefangen haben zu schreiben: „Werden die Sozialisten die Krise meistern, werden sie damit beweisen, daß sie so gut wirtschaften können wie die Volkspartei seinerzeit?“, damals, glaube ich, mußten Sie einmal eine nicht vorhandene Krise meistern, damit Sie den Beweis liefern können, Sie können eine Krise meistern. Nur gab es bis jetzt noch keine. Aber für den politischen Effekt war die Ankündigung gut.

Und schon zum Schluß: Herr Bundeskanzler! Appelle zur Zusammenarbeit: Wir sind nicht so weit Oppositionelle, daß wir uns wünschen, daß die Regierung in Schwierigkeiten kommt. Nicht weil Sie uns leid tun — o nein, Ihnen geschieht recht —, aber weil die gesamte österreichische Bevölkerung die Zeche zu zahlen haben wird, ob schwarz, rot, blau oder parteilos. (Abg. *Robak*: Die steht hinter *Kreisky*! — Heiterkeit bei der ÖVP.) Schön!

Ich habe keine Absicht und keinen Grund, den Bundesparteiohmann der Volkspartei oder den Klubohmann zu interpretieren. So sehen wir alle die Möglichkeit und den Wunsch nach einer ernstesten Zusammenarbeit, um der Bevölkerung Ernsteres zu ersparen. Noch ist es Zeit! Aber wenn Sie uns als Partner nicht immer wollen und wenn Sie glauben, unsere Angebote zur Mitarbeit seien ein Gewimmer um koalitionäre Zusammenschübe, dann irren Sie sich. Sagen Sie uns bitte freundlicherweise: Sind wir Ihre Partner? Wollen Sie uns als Partner? Dann gewöhnen Sie Ihrem Parteiapparat verschiedenes ab.

Wir sind zur Zusammenarbeit bereit, Partnerschaft aber, Herr Bundeskanzler — das habe ich in anderer Zeit einmal von Ihnen gehört, da waren die Rollen vertauscht — oder Kompromiß bedeutet: Beiden paßt nicht alles, aber beide sind halbwegs zufrieden. Das, was Sie uns bis jetzt als Partnerschaft gezeigt haben, war ein Oktroi; ich erinnere Sie an gestern. Und dazu haben Sie unsere Bereitschaft nicht. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident **Dr. Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Heindl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Dr. Heindl** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter Graf, ich darf einleitend einen Grund sagen, an den Sie nicht gedacht haben, warum ein sozialistischer Bundeskanzler keinen ÖVP-Minister in die Regierung berufen konnte. Ich glaube, daß es dann keine so gute Information zwischen den beiden Häusern am Stubenring gegeben hätte. Das muß man vorweg sagen. (Abg. *Graf*: Herr Doktor, ich hätte Ihnen etwas anderes an Argumenten zugetraut. Das war schwach!) Aber es ist so, es ist ein Faktum.

Hohes Haus! Herr Dr. Mock hat zuvor von Ziffern des Importindex gesprochen. Als ich diese Ziffern gehört habe, hat es mich momentan geschüttelt, weil ich mir gedacht habe, das kann doch nicht wahr sein. Ich habe nachgedacht, woher er diese Ziffern haben könnte; ich weiß es nicht.

Ich habe mir die Beilage der Monatsberichte des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitutes hergenommen und habe darin nachgesehen. Ich muß sagen, ich komme darin zu ganz anderen Ziffern, zu ganz anderen Ergebnissen.

Der Index, der dort gemeint ist — und Sie meinen diesen Importindex —, ist jener Durchschnittswert, den die Importpreise in Relation zum Tageswert 1961 tatsächlich haben. Wie schaut der aus? Sie haben gesagt: 1970 plus

**Dr. Heindl**

4 Prozent — es sind plus 14 Prozent zirka, nicht auf Zehntel genau. Sie haben 1971/72 von 4,2 Prozent gesprochen — es sind plus 15 Prozent, wieder eine runde Ziffer. Sie haben dann von minus 0,4 gesprochen — wie Sie auf das kommen, verstehe ich überhaupt nicht —, das sind in Wirklichkeit plus 30 Prozent. (*Abg. Dr. Koren: Lieber Herr Doktor, das ist eine kleine Verwechslung. Er hat vom Preis gesprochen, und Sie sprechen vom Volumen!*)

Nein, er hat vom Importindex gesprochen, ich habe das nachgelesen. Er hat vom Importpreisindex gesprochen. Ich habe leider noch nicht das Stenographische Protokoll. Ich wollte es nachlesen, damit ich das wirklich genau vergleichen kann. Ich habe das so aufgefaßt: Importindexzahlen verglichen, das sind die Vergleichsziffern. Und im Hinblick darauf, daß unsere Importe rund ein Viertel des Bruttonationalproduktes ausmachen, kann man wahrlich nicht davon sprechen, daß diese Importpreissteigerungen keinen Einfluß auf die österreichische inflationäre Entwicklung haben. Das wollte ich nur einleitend sagen.

Sie gehen sehr unvorsichtig mit den Ziffern um. Vielleicht darf ich noch einige Ziffern, weil Sie sie erwähnt haben, über den Weltmarktpreis bringen, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

Im Jahr 1972 haben sich die Weltmarktpreise insgesamt um 16 Prozent verändert. Ich möchte nur erwähnen: die Metalle 46,5, Stahlexportpreis 57,5. 1973 — Stand November bitte, ein endgültiger Gesamtindex 1973 ist noch nicht vorhanden, zumindest habe ich ihn nicht gefunden — insgesamt 58 Prozent, ebenfalls Stahlexportpreis zum Beispiel plus 100,5 Prozent.

Sie ersehen daraus, daß der Einfluß von der Importseite her schon entsprechend stark ist, und ich würde Sie bitten: Wenn wir uns damit auseinandersetzen sollen, wie der Herr Abgeordnete Minkowitsch gesagt hat, dann sollten wir bei ehrlichen Ziffern bleiben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn wir heute anläßlich des Berichtes des Herrn Bundeskanzlers Gelegenheit haben, uns mit Problemen der Energiewirtschaft auseinanderzusetzen, so können wir dies in einer Situation tun, wo wir feststellen können — und das haben auch etliche Vorredner der Oppositionsparteien schon getan —, daß wir keine Krise haben, daß das ganze Gerede von einer Krise eben nur ein Gerede war. Oder kann man vielleicht von einer Krise reden, wenn am Elektrizitätssektor zum Beispiel Österreich in der Lage ist, eine Nachfrage-

steigerung von fast zehn Prozent zu decken? Welcher Staat in Europa — ja ich möchte fast sagen in der ganzen Welt — ist in der Lage, solches zu vollbringen? Oder hat irgend jemand in den letzten Monaten keine Kohle bekommen? Hat irgend jemand in den letzten Monaten kein Erdgas bekommen? Das ist doch keine Krise! (*Zwischenruf des Abg. Doktor Glaser.*) Ja, Herr Dr. Glaser, Schwierigkeiten hat es am Mineralölsektor und am Mineralölproduktensektor gegeben. Da war die Situation nicht angenehm. Ganz sicher war aber eines nicht: es war weder ein Chaos, noch war es eine katastrophale Situation. Das, glaube ich, muß man schon feststellen, auch wenn es einem nicht paßt.

Ehe ich einige grundsätzliche Überlegungen anstelle, gestatten Sie mir — viele hier im Hohen Haus wissen, daß ich bis zu meiner Angelobung hier als Abgeordneter zum Nationalrat einer der engsten Mitarbeiter von Minister Staribacher war, und ich habe diese Wochen in unmittelbarer Nähe erlebt — im Telegrammstil zu sagen, wie ich sie erlebt habe und wie man sie tatsächlich sehen muß; denn sie waren so.

Was war im abgelaufenen Jahr geschehen? In Wirklichkeit muß man sagen: schon vor dem Jahr 1973, schon im Jahr 1972, hat es in den Vereinigten Staaten Schwierigkeiten sowohl am Treibstoffsektor, am Erdölsektor wie auch am Erdgassektor gegeben. Es kam zu der dramatischen Botschaft Nixons im April 1973 an den Kongreß, in der neue Wege der nationalen Energiepolitik in den USA eingeleitet worden sind. Unter anderem war eine grundlegende Änderung der Oleinfuhrpolitik ab diesem Augenblick feststellbar.

Als Folge dieser Entwicklung traten im Jahr 1973 in vermehrtem Maße, insbesondere noch vor dem Ausbruch des vierten Nahostkrieges, erstmals die Vereinigten Staaten im arabischen Raum massiv als Käufer auf, andererseits wurde das Rohölangebot durch die Verstaatlichungspolitik einiger arabischer Staaten erheblich vermindert.

Diese langfristigen Verknappungstendenzen wurden durch den Nahostkrieg mit einem Schlag verschärft. Bekanntlich wurden im Zuge der Kriegshandlungen Einrichtungen zerstört, und es trat tatsächlich ein beträchtliches Manko auf. Österreich gelang es jedoch, durch verschiedene Ersatzlieferungen — ich darf nur erwähnen: Lieferungen aus Libyen — eine weitere Verknappung praktisch zu umgehen.

Durch diese zusätzlichen Lieferungen aus Libyen und die sofortige technisch vertretbare Erhöhung der Eigenförderung wurde eine

**Dr. Heindl**

Vollauslastung der Raffinerie in Schwechat ermöglicht.

Die westlichen Nachbarstaaten Österreichs wurden durch die Ereignisse wesentlich stärker getroffen als unser Heimatland. Und das war deswegen für uns von Bedeutung, weil wir doch an die 30 Prozent von Importen aus diesen Ländern, Italien, Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz, tätigen mußten und weiter tätigen müssen.

Was die Regierung in dieser Situation — insbesondere der zuständige Minister — tun mußte und auch getan hat, zeigt sich jetzt in zeitlicher Distanz als einzig Richtige: Er ist ohne große Dramatik, ohne viel Hektik, wie es der Herr Professor Koren meinte, mit den Vertretern der Mineralölwirtschaft in Verhandlungen eingetreten und hat beraten, welche Maßnahmen auf Grund der jetzigen Situation zu tätigen waren.

Da zu diesem Zeitpunkt — also in den ersten Tagen nach Kriegsausbruch — die weltpolitische Entwicklung für einen längeren Zeitraum nicht absehbar war, eine zumindest mehrwöchige Versorgung jedoch sichergestellt war, wurde seitens der Mineralölwirtschaft gebeten, einen Sparappell an die Öffentlichkeit zu richten.

Und warum, meine Damen und Herren? Ich vergesse diesen Montag und diesen Mittwoch nach Ausbruch des Krieges nicht. Die Vertreter der internationalen Ölgesellschaften sind genauso wie der Vertreter der OMV zu Minister Staribacher gekommen und haben gesagt: Im Augenblick, wo Baniyas, ein Ölverladehafen, brennt, im Augenblick, wo wir wissen, daß mehrere Pipelines im arabischen Raum gestört sind, wo wir noch nicht wissen, ob die Zulieferungen im selben Ausmaß, wie sie kontinuierlich geplant waren, fortgesetzt werden, müssen wir — vorübergehend zumindest — eine Abnahmedrosselung in Schwechat vornehmen.

Diesen Sparappell hat der Herr Bundesminister Staribacher unterstützt. Und wenn es dadurch zu Verknappungstendenzen gekommen ist — unbestritten, die waren gegeben an diesem Wochenende, es war ein düsteres Wochenende; ich will keine Schuldigen suchen —, so muß man aber eines sagen: Wenn ich mir das „Volksblatt“ vom nächsten Tag anschau: „Jetzt droht uns Chaos“, „Liter Benzin bis 10 S“ — und solche Zeitungsmeldungen gäbe es noch mehr zu zeigen —, dann soll man bitte nicht sagen, die Panikmache wurde vom zuständigen Ressortminister betrieben, sondern dann soll man zugeben, daß die Panikmacher ganz woanders gesessen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Am 17. Oktober hielten bekanntlich die Erdölminister der Organisation arabischer öl-exportierender Staaten in Kuwait eine Konferenz ab. Die Entwicklung ist Ihnen bekannt, das Ergebnis ebenfalls. Es kam zu erheblichen Preiserhöhungen und zu Lieferstopps gegenüber den USA und jenen Ländern, die Israel zu Hilfe gekommen waren beziehungsweise es unterstützt haben, wobei das Unangenehme an diesem Beschluß war, daß es in der Folge zu fallenden Zulieferungen kommen sollte.

Der arabische Erdölboykott traf Österreich insofern weniger als andere Industriestaaten, weil Österreich nach wie vor über eine Eigenproduktion an Erdöl verfügt und einen Teil seiner Rohölimporte aus der Sowjetunion weiter beziehen konnte. Letztlich war auch festzustellen, daß der Irak, nachdem es zur provisorischen Behebung der kriegsbedingten Zerstörungen gekommen ist, seine Lieferungen wieder im vollen Umfang aufnahm.

Auf der anderen Seite wurden jedoch ab Mitte November, bedingt durch die Boykottmaßnahmen, die Lieferungen von Erdölprodukten aus der Bundesrepublik, aus Italien und aus der Schweiz in die westlichen Bundesländer allmählich eingeschränkt.

Auch wurde begonnen, Importe aus den Oststaaten etwas einzuschränken, wobei insbesondere die Wirkung bei Heizöl schwer am größten war.

Diese Situation war der Anlaß für folgende weitere Maßnahmen — und ehe ich diese im Telegrammstil aufzähle, möchte ich eines betonen: Alle diese Maßnahmen — Herr Generalsekretär Mussil wird es bezeugen, muß es bezeugen, und ebenso Präsident Sallinger ... *(Abg. Dr. Mussil: Der Dr. Mussil muß nie etwas müssen!)* Das müssen Sie, Herr Dr. Mussil, denn Sie waren dabei! Es war jenes Gespräch einvernehmlich geführt worden. Bitte tun Sie es freiwillig, es wird Ihrer Seriosität sicherlich guttun.

Also am 16. Oktober 1973 kam es zuerst zum Ministerratsbeschluß über die Novellierung des Rohstofflenkungsgesetzes. Am 24. kam es zur Vereinbarung über die Herabsetzung der Oktanzahl. Über Verlangen, bitte, über Verlangen der Mineralölgesellschaften ist diese Maßnahme gesetzt worden. Dann kam es zur Empfehlung der Mineralölindustrie, die Tankstellen am Sonntag geschlossen zu halten. Am 25. November trat die Beschränkung der Höchstgeschwindigkeit für Straßenfahrzeuge in Kraft.

Am 26. November teilte der Fachverband der Erdölindustrie mit, daß in der Periode vom 1. Jänner 1974 bis 30. April 1974 zirka 170.000

**Dr. Heindl**

Tonnen von den internationalen Mineralölgesellschaften vermutlich nicht geliefert werden können. In dieser Situation war es natürlich notwendig, Überlegungen anzustellen, wie dieses Manko behoben werden könnte. Es wurde von der OMV zugesagt, daß es an hohe Wahrscheinlichkeit grenzt, daß dieses Manko tatsächlich aufgebracht werden kann.

Bezüglich Dieseldieselkraftstoff. Der österreichische Bedarf an Dieseldieselkraftstoff und Ofenheizöl war auch bis März 1974 durch österreichische Produkte voll gedeckt. Bei Fahrbenzin wie bei Heizöl schwer war zu diesem Zeitpunkt ein gewisses Manko feststellbar. Diesen Verknappungserscheinungen bei Heizöl schwer und bei Ofenheizöl wurde besonderes Augenmerk zugewendet. Die Versorgung mit Ofenheizöl wird zur Gänze durch die Raffinerie Schwechat durchgeführt. In Beratungen konnte erreicht werden, daß die Erzeugung von Ofenheizöl wesentlich gesteigert wurde, und es traten auch bei der Auslieferung dieses Produktes keine Störungen auf.

Die Situation der Versorgung mit Heizöl schwer war, wie ich schon gesagt habe, schwierig und etwas anders, und zwar deswegen, weil gerade Heizöl schwer in den letzten Jahren in sehr hohem Maße importiert werden mußte. Das oberste Gebot bei den Überlegungen bezüglich Heizöl schwer war jedoch, immer zu trachten, daß es in Österreich zu keinem Arbeitsstillstand kommt, zu keiner Produktionsunterbrechung, daß die Arbeitsplätze also gesichert waren.

Auf Grund intensivster Gespräche wurde die Zentralstelle der Mineralölwirtschaft reaktiviert. Im engen Zusammenwirken zwischen den Beamten des Handelsministeriums und dieser Zentralstelle ist es gelungen, da und dort auftretende Schwierigkeiten sofort im Keime zu ersticken. Jeder einzelne Härtefall konnte beseitigt werden. Die Zentralstelle hat sich auch über Veranlassung von Minister Staribacher um die Versorgung der Landwirtschaft gekümmert und bei der Beseitigung einzelner auftretender Schwierigkeiten bewährt.

Auf Grund der Gespräche mit Vertretern der Mineralölwirtschaft gelang es, auf freiwilliger Basis eine Einschränkung der Auslieferung von Heizöl schwer unter besonderer Berücksichtigung von Fällen durchzusetzen, bei denen ansonsten ernsthafte Störungen aufgetreten wären. Dadurch konnte vorerst eine behördliche Lenkung des Heizölbezuges verhindert werden.

Meine Herren von der Österreichischen Volkspartei! Ich glaube, gerade Sie sollten dafür besonderes Verständnis haben, daß es

gelingt, durch freiwillige Vereinbarungen und nicht durch behördliche Lenkungsmaßnahmen hier eine gediegene Versorgung sicherzustellen.

Am 10. Dezember trat die Verordnung über die Meldepflicht von Heizöl schwer in Kraft sowie die Anordnung über die Lenkung von Heizöl schwer. Am 14. Dezember wurde das Bundesgesetz für Verkehrsbeschränkungen zur Sicherheit der Treibstoffversorgung im Hohen Haus beschlossen. Am 15. Dezember wurde in einer Besprechung mit den Interessenvertretungen und den Kraftfahrvereinigungen Einvernehmen darüber erzielt, daß eine Verordnung über ein tageweises Fahrverbot für Personen- und Kombiwagen mit Inkrafttreten am 14. Jänner erlassen wird. Also auch hier sogar wieder: Beschlüsse im Einvernehmen mit den Kraftfahrorganisationen.

In der ersten Dezemberhälfte hat sich dann die Verknappung, international gesehen, abermals akzentuiert. Maßgeblich hiefür war einerseits ein Beschluß der arabischen ölexportierenden Staaten, die Lieferungen im Jänner neuerlich zu kürzen, und andererseits der Beschluß der für Österreich maßgeblichen Lieferländer, beim Verkauf von Rohöl zu einer Art Versteigerungsprinzip überzugehen. Durch letzteres konnte nicht nur die Sicherung der Lieferungen trotz bestehender vertraglicher Abmachungen beeinträchtigt werden, sondern es waren auch Auswirkungen preislicher Natur zu erwarten. Allerdings hat eine Aussprache mit Spitzenfunktionären der Ölwirtschaft zu diesem Zeitpunkt ergeben, daß die Versorgungslage bis Ende Jänner 1974 — wieder unter Berücksichtigung der Einsparungsmaßnahmen — als gesichert anzusehen ist.

Und hier möchte ich etwas unterbrechen und eines festhalten: Ich glaube, man muß betonen, daß in Österreich auf Grund des Vertrauens der Repräsentanten der Mineralölwirtschaft zur Bundesregierung die Regierung laufend gewissenhaft informiert wurde. Dadurch war es möglich, daß die Regierung, der jeweiligen Situation entsprechend, jene Maßnahmen setzte, die erforderlich waren.

Zu dem damaligen Zeitpunkt, also noch Mitte Dezember, war es durchaus nicht sicher, ob es zu einer Rationierung, also zum letzten und für die Wirtschaft und die Bevölkerung sicherlich unangenehmsten Schritt, kommen muß oder nicht. Die nach dem Weihnachts- und Neujahrsfest eingetretene Entspannung hat auch diesen Schritt nicht notwendig gemacht.



**Dr. Heindl**

Aber auch hier darf ich etwas sagen: Das Ziel der Regierung war es, die Bevölkerung, wenn es tatsächlich zu diesem letzten Schritt hätte kommen müssen, nur mit einem Mindestmaß an Unannehmlichkeiten zu belasten. Die Bevölkerung hätte sich nicht anstellen müssen um die Karten, um die Marken. Sie wären ihr zugestellt worden. Es wäre also in leichtest erträglicher Form über die Bühne gegangen.

Wer auf Grund meiner Darlegungen über den tatsächlichen Verlauf die Entwicklung objektiv beurteilt, kann nur zu einer Feststellung kommen: Die veranlaßten Maßnahmen seitens der Regierung waren geradlinig, konsequent. Aber ganz besonders eines waren sie: wahrheitsgetreu und immer ehrlich. Wobei die Regierung immer nur von einer Überlegung bestimmt war: die Bevölkerung, die Wirtschaft nur mit jenem Maß an Belastungen zu konfrontieren, die auf Grund der jeweiligen Situation gerechtfertigt erschienen.

Wenn man bedenkt, daß die Regierung in dieser beginnenden Situation weder über ein geeignetes Rohstofflenkungsgesetz noch über eine Verordnung betreffend die Meldepflicht von Ölprodukten oder über eine gesetzliche Voraussetzung zur Einleitung von Sparmaßnahmen verfügt hat, und demgegenüber feststeht, daß die Bewältigung der aufgetretenen Probleme reibungslos vor sich gegangen ist, kann man die Leistung der Bundesregierung hier nicht hoch genug veranschlagen.

Ich möchte aber auch nicht verabsäumen, bei dieser Gelegenheit die Kooperationsbereitschaft seitens der Interessenvertreter hervorzuheben. Die Zusammenarbeit mit der geradlinigen Regierungspolitik oder die Verbindung mit ihr war eine der Voraussetzungen, daß hier diese Entwicklung Platz greifen konnte.

Ich persönlich bin glücklich wie auch dankbar, daß in Österreich eine Bundesregierung tätig war, die unbeeindruckt von den täglichen Hiobsbotschaften durch Presse und Fernsehen aus allen Teilen Europas in diesen Wochen Ruhe bewahrte und eine im höchsten Maße besonnene und verantwortungsbewußte Politik betrieb.

In Österreich gab es keinen Betrieb, der wegen Energiemangels stillstand, es gab keinen Menschen, der aus Energiemangel das harte Los der Teilzeitbeschäftigung oder gar der Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen mußte. Im Gegenteil, die Beschäftigungssituation ist, wie wir heute schon gehört haben, denkbar gut.

Leicht, meine Damen und Herren, wurde es aber der Regierung sicherlich nicht gemacht. Und ich kann nur eines sagen, Herr

Abgeordneter Minkowitsch, weil Sie gesagt haben, man soll miteinander reden, man soll sachlich die Probleme lösen: Wenn das alle Vertreter der Österreichischen Volkspartei in diesen Wochen getan hätten, wäre sicherlich manche kritische Situation vermieden worden. *(Beifall bei der SPÖ.)* Denn ohne die Panikmache durch einzelne Ihrer Sprecher, allen voran leider durch den Abgeordneten Doktor König, der sich täglich bemüht sah, Meldungen hinauszubringen, und dem es gutgetan hätte, wenn er in diesen Wochen öfter bei seinen Parteifreunden Mussil und Sallinger rückgefragt hätte, wäre einiges auch besser gewesen. Die ständigen, die ungerechtfertigten Vorwürfe, die immer von einem Extrem ins andere fielen, waren tatsächlich, so scheint mir, in manchen Phasen eine Panikmache.

Ich habe heute erst eine schlagwortartige Zusammenfassung jener Meldungen gelesen — und ich glaube, man muß sie anführen —, die über einen Teil der ÖVP-Presse oder ihr nahestehende Zeitungen gegangen ist. Da hieß es: „Benzin ist knapp, mit Diesel- und Heizöl schaut es nicht anders aus“; „Jetzt droht uns das Chaos“; „Liter Benzin 10 S“ — das habe ich gezeigt —; „Im Fall einer Krise werden pro Autofahrer monatlich 40 Liter Benzin ausgegeben“; „Treibstoffkrise noch nicht beendet“; „Mais verfault“; „Straßenwinterdienst vor dem Zusammenbruch“. Apropos „Mais verfault“. In diesen Tagen — Mitte Oktober —, als diese Situation Platz griff, hat der Präsident der Präsidentenkonferenz, Lehner, ein langes Telegramm geschickt und darauf hingewiesen, daß das Verfaulen der Maisernte, die Vernichtung der Zuckerrübenernte unmittelbar bevorstehe.

Meine Damen und Herren! Wo ist eine Tonne Zuckerrübe, wo nur ein Wagen Mais wirklich verfault? *(Zwischenruf des Abg. Minkowitsch.)* Aus Energiemangel, Herr Abgeordneter Minkowitsch! Aus Energiemangel. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Ruf bei der SPÖ: Lauter Panikmache!)*

Es muß nochmals festgehalten werden, daß jede dieser Maßnahmen einvernehmlich vorgenommen wurde, also auch mit den ÖVP-Mandataren in der Bundeskammer und in der Landwirtschaftskammer. Und wenn Professor Koren sagt, daß diese Maßnahmen schlecht waren, dann muß er auch seinen Vertretern sagen, daß sie Schlechtes mitbeschlossen haben.

Wie war dieser Wechsel kalt — warm? Zuerst muß die Rationierung her, dann ist das Pickerl schlecht. So war der Beginn. Und jetzt das Ende: Warum wurde das Pickerl beschlossen? Es war von einem Vertreter der Österreichischen Volkspartei, von Dr. König,

9770

Nationalrat XIII. GP — 99. Sitzung — 24. Jänner 1974

**Dr. Heindl**

die Forderung nach einem Sonntagsfahrverbot wie in anderen Ländern aufgestellt worden. Ja warum wurde es nicht gemacht? Aus zweierlei Gründen: Einesteils um der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft Schaden zu ersparen, andernteils, damit jene arbeitenden Menschen, die von Montag bis Samstag arbeiten, nicht am Sonntag zu Hause bleiben müssen.

Man hat sich auf den autofreien Tag geeinigt — wieder einvernehmlich —, und was wurde später gesagt? — Uninteressant, bringt nichts! — wobei auch das nicht wahr ist. Denn jeder, der hier mit offenen Augen durch die Straßen fährt, ob das in Wien, in Salzburg oder sonstwo ist, muß doch bemerken, daß wesentlich weniger Verkehr ist, daß man anstandslos und flüssig durch die Straßen fahren kann! Wenn man das kann, dann müssen Autos zu Hause stehen, und wenn sie zu Hause stehen, dann muß man Benzin ersparen. Das ist logisch.

Thema Rationierung. Warum ist man vor der Rationierung zurückgeschreckt? War das wirklich die Ultima ratio? Ich habe sie nicht persönlich erlebt, aber ich habe mir erzählen lassen — sowohl von jenen, die sie als Betroffene erlebt haben, als auch von jenen, die sie organisiert haben, das heißt, von den Beamten —, und als ich das gehört habe, habe ich mir gesagt: alles, nur nicht Rationierung! Wenn wir in Länder gefahren sind, in denen sie gemacht wurde, haben wir erlebt, wohin das geführt hat: zu katastrophalen Entwicklungen. Auch hier kann man nur sagen, Gott sei Dank war nicht die ÖVP entscheidend, die ständig — durch einzelne Vertreter, das muß ich betonen — nach Rationierung gerufen hat.

Es wurde der Regierung vorgeworfen, in der Woche vor dem 21. Oktober wird alles vorhandene Öl, Benzin und sonstige Mineralölprodukte nur deswegen ausgeliefert, damit am 21. Oktober in Oberösterreich und Wien ruhig gewählt wird, gewählt im Sinne der Sozialisten. Ungeheuerliche Unterstellungen! Am 22. Oktober wurde nämlich mehr ausgeliefert, genauso wie vorher. Es hat sich nichts geändert.

Oder kurze Zeit später hieß es: Es drohen kalte Weihnachten. Einige Tage später: Keine kalten Weihnachten, bis zu Weihnachten wird noch ausgeliefert, aber nach Weihnachten ist die Katastrophe dann da. Das waren die Extreme: hin und her, zick und zack. Und dieser Zickzackkurs, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, war es, der teilweise unsere Bevölkerung verunsichert hat.

Sie haben der Regierung einen Zickzackkurs vorgeworfen. In Wirklichkeit war es ein Zickzackkurs der ÖVP-Argumente und sonst nichts. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber zum Glück hat sich diese Regierung weder diesen Zickzackforderungen angeschlossen, noch hat sie ihre Politik nach permanenten Meldungen über die katastrophale internationale Energiesituation ausgerichtet, sondern die nüchternen Tatsachen, die ich erwähnen durfte, waren und sind weiter die Grundlagen der Regierungspolitik!

Jetzt plötzlich sagt Professor Koren: Es gibt eh keine Krise, es hat keine gegeben. — Ich habe gar nicht genau mitgekriegt, was er wirklich meinte. Abgeordneter Graf hat gesagt, es gab keine Krise. Das ist auch meine Meinung, das ist auch unsere Meinung. Aber bitte, so leicht, wie es sich Herr Professor Koren macht, jetzt zu sagen, es gab eine Krise, und wenn es jetzt keine mehr gibt, ist es nur ein glücklicher Zufall, so leicht kann man es sich nicht machen. Solche Argumente kann man sich ersparen.

Aber eines — Herr Professor Koren ist leider nicht hier — möchte ich bei dieser Gelegenheit anschneiden — auch Herr Abgeordneter Graf hat es erwähnt —, das Thema der Glaubwürdigkeit des Dr. Staribacher. Wenn der Herr Professor Koren glaubt, daß dieser Minister Staribacher, der bei seinen Parteifreunden Mussil und Sallinger im hohen Maße ... *(Abg. Dr. Mussil: Bei seinen Parteifreunden?)* Bei seinen Parteifreunden, und ich nehme an, Sie sind ein Parteifreund von Professor Koren. *(Abg. Dr. Mussil: Von Dr. Koren, ja!)* Ja, ich nehme das an. Wenn Professor Koren glaubt, daß Minister Staribacher bei Ihnen, Herr Dr. Mussil, also und bei Herrn Präsidenten Sallinger, so scheint es mir und schien es mir in der Vergangenheit, und ich hoffe es auch so, ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit und Vertrauen genießt und dieses verloren hat, dann müssen wir Sozialisten — meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei — unserem Freund Staribacher sagen, er soll Herrn Dr. Mussil und Herrn Präsidenten Sallinger auch die Frage stellen, ob sie die Meinung des Dr. Koren teilen. Wir Sozialisten glauben nämlich, nein, wir sind überzeugt davon, daß die überwältigende Mehrheit unseres Landes diesem Minister, der von vielen als Inbegriff der Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit mit Respekt geschätzt wird, auch weiterhin diesen Respekt und diese Ehrlichkeit zollt und daß er bei der Bevölkerung ein Höchstmaß an Vertrauen genießt. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Graf: Seine Ehrlichkeit habe ich nie angezweifelt!)*

**Dr. Heindl**

Aber ich darf mich nun mittel- und längerfristigen Überlegungen zuwenden, und im Lichte der Erfahrungen kann man sagen, daß die gegenwärtige Krise nicht nur bei uns in Österreich, sondern auch in Europa primär kein Mengenproblem, sondern in erster Linie ein Preisproblem geworden ist, das durch die Entwicklung im arabischen Raum nur noch akzentuiert wurde.

Gewiß sind die uns derzeit zugänglichen Energievorräte begrenzt, mit ihrer Erschöpfung muß einmal gerechnet werden. Aber von diesem Zeitpunkt sind wir sicherlich noch weit entfernt. Das soll nicht bedeuten, daß wir die Lösung eines etwaigen späteren Energiemangels unseren Kindeskindern überlassen und uns keine Gedanken darüber machen sollen. Nur sollen wir die Probleme scharf auseinanderhalten, die sich in fernerer Zukunft stellen und die heute für uns aktuell sind.

Die Ölpolitik der amerikanischen Unternehmungen bis zur Botschaft Nixons hatte zur Folge, daß der Absatz für ihre Produkte in Europa gesucht wurde. Durch den niedrigen Preis wurde nicht nur die traditionelle Kohle zu einem guten Teil verdrängt, sondern auch die rasche Zunahme des Kopfverbrauches verursacht. Wir haben uns an einen niedrigen Energiepreis gewöhnt. Es wurde nicht nur in Kauf genommen, daß Westeuropa, das 1956 noch zu mehr als 80 Prozent seines Energiebedarfes aus eigenen Quellen deckte, heute mehr als 60 Prozent seines Energiebedarfes durch Importe bestreiten muß, sondern es wurde das Risiko akzeptiert, eine Umstellung vorzunehmen, die sich nicht mit gleichen, relativ einfachen Mitteln rückgängig machen läßt. In Österreich war die Entwicklung ähnlich. War unser Import 1960 noch zirka 36 Prozent, beträgt er heute bereits 56 Prozent.

Vor allem aber führte der niedrige Energiepreis mit Notwendigkeit dazu — und das war vermutlich eine der tragischen Entwicklungen —, daß der ökonomische Anreiz für Energieeinsparungen in weiten Bereichen der Produktion entfallen ist. Auch in der Sphäre des Konsums, wo weniger rationelle Kriterien als in der Güterproduktion gelten, ist das Ergebnis das gleiche. Das Problem, das sich stellt, ist in erster Linie, mit höheren Energiepreisen zu leben, mit Preisen, die aber die Erschließung neuer herkömmlicher Energievorkommen, wie etwa der Erdöl- und Erdgasvorkommen im Festlandsockel der Kontinente oder in größeren Tiefen, wieder rentabel machen oder die es erlauben, bisher kaum genützte Energiequellen in wirtschaftlich vertretbarer Weise zu verwerten. Es freut mich,

daß zumindest die Freiheitliche Partei diesen unseren Standpunkt akzeptiert und begrüßt.

Die Steigerung des Rohölpreises in den Förderländern auf das fast Dreifache des Standes von 1971 eröffnet den Weg zu diesen Quellen. Aber auch nicht zu mehr. Die Nützung niedriger Naturpotentiale, wie der Windenergie, der Erdwärme und auch der Sonnenenergie im großen Stil, wird sicherlich in nächster Zeit im Hinblick auf die hohen Investitionskosten noch nicht möglich sein.

Ich halte aber auch ein anderes Problem für wichtig, das am Ausgangspunkt steht. Ist der Energiebedarf, den wir heute haben, begründet? Worauf beruht die antizipierte Zunahme?

Wenn wir diese Fragen prüfen, müssen wir feststellen, daß sie uns an Zeiten erinnern werden, wo die Menschen sicherlich über weniger an Gütern und sozialen Möglichkeiten verfügt haben als heute, aber auch erheblich weniger an Energie verbraucht haben.

Wenn wir sorgfältig nachdenken, werden wir feststellen, daß die berühmte Korrelation zwischen Energieverbrauch und Bruttosozialprodukt einen Zusammenhang darstellt, der vielleicht neuerlich näher untersucht werden sollte.

Es besteht kein Zweifel daran, daß unsere Misthaufen überproportional wachsen, daß unsere angebliche Überflußgesellschaft uns einen Überfluß von Entbehrlichem, ja Lästigem beschert, das wir loswerden wollen, und daß ferner auch Dinge, die unser Vermögen bilden, rascher verschleifen, als dies vielleicht unbedingt notwendig wäre.

Es ist zu begrüßen, daß die Bundesregierung in der Regierungsklausur am 15. Jänner Leitlinien für einen österreichischen Energieplan beschlossen hat, einen Energieplan, der im Einvernehmen mit den Interessenvertretungen in den nächsten Monaten ausgearbeitet werden wird.

Die Entwicklungen in der Vergangenheit haben gezeigt, daß die Erstellung längerfristiger Energieprognosen problematisch ist. Aus diesem Grund ist in diesen Leitlinien vorgesehen, daß der Energieplan jährlich der Entwicklung adaptiert werden soll.

Die starke Abhängigkeit der Energieversorgung Österreichs vom Ausland wird sich zwar nicht grundlegend beheben lassen, doch können die daraus resultierenden Auswirkungen durch wohlüberlegte Maßnahmen wie die weitestgehende Ausnützung inländischer Energievorkommen und die breite Streuung der Importe sicherlich gebessert werden.

**Dr. Heindl**

Mein Parteifreund Sekanina hat sich mit den Verdiensten der Sozialisten bezüglich der Energiepolitik schon beschäftigt.

Ich darf hiezu nur noch folgendes feststellen: Die Haltung der Sozialistischen Partei in Energiefragen war seit 1945 eindeutig und konsequent. Diese kontinuierliche Entwicklung der Energiepolitik fand nur 1966 eine jähe Unterbrechung, die, wie Abgeordneter Zingler schon gesagt hat, ausschließlich auf die Korensche Krankheit zurückgeht: Er hat auf Grund seines Pessimismus, der sich letztlich immer als unrichtig erweist, eine Entwicklung eingeleitet, die dazu geführt hat, daß in der Zeit von 1966 bis 1970 Bauwerke lediglich für eine Leistung von 651 Megawatt beschlossen worden sind, während seit Antritt der Regierung Kreisky hier die Ziffer 2340 genannt werden kann, also das ist fast das Vierfache.

Wie ernst, meine Damen und Herren, soll man daher die Argumente nehmen, wenn heute die Österreichische Volkspartei, allen voran ihr Energiesprecher Dr. König, sagt: Noch mehr Ausbau der Kraftwerke! Herr Dr. König! Was Sie fordern, wird schon seit 1970 getan!

Es ist sehr zu begrüßen, daß die derzeitige Regierung aber auch die übrigen österreichischen Energievorhaben, Erdgas, Erdöl und auch Kohle besonders berücksichtigt und weitere Aufschließungstätigkeiten unterstützt. Nach Jahrzehnten wird jetzt erstmals wieder mit Unterstützung des Bundes nach Kohlenvorkommen gesucht.

Die Streuung der Importe hat den Anschluß an möglichst viele Leitungssysteme zur Voraussetzung. Daher wird der Ausbau der internationalen Leitungen der Verbundgesellschaft unterstützt, wie auch der Bau der beiden großen internationalen Erdgasleitungen, die über Österreich führen, seitens dieser Bundesregierung gefördert wird.

Dem Anschluß an das internationale Gasleitungssystem, das einerseits mit sowjetischem und andererseits mit algerischem Gas gespeist werden wird, kommt auch deshalb besondere Bedeutung zu, weil erstmals damit auch die westlichen Bundesländer in die Lage versetzt werden, sich so wie die östlichen Regionen unseres Landes mit dieser umweltfreundlichen Energie zu versorgen.

Der Beschluß, die Kapazität der Raffinerie Schwechat auf 14,3 Millionen Jahresdurchsatz zu erhöhen, bedarf im Hinblick auf die Entwicklung der letzten Wochen keiner besonderen Begründung. Hervorzuheben ist jedoch die Begleitmaßnahme, nämlich die Errichtung eines neuen Zentraltanklagers im oberöster-

reichischen Raum, das mit einer Produktpipeline von Schwechat beliefert werden wird. Ich sehe, Herr Dr. Stix, hier absolut keinen Widerspruch, wenn man eine Produktpipeline baut und überlegt, ob es nicht doch zweckmäßig ist, eine zweite Raffinerie im Oberösterreichischen zu errichten. (*Abg. Doktor Stix: Es soll keine Fehlinvestition sein!*) Das wird man genau prüfen, denn diese Regierung trifft ihre Entscheidungen nur auf Grund genauer Prüfungen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Bundesregierung beweist mit diesen beschlossenen Leitlinien, daß sie nicht nur mittelfristige Zielsetzungen verfolgt, sondern auch langfristige Pläne zur Erschließung neuer Energiequellen erarbeiten muß sowie die grundlegend verbesserte Nutzung schon bekannter Energiequellen zu verfolgen hat.

Meine Damen und Herren! Aus meinen Darlegungen haben Sie ersehen, daß diese Regierung auf dem Sektor der Energiepolitik in der Lage war, beunruhigende Erscheinungen, deren Ursachen nicht in Österreich gelegen sind, in einer Art zu bewältigen, daß es für die österreichische Bevölkerung nur zu einem Mindestausmaß an Unannehmlichkeiten gekommen ist. (*Zwischenruf des Abg. Doktor Withalm.*) Hätten Sie Ereignisse wie in England wollen, Ereignisse, die die Regierung Heath verursacht? Aber Sie wollen das nicht zur Kenntnis nehmen. Sie hätten vermutlich lieber gesehen, daß es noch zu kritischeren Erscheinungen gekommen wäre, um zu sagen: Die Regierung hat versagt.

Nein, meine Damen und Herren, die österreichische Bevölkerung weiß, daß uns die Regierung Kreisky durch ihre konsequente Politik das Los der Arbeitslosigkeit, wie es in England der Fall ist, die Entwicklung, wie sie in anderen Staaten festzustellen war, erspart hat.

Diese Regierung hat aber auch die Signalwirkungen, welche die letzten Wochen und Monate gezeigt haben, zum Unterschied von der Regierung Klaus 1967 und 1968 erkannt. Damals — und das hat Ihr Klubobmann Dr. Schleinzer in einem ORF-Interview bestätigt — hat man Überlegungen angestellt, was man machen könnte. Geschehen ist 1967 und 1968 nichts, gar nichts, während diese Regierung mit aller Vehemenz die erforderlichen Maßnahmen setzen wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist Abgeordneter Dr. Schmidt. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (FPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mein Herr Vorredner wird natürlich Verständ-

**Dr. Schmidt**

nis dafür haben, daß ich seine dicke Lobrede auf die Bundesregierung und deren Maßnahmen nicht teilen kann, denn das, was hier vorgetragen worden ist, mutet etwas merkwürdig an.

Diese Regierung und die Regierungspartei orientieren sich partout immer an den schlechten Beispielen, an den Streiks, bei den wirtschaftlichen Verhältnissen an England, bei den Unsicherheitsverhältnissen an Amerika und so weiter. Und weil wir da immer „besser“ sind — dort liegen aber ganz andere Verhältnisse vor —, wird die Regierung über den grünen Klee gelobt.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die Maßnahmen dieser Regierung im vergangenen Herbst, als die ersten, sagen wir, krisenhaften Erscheinungen aufgetreten sind, doch durch ein beträchtliches Maß an Unsicherheit und Kopflosigkeit gekennzeichnet waren.

Das beginnt doch schon bei der Einführung von Tempo 100 ohne ausreichende gesetzliche Grundlage. Das steht doch heute fest. Das setzt sich dann im „Pickeltheater“ fort, das zwar heute hier so gelobt worden ist, aber doch einen relativ großen Verwaltungsaufwand hervorgerufen hat, mit einigermaßen spürbaren Einnahmen für Bund und Länder — das gebe ich schon zu —, was die Sondergenehmigungen betrifft. Offensichtlich stellt sich heraus, daß diese Maßnahme gar nicht notwendig war, daß man sie wahrscheinlich in absehbarer Zeit aufheben wird. Es drängt sich der Verdacht auf, daß man sie nur deswegen nicht aufheben wird, um die zahlreichen Entrichter von Gebühren für Sondergenehmigungen nicht vor den Kopf zu stoßen und um in ihnen nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, sie hätten umsonst bezahlt. Eine Primitivaktion, die viel Staub aufgewirbelt hat.

Und genauso wie sich diese, ich möchte sagen, Unsicherheit und Ratlosigkeit der Regierung zu Beginn der krisenhaften Erscheinungen manifestiert hat, so ist in analoger Weise auch der heutige Bericht ohne Namen, Bezeichnung oder Titel zu werten, nämlich als eine Aneinanderreihung von Binsenwahrheiten, nostalgischen Betrachtungen und aufgewärmten alten Ankündigungen von zwei vorangegangenen Regierungserklärungen.

Meine Damen und Herren! Wir hätten eigentlich dieser „bestvorbereiteten Regierung, die es jemals gab“ zugemutet, daß sie bei solchen krisenhaften Erscheinungen oder solchem Rückgang der Prosperität oder Verlangsamung des Wirtschaftswachstums — wie Sie es haben wollen — doch einigermaßen vorbereitet ist, nicht gleich in Konfusion gerät und

daß die Koordinierung innerhalb der Regierung doch etwas besser abgestimmt ist; daß nicht der Herr Handelsminister im Fernsehen optimistische Erklärungen abgibt und der Herr Bundeskanzler den sorgenvollen Landesvater mimt, der gerne, eine Blut-, Tränen-, Schweiß-Atmosphäre erzeugend, von harten Zeiten spricht, die auf Österreich, Europa und die Welt nun hereinbrechen werden. Das macht sich natürlich immer ganz gut, wenn man das dem Staatsbürger so drastisch vor Augen hält.

Derselbe Bundeskanzler ist aber zugleich immer parat, wenn es gilt, aus wahltaktischen Überlegungen verheißungsvolle Zusagen zu machen oder geschickt anzudeuten. Oder ist es etwas anderes als Wahltaktik, wenn er zum Beispiel im oberösterreichischen Wahlkampf der Landwirtschaft den Bezug von billigem gefärbtem Dieselöl in Aussicht stellt, was er verklausuliert, indem er sagt, man werde prüfen und so weiter? Es hatte doch damals diese Äußerung keinen anderen Zweck, als bei den Bauern Hoffnungen zu erwecken, Hoffnungen, die sich dann am Wahltag in Wählerstimmen niederschlagen sollten, obwohl doch der Herr Bundeskanzler wissen mußte, daß der Herr Finanzminister in dieser Frage längst gegenteiliger Meinung war, in einer Meinung, die wir ja heute ausführlich von ihm, vom Finanzminister, allerdings unter Mißbrauch der Fragestunde, vorgelesen und dargestellt bekommen haben.

Meine Damen und Herren! Ich kann nicht glauben, daß der Herr Bundeskanzler diese profilierte Meinung seines Finanzministers seinerzeit bei Abgabe seiner optimistischen Erklärung im oberösterreichischen Wahlkampf nicht gekannt hat. Ich kann es nicht glauben! Das sind Tricks, deren sich die Bundesregierung für Zwecke des Wählerfanges nicht bedienen sollte.

Solche und ähnliche Halbwahrheiten und Andeutungen durchziehen auch diesen Bericht. Man spricht zum Beispiel — und damit komme ich auf Punkte, die heute hier nicht in dieser Ausführlichkeit wie energiepolitische Maßnahmen besprochen worden sind — auf Seite 36 des Berichtes vom Ausbau der Spitäler. Diese Ausführungen geraten, man möchte fast sagen, nahezu an die Grenze einer euphorischen Gedankenschwelgerei. Was wird da nicht alles mit dieser runden Milliarde im Jahre 1974 geschehen: die strukturelle Reform der Spitäler, der modernste Stand der Medizin wird herbeigeführt, die Versorgung des einzelnen wird vervollkommenet, Zentral-, Schwerpunkt- und Standardspitäler wird es geben und so weiter und so fort.

**Dr. Schmidt**

Sie gestatten doch, meine Damen und Herren der Regierungsfraktion, daß wir hier etwas skeptisch sind.

Diese Skepsis ist zunächst in der bisherigen Tätigkeit des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz und seiner Ressortleiterin begründet, da doch das völlige Versagen dieses Ministeriums zum Beispiel auf dem Gebiet des Umweltschutzes offen zutage tritt. Noch dazu ist bei einem längst vorliegenden Humanprogramm von diesem Humanprogramm gar nichts auf dem Gebiet des Umweltschutzes realisiert worden, und das angesichts des völligen Versagens bei der Erstellung eines gesundheitspolitischen Konzeptes, in dem auch keine Finanzplanung vorhanden ist, und angesichts des völligen Dilettantismus bei der Planung der Gesundenuntersuchung.

Ich persönlich bringe den Darstellungen im heutigen Bericht über den Ausbau des Gesundheitssektors deswegen eine gesunde Portion Skepsis entgegen, weil man sich nur vor Augen führen braucht, wie es in den großen Städten aussieht, die bisher jahrzehntelang von Sozialisten verwaltet worden sind. Ich kann als Wiener Abgeordneter vor allem für Wien sprechen und muß fragen: Wie schaut es denn aus in der Gesundheitsverwaltung der Stadt Wien?

Da gibt es zunächst die vernichtende Kritik des Rechnungshofes in seinem letzten Bericht. Da haben wir als Anschauungsunterricht, sozusagen blitzlichtartig erhellt, die Situation vom letzten Donnerstag, als durch einen Schaden für Wien der Strom ausgefallen ist. Die Wiener Kinderspitäler, hat sich herausgestellt, besitzen nicht einmal ein Stromaggregat. Die Inkubatoren für Frühgeburten konnten nicht erwärmt werden, die Schwestern mußten mit Mund-zu-Mund-Beatmung arbeiten. Die Sterilisationsanlagen in den Wiener Spitälern waren lahmgelegt und anderes mehr. Nur ein einziger Schaden an einem Kabel, und schon ist mit einem Schlag erhellt, daß von der Gesundheitsverwaltung einer Stadt, die durch viele Jahrzehnte unter sozialistischer Führung steht, nicht vorgesorgt worden ist.

Oder: Wie schaut es aus mit der Altenversorgung des einzelnen? Seit dem Bau des Lainzer Spitals ist praktisch in Wien kein Altersspital errichtet worden. Und man mag zu dieser Frau Dr. Mila Kars stehen, wie man will — sicherlich eine eigenwillige Persönlichkeit —, aber sie hat doch Dinge an den Tag gebracht, die für die „sozialste Stadt Österreichs“ eine Schande sind.

Oder: Wissen Sie, wenn in dem Bericht, der uns heute vorliegt, vom Schwerpunktspital die Sprache ist, daß im Jahr 1961 in Wien be-

schlossen worden ist, ein Schwerpunktspital in Stadlau zu bauen, das Krankenhaus Ost in Stadlau? Es ist bis heute nicht gebaut. Jedes Jahr standen Beträge im Wiener Budget, sie wurden nie realisiert. Der Herr Klubobmann der SPÖ, der Herr Kollege Weisz, wird mir sicherlich auch beipflichten, daß hier jahrelange Verzögerungen stattfinden.

Oder: Das Allgemeine Krankenhaus, meine Damen und Herren, 50 Prozent . . . (*Abg. Doktor Fischer: Wenn einer das Thema verfehlt hat, dann sind es Sie, Herr Kollege!*)

Herr Kollege Fischer! Es ist doch wohl der Schluß zulässig vom größten Ballungsgebiet in Österreich unter sozialistischer Verwaltung auf die sozialistische Gesundheitspolitik. Das werden Sie doch nicht abstreiten. Da kann man nicht sagen, das gehört in den Wiener Gemeinderat.

Man kann das vor allem nicht beim Allgemeinen Krankenhaus sagen, das zu 50 Prozent aus Bundesmitteln finanziert wird und zu 50 Prozent aus Gemeindemitteln. Aber ich gebe zu, daß es sicherlich unangenehm ist, wenn man im Bericht diese euphorische Schilderung über die Zukunftsaussichten unserer Spitäler liest und hier das Beispiel im größten Ballungsgebiet unter sozialistischer Verwaltung in Österreich hat.

Herr Dozent Stacher, der neue Gesundheitsstadtrat, hat dieses Spital besichtigt und hat dann eine sehr kritische Betrachtung daran geknüpft, sodaß die „Kronen Zeitung“, offensichtlich inspiriert durch die Ergebnisse dieses Besuches, schrieb: „Steuermillionen beim AK verjuxt.“

Meine Damen und Herren! Das sind also die Zustände, und die sind natürlich keine Empfehlung, die Ausführungen des Bundeskanzlers über die künftigen Pläne im Gesundheitswesen, noch dazu unter diesem Ressortchef, mit zuversichtlicher Erwartung entgegenzunehmen. Ich glaube eher, daß das Gegenteil der Fall sein muß, daß wir diesen Äußerungen äußerste Skepsis und diesen Ausführungen äußerste Zurückhaltung entgegenbringen müssen.

Das gilt aber auch für andere Pläne der Regierung, die in diesem Bericht zum Ausdruck kommen. Die Pläne der Regierung auf dem Verkehrssektor — ich weiß nicht, ob es die Pläne der gesamten Regierung oder die Pläne der halben Regierung oder nur einzelner Minister sind — können doch nicht unwidersprochen bleiben. Ich meine die Pläne der Finanzierung des Verkehrs, die Umschichtung. Ich weiß schon, daß sich die Regierung in ihrer Budgetpolitik schwer tut, weil sie infolge ihrer

**Dr. Schmidt**

großzügigen Verteilungspolitik zu wenig Mittel für wirklich notwendige Aufgaben, für echte Anliegen des Staates und seiner Bevölkerung hat, dort, wo es notwendig ist, zuzuschießen und Investitionsspritzen zu geben.

Gewiß, jede Regierung hat sich bisher noch nach der Decke strecken müssen, keine hat noch aus dem Vollen geschöpft, aber daß man jetzt versucht, einen großen, bedeutenden Sektor wie den Straßenbau zugunsten eines anderen ebenso bedeutenden Sektors wie des Massenverkehrs finanziell anzubohren, anzuknabern, noch dazu wo der Massenverkehr in den Ballungsräumen nicht in die Ingerenz oder nur zum Teil in die Ingerenz des Bundes fällt, das ist nur dieser Regierung vorbehalten geblieben.

Wir Freiheitlichen verkennen keineswegs den Investitionsbedarf der Österreichischen Bundesbahnen und auch nicht ihre Finanznot, aber es wird eben Aufgabe des Staates, des Finanzministers sein, andere Finanzierungsquellen, andere Finanzierungsoperationen zu erschließen, und es wird Aufgabe des Verkehrsministers sein, dafür zu sorgen, daß diese so erschlossenen Gelder rationell und optimal Verwendung finden.

Mein Parteifreund Stix hat ja in der vergangenen Budgetdebatte klare, konzeptive Vorschläge zu diesem Thema erstellt. Aber dem Straßenbau noch etwas wegzunehmen, der ohnehin jährlich um 3 Milliarden zuwenig hat und daher die zu erwartende Vollmotorisierung sicherlich nicht wird bewältigen können, das ist unserer Meinung nach absurd. Geben müßte man ihm etwas, aber nicht etwas wegnehmen! (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Meine Damen und Herren! Ich brauche in diesem Saal über die Bedeutung, über die Wichtigkeit des Fremdenverkehrs für unsere Wirtschaft nicht zu sprechen, aber es ist auch hier irgendwie ein Widerspruch.

Der Herr Handelsminister Staribacher begründet die Einführung des autolosen Tages damit, daß die 20.000 Tonnen Benzin für die Zeit angespart werden müßten, wenn im Sommer die Fremden in unser Land kommen; sozusagen daß sie kommen nach dem Grundsatz: Fahr nach Österreich tanken!

Aber der Straßenbau, der für diesen Fremdenverkehr notwendig ist, der soll eingeschränkt werden, der muß eingeschränkt werden, wenn man ihm etwas wegnimmt, denn die Wegnahme von rund einer halben Milliarde an Straßenbaumitteln ist ja sehr fehl am Platz.

Dieses widersprüchliche Verhalten der Bundesregierung ist auch ein signifikantes Merkmal für die Unsicherheit und für die mangelnde Koordinierung. Es war eigenartig und, ich möchte sagen, kurios, auf dem Fernsehschirm die Vorgänge anlässlich der Klausurtagung in Baden zu beobachten: An dem einen Tag waren sich alle einig. Da hat der Herr Bautenminister Moser mit Hilfe der Landespolitiker den Ansturm des Finanzministers und des Verkehrsministers abgeschlagen, und so gleichsam zwischen Abendsessen und Frühstück wurden dann sozusagen Geheimpläne ausgeheckt, wie man die Straßenbaufront des Bautenministers plus Landespolitiker vom Vortag doch noch überspielen, um nicht zu sagen düpieren könnte. (*Abg. Doktor Kreisky: Das war gar nicht geheim!*) Nein, nein, es war nicht geheim, aber es war kurios, muß ich sagen: Am ersten Tag einig, und am zweiten Tag doch noch ein Plan, der anscheinend in der Nacht ausgeheckt worden ist.

Die Begründung, die dieser Bericht für diese Umschichtung bringt, ist nicht sehr stichhältig. Da sind zunächst einmal die 100 Millionen Bundesmineralölsteuer, welche die Österreichischen Bundesbahnen entrichten müssen. Es ist sicherlich verständlich: Man kann schwer verlangen, daß ein Verkehrsträger einen anderen, sozusagen die Konkurrenz, mitfinanziert. Aber es ist doch auch bekannt, daß es eine Vereinbarung zwischen Straße und Schiene gibt, daß sozusagen als Gegenleistung dafür die Schnittpunkte von Schiene und Straße, also die bahngleichen Kreuzungen, mit Hilfe dieses Betrages, aus diesen Mitteln der Bundesmineralölsteuer hergestellt werden, repariert werden.

Wer wird das künftig bezahlen, wenn diese 100 Millionen weggenommen werden? Hier drängt sich doch die Forderung auf, daß eine Kostenteilung 50 zu 50 stattfinden wird müssen. Ob das dann die Bundesbahn befriedigt, weiß ich nicht.

Der zweite Faktor und der gewichtigere ist die Landwirtschaft. Zugegeben, die Landwirtschaft bezahlt die Mineralölsteuer, benützt aber nur in einem sehr geringen Ausmaß das Straßennetz, obwohl ein gutes Straßennetz — auch das muß gesagt werden — für die Aufschließung landwirtschaftlichen Grund und Bodens zur Verfügung stehen muß. Aber wenn man schon, wie es der Bericht tut, die Bauern zu Nichtstraßenbenützern stempelt und daher die Bundesmineralölsteuermittel hier dem Straßenbau entziehen will, so muß ich doch fragen: Mit welchem Recht sollen diese Mittel dem Verkehr in den Ballungsgebieten zukommen? Wo ist da der Zusammenhang zwi-

**Dr. Schmidt**

schen Landwirtschaft und Verkehr in den Ballungsgebieten? Das ist doch nicht sehr logisch, daß der Bauer zwar nicht mehr die Straße, aber dafür zum Beispiel die Wiener Schnellbahn mitfinanzieren helfen soll. Denn als Begründung für diese Umschichtung steht ja im Bericht, daß diese 480 Millionen — 100 Millionen Bundesbahn, rund 380 Millionen Landwirtschaft — dem Verkehr in den Ballungsgebieten zukommen sollen, und dieser Verkehr soll einen starken Ausbau erfahren.

Dann wird noch von der maximalen Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Gebietskörperschaften gesprochen, die notwendig wäre, weil ja dieser Nahverkehr in den Ballungsgebieten zum großen Teil nicht in die Ingerenz des Bundes fällt.

Damit kein Mißverständnis entsteht, meine Damen und Herren: Auch wir glauben, daß in den Ballungsgebieten der Massenverkehr Vorrang haben soll. Aber bitte: Dieser Vorrang kann nicht, wie es zum Beispiel das sozialistische Verkehrsprogramm vorsieht oder die Studie des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums, erzwungen werden, sondern unserer Meinung kann dieser Vorrang nur durch Hebung der Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel herbeigeführt werden. Es muß also ein Anreiz gegeben werden, daß der Autofahrer aus seinem Auto aussteigt und in das öffentliche Verkehrsmittel einsteigt.

Aber wenn man sich den Maßnahmenkatalog des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums unter der Ägide des früheren städtischen Finanzreferenten Schweda durchliest, dann findet man etwas von Erhöhung der Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer, um die Benutzerkosten für die Autofahrer zu erhöhen.

Auch das muß man sich jetzt vor Augen halten: Der Kraftfahrer zahlt mehr als die zweckgebundene Bundesmineralölsteuer! Er zahlt Mineralölsteuer und er zahlt Kraftfahrzeugsteuer, die den Ländern ohne Zweckbindung zur Verfügung steht. Das heißt also: Der Kraftfahrer zahlt für die allgemeinen Anliegen der Länder ohnehin auch noch seinen Beitrag.

Wenn ich nun so weiterlese und finde: vom Kraftfahrzeugverkehr aufgebrauchte Mittel sollen für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs verwendet werden, die Zweckbindung der Bundesmineralölsteuer solle fallen, dann muß ich schon sagen, daß man das Gefühl nicht los wird, daß irgendwo der Klassenkampf doch beim Fenster hereinschaut: hier der kapitali-

stische Autofahrer, dort der proletarische Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel!

Ich muß sagen: Statt den Massenverkehr für jeden Benutzer angenehm zu machen, ihn attraktiver zu machen als das Auto — und das geht, meine Damen und Herren, wir haben als Beispiel die Wiener Schnellbahn, so etwas kann man machen —, will man offensichtlich einen Druck ausüben, einen steuerlichen Druck oder vielleicht sonst irgendeinen Druck, um den Autofahrer zu veranlassen, sein Beförderungsmittel zu wechseln.

Aber was tauscht denn zum Beispiel dieser Autofahrer in der Großstadt Wien ein, wenn er auf Grund der heutigen Verhältnisse gezwungen wird, auf die Straßenbahn, auf den Autobus oder auf die Eisenbahnzüge des Regionalverkehrs umzusteigen? Er tauscht doch nur Verschlechterungen ein: lange Wartezeiten bei jeder Witterung auf der Straße, lange Fahrzeiten, Zugsverspätungen, Störungen, Gedränge, Unmut und Ärger. Da setzt er sich doch lieber in sein Auto und nimmt eher noch den stockenden Verkehr in Kauf. Das ist eine Tatsache!

Warum ist das so? Warum ist der Massenverkehr so unattraktiv? — Einfach deswegen — und das muß man bedauernd feststellen —, weil es die Träger des Massenverkehrs in den Ballungsgebieten bis heute nicht verstanden haben, den Kunden mehr an Attraktivität zu bieten.

Das sozialistische Verkehrsprogramm kommt im Punkt 6 zu der resignierenden Feststellung: Der Individualverkehr ist auf Kosten der öffentlichen Personenbeförderungsmittel zum innerstädtisch dominierenden Faktor geworden. — Tatsächlich, es ist auch so, das kann man nicht wegleugnen. Man muß aber noch dazusagen, daß es gar nicht einmal die Tarife sind, welche die Leute so stören, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen. Sie würden ohne weiteres kostendeckende, angehobene Tarife zahlen, wenn ihnen die Gewähr gegeben würde, daß in puncto Schnelligkeit, Pünktlichkeit und Komfort eine echte Gegenleistung geboten wird. Aber die haben sie nicht. Man muß auch sagen warum.

Warum haben die Verantwortlichen in den Ballungsgebieten es nicht verstanden, die Attraktivität zu heben? Ich kann wiederum nur mit dem Wiener Beispiel aufwarten — Wien ist das größte Ballungsgebiet —: Weil hier zunächst einmal ein geistiges und politisches Beharrungsvermögen zu lange Platz gegriffen hat. Man wollte sich zunächst einmal von der Straßenbahn, sozusagen als dem sozialdemokratischen Denkmal der Ersten



**Dr. Schmidt**

Republik, ungern trennen. Die Folge war eine Kette von Fehlplanungen und Mißständen. Als alle Welt schon die Trennung des Individualverkehrs vom Massenverkehr, vom öffentlichen Verkehr, in die Rezeptur der Bewältigung des städtischen Verkehrs aufgenommen hatte, mußte in Wien der Städteplaner (*Abg. Dr. Mussil: Der Wiener Parteiohmann!*), der die zweite Verkehrsebene im Konzept hatte, die Pläne von der Wand nehmen und gehen.

Präsident **Probst**: Meinen Sie den von der ÖVP?

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (*fortsetzend*): Ich meine Professor Roland Rainer, den die sozialistische oder, wenn Sie wollen, die rot-schwarze Stadtverwaltung damals bestellt hatte. (*Zwischenrufe.*) Ob von der SPÖ oder von der ÖVP — es trifft mich auf keinen Fall.

Präsident **Probst**: Vielleicht von der FPÖ; wegen des Redners. (*Ruf bei der ÖVP: Der Herr Präsident greift in die Debatte ein!*)

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (*fortsetzend*): Ja, ein einmaliger Vorgang.

Die Folge war doch, meine Damen und Herren, daß man dann erst später zögernd die Straßenbahn da und dort tiefgelegt hat, ohne Rücksicht auf ein späteres U-Bahn-Netz, gegen das man sich noch vor zehn Jahren — noch vor zehn Jahren, Herr Präsident Probst! — mit Händen und Füßen gestraubt hat. Erst im Jahre 1966 kam es zum geistigen Durchbruch, zum Durchringen zur U-Bahn, allerdings dann mit dem Ergebnis, daß man durch ein USTRABA-Netz, so möchte ich es sagen, bereits ein Korsett aufgezwungen bekommen hatte, in das nun das U-Bahn-Netz nolens volens hineinpassen mußte, um nicht die ganzen Steuermilliarden, die vorher aufgewendet worden waren, auf den Misthaufen schmeißen zu müssen.

Heute haben wir also Straßenbahn, Stadtbahn, Autobus, S-Bahn — und jetzt kommt dann noch die U-Bahn. Es ist ein Sammelsurium von öffentlichen Verkehrsmitteln! Daneben — jetzt komme ich zu den Bundesbahnen — gibt es brachliegende Bahntrassen, wie zum Beispiel die Verbindungsbahn und die Vorortlinie, auf deren Ausnützung zum S-Bahn-Betrieb die Bevölkerung seit Jahren wartet und was sie seit Jahren verlangt.

Aber dieser Ball wird auch seit vielen, vielen Jahren hin- und hergeschoben. Einmal heißt es: Die Stadt Wien sagt, es ist zu wenig Frequenz zu erwarten. Dann heißt es wiederum: Das Verkehrsministerium steigt nicht ein. Die letzte Nachricht lautet, daß der

Ball vom Verkehrsministerium — laut Antwort des Herrn Ministers Lanc an mich vor einigen Wochen — wieder bei der Stadt Wien ist. Man hat gemeint: Jetzt sei sozusagen die Stadt Wien am Zuge und sollte neue Untersuchungen anstellen.

So geht diese Art Pingpongspiel hin und her und wird auf dem Rücken des kleinen Mannes ausgetragen. So wird seine Freizeit durch unzumutbar lange Fahrzeiten von und zur Arbeitsstätte weitgehend verkürzt.

Diese Art der Verkehrspolitik, meine Damen und Herren, ist es, die den kleinen Mann veranlaßt, sich eben selbständig zu machen und sich in sein Auto zu setzen. Man treibt ihn ja geradezu zum Autofahren. Das alles geschieht nur durch die Unfähigkeit der Träger des Massenverkehrs.

In dieses Chaos der Fehlplanungen und in diese Mißstände auf dem Verkehrssektor der Ballungsräume sollen jetzt die Mittel der Bundesmineralölsteuer noch zusätzlich hineingepumpt und dem Straßenbau weggenommen werden. Meine Damen und Herren! Sie werden verstehen, daß wir keine große Bereitschaft zeigen mitzumachen.

Hohes Haus! Der Herr Bundeskanzler hat in seinem Bericht auch das Wohnungsproblem ganz kurz angeschnitten. Es ist, wie der Herr Klubobmann Koren schon sagte, ein sehr bemerkenswertes Eingeständnis erfolgt, in dem zugegeben wird, daß die Regierung mit den Wohnbauleistungen nicht das gehalten hat, was sie seinerzeit versprochen hat. Das ist ja kein Kunststück und nichts Neues. Die Opposition hatte es schon längst vorausgesagt, daß die Wohnbauleistungen nicht mit den Zusagen und Zusicherungen der Regierung im Wahlkampf Schritt halten werden.

Es war nicht schwer, das vorzusehen. Man mußte sich nur das sozialistische Wohnbauprogramm ansehen, das seinen Schwerpunkt auf der ausreichenden Zurverfügungstellung von Kapitalmarktmitteln hat. Dieses sozialistische Wohnbauprogramm hat ja — so steht es drinnen — geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen und besondere Anstrengungen des Kreditapparates zur Voraussetzung. Nun ist bekanntlich das Gegenteil eingetreten: Das Wirtschaftswachstum nimmt ab, wirtschaftspolitische Maßnahmen lassen keine genügenden Mittel erwarten. Die Situation auf dem Kreditsektor ist allgemein bekannt: Krediteinschränkungen sind gerade das Gegenteil von dem, was diese Wohnbauförderung in der Fassung der Novelle braucht.

Es geht daher der Vorwurf an die Regierungspartei und an die Regierung, daß die

9778

Nationalrat XIII. GP — 99. Sitzung — 24. Jänner 1974

**Dr. Schmidt**

Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes übereilt zustande gekommen ist, und zwar ohne sich zu vergewissern, ob die genannten Voraussetzungen, auf die die Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes aufbaute, auf absehbare Zeit gesichert werden können.

Der Herr Bundeskanzler führt in seinem Bericht einen weiteren Grund für die Nichterfüllung des Wohnbauprogramms dieser Regierung an. Es ist das ein Satz, der zwar nicht sehr schlüssig ist, aber ich weiß schon, was gemeint ist. Es heißt: weil ein Bodenbeschaffungsgesetz seit zwei Jahren im Parlament liegt. Aber nicht weil es im Parlament liegt, sondern weil es noch nicht beschlossen worden ist, deswegen meint man wahrscheinlich, daß die Wohnbauleistung nicht erbracht worden ist. Die Formulierung ist zumindest sehr schlampig in diesem Bericht.

Aber auch dieses Argument, Herr Bundeskanzler, stimmt nicht, denn es gibt einen eindeutigen Gegenbeweis. Es ist die Gemeinde Wien, die von allen Bundesländern den stärksten Rückschritt in der Wohnbauleistung hat, die eigentlich das Manko verursacht, daß die Wohnbauleistung zurückgeblieben ist. Gerade diese Gemeinde Wien hat die größten Grundstückreserven, gerade die Gemeinde Wien bräuchte derzeit gar kein Bodenbeschaffungsgesetz, weil sie so viel Vorrat hat, daß sie bauen kann. Also das ist kein Argument, daß auf Grund des fehlenden Bodenbeschaffungsgesetzes die Wohnbauleistung der Bundesregierung zurückgeht. *(Abg. Dr. Kreisky: Das ist zwar nicht richtig, was er sagt, aber das ist nicht meine Sache!)*

Herr Bundeskanzler, 47 Prozent vom städtischen Grund und Boden gehören der Gemeinde Wien. Der Baugrund ist immens, die Gemeinde Wien hat in den letzten Jahren unheimlich viel an Baugrund angekauft.

Aber reden wir vom Bodenbeschaffungsgesetz. Warum liegt es denn so lange unerledigt? Vielleicht fragt der Herr Bundeskanzler einmal seinen Bautenminister! Ich bin nämlich der Ansicht, daß es die ungeschickte und wenig zweckmäßige Vorgangsweise des Bautenministers war, die maßgeblich daran Schuld trägt, daß noch immer keine Entscheidung gefallen ist.

Zunächst, Herr Bundeskanzler, wäre dafür zu sorgen — das gilt für mehrere Entwürfe —, daß die Ressorts und damit auch die Bundesregierung nicht völlig unausgereifte Entwürfe dem Hohen Hause vorlegen, die schon vom sprachlichen und gesetzestechnischen Inhalt her einer völligen Umarbeitung im Parlament bedürfen. Das erschwert die Arbeit des Parla-

ments und verzögert sie natürlich. Das ist zum Beispiel bei dem Entwurf eines Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetzes der Fall. Es ist daher klar, daß sich der eingesetzte Unterausschuß in seiner Arbeit, die er bis jetzt geleistet hat, sehr schwergetan hat.

Es liegt, glaube ich, zweitens in der Verantwortung des Bautenministers, wenn er die zügigen Beratungen im Unterausschuß über diese Regierungsvorlage der Bodenbeschaffung und Assanierung im April 1973 ohne Ankündigung, ohne etwas zu sagen, entgegen aller parlamentarischen und, ich möchte sagen, auch menschlichen Höflichkeit abbricht, indem er sagt, er ist bei der nächsten verhindert, und dann überhaupt nichts mehr von sich hören läßt. Als Mitglied dieses Unterausschusses muß man dann Wochen später aus der Presse erfahren, daß der Herr Bautenminister mit einem Abgeordneten der großen Oppositionspartei Gespräche unter vier, sechs oder acht Augen führt, Gespräche, die aber offenbar bis heute auch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt haben. Dann hört man dieses neckische Spiel wie im Laufe des vergangenen Jahrs und zu Jahresende: keine Einigung, der Herr Bautenminister sagt: keine Verhandlungen mehr, die große Oppositionspartei sagt: doch noch Verhandlungen, und das geht so hin und her, ein neckisches Vater-Vater-leih-mir-die-Scher-Spiel. Man hält es aber nicht für nötig, den vom Bautenausschuß eingesetzten und dann in die Ecke gestellten Unterausschuß zu reaktivieren.

Das ist eine sehr befremdliche Vorgangsweise des Herrn Bautenministers, die nicht damit motiviert werden kann, daß es sich hier um eine Verfassungsbestimmung in der Regierungsvorlage handelt und man daher nur mit den Kräften verhandelt, die eben die Verfassungsbestimmung ermöglichen.

Ich möchte dagegen sagen: Hier liegt ein eindeutiger Affront des Bautenministers gegenüber der dritten Parlamentspartei vor, von dem ich nicht weiß, wodurch er veranlaßt worden ist.

Ich muß das sagen, Herr Bundeskanzler, weil auch das zum Bericht gehört, und zwar zu Ihrem Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien. Sie sagen nämlich auf Seite 55, sozusagen abschließend, „daß die neue Bundesregierung jederzeit zur Zusammenarbeit mit den anderen“ — Sie sprechen in der Mehrzahl — „Parteien des Parlaments bereit ist. Sie wird keine Möglichkeit“ — Herr Bundeskanzler: keine Möglichkeit! — „ausschlagen, diese Zusammenarbeit zu suchen, und ist sich des Umstandes bewußt, daß es eine solche nur geben kann, wenn

**Dr. Schmidt**

auf seiten der Mehrheit dieses Hauses, die diese Regierung stützt, auch eine entsprechende Kompromißbereitschaft besteht.“

Ich weiß nicht, ob auf seiten der Sozialistischen Partei Kompromißbereitschaft besteht; ich nehme es an. Seitens des Bautenministers besteht sie anscheinend nicht. Ich möchte daher sagen, daß die Vorgangsweise des Herrn Bundesministers Moser im eklatanten Gegensatz zu dieser Ihrer Äußerung, Herr Bundeskanzler, steht. Ja ich möchte sagen, daß sie diese Äußerung geradezu zu einem Lippenbekenntnis degradiert.

Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat sozusagen als Abrundung seines Berichtes, so zum Drüberstreuen, noch einige Probleme des öffentlichen Dienstes angeführt, die er schon ein-, zweimal in Regierungserklärungen in Aussicht gestellt hat. Er hat sie noch einmal angekündigt, er hat sie erwähnt, unter anderem ein Ausschreibungsgesetz, das zur parlamentarischen Behandlung ansteht. Leitende Funktionen bei Behörden und Dienststellen sollen ausgeschrieben werden.

Ich bin auch der Meinung, daß es höchste Zeit ist, daß diese Regierungsvorlage behandelt wird, damit nicht wieder solche Vorfälle vorkommen, wie man sie zum Beispiel in der letzten Nummer des „profil“ liest, wo jemand über das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz schreibt. In diesem Leserbrief wird gemeint: „Dr. Leodolter“ — ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten — „hat den Ausschußvorsitzenden Doktor Scrinzi falsch informiert, als sie behauptete, daß der Leiter des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen auf Grund einer öffentlichen Ausschreibung bestellt werden soll. Im Ministerium ist es seit Oktober 1973 allen gut bekannt, daß für diesen Posten Dr. Leodolter Herrn Fritz Hoffmann auserkoren hat. Eine Scheinausschreibung vom 27. 12. 1973 soll diese Entscheidung nur optisch sanktionieren.“

Ich lese das deshalb vor, weil es sich offensichtlich nicht um ein anonymes Schreiben handelt, denn es heißt hier, der Absender ist der Redaktion bekannt, aber aus naheliegenden Gründen wurde das nicht abgedruckt.

Ich glaube schon, daß man, um solche angeblichen Mißstände zu vermeiden — ich sage „angeblich“, weil ich es ja nicht überprüfen kann —, einer dringenden Behandlung dieser Regierungsvorlage näherzutreten sollte. Übrigens wird ja niemand, keine Institution des Bundes oder der Länder gehindert, auszu-

schreiben und das, was einmal Gesetz werden sollte, schon vorwegzunehmen.

Der Herr Bundeskanzler hat auch von einem Verwaltungsakademiegesetz gesprochen, das schon lange angekündigt ist, daß eine Kommission sehr gründlich arbeitet. So gründlich kann diese Kommission aber nicht gearbeitet haben, denn wenn man weiß, daß der Ministerialentwurf im Begutachtungsverfahren regelrecht zerfetzt wurde und keine besonders brauchbare Arbeit darstellt, dann wird es doch auch Zeit, daß ein brauchbares Instrument dem Parlament vorgelegt wird.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Daß ein modernes Dienstrecht und leistungsgerechte Besoldung Gebote unserer Zeit sind, ist wohl ein Allgemeinplatz, der nur zur Füllung dieses Berichtes hineingekommen ist.

Wenn hier erwähnt wird, daß Anfangsbezüge bereits eine Art Vorgriff auf ein künftiges Dienst- und Besoldungsrecht darstellen, so befindet sich der Herr Bundeskanzler offensichtlich im Widerspruch zu seinem Staatssekretär. Denn der Herr Staatssekretär hat bei der Behandlung dieser Regierungsvorlage über die erhöhten Anfangsbezüge im Ausschuß erklärt, er betrachte das als ein Provisorium und durch diese Anfangsbezügeregung soll die kommende Besoldungsregelung nicht präjudiziert werden. Es ist nur eine Übergangslösung! Also auch hier scheint es mit der Koordinierung innerhalb der Regierung nicht zu klappen.

Nun schließlich die Verwaltungsreform, ein altes, bekanntes Lied. Es heißt: sie beginnt nicht an einem Tag mit einem bestimmten Glockenschlag, sondern ist eine permanente Aufgabenstellung — eine sehr schöne Formulierung, Hohes Haus. Es scheint mir nur wenig durchdacht. Ich nehme nämlich an, daß diese Verwaltungsreformtätigkeit längst begonnen hat — mit oder ohne Glockenschlag —, obwohl ich in dieser Hinsicht im Laufe der Jahre schon sehr viele Glockenschläge erlebt habe. Den ersten habe ich erlebt in der Silvesteransprache des seinerzeitigen Bundeskanzlers Figl, der gesagt hat: Österreicher, morgen beginnen wir — das war im Jahre 1949 — mit der Verwaltungsreform. Aber ich billige zu, daß es ein permanenter Vorgang ist. Aber es wäre doch schön, Herr Bundeskanzler, wenn man bald von konkreten Maßnahmen dieser Kommissionen, die sich damit befassen, hören könnte, denn es scheint mir nicht gerade so, daß diese Kommissionen, diese Ausschüsse der Verwaltungsreformkommission an Überarbeitung leiden. Und das dürfte nicht zuletzt auch der Grund gewesen sein, daß ganz still zu Jahresende ein Wechsel in der Verant-

**Dr. Schmidt**

wortung stattgefunden hat, daß der Herr Staatssekretär Lausecker die Verantwortung für die Verwaltungsreformkommission der Bundesregierung von Herrn Staatssekretär Veselsky übernommen hat. Es scheint mir doch hier ein sehr bemerkenswerter Vorgang zu sein, und wir können nur hoffen, daß wir doch bald im Hohen Haus Gelegenheit haben, etwas von der Tätigkeit dieser Kommission zu hören.

Hohes Haus! Abschließend darf ich sagen, daß dieser Bericht ein typisches Spiegelbild dieser Regierung ist: voll von Allgemeinplätzen, wenig konkret, oberflächlich und nichtssagend. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. König. Er hat das Wort.

Abgeordneter DDr. **König** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man heute die Debatte verfolgt hat, so hat sich, begonnen mit dem Hauptsprecher der Regierungspartei, dem Abgeordneten Sekanina, über eine Reihe von Rednern wie ein roter Faden hingezogen der Vorwurf der Regierungspartei, die Opposition hätte nur Interesse daran, die Schwierigkeiten der Regierung hochzuspielen, sie würde nur kritisieren, nur negieren, sie wäre nicht wirklich kooperativ, nicht wirklich konstruktiv.

Meine Damen und Herren! Ich darf daran erinnern, daß es eben diese große Oppositionspartei, die Volkspartei war, die Ihnen die verfassungsgemäße Zustimmung zur Einbeziehung des Erdöls ins Rohstofflenkungsgesetz gegeben hat, und daß es eben diese große Oppositionspartei war, die dem Herrn Handelsminister die verfassungsgesetzliche Ermächtigung gegeben hat, Verkehrsbeschränkungen durchzuführen. Wir haben diese Bereitschaft, in einer Krisensituation zusammenzustehen, unter Beweis gestellt.

Wenn ich nach dem Zusammenbruch des Stromnetzes in Wien die Erklärung des früheren Nationalratsabgeordneten und jetzigen Stadtrates Schieder im „Kurier“ lese, so kann ich folgendes feststellen: Schieder sagte laut „Kurier“: „Das Telephonnetz ist zeitweise zusammengebrochen. Die Fernschreiber haben nicht mehr funktioniert. So kam es, daß unsere politischen Organe zeitweise nicht einmal mehr mit der Feuerwehr Kontakt nehmen konnten. Ebenso wenig klappte die Kommunikation mit den eigenen Dienststellen.“ Und er fährt dann weiter fort: „Nach dem Muster des Ölalarmplanes müssen auch für alle anderen Katastrophenfälle Einsatzpläne erarbeitet werden.“

Das ist ein offenes Eingeständnis eines Mandatars über die tatsächlichen Ausmaße dieser Situation, wie wir das vom Herrn Handelsminister auch gerne gesehen hätten. Wir begrüßen dieses ehrliche Eingeständnis und wir begrüßen auch die sofortige Ankündigung von Maßnahmen. Wir werden es anerkennen, wenn diese Maßnahmen auch durchgeführt werden.

Wenn der Herr Bundeskanzler heute in seinem Bericht erwähnt hat, daß 83,6 Prozent aller Beschlüsse hier im Haus gemeinsam gefaßt wurden, dann, meine Herren von der Regierung, ist das wohl ein Beweis dafür, daß Sie eine sehr kooperative Opposition hier in diesem Hause vor sich haben.

Herr Handelsminister! Heute hat unser Klubobmann Professor Koren bereits die vielen Widersprüche zitiert, die Sie selbst im Verlauf dieser Wochen der Öffentlichkeit präsentiert haben, wie Sie sich selbst durch gegensätzliche Äußerungen unglaubwürdig gemacht haben und wie Sie vor allem dazu beigetragen haben, die Öffentlichkeit zu verunsichern.

Ich kann es mir also ersparen, hier weitere Zitate zu bringen, aber diese Verunsicherung entstand nicht nur durch Ihre widersprüchlichen Aussagen, sie entstand auch dadurch, daß die Mitglieder dieser Regierung gegenseitig höchst widersprüchliche Erklärungen der Öffentlichkeit gegenüber abgaben. So haben Sie, Herr Handelsminister, erklärt: Es gibt keine Krise, es gibt genügend Treibstoff. Wenn Sie wollen, ich kann es Ihnen zitieren. Im Dezember haben Sie gesagt: Es ist überhaupt keine Schwierigkeit, die Versorgungslage ist ausgezeichnet. Im Jänner haben Sie gesagt: Es hat sich gegenüber dem Dezember nichts verändert. Wenn Sie wollen, ich kann es belegen. Ich habe die Zitate hier. Ich werde es vielleicht doch besser zitieren, um mir später nicht nachsagen zu lassen, ich hätte Sie falsch zitiert.

Sie sagten im „profil“ vom Dezember, Nr. 27: „Die Versorgungslage ist absolut befriedigend. Die ausgelieferten Mengen sind höher als im Vorjahr.“

Und Sie sagten dann am 7. Jänner: „Die Versorgungslage auf dem Mineralölsektor hat sich gegenüber Dezember nicht verschlechtert.“

Herr Bundesminister! Demgegenüber hat der Herr Bundeskanzler ganz andere Töne angeschlagen. Er hat Krisenalarm gegeben, und zwar zur selben Zeit. So konnte man der „Presse“ vom 5. 12. 1973 entnehmen, daß der Herr Bundeskanzler folgendes erklärt hat, er hat gesagt: „Man müsse damit rechnen, daß der sich in den Nachbarstaaten infolge der Energiekrise abzeichnende wirtschaftliche

**DDr. König**

Rückschlag auch auf Österreich übergreife.“ Das Wort Krise hat der Herr Bundeskanzler dann nicht sehr gerne gehört, aber er hat es selbst hier verwendet. Er hat Krisenalarm geschlagen, Sie haben beschwichtigt.

Der Herr Finanzminister hat davon gesprochen, daß es überhaupt kein Malheur wäre, infolge der Rationierung einen zweiten Benzinmarkt in Österreich zu haben. Sie sprachen von Schwarzmarkt, haben gesagt, das ist untragbar.

Die Widersprüche lassen sich noch weiter fortführen. Ich erinnere daran, Herr Minister, daß Sie mir hier in diesem Haus auf eine mündliche Anfrage erklärt haben: Es gibt genügend Ofenheizöl, während draußen an den Tankstellen die Leute, die keine andere Heizung haben, Schlange gestanden und mit leeren Kanistern weggegangen sind. Sehen Sie, Herr Minister, das, was wir Ihnen vorhalten, ist, daß Sie hier nicht offen informiert haben.

Wenn der Abgeordnete Heindl hier erklärt hat, das Fahrverbot an einem Tag — der automatische Tag — wäre doch eine Maßnahme, die geradezu mit den Sozialpartnern abgesprochen worden wäre, dann muß ich Ihnen folgendes entgegenhalten. Herr Bundesminister! Richtig ist, daß Sie wegen dieser Maßnahme Kontakt mit den Sozialpartnern aufgenommen haben. Unrichtig ist aber, daß das eine Energiesparmaßnahme ist, wie Sie das dargestellt haben. Es ist nichts anderes als ein Akt der Solidarität gegenüber dem Ausland, das diese Maßnahmen viel früher eingeführt hat und erwarten konnte, daß auch Österreich einen derartigen Akt europäischer Solidarität setzt. Sie haben aber diese Maßnahme erst zu einem Zeitpunkt gesetzt, zu dem die anderen diesen Tag schon längst wieder abgeschafft haben oder kurz vor der Abschaffung standen. Das ist es, was wir Ihnen vorhalten, daß Sie der Öffentlichkeit glauben machen wollen, jetzt wird damit wirklich etwas eingespart, daß Sie meinen, wir würden jetzt 200.000 Tonnen einsparen, und dann werden diese Maßnahmen wiederum außer Kraft gesetzt. Ganz abgesehen davon, Herr Minister, daß ich mich frage, wo denn diese 200.000 Tonnen gelagert werden sollen, die Sie erst einsparen wollen? Denn die Lager der ÖMV sind übervoll, da geht gar nichts hinein, die können gar nicht mit der vollen Kapazität fahren, weil ihre Lagerkapazität nicht mehr reicht. Herr Minister! Das müßten Sie wissen, denn es wurde hier gesagt, und es ist ja auch zutreffend, daß Sie laufend Berichte der ÖMV und der internationalen Gesellschaften bekommen.

Herr Minister! Der Herr Bundeskanzler kam Ihnen heute in seinem Bericht zu Hilfe und hat gemeint, daß mit den Maßnahmen, die

vorwiegend von Ihnen gesetzt oder angekündigt wurden, die Versorgungslage verbessert und die Krise gemeistert wurde. Und zwar hat das der Herr Bundeskanzler mit folgenden Worten ausgedrückt: Der Herr Bundeskanzler meinte, die bisherigen Sparmaßnahmen auf dem Treibstoffsektor haben zum Beispiel bereits im Dezember 1973 zu einem merkbaren Rückgang des Verbrauches geführt. Er sagt nicht, wieviel. Und er sagt weiter: Damit ist es gelungen, Störungen des Wirtschaftslebens ohne drastische Eingriffe zu vermeiden. — Nun, welche Maßnahmen sind denn das? Und wie sind denn diese Maßnahmen von einem Ihrer Regierungskollegen bezeichnet worden, nämlich vom Verkehrsminister? Der hat laut Presse diese Maßnahmen schlichtweg als das bezeichnet, als was sie der Wiener in der Umgangssprache auch wirklich bezeichnet: als Schnick-Schnack.

Sehen Sie, Herr Bundesminister, die Ankündigung, daß die Bundesgebäude nicht auf mehr als 20 Grad heizen dürfen, mag zwar einen erzieherischen Effekt haben — eine Einsparung, eine effektive Einsparung aber werden Sie aus dieser Maßnahme kaum beziffern können.

Die von Ihnen angekündigte Einsparung der Schaufensterbeleuchtung und der öffentlichen Beleuchtung würde etwa in Wien eine Einsparung von 1 Promille des Stromverbrauches bedeuten. Herr Bundesminister, ich frage Sie: Ist das eine Einsparung, die etwas bringt?

Die von Ihnen in Aussicht genommene Kürzung der Fernsehzeiten um eine Stunde würde 1 Promille — entschuldigen, ich habe vorhin gesagt, 1 Promille; die Beleuchtung würde nur 0,1 Promille erbringen —, die Fernseh kürzung würde also nur 1 Promille des Stromverbrauches einsparen. Das sind die wahren Zahlen.

Wenn man meint, daß etwa Maßnahmen, wie, die Bevölkerung solle sich besser einer Dusche bedienen statt eines Bades, weil das in Japan auch als hygienisch empfunden würde, mehr als ein Gag sind, dann, glaube ich, Herr Bundesminister, werden Sie sich wirklich nicht wundern, daß man mit diesen Äußerungen in der Öffentlichkeit nicht ernst genommen wird.

Wie es mit der Sparsamkeit, die diese Regierung predigt, aussieht und wie sehr das auf Optik ausgerichtet ist, das entnehme ich der „Kleinen Zeitung“ vom Samstag, den 12. Jänner 1974. Da steht etwa folgendes: „Die Minister fahren auch per Bus zur Klausur ins Helenental — da waren die Photographen noch dabei — und ließen sich dann am Donnerstag still und heimlich mit den Sechszylinderkarossen heimführen.“

**DDr. König**

Sehen Sie: „Die einzig wirksamen Maßnahmen“ — so heißt es dann — „scheut die Regierung: Eine Rationierung wird es vorerst nicht geben, versprach der Kanzler.“

Herr Bundesminister! Über eines müssen wir uns doch einig sein: Wenn echt gespart werden müßte — und das müßten Sie der Öffentlichkeit sagen —, dann sind alle diese Maßnahmen, die Sie zum guten Teil ja nur angekündigt, zum kleinsten Teil verwirklicht haben, wirklich nicht mehr als Schnick-Schnack. Dann hilft einzig und allein echte Einsparung.

Mit dieser Auffassung, Herr Abgeordneter Heindl, die Sie kritisiert haben, stehe ich nicht allein. Ich befinde mich in guter Gesellschaft mit Ihrem Parteifreund, dem Abgeordneten Hobl, der das als Vertreter des ARBO eigentlich als Fachmann beurteilen können müßte, ebenso wie die Herren vom OAMTC.

Sehen Sie, das ist nämlich der Unterschied — ich glaube, der Abgeordnete Heindl ist im Augenblick nicht da, ich darf bitten, ihm das auszurichten —: All das, was Sie aufgezählt haben an Zitaten aus der Presse, stammte bis auf ein einziges nicht von mir, und das eine haben Sie falsch zitiert. Ich habe mich nämlich niemals für das Sonntagsfahrverbot, sondern sehr wohl gegen das Sonntagsfahrverbot ausgesprochen, weil auch das keine echte Einsparung bringt, sondern nur dazu angetan wäre, die Wirtschaft zu schädigen.

Was überhaupt die Öffentlichkeit von Ihrer Pickerl-Aktion hält, Herr Minister, das darf ich hier an Hand der „Kleinen Zeitung“ vom 12. Jänner vortragen: „Die Pickerl-Aktion“ — so heißt es hier — „artet zu einer gigantischen Augenauswischerei aus. Wer wirklich sieben Tage in der Woche mit dem eigenen Untersatz fahren muß, bekommt ohnehin in den meisten Fällen sein ‚S‘, die anderen lassen ihren Wagen genau an jenem Tag stehen, an dem sie ihn auch bisher nicht benützt haben. Erzielt wird kaum Energie-Einsparung, sondern vor allem ein politisches Gesellschaftsspiel.“

Da der Herr Justizminister kommt, darf ich ihm das nicht vorenthalten, was die „Kleine Zeitung“ noch ausführt: „Welch sinnlose Folgen die Pickerl-Aktion hat, läßt sich am Beispiel des Justizministeriums demonstrieren, dessen Zentralstelle fünf Dienstwagen hat. Jeder von ihnen bekommt eine Plakette: schön gestaffelt von Montag bis Freitag. Die Folge: Das Ministerium hat nur noch vier Dienstwagen, zahlt aber für fünf. Der fünfte Wagen kostet samt Chauffeur monatlich rund 18.000 S.“

Herr Minister! Ich mache nicht Ihnen den Vorwurf, denn ich glaube, daß ein Minister

fahren muß. Nur hätte der Herr Handelsminister anläßlich seiner Ankündigung nicht sagen sollen: Auch die Politiker — auch wenn sie es brauchen — sollen hier nicht ausgenommen werden. Denn sonst kommt es zu dieser Verschwendung, die wirklich nur eine Augenauswischerei ist, zu einer echten Verteuerung statt zu einer Einsparung. Benzin wird kaum gespart. Aber Mehrkosten hat es den Staatsbürgern bereits, wenn ich den Presseberichten glauben darf, 7 Millionen an Gebühren für Sonderausnahmen verursacht. *(Abg. Doktor Broda: Herr Kollege König! Wir halten unseren autolosen Tag genau ein! Ich lade Sie ein, das zu kontrollieren!)* Herr Minister! Die „Kleine Zeitung“ bestreitet das nicht. Sie behauptet nur, daß das einen zusätzlichen Wagen erfordert und daß sich also nichts geändert hat an der bisherigen Situation.

Sehen Sie, Herr Minister, was wir wirklich von Ihnen wissen wollen, ist einmal eine klare Information, was eigentlich fehlt und wieviel eingespart werden muß. Das wollen wir wissen. Wir wollen auch wissen, wieviel in die Lager der OMV noch hineingeht, denn meiner Information nach sind diese Lager übervoll. *(Abg. Skritek: Das ist falsch!)* Ja Sie sagen: Das ist falsch. Aber wenn Sie hinfahren und sich das ansehen, dann werden Sie sehen, daß die Züge nicht mehr abfahren können, weil sich dort einfach alles staut, daß die nur mit Teilkapazität fahren, weil sie einfach nicht die Möglichkeit haben, mit den Fertigprodukten in die Lager zu kommen.

Nun, Herr Minister, Sie haben sich auch dafür ausgesprochen, den Energienotstand auszurufen. Wir stellen fest, daß außer den verschiedenen Ankündigungen, die, wie ich ausgeführt habe, nichts bringen, keine Maßnahmen erfolgt sind. Wieder wurde die Öffentlichkeit beunruhigt. Die einzige Maßnahme, die Sie angekündigt haben, erweist sich wieder einmal als wenig überlegt und offensichtlich undurchführbar: das ist die Einführung der Sommerzeit. Die Erklärung wurde offensichtlich abgegeben, ohne auch nur im geringsten zu berücksichtigen, was es nun tatsächlich in einem Europa, das auf dem Verkehrssektor jedenfalls schon seine Fahrpläne abstimmt, für Auswirkungen hat.

Herr Bundesminister! Es ist bedauerlich, daß wir in einer Zeit, in der sich die Opposition bemüht hat, Ihnen alle Möglichkeiten zu geben, damit Sie diese Krise bewältigen können, von Ihrer Seite her so wenig offene Information erhalten haben, daß so wenig Bereitschaft war, gemeinsam diese Situation zu bewältigen, sondern daß gerade Sie dazu beigetragen haben, die Verunsicherung in der Öffentlichkeit noch viel weiter zu treiben. Wir

**DDr. König**

haben den Eindruck und können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß man hier — das hat Professor Koren schon gesagt — ein psychologisches Geschäft mit der Krise machen möchte.

Sie, Herr Bundesminister, haben erklärt, daß der Nachtstromtarif angeglichen werden muß. Vor einem Jahr hat der Herr Minister Frühbauer hier in diesem Haus auf meine Anfrage, auf meine ganz dezidierte Anfrage, was er als zuständiger Minister, als damals zuständiger Minister, den Konsumenten empfehlen kann, erklärt: Der Nachtstrom wird die billigste Heizung bleiben. Ich habe ihm vorgehalten, daß schon das letzte Mal der Nachtstromtarif überproportional erhöht wurde und daß nach meinen Informationen die Kraftwerke mit ihrem Nachtstrompotential ausgelastet sind. Er hat das verneint und hat hier erklärt: Nein, der Nachtstrom wird der billigste Strom bleiben.

Und sehen Sie, jetzt erklären Sie: Nein, der Tarif muß angehoben werden. Wissen Sie, was das für viele kleine Leute bedeutet, die ihre letzten Spargroschen oft vor der Pension hier hineingesteckt haben?

Ein Brief von vielen, von einer 73jährigen Frau, 3500 S Rente. Sie hat in die Nachtstromheizung 9000 S für Anschlußkosten und 30.000 S für die Installation hineingesteckt. Und nun sagt sie — es werden ja weiterhin Anschlußbewilligungen gegeben —: Niemand klärt auf. Man hat die Leute hier hineingehetzt in Ausgaben, in Kosten, in Investitionen, die sich jetzt als Fehlinvestitionen erweisen sollen. Die Nachtstromheizung als die umweltfreundlichste Heizung, wie sie zu Recht gepriesen wurde, wird somit heute zu einem Bumerang für alle jene, die der Regierung und den Zusagen des zuständigen Ministers geglaubt haben.

Wie sieht es denn mit der Stromverteuerung aus? Um nichts anders! Auch hier wird von der Notwendigkeit gesprochen, die Tarife der allgemeinen Teuerung zufolge anzuheben. Es wird verschwiegen, daß ein großer Teil dieser Tarifierhöhung einzig und allein auf die Teuerungsmaßnahmen dieser Regierung zurückgehen, nämlich auf die erstmalige Belastung von Strom mit der Mehrwertsteuer und auf die zusätzliche Belastung alter Bauten mit der Investitionssteuer. Es wird verschwiegen — und der Herr Abgeordnete Zingler müßte mir das bestätigen, ich will ihn da nicht in Verlegenheit bringen —, daß Ihre Experten im Mehrwertsteuer-Unterausschuß, Direktor Reisinger und andere, sehr mutig darauf hingewiesen haben, was das für Folgen haben wird und daß der Finanzminister das nicht zur Kenntnis nehmen wollte.

Jetzt schlagen diese Teuerungen zu Buch. (Abg. Zingler: Dr. König! Ein Denkfehler: Die Investitionssteuer wird dann fällig, wenn die Anlage in Betrieb geht! Ein Kraftwerksbau dauert 40 bis 60 Monate! Daher: Ihre 12 Prozent oder heuer die 9 Prozent sind ein Trugschluß!) Herr Abgeordneter Zingler! Sie waren nicht im Mehrwertsteuerausschuß, Sie haben zwar recht ... (Zwischenruf des Abg. Zingler.) Nur diejenigen, die jetzt fertiggestellt werden, müssen für die ganze Länge Investitionssteuer zahlen, und die gesamte E-Wirtschaft, die ja jährlich fertigstellt, hat pro Jahr auf ihre Jahrestangente an fertiggestelltem Investitionsvolumen Mehrwertsteuer zu bezahlen. Herr Abgeordneter Zingler! Sie werden doch nicht meinen, daß in den fünf Jahren der Investitionssteuer nichts fertiggestellt wird und daher keine Investitionssteuer bezahlt werden müßte! Natürlich muß Sie bezahlt werden! Wäre dem nicht so, hätte der Finanzminister doch sehr leicht für die E-Wirtschaft die geforderte Ausnahme machen können. Die 8 Prozent Mehrwertsteuer werden eben fast zur Gänze im Stromtarif ihre Deckung finden müssen, weil die Vorsteuerbelastung praktisch unerheblich ist. Das ist die Verteuerung, die diese Regierung in Wahrheit verschuldet hat und die jetzt beim Strompreis durchschlägt. Sie müssen sich daher den Vorwurf gefallen lassen, daß Sie gerade in einer Zeit, in der Erdöl teurer wird und damit also sehr viele Produkte von dieser Verteuerung betroffen sind, auch noch den Strom von der Regierung aus zusätzlich verteuern werden.

Ihre Taktik, Herr Minister, daß Sie einmal einen bestimmten Betrag in der Presse erklären oder lancieren — 7 S beim Treibstoff —, um kurz darauf zu sagen: Na, so arg wird es nicht werden!, oder beim Strom: Nein, so arg wird es nicht werden, sondern etwas darunter!, trägt auch nicht gerade zur Beruhigung der Öffentlichkeit bei. Im Gegenteil. Manches an Versorgungsschwierigkeiten ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß die betreffenden Unternehmen im unklaren gelassen werden über die tatsächlichen Absichten der Regierung, daß also hier auch bei den Unternehmen eine Verunsicherung eintritt, die sich dann zwangsläufig in Versorgungsengpässen niederschlägt. Denn es ist niemandem zu verargen, wenn er, wenn eine Preiserhöhung unmittelbar bevorsteht und er selbst Kontrakte hat, die er zu höheren Preisen erfüllen muß, das gleichfalls auch für sich in Anspruch nimmt.

Herr Bundesminister! Diese Regierung, die durch ihren Regierungschef lautstark beim Ausbruch der Krise erklären ließ: Die Zeit

**DDr. König**

des Verschwendens ist vorbei!, scheut sich nicht, nach wie vor 500 Millionen jährlich an Schulbüchern in die Abfalleimer wandern zu lassen. Ja gilt denn dieser Appell zur Sparsamkeit nicht auch für Ihre Regierung? Hätte die nicht die Aufgabe, mit gutem Beispiel voranzugehen?

Seit langem haben wir ein Energiekonzept gefordert. Herr Abgeordneter Stix hat schon darauf hingewiesen, daß Sie hier säumig geworden sind und mangels Konzept ja gar nicht konzeptive Maßnahmen treffen konnten.

Sie haben nun, Herr Bundesminister, spät, aber endlich Energieleitlinien vorgelegt, damit also wenigstens eine Teilerfüllung unserer jahrelangen Forderung geleistet. (*Zwischenruf des Abg. Zingler.*) Ich komme schon darauf, Herr Abgeordneter Zingler! Wir haben unter dem Minister Weiß, den Sie zitierten, ein Energiekonzept vorgelegt. Ich darf Ihnen einiges daraus zitieren, weil Sie meinten, daß das inhaltslos gewesen wäre.

Hier stand damals schon als Maxime: „Der schonende Ausbau der heimischen Bodenschätze.“ Der schonende, nicht der forciert! Denn ich bin mit dem Abgeordneten Stix der Meinung, daß wir unsere eigenen Kräfte nicht jetzt in wenigen Jahren verausgaben dürfen.

„Breite Streuung von Bezugsquellen.“ Keine Erfindung des Herrn Bundeskanzlers, der mit verschiedenen arabischen Staaten Kontakte aufnimmt.

„Anschluß Österreichs an westliche und östliche Verbundsysteme“. Das stand damals schon drinnen. Und im Jahr 1969 stand bereits: „Verstärkte Rücksichtnahme bei allen Maßnahmen auf den Umweltschutz“.

Und die Maßnahmen damals, Herr Abgeordneter Zingler? Das Bergbauförderungsgesetz, 1968 geschaffen; das Stromwegesgesetz, 1968 geschaffen; die Erneuerung des Elektrizitätsförderungsgesetzes, schon genannt worden; das brauche ich nicht mehr anführen. Und auf nicht gesetzlicher Basis erstmals ein koordiniertes Ausbauprogramm.

Damit komme ich zum Kernkraftwerk. Herr Abgeordneter Zingler! Ich teile Ihre Meinung, daß die Partnerschaft, die Kooperation zwischen Verbund und Landesgesellschaften sinnvoll ist und fortgeführt werden soll. Nur: Das war auf Ihrer Seite nicht immer so. Wenn Sie den Stellvertretenden Generaldirektor der „Verbund“ zitiert haben, dann, muß ich sagen, lag er damit auf der Linie seines Chefs, des Generaldirektors (*Zwischenruf des Abg. Zingler*), während Minister Weiß, der der verantwortliche Ressortminister war — der

Minister Weiß, der ÖVP-Minister Weiß —, diese partnerschaftliche Konstruktion durchgesetzt hat.

Wissen Sie, was damals der Herr Doktor Veselsky — jetziger Staatssekretär im Kanzleramt — zur Notwendigkeit des Kernkraftwerkes gesagt hat? Alle Argumente dafür hat er als Roßtäuschermethoden bezeichnet! Und wenn Ihnen das noch nicht genügt, dann darf ich Ihnen das sozialistische Wirtschaftsprogramm zitieren. Im Punkt 49 dieses immer noch gültigen Programms steht folgendes: „Erst im Rahmen einer Koordination der österreichischen E-Wirtschaft ist, beginnend mit der Mitte der siebziger Jahre, an den Beginn eines Kernkraftwerkes zu denken.“

Sehen Sie, das ist wie bei der U-Bahn in Wien. Man hat einfach die Zeichen der Zeit nicht wahrhaben wollen. Man wollte damals von Ihrer Partei her diesen Bau verhindern, aus was immer für Motiven. (*Abg. Zingler: Wir wollten aber damals die Wasserkraft forciert ausbauen!*) Ja, aber die Kernkraftwerke sind derzeit — darüber sind wir uns im Gegensatz zum Abgeordneten Stix, glaube ich, einig — die einzige realistische Ergänzung für die Wasserkräfte, bis es neue Methoden gibt, die heute technisch nicht zur Verfügung stehen.

Selbst als das erste Kernkraftwerk schon längst in Planung war, in Bau gegangen ist, hat Generaldirektor Hintermayer bei einer Pressekonferenz aus Anlaß der Herausgabe der Verbundanleihe noch erklärt, man möge doch wieder das zweite Kernkraftwerk mit deutschen Partnern errichten. Er sprach von ausländischen Partnern, hatte aber meines Wissens nach deutsche im Auge; man möge es eventuell sogar im Ausland versuchen. (*Abg. Zingler: Das hat Ihr Minister Weiß angeregt!*) Aber der Herr Minister Weiß hat schon längst etwas anderes durchgeführt, das sich bewährt hat. (*Abg. Zingler: Aber gesagt hat er es!*) Es wird doch heute, glaube ich, keinem politisch verantwortlich Denkenden einfallen, die Energieabhängigkeit Österreichs, die auf dem Erdölsektor eben leider einmal unvermeidlich ist, auf dem Stromsektor auch noch herzustellen. Das wäre doch wirklich eine kurzsichtige Maßnahme.

Sie sehen, Herr Abgeordneter Zingler, es war die ÖVP, die auf diesem Gebiet, das heute für die Versorgung Österreichs mit Strom ab dem Jahr 1976 ganz entscheidend sein wird, hier die Weichen gestellt hat, vorausblickend die Weichen gestellt hat, sonst würden wir nämlich ... (*Zwischenruf des Abg. Zingler.*) Die Gemeinde Wien hat sich an diesem Kernkraftwerk nicht beteiligt. (*Abg. Zingler: Warum?*) Ich weiß warum: aus



**DDr. König**

politischen Gründen, aus doktrinen Überlegungen. (Abg. Zingler: Nein! Nein!) Hätte der Bund damals das Kernkraftwerk nicht errichtet — darüber sind wir uns wohl einig —, wären wir heute erst in der peinlichen Situation, mit der Stunde Null beginnen zu müssen.

Wenn man also davon sprechen kann, wie es der Herr Abgeordnete Sekanina getan hat, daß unsere Zukunft auf dem Energiesektor dadurch besser gesichert ist als in anderen Staaten, dann trägt die Volkspartei dafür jedenfalls ein ganz erkleckliches Maß an Verdienst.

Herr Bundesminister! Ich habe schon gesagt, die Energie-Leitlinien, die Sie vorgelegt haben, kommen spät, sind aber doch ein erster Anfang. Sie unterscheiden sich damit schon wohlthuend von Ihren Vorgängern. Das möchte ich anerkennen. Nur Prioritäten fehlen darin. Ein Finanzierungsprogramm fehlt darin, und wenn wir wissen, wie sich der Herr Finanzminister dann bei anderen Fragen im letzten Moment querlegt, muß ich sagen, ist das Finanzierungsprogramm wohl mindestens ebenso wichtig wie die zusammenfassende Darstellung von Problemen.

Auch die Abstimmung der einzelnen Energieträger aufeinander fehlt in diesem Programm. Und es fehlt eine Aussage über die Auswirkungen, die die Energieplanung auf die künftige Entwicklung des Wirtschaftswachstums haben wird. Und deshalb, Herr Bundesminister, müssen wir verlangen, daß es hier zu einer klaren Rangordnung kommt, daß die Bundesregierung den Mut hat, sich zu einer Rangordnung zu bekennen, daß jetzt bereits die Weichen gestellt werden, weil, wie der Abgeordnete Zingler richtig behauptet hat, natürlich die Bauten der E-Wirtschaft langfristig sind und daher Fehlentscheidungen heute sich in vielen Jahren auswirken und nicht mehr korrigiert werden können.

Wir müssen verlangen, daß die Finanzierung sichergestellt wird, und wir müssen vor allem eines verlangen: Wir müssen eine Mentalitätsänderung der Regierung verlangen. Wir müssen verlangen, daß diese Regierung Abschied nimmt von der Wegwerfmentalität, die sie mit dem Schulbuch und anderen Dingen präsentiert. Wir müssen von ihr verlangen, daß sie ihre eigenen Sparappelle, die sie an die Bevölkerung richtet, auch dann ernst nimmt, wenn es um ihre Prestigebauten geht. Und wir müssen verlangen, daß sie ihre eigenen Programme ernst nimmt. Denn bloße Programme, Herr Bundesminister, sagen noch gar nichts. Ein typisches Beispiel ist das Verkehrsprogramm, von dem die „Kleine Zeitung“ — geradezu eine Fundgrube, denn die Herren

waren bei der Badener Klausur draußen im Helenental und haben das alles aus erster Hand bekommen — folgendes schreibt:

„Durch die Finger schaut die Bahn, die sich irgendwann im Sommer auf Grund eines vagen Versprechens bemühen können wird, die Elektro- und Waggonbau-Industrie zu vorzeitiger Produktion à conto des 75er-Budgets zu bewegen. Das Verkehrsprogramm der SPÖ ‚Der öffentliche Verkehr ‚hat Vorrang!‘ wird zur Makulatur.“ — Die Bundesbahnen bekommen zwar eine zusätzliche halbe Milliarde, aber erst in elfeinhalb Monaten. Bis dahin darf weitergewurstelt werden.

Herr Bundesminister! Solange die Regierung so zu ihren eigenen Programmen steht, ist uns bedrucktes Papier zuwenig. Wir haben heute aus dem Munde des Herrn Bundeskanzlers gehört, wie gut wir doch angeblich im internationalen Vergleich der Teuerung leben. Nun, abgesehen davon, daß das ein schwacher Trost für alle Betroffenen ist, ist es auch nicht ganz zutreffend, ja der Herr Bundeskanzler selbst liefert dazu das Stichwort, sagt er doch auf Seite 42 zur Entschuldigung, warum das Wohnbauprogramm dieser Regierung, auch ein gedrucktes Programm, nicht verwirklicht worden ist, daß leider die Preise in eben demselben Zeitraum in der Bauwirtschaft nicht um 20, sondern — ich zitiere den Herrn Bundeskanzler — um sage und schreibe 54 Prozent gestiegen sind!

Meine Damen und Herren! Dazwischen liegt die wahre Auswirkung der Teuerung, die den einzelnen trifft, vor allem die jungen Familien, die sich erst eine Wohnung schaffen müssen. So sieht es nämlich tatsächlich aus.

Und wenn hier der Abgeordnete Sekanina davon sprach, daß 3 Prozent Realloohnerhöhung auf jeden Fall „drin“ sind, dann möchte ich doch sehr gerne die Probe aufs Exempel machen. Denn bei einer Erhöhung des ASVG-Anpassungsfaktors von nominell 10,4 Prozent und einer befürchteten Teuerung seitens des Herrn Finanzministers von um die 10 Prozent bleiben die 3 Prozent Realeinkommenserhöhung unerfindlich. Man möge also daher doch mit diesen Äußerungen vorsichtiger sein. Man möge aber vor allem zur Kenntnis nehmen, daß nur eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer tatsächlich in der Lage ist, die drückende Steuerprogression zu mildern und zu verhindern, daß hier Scheinloohnerhöhungen, Scheineinkommenserhöhungen, Scheingewinne progressiv weggesteuert werden und daß es statt der angekündigten Realeinkommenserhöhung zu einer Realeinkommensverminderung kommt.

**DDr. König**

Herr Bundesminister! Herr Bundeskanzler! Die Regierung muß endlich die Karten auf den Tisch legen. Sie muß echte Maßnahmen ergreifen und sie muß bereit sein, Ihre Sparappelle auch selbst in die Tat umzusetzen. Dann, Herr Bundesminister, aber nur dann wird es an der Unterstützung der ÖVP nicht fehlen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zu Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister Dr. Staribacher.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. **Staribacher**: Hohes Haus! Die Bundesregierung hat die sogenannte Krise — ich habe sie ja niemals in diesem Sinne ernst genommen, wie die Oppositionspartei mir das im Oktober einreden wollte — ausschließlich dazu benützt, um dem Konsumenten, dem Autofahrer und der Wirtschaft die minimalsten Belastungen aufzuerlegen, die notwendig sind. Ich will jetzt nicht zitieren, denn ich halte an und für sich von Zitaten deshalb sehr wenig, weil der Abgeordnete Dr. König sich auch wieder beschwert hat, daß er falsch zitiert wird. Ich könnte Ihnen ganze Stöße von Zitaten bringen, die ich nicht gesagt habe; andererseits werden mir Zitate in den Mund gelegt oder, besser gesagt, nicht abgenommen, die ich sehr wohl gesagt habe, aber das wird eben nicht zitiert.

Ich möchte daher also nicht mit Zitaten argumentieren, sondern mit Tatsachen, mit Facts.

Erstens: Die österreichische Bundesregierung und das Handelsministerium haben in jeder Phase der Maßnahmen, die sie gesetzt haben, in jeder Phase der Informationen, die sie bekommen haben, die Öffentlichkeit und das Hohe Haus weitestgehend informiert. Man wollte im Oktober von mir wissen, wie es nächstes Jahr sein wird. Und die Mineralölwirtschaft hat mit mir gemeinsam mit der Handelskammer, mit den anderen Interessenvertretungen immer wieder nur feststellen können, wie es im Oktober ist, wie es im November ist, wie es im Dezember ist und wie es im Jänner ist.

Und wenn ich immer erklärt habe, die Versorgung ist gesichert, hat man mir gesagt, das könne nicht stimmen, denn wie schaut es im nächsten Jahr aus. Das war der Beginn.

Daß noch die politische Argumentation dazugekommen ist: Das hält ja nur bis zu den Oktoberwahlen, das hält ja nur bis nach Weihnachten! und so weiter, möchte ich nur nebenbei erwähnen. Wir haben deshalb nicht — „leider“ sage ich, denn wenn die Bewirtschaftung gekommen wäre, könnten wir den Beweis er-

bringen, daß Sie sie, Hohes Haus, verlangt haben — die Bewirtschaftung eingeführt. Wenn wir jetzt die Bewirtschaftung hätten wie die anderen Staaten, mit eben diesen Erfahrungen, wäre das für uns jetzt ein schöner Erfolg. Da könnten wir sagen, Ihre Bewirtschaftungswünsche sind erfüllt, und das System hat nicht funktioniert.

Wir haben aber sehr wohl diese Maßnahmen gesetzt, die eben wirklich notwendig waren. Und um welche hat es sich dabei gehandelt?

Erstens: Der Abgeordnete König sagt, die Bundesregierung hat alle Unterstützung von der Oppositionspartei bekommen. Wir brauchen sie auch, das wissen wir ganz genau. Herr Abgeordneter König, Sie haben nur vergessen dazuzusagen, wann. Als ich nämlich 1970 verlangt habe, daß ins Rohstofflenkungsgesetz Erdöl und seine Derivate hineinkommen sollen, für den Fall, daß es einmal zu einer Versorgungsschwierigkeit kommen sollte, hat es die ÖVP bekanntlicherweise durch zwei Jahre abgelehnt. Und erst als die Krise schon — die sogenannte Krise, wie ich richtig sagen will — da war, haben Sie dann gesagt: Bitte sehr, jetzt können Sie das Rohstofflenkungsgesetz ergänzen durch Erdöl und seine Derivate und können die Maßnahmen setzen.

Ich habe dann diese Rohstofflenkungsgesetzmaßnahmen gesetzt, und zwar die notwendigen, alle auch wieder nicht, die der Herr Generalsekretär Mussil befürchtet hat; er hat immer gesagt, ich habe jetzt eine Kompetenz wie der Kaiser Franz Joseph.

Und wir haben doch bis jetzt mit Hilfe dieser Maßnahmen, mit Hilfe der freiwilligen Vereinbarungen, mit Hilfe der Disponierung der Ölmengen die Versorgungskrise in Österreich doch, wie Sie zugeben müssen, einmalig gelöst, denn es ist ja wirklich keine Tonne Ernte kaputtgegangen, kein einziges Auto stehengeblieben und auch keine Fabrik stillgelegt worden. Das müssen Sie doch anerkennen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und ich glaube daher, daß das Entscheidende für die österreichische Bevölkerung war und noch immer ist, daß die Versorgung gesichert ist und daß wir dadurch die Chance haben, besser als alle anderen Staaten über die schwierige Situation hinwegzukommen.

Und nun Ihre Kritik bezüglich des Pickerls oder des autofreien Tages. Der Herr Abgeordnete Koren hat gemeint: Als ich es eingeführt habe, habe ich bereits erklärt, es wird aufgehoben. — Auch wieder eine Behauptung,

**Bundesminister Dr. Staribacher**

die durch nichts zu belegen ist, es sei denn, Sie zitieren wieder irgend etwas, für das ich ja keine Verantwortung übernehmen kann.

Was ich nämlich erklärt habe, das bleibt und gilt: Wir sollen und werden mit diesem autofreien Tag die 200.000 Tonnen Benzin ansparen, die wir brauchen, um im Sommer nicht nur für die Gäste, für die Fremden, sondern auch für den stärkeren Inlandsverkehr die notwendigen Benzinmengen zur Verfügung zu haben.

Das ist auch keine Erfindung von mir. Das geschieht in der Ölwirtschaft seit Jahren, fast würde ich sagen, seit Jahrzehnten; es ist jetzt schon fünf Jahre her, daß ich beobachten kann, daß im Winter systematisch Benzin angespart wird, das man im Sommer dann dringend braucht.

Herr Abgeordneter König! Sie sagen, das ist alles falsch, denn man spart nichts. Ich frage Sie: Wieso gibt es das, daß wir, wenn man dabei nichts spart, trotzdem weniger Benzin brauchen? Denn wenn genauso viele Autos fahren würden, wie dies vor dem Pickerltag der Fall gewesen ist, dann müßte man jetzt in Wien, Linz, Salzburg und in den anderen Landeshauptstädten genau dieselben Verkehrskalamitäten wie vorher haben. Jetzt ist aber der Verkehr bekanntlicherweise flüssig, das heißt, es fahren weniger Autos und dadurch wird Benzin gespart.

Übrigens haben die Handelskammer und die Mineralölwirtschaft ausgerechnet, daß die Einsparungen ungefähr 7 Prozent betragen. Ich glaube, daß diese Ziffer auch stimmt. Wir werden das dann, wenn die Monatsabrechnungen vorliegen, genau dokumentieren können. (*Abg. Dr. Koren: Herr Minister! Von der Preiselastizität halten Sie nichts? — Teurer ist das Benzin geworden!*) Ich halte auch sehr viel von der Preiselastizität, Herr Abgeordneter Koren, das wissen Sie ganz genau. Nur die Preiselastizität allein hat es nicht ausgemacht, das können Ihnen die Herren von der Mineralölwirtschaft genau bestätigen.

Aber ich komme gleich zu dem Problem der Preise. Herr Abgeordneter König! Sie sagen, ich lanciere in den Zeitungen: 7 S wird das Benzin kosten. Wie können Sie so eine Behauptung aufstellen? (*Abg. Steininger: Er lügt!*) Ich war genau so überrascht, als ich in der Zeitung gelesen habe: 7 S kostet das Benzin. Ich habe das auf alle Fälle nicht lanciert! Ich kann dann ununterbrochen, wenn ich gefragt werde, sagen: Es werden nicht 7 S sein! Worauf Sie mir sagen: Es wird dann 6,98 S sein. Damit haben Sie sich fein herausgezogen.

Ich kann daher gar nichts anderes machen, als jetzt und hier erklären: Bis zur Stunde habe ich keinen Preisantrag, daher kann ich auch über einen Preis nichts aussagen. Sie werden mir dann wieder sofort sagen: Ja aber das hätten Sie doch wissen müssen, wie hoch der Preis in Hinkunft sein wird! Ich weiß es nicht, weil ich keine Unterlagen habe.

Und was nun die Frage „Kurier“ betrifft. Ich kann nichts dafür, wenn der „Kurier“ schreibt: „Nun fix, Benzin Dienstag teurer.“ Ich bin für den „Kurier“ und für diese Mitteilung nicht verantwortlich. (*Abg. Doktor Witzalm hebt ein Exemplar des „Kurier“ hoch. — Rufe bei der ÖVP: Aber es steht doch in der Zeitung! — Abg. Pay: Eure Zeitung!*) Herr Vizekanzler! Wenn ich ununterbrochen dementieren würde, was hier in den letzten Monaten falsch, unrichtig, unwissend vielleicht, unvollständig und so weiter von verschiedensten Stellen immer mitgeteilt wurde, käme ich aus dem Dementieren nicht heraus. Ich kann daher nichts anderes machen — und das habe ich jeden Montag gemacht —, als mich genau zu informieren, wie die Situation ist. Wenn dann darüber verschiedenste Kommentare, Berichte und so weiter geschrieben werden, kann ich nichts daran ändern. Ich kann nur abwarten und dann hoffen, daß — wenn die Ereignisse sich nicht so abspielen, wie prophezeit wurde, sondern wenn die Versorgung normal ist —, wenn wir den Benzinpreis in einem Ausmaß erhöhen, das sich auf Grund der Unterlagen und der Kalkulation ergibt, das dann entsprechend anerkannt wird.

Herr Dr. König hat festgestellt: Die ÖMV hat kein Lager für 200.000 Tonnen! Wieso können Sie denn so etwas behaupten, Herr Dr. König? Da müssen Sie sich doch, bevor Sie eine solche Behauptung aufstellen, zumindest mit der Firma ins Einvernehmen setzen (*Unruhe im Saal — Zwischenrufe*), ob das wirklich stimmt. Denn es stimmt nicht. Wenn Sie jetzt noch sagen, zu der rationalisierten Industrie haben Sie nicht diese Beziehungen, dann hätten Sie sie vielleicht zur Privatwirtschaft und zu den internationalen Gesellschaften. Diese werden Ihnen genau dasselbe sagen, was ich Ihnen hier sage: Selbstverständlich ist das Lager vorhanden, das war immer vorhanden, weil dies ein ganz normaler Produktionszyklus ist, den wir einhalten. Ich bitte Sie daher, erkundigen Sie sich, bevor Sie solche Behauptungen aufstellen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Frage der Elektrizitätsgefährdung, der sogenannte Notstand, der er in Wirklichkeit ist, war ganz sinnlos. Warum habe ich diesen

9788

Nationalrat XIII. GP — 99. Sitzung — 24. Jänner 1974

**Bundesminister Dr. Staribacher**

Antrag in der Regierung gestellt? Weil wir Maßnahmen setzen müßten und müssen, die die Versorgung der Bevölkerung mit elektrischem Strom sicherstellen, und zwar bei der jetzigen Wasserlage, ohne daß wir eine Einsparung vom Konsumenten erwarten wollen. Aber wir wollen anders disponieren. Wir wollen, daß die Kohlenkraftwerke stärker eingeschaltet werden, daß sie in der Produktion bleiben und daß die Ölkraftwerke herausgenommen werden, wenn wir den Strom nicht dringend brauchen, weil Heizöl schwer, das sich in der Zwischenzeit wesentlich verbessert hat, diese dringende Ersparnis bringen kann, weil wir Überschüsse an Kohle haben, insbesondere an inländischer Braunkohle, und weil wir diese verheizen wollen. Das ist der tiefere Grund, das habe ich auch überall erklärt, und das haben wir deshalb auch gemacht.

Einführung der Sommerzeit: Herr Abgeordneter König! Sie sagen hier mit Recht — ich sage hier ausdrücklich: mit Recht —, daß die Einführung der Sommerzeit auf den größten Widerstand der Bundesbahn stößt (*Abg. Ulbrich: Aber nicht auf den Widerstand des Kalz!*), weil sie nicht imstande ist, die Fahrpläne umzuändern. Darf ich also jetzt folgendes klarstellen: Ich habe Herrn Generaldirektor Kalz gefragt, ob er imstande ist, seine Erklärung, daß die Sommerzeit heuer noch eingeführt werden kann, zu effektuieren. Ich habe, Gott sei Dank, sogar noch einen anderen Zeugen, einen anderen Sektionschef vom Bundeskanzleramt, dabei gehabt. Der Herr Generaldirektor Kalz hat erklärt, es wird schwierig sein, aber es geht. (*Abg. Ulbrich: Weil er nichts vom Gesetz versteht!*) Bitte, das kann ich nicht so beurteilen. Eines aber weiß ich: Wenn mir der Generaldirektor der Bundesbahn erklärt: Es geht!, dann kann ich nicht erklären: Das können wir nicht machen.

Ich habe aber vorsichtigerweise eine Sitzung einberufen und alle davon betroffenen Stellen eingeladen, dort zu klären, ob tatsächlich die Sommerzeit heuer eingeführt werden kann. Nach den Informationen, die ich jetzt von der Bundesbahn durch Verkehrsminister Lanc bekommen habe, wird das in diesem Jahr wahrscheinlich nicht möglich sein. Dann machen Sie aber bitte nicht mir den Vorwurf, sondern wenden Sie sich bitte an den Generaldirektor Kalz, wenn er zuerst die Öffentlichkeit falsch informiert und dann diese Behauptung mir gegenüber wiederholt.

Nun zur Frage der Strompreise: Hier sagt der Abgeordnete Stix mit Recht, er wird sehen, ob ich den Mut habe, die 12 Groschen, die

sich die Stromindustrie vorstellt, im Strompreis festzulegen, weil sich dann bewahrheitet hätte, daß die Industrie, also die Elektrizitätswerke, viele große Investitionsmöglichkeiten leichter finanzieren könnten. Ich habe den Mut nicht. 12 Groschen getraue ich mir aus volkswirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Gründen nicht zu fixieren.

Aber es ist richtig, daß wir jetzt gerade über den Strompreis verhandeln und daß ich versuchen werde, die minimalste Belastung des Konsumenten, der Industrie und der Landwirtschaft durchzusetzen. Ich habe diesbezüglich Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Vertretungen geführt und habe eine ungefähre Ahnung, wo hier noch eine Zustimmung zu erwarten ist. In diesem Sinne werde ich dann letzten Endes auch entscheiden.

Die nächste Frage ist, daß der Preis für Nachtstrom jetzt dem für Tagstrom angeglichen werden soll. Davon kann ja gar keine Rede sein. Wir müssen nur die Differenz zwischen Nachtstrom- und Tagstrompreis verkleinern. Wenn wir nämlich nur einen perzentuellen Zuschlag machen, würden die 30 Groschen Nachtstrom in Wien zum Beispiel bei einer Steigerung von 10 Prozent um drei Groschen steigen, die 70 Groschen Tagstrom aber um sieben Groschen. Das ist bei 10 Prozent. Sie wissen aber, daß die Elektrizitätswirtschaft bekanntlicherweise 18 Prozent wünscht. Wir werden daher hier, um die Differenz nicht noch weiter auseinanderzuziehen, versuchen, in absoluten Beträgen einen einheitlichen Groschensatz einvernehmlich zu erreichen und dann gemeinsam daraufzulegen. Eine Begründung ist ja sehr einfach für diese Maßnahme. Bei den jetzigen Heizölpreisen kostet uns in Korneuburg — und zwar habe ich ein neues Ölkraftwerk dazu herangenommen, zu einem anderen hätte man gesagt, das ist eine alte Mühle, die einen schlechten Wirkungsgrad hat — jetzt auf Grund der höheren Ölpreise die Kilowattstunde 55 Groschen.

Das ist ja das Problem, daß man eine Kilowattstunde, die 55 Groschen kostet und die obendrein noch den Landesgesellschaften überstellt werden muß, nicht mit 33 Groschen oder wie jetzt mit 30 Groschen weitergeben kann. Das ist mit einer der Gründe der Erhöhung.

Die Frage, die sich jetzt daraus ergibt: Leitlinien, Beirat und Plan. Ich danke dem Herrn Abgeordneten Stix, weil er sich erstmalig hier im Haus mit unseren Leitlinien auseinandergesetzt hat. Ich möchte jetzt keinen Streit darüber entfachen, ob Ihr Energiekonzept — ich

**Bundesminister Dr. Staribacher**

haben es genauso studiert wie Sie unsere Leitlinien — früher da war als unseres. Sie haben monatlang gebraucht, bis Sie es in Ihren Organisationen durchberaten und durchgebracht haben. Mir ist es nicht viel anders ergangen. Auf alle Fälle kommt es gar nicht darauf an, wer hier die Priorität hat. Das, was Sie hier angeführt haben, möchte ich daher nur ergänzen.

Erstens: Wir wollen eine zweite Raffinerie im oberösterreichischen Raum errichten, und zwar eine für die Petrochemie, also eine auf die Chemie ausgerichtete Raffinerie, wenn wir die entsprechenden Möglichkeiten — bei meiner Persienreise wird sich das klären — bekommen, das heißt, wenn wir die Rohölmengen erhalten, die wir dazu brauchen, und wenn die kapitalmäßige Deckung — eventuell kommt eine Beteiligung zum Beispiel des Iran in Frage — dafür gegeben ist.

Damit ist noch lange nicht gesagt, daß die Konzeption der OMV, die jetzt bekanntlich eine Pipeline im Linzer Raum legen muß, falsch oder unrichtig oder nicht möglich ist. Wir wissen ganz genau, daß wir ein Zentraltanklager in der Raffinerie, also im Linzer Raum, dringendst brauchen. Das wird ja von den westlichen Bundesländern mit Recht urgiert. Wir haben aber nur dann die Chance, auch die nötigen Mengen dorthin zu bringen, wenn wir mit einer Pipeline herauflegen.

Ich weiß, da gibt es jetzt das Problem, daß die DDSG sagt, sie möchte es lieber auf der Donau transportieren, aber hier sind meiner Meinung nach noch Untersuchungen notwendig, erstens einmal über die Rentabilität und zweitens über die Sicherheit der Versorgung, denn die Donau hat nun einmal die Gewohnheit, daß sie abwechselnd Hochwasser, Niedrigwasser und so weiter führt und daß daher manchmal Schwierigkeiten in der Versorgung auftreten. Ich denke nur daran, wie schwierig es war, die Raffinerie Schwechat immer zu versorgen, bevor die AWP fertig war, das heißt also auf dem Donau- oder Eisenbahnweg.

Die Frage des Herrn Abgeordneten Mock: Rationierung — wie?, habe ich auch genau erklärt. Wenn wir die Rationierung hätten machen müssen ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mock.*) Ja, Sie haben gefragt: Wie wollen Sie eine Rationierung machen? Wenn wir die Rationierung machen müssen, dann würden wir dem Konsumenten, in dem Fall dem Autofahrer, eine Bezugskarte zusenden, das heißt, wir hätten als erster Staat — ich habe davon überhaupt noch nirgends gehört — das Service gehabt, daß sich die Autofahrer nicht um die Karte anstellen müssen, sondern daß

sie sie hätten mit der Post zugesendet bekommen. Wir brauchen das Gott sei Dank nicht, denn ich habe immer gesagt, das ist der allerletzte Ausweg. In meinem Stufenplan war vorgesehen, wenn schon gar nichts mehr anderes nützt, gegebenenfalls die Rationierung durchzuführen. Wir hätten dieses System gemacht.

Wenn Sie heute meinen, die Heizöl-schwer-Kosten spielen keine Rolle, sie betragen nur 2½ Prozent (*Zwischenruf des Abg. Doktor Mock*) — ja das haben Sie, Herr Abgeordneter Mock, gesagt, ich habe es mir da aufgeschrieben, lesen Sie es nachher nach —, dann hätte ich Ihnen gestern gerne Gelegenheit gegeben, in der Paritätischen Kommission dabei zu sein, wie es darum gegangen ist, die schon aufgelaufenen Heizöl-schwer-Kosten jetzt überzuwälzen auf die Verbraucherpreise. Denn die Globalberechnungen, die Sie vielleicht dem zugrunde gelegt haben (*Abg. Doktor Mock: Ach so!*) — also Sie erinnern sich schon, na sehr gut! —, schauen natürlich ganz anders aus als diese Größen.

Mit der Budgetvorschau — ich nehme nicht an, daß sich der Herr Finanzminister noch zum Wort melden muß — liegen Sie leider auch daneben. Der Finanzminister hat die Interessenvertretungen zweimal aufgefordert, im Jahre 1972 und im Jahre 1973, eine Budgetvorschau zu erstellen, die Präsidenten und die Interessenvertretungen haben gesagt, sie sehen sich dazu außerstande, denn durch die Umstellung auf die Mehrwertsteuer sei es nicht möglich, eine verlässliche Unterlage zu liefern. Es war also nicht der Finanzminister, der das nicht gemacht hat, sondern es war die Interessenvertretung, die das gemacht hat.

Auch gestern in der wirtschaftspolitischen Aussprache hat der Finanzminister neuerdings das Ersuchen an die Interessenvertretung gestellt, für 1975 eine solche Budgetvorschau zu erstellen. Sie sehen also, manchmal liegen Sie ein bisserl daneben, die Information dürfte da noch nicht so gut klappen.

Der Herr Abgeordnete Graf hat insbesondere — und das nehme ich sehr, sehr ernst, weil es meiner Meinung nach von ihm wirklich sehr objektiv, aber hart kritisiert wurde, weil es sehr fair vorgetragen wurde — gemeint, ich hätte als Interessenvertreter in der Regierung zu fungieren und das könnte ich nicht, weil ich kein Herz für die Wirtschaft habe.

Ich möchte hier nicht darüber diskutieren, ob ich den europäischen Gemeinschaftsvertrag,

9790

Nationalrat XIII. GP — 99. Sitzung — 24. Jänner 1974

**Bundesminister Dr. Staribacher**

den ich letzten Endes auch für die Wirtschaft abgeschlossen habe, ohne Herz gemacht habe, ich möchte nicht darüber diskutieren, ob ich die Gewerbeordnung, die ich auch im Interesse der Wirtschaft gemacht habe, ohne Herz gemacht habe, ich möchte nicht darüber diskutieren, ob ich ein Budget, das in der Zeit der ÖVP-Regierung von 1966 bis 1969 ungefähr 300 Millionen betragen hat, wenn ich die Förderung für die Wissenschaft, den gewerblichen Forschungsfonds, heraußenlasse, und zwar 300 Millionen alle vier Jahre hindurch, es waren vielleicht das eine oder andere Mal um ein, zwei Millionen mehr, aber sonst waren es 300 Millionen, immerhin jetzt in drei oder vier Jahren auf 900 Millionen gebracht habe, ob ich das ohne Herz erkämpft habe. Ich möchte nur eines sagen: daß ich mich in der Regierung natürlich nicht als Interessenvertreter fühle, für gar niemanden, weil ein Regierungsmitglied für alle, für die gesamte Bevölkerung zu agieren hat. Das möchte ich hier ausdrücklich feststellen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich werde mich daher auch in Hinkunft — ich hoffe, daß die Unternehmerschaft das mehr anerkennt als mancher Herr Abgeordnete — bemühen, diese Interessen, die mir laut Verfassung zugeteilt wurden, nach bestem Wissen zu vertreten, und die Erfolge, hoffe ich, werden mir recht geben und zeigen, ob ich dabei richtig oder falsch gehandelt habe. Daß ich Sozialist bin, habe ich nie abgestritten, das bin ich fast seit meiner frühesten Jugend. Das wird hoffentlich kein Vorwurf sein, weil der Herr Abgeordnete Graf gemeint hat, als erstes bin ich Sozialist. Dazu würde ich nur sagen, dafür schäme ich mich nicht, das werde ich auch in Hinkunft bleiben. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Doktor König zum Wort gemeldet. Ich stelle fest, daß für eine tatsächliche Berichtigung eine Redezeit von fünf Minuten vorgesehen ist.

Abgeordneter **DDr. König** (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie haben an mich die Frage gerichtet und mir den Vorwurf gemacht, wieso ich dazukäme zu erklären, daß Sie eine Ziffer, einen Betrag in den Raum stellen und dann erklären, aber so viel wird es nicht werden. Ich bin Ihnen eine Antwort und die Quellenangabe schuldig: „Kronen-Zeitung“, 16. Jänner 1974. *(Schallende Heiterkeit bei der SPÖ.)* Hier heißt es: Benzin wird teurer, der Preis bleibt aber unter 7 S, erklärte Handelsminister Dr. Staribacher. *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Meine Damen und Herren! Ich kann die Richtigkeit der Behauptung der „Kronen-Zeitung“ nicht überprüfen. Ich nehme aber nicht an, daß ebenso wie bei der Frau Minister Leodolter nur Mißverständnisse passiert sind. Und ich würde Ihnen raten, mit dem Vorwurf der „Lüge“ vorsichtiger zu sein. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Mussil. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Dr. Mussil** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zuerst auf ein Problem zurückkommen, das heute schon zweimal angeschnitten worden ist, aber aus einer anderen Sicht; ich werde mich dabei sehr kurz fassen. Es ist der Stellenwert der Landwirtschaft innerhalb der sozialistischen Regierung. Gestern war eine wirtschaftspolitische Aussprache; es waren der Herr Bundeskanzler dabei, der Herr Finanzminister, der Herr Handelsminister, der Herr Ackerbauminister, der Herr Vizepräsident der Nationalbank. Es ist kein Wort über die Landwirtschaft gefallen, der Generalsekretär der Präsidentenkonferenz, Dr. Brandstätter, hat sich energisch dagegen zur Wehr gesetzt.

Ich bin in diesen Dingen wesentlich konzilianter. Ich habe mir gedacht, die Herren von der Regierung sind überarbeitet, sind übermüdet und haben darauf vergessen, das wäre nicht vorsätzlich, sondern fahrlässig geschehen und Sie hätten Zeit, es bis heute nachzuholen. Sie haben es nicht getan, sondern haben auch heute in der ganzen Debatte und insbesondere in der Beinahe-Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers jedes Wort über die Landwirtschaft geflissentlich vermieden.

Meine Damen und Herren! Das ist Absicht und verstimmt. Dies ist ein Zeichen dafür, daß die Bundesregierung die Landwirtschaft abgeschrieben zu haben scheint, und die Quitung dafür, meine Herren von der Sozialistischen Partei, werden Sie bei den nächsten Wahlen erhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zu den lichtvollen Ausführungen des Abgeordneten Wille ein Wort. Er hat eine neue Preistheorie aufgestellt: Das Öl ist zu billig. Weil das Öl zu billig ist, sind die multinationalen Gesellschaften Preissteigerer. — Wenn man versucht, darüber etwas nachzudenken, wird man fast wirr im Kopf.

Kollege Zingler! Ich darf Ihnen zur Frage der Energiepolitik sagen: Die Schwierigkeit, in der sich die Regierung befunden hat, als

**Dr. Mussil**

sich die Ölkrise im September oder Oktober abzuzeichnen begann, ist dadurch erschwert worden, daß es damals eine Art ministerlose Zeit gab. Da war in der Energiepolitik der Ministerwechsel: Der eine Minister hat sich nicht mehr zuständig gefühlt, er war böse, weil er fürchtete, Kompetenzen zu verlieren, und der andere hat sich noch nicht zuständig gefühlt. Geschehen ist während dieser Zeit überhaupt nichts! Und das ist eine der Hauptursachen für die, wenn man so sagen kann, krisenhafte Entwicklung.

Ich möchte noch ein Wort zur Kreditpolitik sagen, weil diese heute zu kurz gekommen ist. Wir haben gestern bei der Wirtschaftspolitischen Aussprache mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß in einer Zeit der Kosteninflation, des Leistungsbilanzdefizits — durchwegs Dinge, mit denen die sozialistische Regierung nicht fertig wird — anbotseitige Maßnahmen ergriffen werden müssen. Eine Reihe von Maßnahmen sind heute aufgezeigt worden.

In der Kreditpolitik ist einseitig gebremst worden, es ist zu spät gebremst worden und dann auch zu spät aufgelockert worden.

Ich begrüße es, daß die VOEST-Alpine eine Anleihebewilligung für 500 Millionen Schilling bekommen hat. Aber die Klein- und Mittelbetriebe werden finanziell systematisch ausgetrocknet! Es ist heute schwerer, einen Kredit von 500.000 S zu bekommen als einen Kredit von 500 Millionen, und das ist eine Ungerechtigkeit, die wir immer bekämpfen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun zur Erdölkrise, die nach meiner Meinung nie stattgefunden hat. Ich habe das dem Herrn Handelsminister bei der ersten Besprechung, die, wie ich glaube, am 14. Oktober stattfand, gesagt. Das war das Wochenende vor den Wahlen in Oberösterreich. Er war ganz erstaunt, als ich gemeint habe, es wäre keine Krise. Da ist also die unterschiedliche Auffassung des Herrn Ministers zustande gekommen. Das hängt damit zusammen, daß er Serien von Pressekonferenzen abhält, was ihn dazu zwingt, jeden Montag irgendeine Aussage zu machen. Da denkt er nicht daran, was er am vergangenen Montag gesagt hat. So kommen derartige Dinge heraus, welche die Bevölkerung nur verwirren.

Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, wenn eine echte Erdölkrise vorhanden ist. Das ist einmal der autolose Tag, dann das Samstag-Sonntag-Fahrverbot. Das wollten eine Reihe von sozialistischen Politikern. Etwas anderes ist das, was die Bundesrepublik beabsichtigt

hatte: jedes zweite Wochenende Fahrverbot, je nachdem, ob die Autonummer mit einer geraden oder ungeraden Ziffer endet, wobei man sich nicht darüber im klaren ist, ob die Null eine gerade oder ungerade Ziffer ist. *(Abg. Ing. H ä u s e r: Am besten noch einmal in die Volksschule gehen!)*

Dann gibt es die Rationierung, die Telquel-Rationierung, die wir überhaupt vermeiden wollten.

Ferner gibt es das, was Minister Androsch haben wollte: eine Art gespaltenen Benzinpreis, eine Grundmenge, die man dem einzelnen rationiert zur Verfügung stellt, und im übrigen einen freien Markt, wobei der Herr Finanzminister erklärt hat: Das Handeln mit Benzinmarken gehört dann eben dazu. Wenn man also eine solche Einstellung zu diesen Problemen hat, dann wundert man sich nicht darüber, wie die Dinge ausgehen müssen.

Schließlich existiert die Möglichkeit, die Regelung über den Preis zu machen, so wie die Bundesrepublik mit sozialen Flankierungen. Minister Androsch hat auch dies eine Zeitlang in Erwägung gezogen.

Er übernimmt überhaupt sehr viel aus der Bundesrepublik: Was in der Bundesrepublik gemacht wird, ereignet sich bei uns — vor allem im Finanzministerium! — 14 Tage oder drei Wochen später. Das ist die „Doppelstrategie“, das ist ein Wort des Wirtschaftsministers Friderichs, genauso wie das mit der „Gratwanderung im Nebel“ und so weiter. Doch das sollte man nicht tun.

Die letzte Variante, die für die Wirtschaft am leichtesten zu ertragen ist, war der autolose Tag. Daher hat die Bundeskammer diesem autolosen Tag zugestimmt. Pech für den Herrn Handelsminister war es, daß fast am gleichen Tag, an dem das bei uns eingeführt worden ist, in der Bundesrepublik alle Einsparmaßnahmen aufgehoben worden sind. Da hätte der Herr Bundesminister den Mut haben müssen zu sagen: Wir brauchen das ebenfalls nicht mehr. Das wäre nach meinem Dafürhalten richtig gewesen.

Was den Energienotstand anlangt, so ist damit auch die österreichische Bevölkerung verunsichert worden. Ich glaube, es war eher ein „Notstand der Regierung“, und es gehörte eigentlich die Regierung und nicht die Energie bewirtschaftet.

Nun zu der Bemerkung des Herrn Handelsministers, daß im Jahr 1970 seitens der sozialistischen Regierung die Absicht bestanden hat, Erdöl und seine Derivate ins Rohstoff-

**Dr. Mussil**

lenkungsgesetz einzubeziehen. Das stimmt. Ich habe schon einmal hier darüber gesprochen. Es ist aber dann über die Marktordnungsgesetze, das Preisregelungsgesetz, das Preistreibereigesetz, über sämtliche Wirtschaftsgesetze verhandelt worden, und sämtliche Wirtschaftsgesetze, zu denen das Preisregelungsgesetz gehört, sind damals unverändert verlängert worden, Herr Minister. Das war der Grund, warum das nicht gemacht worden ist.

Zur Einführung der Sommerzeit darf ich sagen: Zuerst möchte ich es ablehnen, daß hier aus dem Kreis der sozialistischen Abgeordneten versucht wird, irgendwelche Diffamierungen leitender Persönlichkeiten in der Bundesbahn durch Zwischenrufe geltend zu machen. Das tut man nicht, meine Damen und Herren! Es ist unfein, hier jemanden anzugreifen, der sich nicht verteidigen kann. (Abg. Ing. Häuser: Denken Sie an Kienzl!)

Zum Strompreis darf ich sagen: Herr Vizekanzler! Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die teuerste Kilowattstunde diejenige ist, die man nicht hat. Aber auf der anderen Seite meinen wir, daß der jetzige Tarif schon sehr stark verzerrt ist und daß durch die Aufstokkung mit Groschenbeträgen eine weitere Verzerrung eintreten würde. Darum lehnen wir von der Bundeskammer die Groschenregelung ab.

Ich habe die Leitlinien der Energiepolitik der sozialistischen Regierung durchstudiert. Ich möchte sagen, das ist eine Sammlung billiger Binsenwahrheiten. Es steht fast überhaupt nichts Neues drin. Und es ist geradezu eine Schande für den österreichischen Staat, wenn im Ausland jemand das in die Hand bekommt und liest: „Leitlinien für die österreichische Energiepolitik“, und die österreichische Regierung nicht mehr darüber zu sagen weiß als das, was da drin steht. Meine Damen und Herren! Das wird unserem Renommee im Ausland zweifellos keinen Nutzen einbringen.

Herr Minister Dr. Staribacher! Sie sind sicher nicht Interessenvertreter der Wirtschaft, Sie sind vielmehr für die gesamte Bevölkerung da, aber Sie sind innerhalb der Regierung nach unserem Dafürhalten Sprachrohr der Wirtschaft, und darum also die Zusammenarbeit zwischen Ihnen und der Bundeskammer.

Ich habe es schon einmal von hier aus gesagt: Wenn ein Gesetz im Ministerrat eingebracht wird, das ausgesprochen schädlich für die Wirtschaft ist, so ist es Ihre Pflicht, die

Hand zu erheben und dagegen zu stimmen. Ich habe mich bereit erklärt, zu veranlassen, daß wir die Bundeskammer aus diesem Grund ein, zwei oder drei Tage rot-weiß-rot — nicht rot — beflaggen, Herr Minister, aber bisher habe ich es leider nicht erlebt. (Abg. Ing. Häuser: Hat die Kollegin Rehor auch gegen euch gestimmt?) Wiederholt hat die Frau Minister Rehor im Ministerrat damals ihre Hand im Interesse der Arbeitnehmer erhoben, Herr Vizekanzler. (Abg. Ing. Häuser: Aber gegen eure Gesetze hat sie nicht gestimmt!) Nicht im Interesse von uns, aber im Interesse von Ihnen, Herr Vizekanzler, das ist ja Ihre Sache, Ihre Aufgabe. (Beifall bei der ÖVP.) Herr Vizekanzler, ich glaube, Sie mißverstehen das Problem. Das ist ein sehr schweres Problem, das verstehe ich kaum.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, möchte ich nur eines sagen: Die Regierung Kreisky hat einen sehr guten Nachlaß der ÖVP-Regierung im siebziger Jahr übernommen, hat bis jetzt davon gelebt, hat ihn zum Großteil verwirtschaftet, vor allem die damals geerbte Stabilität.

Das, was immer gesagt wird: die Sozialistische Partei ist die bessere Partei für eine schlechtere Zeit, meine Damen und Herren (Abg. Dr. Schranz: Jawohl, und für die bessere Zeit, für beide Zeiten!), das ist falsch. Die Sozialistische Partei ist die schlechtere Partei sowohl für bessere Zeiten als auch für schlechtere Zeiten. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Lanc. Er hat das Wort.

Bundesminister für Verkehr **Lanc**: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Mussil hat erklärt, daß im Zuge der Übertragung der Energiekompetenz auf Grund des Bundesministeriengesetzes mit Jahreswechsel nach seiner Auffassung ein energiepolitisches Vakuum eingetreten sei. Er hat es etwa so formuliert: Der eine war böse, weil er die Kompetenz verloren hat, und erklärte sich als nicht mehr zuständig und der andere als noch nicht zuständig, wobei der eine nach Auffassung des Herrn Abgeordneten Dr. Mussil nur ich gewesen sein kann und der andere nur der Herr Bundesminister Dr. Staribacher.

Ich möchte hier zur Steuerung der Wahrheit doch eines mit aller Eindeutigkeit erklären: Es hat nie ein energiepolitisches Vakuum gegeben. Sofort, nachdem die Erdölverknappung sichtbar war, als sie noch gar nicht bei uns eingetreten war, habe ich täglich von der Verbundgesellschaft und vom Bundeslastverteiler



**Bundesminister Lanc**

Nachrichten darüber bekommen, ob und inwieweit sich die Stromproduktion entwickelt und inwieweit ihre Rohstoffbasis gesichert ist.

Die Lage, die damals bestanden hat, hat es entbehrlich gemacht, von der sogenannten Notstandsermächtigung über Beschluß der Landeslastverteiler Gebrauch zu machen. In der damaligen Situation einer gewissen Unsicherheit, ja man kann fast sagen, in einzelnen Wochen der Hysterie, in der bis zur letzten Nudel in jedem Lebensmittelladen eingekauft wurde, schien es bei der gegenüber dem Jahre 1972 wesentlich besseren Energieversorgungslage im Interesse der damals irrierten und vor allem der sozial schwachen Bevölkerung in Österreich nicht verantwortbar, auch nur den formalen Notstand einzuholen.

Es hat also nie ein energiepolitisches Vakuum gegeben, und es kann daher als Folge eines solchen auch keine energiepolitisch falschen Handlungen in dieser Zeit gegeben haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Mussil. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Mussil** (ÖVP): Herr Minister! Daß Sie gerne Ihre Konzepte an den Herrn Handelsminister abgegeben haben, ist mir neu. Ich habe den Eindruck gehabt, Sie hängen an diesen Konzepten und würden es nicht tun. Genauso habe ich es dem Herrn Handelsminister übelgenommen, daß er eine Reihe von Kompetenzen verhökert hat.

Ich habe nicht von einem Vakuum gesprochen, sondern von einem energiepolitischen Niemandsland. Dieses energiepolitische Niemandsland hat es längere Zeit gegeben, sicherlich nicht nur im letzten halben Jahr oder im letzten Jahr. Aber da hat es schon immer die Gedanken gegeben, diese Kompetenzen zu transferieren. Ein Zeichen dafür ist, daß wir auf das dünne und billige Energiekonzept — so kann man es nicht nennen, es hat sich auch Herr Minister Staribacher nicht getraut, es so zu bezeichnen —, auf diese Leitlinien bis heute warten mußten. Das ist ein typisches Zeichen dafür. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

**2. Punkt: Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (874 der Beilagen): Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Bulgarien über die gegenseitige Gewährung der Meistbegünstigung samt Briefwechsel (1016 der Beilagen)**

Präsident **Probst**: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Abkommen mit der Volksrepublik Bulgarien über die gegenseitige Gewährung der Meistbegünstigung samt Briefwechsel.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Egg. Ich bitte ihn zu berichten.

Berichterstatter **Egg**: Herr Präsident! Hohes Haus! Die Republik Österreich und die Volksrepublik Bulgarien gewähren einander gemäß Artikel 1 des gegenständlichen Abkommens, das am 28. Juni 1973 in Wien unterzeichnet wurde, die Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden, ferner hinsichtlich der Art der Erhebung dieser Zölle und Abgaben, die für die Zollabfertigung der Waren vorgeschrieben ist.

Da dieses Abkommen im Artikel 1 die gegenseitige Gewährung der Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden, ferner hinsichtlich der Art der Erhebung dieser Zölle und Abgaben, vorsieht, kommt dem Abkommen gesetzergänzender Charakter zu; es darf daher gemäß Artikel 50 Absatz 1 Bundes-Verfassungsgesetz nur mit Genehmigung des Nationalrates abgeschlossen werden.

Das Abkommen über die gegenseitige Gewährung der Meistbegünstigung wurde für die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen und sieht eine automatische Verlängerungsmöglichkeit vor.

Der Handelsausschuß hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 22. Jänner 1974 in Verhandlung gezogen. Zum Gegenstand sprachen außer dem Berichterstatter Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr und der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Staribacher.

Der Ausschuß hat einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Genehmigung des Abschlusses des gegenständlichen Abkommens samt Briefwechsel zu empfehlen.

Der Handelsausschuß hält im vorliegenden Falle die Erlassung von Gesetzen im Sinne des Artikels 50 Absatz 2 Bundes-Verfassungsgesetz in der geltenden Fassung zur Erfüllung dieses Abkommens für entbehrlich.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Handelsausschuß den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik

9794

Nationalrat XIII. GP — 99. Sitzung — 24. Jänner 1974

**Egg**

Bulgarien über die gegenseitige Gewährung der Meistbegünstigung samt Briefwechsel (874 der Beilagen) wird verfassungsmäßig genehmigt.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand gemeldet.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 874 der Beilagen samt Briefwechsel die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke, einstimmig angenommen.

**3. Punkt: Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (896 der Beilagen): Europäisches Übereinkommen über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR) samt Anhang und Unterzeichnungsprotokoll (1017 der Beilagen)**

Präsident **Probst**: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Europäisches Übereinkommen über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals samt Anhang und Unterzeichnungsprotokoll.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Gradinger. Ich bitte ihn zu berichten.

Berichterstatter Ing. **Gradinger**: Hohes Haus! Herr Präsident! Ich berichte im Auftrag des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (896 der Beilagen): Europäisches Übereinkommen über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals samt Anhang und Unterzeichnungsprotokoll. Bezüglich des Inhaltes verweise ich auf den schriftlichen Bericht, der den Abgeordneten zugegangen ist.

Da das Übereinkommen zum Teil gesetzesändernd, zum Teil Gesetzesergänzend, hinsichtlich seiner Artikel 4 und 14 verfassungsändernd ist, darf es gemäß Artikel 50 Absatz 1 im Zusammenhalt mit Artikel 50 Absatz 3 Bundes-Verfassungsgesetz nur mit Genehmigung des Nationalrates unter sinngemäßer Anwendung des Artikels 44 Absatz 1 Bundes-Verfassungsgesetz abgeschlossen werden.

Der Anhang zum Übereinkommen enthält in Ausführung des Artikels 12 des Überein-

kommens ein Muster für ein „Persönliches Kontrollbuch“ und legt die näheren Bestimmungen über die Form, den Inhalt und die Führung desselben fest.

Der Handelsausschuß hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 22. Jänner 1974 in Verhandlung genommen. Zum Gegenstand sprachen außer dem Berichterstatter Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr und der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Staribacher.

Der Ausschuß hat einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Genehmigung des Abschlusses des gegenständlichen Übereinkommens samt Anhang und Unterzeichnungsprotokoll zu empfehlen.

Der Handelsausschuß hält im vorliegenden Falle die Erlassung von Gesetzen im Sinne des Artikels 50 Absatz 2 Bundes-Verfassungsgesetz in der geltenden Fassung zur Erfüllung dieses Übereinkommens für notwendig.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Handelsausschuß den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Der Abschluß des Europäischen Übereinkommens über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals samt Anhang und Unterzeichnungsprotokoll (896 der Beilagen), dessen Artikel 4 und 14 verfassungsändernd sind, wird verfassungsmäßig genehmigt.

2. Dieser Staatsvertrag ist im Sinne des Artikels 50 Absatz 2 Bundes-Verfassungsgesetz durch Erlassung von Gesetzen zu erfüllen.

Ich darf beantragen, für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, General- und Spezialdebatte in einem abzuführen.

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand gemeldet.

Da der gegenständliche Staatsvertrag verfassungsändernde Bestimmungen enthält, stelle ich zunächst im Sinne des § 61 Absatz 2 Geschäftsordnungsgesetz die für die Abstimmung erforderliche Anwesenheit der verfassungsmäßig vorgesehenen Anzahl der Mitglieder fest.

Wir gelangen zunächst zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages, dessen Artikel 4 und 14 verfassungsändernd sind, samt Anhang und Unterzeichnungsprotokoll in 896 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

**Präsident Probst**

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die erforderliche Zweidrittelmehrheit und damit **a n g e n o m m e n**.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, diesen Staatsvertrag im Sinne des Artikels 50 Absatz 2 Bundes-Verfassungsgesetz durch Erlassung von Gesetzen zu erfüllen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. **E i n s t i m m i g a n g e n o m m e n**.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die **n ä c h s t e** Sitzung des Nationalrates, die für Dienstag, den 5. Feber 1974, 10 Uhr in Aussicht genommen ist, wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Die Sitzung ist **g e s c h l o s s e n**.

**Schluß der Sitzung: 20 Uhr 55 Minuten**